

- **Zähe Konjunktur nach kräftigem Rebound.** Prognose für 2020 und 2021
- **COVID-19-Pandemie dämpft die Konjunkturaussichten.** Mittelfristige Prognose 2021 bis 2025
- **2019 trotz Anstieges der Lohnstückkosten Verbesserung relativ zu Handelspartnern**
- **Pflegevorsorge in den Gemeinden**
- **Wissensproduktion und Wissensverwertung in Österreich im internationalen Vergleich**

WIFO ■ MONATSBERICHTE

93. Jahrgang, Heft 10/2020

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autorinnen und Autoren gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonominen und -Ökonomen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autorinnen und Autoren repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Redaktionsschluss: 27. 10. 2020

Die einzelnen Beiträge berücksichtigen Informationen und Rahmenbedingungen bis zu dem jeweils angegebenen Datum.

Druck- und Online-Version

2020 erscheinen die Monatsberichte in ihrem 93. Jahrgang. Neben den gedruckten Heften stehen alle Artikel seit der Gründung des Institutes 1927 auf der WIFO-Website im PDF-Format zur Verfügung. Der Download der älteren Ausgaben ist durchwegs kostenlos. Die aktuellen Ausgaben können online bestellt und gekauft werden, wobei Förderer und Mitglieder des WIFO sowie Abonnentinnen und Abonnenten kostenlosen Zugriff haben.

Preise 2020

Jahrgang (12 Hefte, Printversion und Online-Zugriff): 270 € • Einzelheft (Druckversion und Online-Zugriff): 27,50 € • Einzelartikel (Online-Zugriff): 16 €

ISSN 0029-9898 • © Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 2020 • monatsberichte.wifo.ac.at

Impressum

Herausgeber: Christoph Badelt

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
A-1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20,
A-8020 Graz

Chefredakteur: Andreas Reinstaller

Lektorat: Ilse Schulz • **Technische Redaktion:**
Tamara Fellingner, Tatjana Weber

Information für Autorinnen und Autoren:
monatsberichte.wifo.ac.at/WIFO_MB_Autoreninfo.pdf

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at



93. Jahrgang, Heft 10/2020

715-728 ■ **Zähe Konjunktur nach kräftigem Rebound.** Prognose für 2020 und 2021

Stefan Schiman

Im Frühjahr war die Weltwirtschaft aufgrund der pandemiebedingten Schutzmaßnahmen massiv eingebrochen. Der Wertschöpfungsverlust wurde im Sommer teilweise wettgemacht, in Österreich dürfte die Wertschöpfung im III. Quartal gegenüber dem Vorquartal um mehr als 10% gewachsen sein. Rund die Hälfte des krisenbedingten Anstieges der Arbeitslosigkeit wurde bis September abgebaut. Im IV. Quartal wird sich die Konjunkturdynamik aufgrund auslaufender Rebound-Effekte (Lösung des Konsumrückstaus) und eines Anstieges der Infektionszahlen jedoch markant verlangsamen. Für das Jahr 2020 wird insgesamt ein BIP-Rückgang von 6,8% gegenüber 2019 prognostiziert, für 2021 ein Anstieg von 4,4%. Ein neuerlicher Lockdown im Herbst könnte diese Raten um 2,5 bzw. 4,0 Prozentpunkte senken.

Subdued Recovery After Strong Rebound. Economic Outlook for 2020 and 2021

729 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

731-753 ■ **COVID-19-Pandemie dämpft die Konjunkturaussichten.** Mittelfristige Prognose 2021 bis 2025

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Christian Glocker, Walter Hyll, Hans Pitlik

In der Hauptvariante der Prognose erwartet das WIFO für Österreich für das Jahr 2020 einen Rückgang des realen BIP um knapp 7% und der Beschäftigung um fast 2% sowie einen Anstieg der Arbeitslosenquote auf knapp 10%. Die fiskalischen Maßnahmen zur Abfederung der Rezession und die Steuerausfälle werden 2020 eine Zunahme des Budgetdefizits auf 9½% und der Staatsverschuldung auf rund 84% des nominellen BIP zur Folge haben. 2021 zeigt sich ein Rebound-Effekt (+4,4%), in den Folgejahren verflacht die Wachstumsdynamik schrittweise (2025 +1,3%). Wegen der geringen Investitionstätigkeit und der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit schwächt sich das Trendwachstum auf +1% p. a. ab. In der Hauptvariante würde die Arbeitslosenquote bis zum Ende der Prognoseperiode auf das Vorkrisenniveau (7½%) zurückgehen. In einem pessimistischeren Risikoszenario wird angenommen, dass aufgrund einer zweiten Infektionswelle im IV. Quartal 2020 in Österreich wie auch bei den europäischen Haupthandelspartnern deutlich restriktivere gesundheitspolitische Maßnahmen bis hin zu einem (partiellen) Lockdown gesetzt werden. Die österreichische Wirtschaft würde dann 2020 um 9¼% schrumpfen, 2021 auf diesem niedrigen Outputniveau beinahe stagnieren (+½%); 2022 würde sich ein Rebound-Effekt zeigen (+5%). Das Budgetdefizit würde 2020 auf 10,8%, die öffentliche Schuldenquote bis 2021 auf 93¼% und die Arbeitslosenquote auf 10¼% steigen. Bis zum Ende des Prognosezeitraumes würde die Arbeitslosenquote auf 8,1% zurückgehen.

COVID-19 Pandemic Dampens the Economic Outlook. Medium-term Forecast 2021 to 2025

755-768 ■ **2019 trotz Anstieges der Lohnstückkosten Verbesserung relativ zu Handelspartnern**

Werner Hölzl, Thomas Leoni

Trotz der merklichen Abkühlung der Konjunktur im österreichischen Außenhandel und der Sachgüterproduktion verbesserte sich die österreichische Lohnstückkostenposition in der Herstellung von Waren gegenüber dem gewichteten Durchschnitt der Handelspartner. Diese Entwicklung wurde durch die Lohnstückkostendynamik in Deutschland mitbestimmt, wo die Produktivität 2019 deutlich zurückging. Die Wechselkursentwicklung des Euro trug zur Verbesserung der österreichischen Lohnstückkostenposition gegenüber dem Durchschnitt der Nicht-Euro-Handelspartner bei.

Despite Increase in Unit Labour Costs, Improvement of Austrian Unit Labour Cost Position 2019

769-781 ■ **Pflegevorsorge in den Gemeinden**

Ulrike Famira-Mühlberger

Aufgrund der demographischen Entwicklung steht die Organisation der Pflegevorsorge in den Gemeinden vor großen Herausforderungen. Auf Basis einer Befragung von Gemeinden analysiert der vorliegende Beitrag die aktuelle Situation der Pflegeversorgung in den Gemeinden und gibt einen Ausblick auf die Zukunft aus Gemeindesicht, um daraus den Handlungsspielraum der Pflegepolitik abzustecken. Demnach sind die Gemeinden zu wenig in die Bedarfs- und Entwicklungspläne der Länder involviert und betreiben keine systematische Bedarfsplanung. Sie sprechen sich für die Etablierung von regionalen Pflegeinformati-
onsstellen mit Monitoringfunktion aus, um den Bürgerinnen und Bürgern eine Anlaufstelle zu bieten, aber auch um eine Informationsbasis für die Bedarfsplanung zu schaffen. Die Gemeinden sehen – neben der Finanzierungsfrage – im drohenden Arbeitskräftemangel im Pflegesektor eine wesentliche Herausforderung für die Zukunft.

Long-term Care Provision in Municipalities

783-796 ■ **Wissensproduktion und Wissensverwertung in Österreich im internationalen Vergleich**

Jürgen Janger, Anna Strauss-Kollin

Österreich hat die monetären Ressourcen für die Wissensproduktion und -verwertung in den letzten Jahrzehnten auf ein Niveau über jenem der führenden Innovationsländer der EU gesteigert. Leistungsindikatoren etwa für Publikationen, Patente und innovationsintensive Start-ups weisen aber noch auf deutliche Aufholpotentiale hin, insbesondere im Vergleich mit weltweit führenden Ländern. Bestehenden exzellenten Forschungseinrichtungen oder innovationsintensiven Unternehmen fehlt es (noch) an Größe, um in der Gesamtleistung Österreichs sichtbar zu werden.

Knowledge Production and Utilisation in an International Comparison

799-811 ■ **Kennzahlen zur Wirtschaftslage**

Economic Indicators

Redaktionsschluss für das vorliegende Heft: 27. 10. 2020 • Die einzelnen Beiträge berücksichtigen Informationen und Rahmenbedingungen bis zu dem jeweils angegebenen Datum.

Kostenloser Zugriff für Förderer und Mitglieder des WIFO sowie für Abonnenten und Abonnentinnen

Alle Artikel im Volltext online verfügbar • All German articles with English abstracts • <https://monatsberichte.wifo.ac.at>

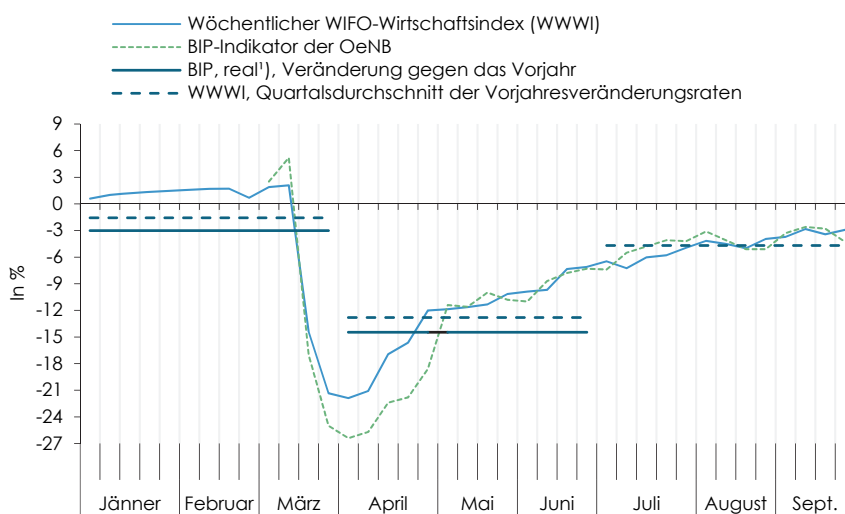
Zähe Konjunktur nach kräftigem Rebound

Prognose für 2020 und 2021

Stefan Schiman

- Dem schweren Wirtschaftseinbruch im Frühjahr folgte in Österreich ein kräftiger Rebound im Sommer.
- Rund die Hälfte des krisenbedingten Anstieges der Arbeitslosigkeit wurde bis September abgebaut.
- Im IV. Quartal wird sich die Konjunkturdynamik markant verlangsamen.
- Für das Jahr 2020 wird insgesamt ein BIP-Rückgang von 6,8% gegenüber 2019 prognostiziert, für 2021 ein Anstieg von 4,4%.
- Ein neuerlicher Lockdown im Herbst könnte bis zum Ende des Prognosezeitraumes einen Wertschöpfungsverlust von 4,5% bewirken.

Wöchentliche Indikatoren der Wirtschaftsaktivität



Die wöchentlichen BIP-Indizes zeigen die hypothetische BIP-Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr unter der Annahme, dass die Bedingungen der jeweiligen Woche im gesamten entsprechenden Quartal gelten (Q: WIFO, OeNB, Statistik Austria. – ¹⁾ Saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat).

"Die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie in Österreich im Frühjahr 2020 waren im internationalen Vergleich streng und bewirkten einen massiven Wertschöpfungsverlust. Die großzügige Lockerung im Sommer ermöglichte einen kräftigen Rebound, vor allem der Konsumrückstau löste sich weitgehend auf."

Zähe Konjunktur nach kräftigem Rebound

Prognose für 2020 und 2021

Stefan Schiman

Zähe Konjunktur nach kräftigem Rebound. Prognose für 2020 und 2021

Im Frühjahr war die Weltwirtschaft aufgrund der pandemiebedingten Schutzmaßnahmen massiv eingebrochen. Der Wertschöpfungsverlust wurde im Sommer teilweise wettgemacht, in Österreich dürfte die Wertschöpfung im III. Quartal gegenüber dem Vorquartal um mehr als 10% gewachsen sein. Rund die Hälfte des krisenbedingten Anstieges der Arbeitslosigkeit wurde bis September abgebaut. Im IV. Quartal wird sich die Konjunkturdynamik aufgrund auslaufender Rebound-Effekte (Lösung des Konsumrückstaus) und eines Anstieges der Infektionszahlen jedoch markant verlangsamen. Für das Jahr 2020 wird insgesamt ein BIP-Rückgang von 6,8% gegenüber 2019 prognostiziert, für 2021 ein Anstieg von 4,4%. Ein neuerlicher Lockdown im Herbst könnte diese Raten um 2,5 bzw. 4,0 Prozentpunkte senken.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Das von der Bundesregierung präsentierte Maßnahmenpaket vom 31. 10. 2020 zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie wurde in der vorliegenden Prognose nicht berücksichtigt. Abgeschlossen am 7. 10. 2020

Kontakt: Stefan Schiman, MSc (stefan.schiman@wifo.ac.at)

Subdued Recovery After Strong Rebound. Economic Outlook for 2020 and 2021

In spring, the global economy suffered a massive slump due to the pandemic-related protective measures. The loss in value added was partially made up in the summer; in Austria, value added in the third quarter is likely to have grown by more than 10 percent compared with the previous quarter. About half of the crisis-related rise in unemployment was reduced by September. In the fourth quarter, however, economic momentum will slow down markedly as a result of expiring rebound effects (the unwinding of the consumption backlog) and an increase in the number of infections. For 2020, GDP is forecast to fall by 6.8 percent overall compared with 2019, and rise by 4.4 percent in 2021. A new lockdown in autumn could reduce these rates by 2.5 and 4.0 percentage points respectively.

Der massive Einbruch der Weltwirtschaft im Frühjahr 2020 wurde im Sommer teilweise wettgemacht. Österreich hatte im internationalen Vergleich überdurchschnittlich strenge Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie ergriffen und sie dann überdurchschnittlich stark gelockert. Dementsprechend war die Rezession im Frühjahr tief und kurz.

Im III. Quartal 2020 expandierte die reale Wirtschaftsleistung bereits wieder kräftig; sie dürfte gegenüber dem Vorquartal um über 10% gestiegen sein (II. Quartal -12,1%). Der starke Rebound war einerseits auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zurückzuführen, vor allem aber darauf, dass sich der Konsumrückstau aus dem Frühjahr durch die großzügige Lockerung des Lockdown löste. Die Investitionstätigkeit und der Außenhandel erholten sich wahrscheinlich – mit Ausnahme des Bauwesens – weniger rasch, da hier die wirtschaftliche Unsicherheit, aber

auch längere Vorlaufzeiten eine größere Rolle spielen.

Nach der zügigen Erholung im Sommer ist für den weiteren Jahresverlauf mit einer markanten Verlangsamung der Konjunkturdynamik zu rechnen. Für das IV. Quartal 2020 prognostiziert das WIFO ein Wirtschaftswachstum von nur 0,8% gegenüber dem Vorquartal, sodass sich für das Jahr 2020 insgesamt ein BIP-Rückgang von 6,8% gegenüber 2019 ergibt.

Die Konjunkturabkühlung liegt zum einen daran, dass die Rebound-Effekte – vor allem die Lösung des Konsumrückstaus – nach und nach schwächer werden. Zum anderen dämpfen ein Anstieg der COVID-19-Infektionszahlen und die neuerliche (mäßige) Verschärfung der Eindämmungsmaßnahmen die Wirtschaftsaktivität. In der Industrie dürften sich die Abläufe aber mittlerweile an ein höheres Maß an Social Distancing angepasst haben, sodass die Wertschöpfungs-

entwicklung davon nicht mehr so stark betroffen ist.

Parallel zur Wirtschaftsleistung bricht 2020 das Arbeitsvolumen ein. Ein Großteil des Rückganges erfolgt durch eine Verringerung der Arbeitszeit pro Kopf aufgrund der regen

Inanspruchnahme der COVID-19-Kurzarbeit. Dennoch sind auch der Beschäftigungsrückgang und die Zunahme der Arbeitslosigkeit erheblich. Bis einschließlich September wurde etwa die Hälfte des krisenbedingten Anstieges der Arbeitslosigkeit abgebaut.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,6	+ 1,4	- 6,8	+ 4,4	
Herstellung von Waren	+ 4,4	+ 3,7	+ 5,3	+ 0,7	- 11,0	+ 6,0	
Handel	+ 0,6	+ 0,1	+ 2,9	+ 0,6	- 6,5	+ 5,5	
Private Konsumausgaben ¹⁾ , real	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,8	- 6,8	+ 5,5	
Dauerhafte Konsumgüter	+ 2,7	+ 2,0	+ 1,1	- 0,4	- 16,0	+ 6,0	
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 4,3	+ 4,1	+ 3,9	+ 4,0	- 5,6	+ 3,7	
Ausrüstungen ²⁾	+ 7,8	+ 5,4	+ 4,1	+ 4,3	- 7,9	+ 4,7	
Bauten	+ 0,3	+ 2,5	+ 3,6	+ 3,6	- 2,8	+ 2,5	
Exporte, real	+ 3,0	+ 4,9	+ 5,5	+ 2,9	- 12,4	+ 6,1	
Warenexporte, fob	+ 2,9	+ 4,9	+ 5,4	+ 2,1	- 10,7	+ 6,5	
Importe, real	+ 3,7	+ 5,3	+ 5,0	+ 2,4	- 10,6	+ 5,6	
Warenimporte, fob	+ 3,6	+ 4,4	+ 3,8	+ 1,1	- 9,2	+ 6,0	
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 3,9	+ 3,3	+ 4,3	+ 3,2	- 5,0	+ 6,1	
	Mrd. €	357,61	369,34	385,36	397,58	377,54	400,70
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP	2,7	1,4	1,3	2,8	2,3	2,8
Verbraucherpreise		+ 0,9	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,5
Dreimonatszinssatz	in %	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4
Sekundärmarkttrendite ³⁾	in %	0,4	0,6	0,7	0,1	- 0,2	- 0,2
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 1,5	- 0,8	0,2	0,7	- 9,4	- 4,7
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾		+ 1,6	+ 2,0	+ 2,5	+ 1,6	- 1,9	+ 1,3
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁵⁾		6,0	5,5	4,9	4,5	5,4	5,0
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾		9,1	8,5	7,7	7,4	9,8	8,8

Q: WIFO. 2020 und 2021: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Labour Force Survey. – ⁶⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice.

Zudem wirken Wirtschaftskrisen katalytisch auf den Strukturwandel, wodurch in der Industrie nun vermehrt Stellen abgebaut werden. Dies wird sich noch 2021 fortsetzen, wenn die Gesamtbeschäftigung schon wieder steigt. Auch im Tourismus bleibt die Lage angespannt, die Zahl der Übernachtungen dürfte im Frühjahr 2021 noch um ein Viertel unter dem Vorkrisenniveau liegen, selbst wenn die Reisewarnungen einiger Länder gegenüber österreichischen Destinationen rechtzeitig zum Beginn der Wintersaison wieder aufgehoben werden.

Die Prognose unterstellt – wie schon die letzten WIFO-Prognosen –, dass die Eindäm-

ungsmaßnahmen verschärft werden, aber kein neuerlicher Lockdown verhängt wird. Ein zweiter Lockdown hätte verheerende Folgen für die Wirtschaft. Würden Geschäfte und Fabriken ab November wieder geschlossen und die Reisemöglichkeiten drastisch beschränkt, und würde ein solcher Lockdown bis nach den Weihnachtsfeiertagen anhalten, dann könnte die Wirtschaftsleistung im IV. Quartal 2020 auf das Niveau vom II. Quartal zurückfallen. Im gesamten Jahr 2020 entspräche das einer weiteren Dämpfung der BIP-Entwicklung um 2,5 Prozentpunkte gegenüber 2019, gefolgt von einer Stagnation 2021.

1. Heterogene Erholung der Weltwirtschaft

Die COVID-19-Pandemie und die damit einhergehenden Lockdown-Maßnahmen (Geschäftsschließungen, Grenzschließungen, Fabrikschließungen usw.) sowie das Social Distancing hatten im 1. Halbjahr 2020

weltweit einen drastischen Rückgang der Wirtschaftsleistung zur Folge. Der Warenhandel sank gegenüber 2019 um 8,8%, die Industrieproduktion um 7,3%. Wenngleich die gesamte Weltwirtschaft von den Folgen der

Pandemie betroffen ist, ist das Ausmaß der Effekte doch unterschiedlich. Zwischen der Zunahme der Intensität des Lockdown in einem Land und der Stärke des

Wirtschaftseinbruches besteht ein Zusammenhang (Abbildung 1): Je schärfer der Lockdown, desto stärker war tendenziell der Wirtschaftseinbruch.

Übersicht 2: Internationale Konjunktur

	Gewicht 2019 in % Waren- Welt-BIP ²⁾ exporte ¹⁾		2016	2017	2018	2019	2020	2021
			BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %					
EU 27	66,7	13,8	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,1	+ 1,5	- 6,9	+ 4,9
Euro-Raum	51,5	11,2	+ 1,9	+ 2,6	+ 1,8	+ 1,3	- 7,5	+ 5,3
Deutschland	29,3	3,1	+ 2,2	+ 2,6	+ 1,3	+ 0,6	- 5,2	+ 3,8
Italien	6,4	1,7	+ 1,3	+ 1,7	+ 0,8	+ 0,3	- 9,5	+ 6,4
Frankreich	4,4	2,2	+ 1,1	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,5	- 10,1	+ 6,9
MOEL 5 ³⁾	14,7	1,6	+ 2,8	+ 4,5	+ 4,6	+ 3,7	- 4,4	+ 3,5
Ungarn	3,6	0,2	+ 2,2	+ 4,3	+ 5,1	+ 4,9	- 5,8	+ 4,0
Tschechien	3,5	0,3	+ 2,5	+ 5,2	+ 3,2	+ 2,3	- 5,3	+ 4,3
Polen	3,4	0,9	+ 3,1	+ 4,9	+ 5,3	+ 4,1	- 3,2	+ 2,7
USA	6,7	15,1	+ 1,7	+ 2,3	+ 3,0	+ 2,2	- 4,0	+ 3,2
Schweiz	5,0	0,4	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,8	+ 0,9	- 4,3	+ 3,7
Vereinigtes Königreich	2,9	2,2	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,5	- 10,9	+ 6,2
China	2,9	19,3	+ 6,8	+ 6,9	+ 6,7	+ 6,1	+ 1,4	+ 9,4
Insgesamt								
Kaufkraftgewichtet ⁴⁾		51	+ 3,6	+ 4,1	+ 4,1	+ 3,4	- 3,0	+ 6,2
Exportgewichtet ⁵⁾	84		+ 2,1	+ 2,8	+ 2,3	+ 1,7	- 6,3	+ 4,9
Marktwachstum Österreich ⁶⁾			+ 3,5	+ 6,5	+ 4,4	+ 1,4	- 9,0	+ 7,5

Annahmen zur Prognose

Erdölpreis

Brent, \$ je Barrel	43,7	54,3	71,0	64,3	42	43
---------------------	------	------	------	------	----	----

Wechselkurs

Dollar je Euro	1,107	1,129	1,181	1,120	1,14	1,17
----------------	-------	-------	-------	-------	------	------

Internationale Zinssätze

EZB-Hauptrefinanzierungssatz ⁷⁾ , in %	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sekundärmarktrendite Deutschland, in %	0,1	0,3	0,4	- 0,3	- 0,5	- 0,5

Q: WIFO. 2020 und 2021: Prognose. – ¹⁾ Österreichische Warenexporte. – ²⁾ Kaufkraftgewichtet. – ³⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ⁴⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten 2019. – ⁵⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen 2019. – ⁶⁾ Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer, gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ⁷⁾ Mindestbietungssatz.

Je schärfer der Lockdown, desto stärker ist der Wirtschaftseinbruch. Dieser Zusammenhang ist aber in den einzelnen Ländern unterschiedlich eng.

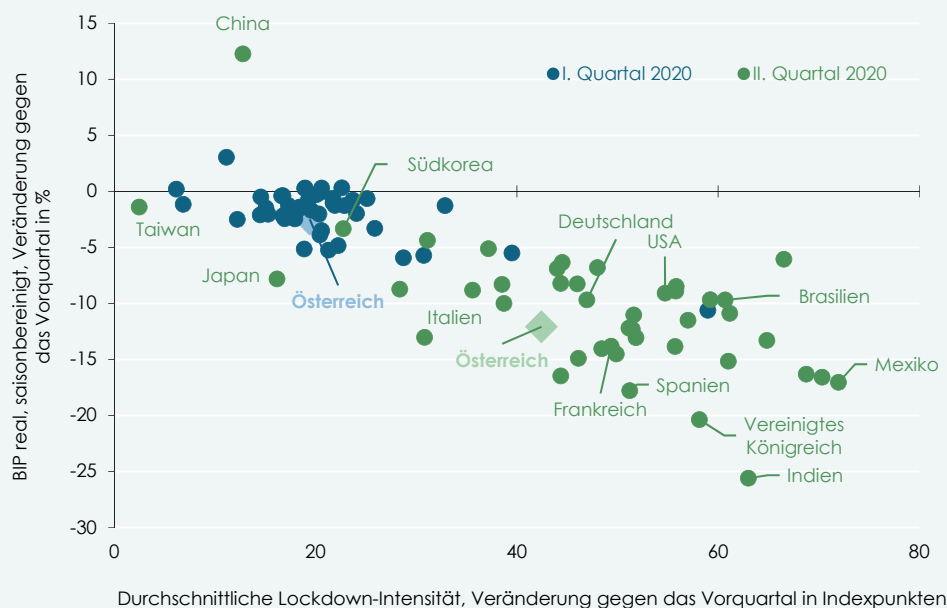
Ein pandemiebedingter Lockdown umfasst viele Maßnahmen, die entweder direkte oder indirekte Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung haben. Fabriks- und Geschäftsschließungen und die Absage von Veranstaltungen bedeuten direkte Wertschöpfungsverluste. Indirekt können sich auch Schulschließungen negativ auswirken, wenn dadurch für die Eltern das Arbeiten von zuhause erschwert wird. Auch Ausgangs-, Verkehrs- und Versammlungsbeschränkungen stören das gewohnte Sozialverhalten und den Wirtschaftskreislauf. Reisebeschränkungen behindern zudem den Tourismus.

Innerhalb des negativen Zusammenhangs zwischen Lockdown-Intensität und Wirtschaftsleistung zeigt sich eine relativ breite Streuung. So wurden in Frankreich die Lockdown-Maßnahmen im II. Quartal weniger

verschärft als in Mexiko, der BIP-Rückgang war aber ähnlich. Umgekehrt wurden die Maßnahmen in Brasilien und dem Vereinigten Königreich in ähnlichem Ausmaß verschärft, in Brasilien war der Wirtschaftseinbruch aber nur knapp halb so tief wie im Vereinigten Königreich.

Insgesamt war also die Intensität des Lockdown ein wichtiger Bestimmungsfaktor der Tiefe der Rezession im 1. Halbjahr 2020, länderspezifische Faktoren spielten aber ebenfalls eine wichtige Rolle. Auf diesem Umstand beruhen die Annahmen zur internationalen Konjunktur in der vorliegenden Prognose. Seit dem II. Quartal wurden die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie in vielen Ländern gelockert, und die Konjunkturindikatoren zeigen, dass der Höhepunkt der Krise im Laufe des II. Quartals erreicht wurde.

Abbildung 1: **BIP-Wachstum und Veränderung der Lockdown-Intensität**



Q: Oxford Economics; University of Oxford, Blavatnik School of Government; WIFO. Die Lockdown-Intensität, gemessen am Indikator der Blavatnik School of Government, ist ein Sammelindex, der verschiedene Indikatoren zu Einschränkungen des öffentlichen Lebens und zur Intensität öffentlicher Informationskampagnen kombiniert (<https://www.bsg.ox.ac.uk/research/research-projects/coronavirus-government-response-tracker>).

Dementsprechend wird in der vorliegenden Prognose unterstellt, dass die Weltwirtschaft im Sommer kräftig expandierte und zwei Drittel des krisenbedingten Einbruchs – also des BIP-Rückganges im 1. Halbjahr 2020 im Vergleich zum IV. Quartal 2019 – bereits kompensiert wurden. Diese Annahme wird für alle Länder außer China getroffen, wo bereits das starke Wachstum im II. Quartal den krisenbedingten Einbruch des I. Quartals kompensierte.

Für Länder, in denen auch im Sommer 2020 noch vergleichsweise rigide Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie in Kraft waren, wie etwa im Vereinigten Königreich oder in Spanien, ist das unterstellte Konjunkturmuster eher optimistisch. Für Länder, deren Lockdown-Intensität bereits überdurchschnittlich stark verringert wurde, wie etwa die Niederlande oder Polen, ist die Annahme eher pessimistisch. Die Korrelation zwischen der Veränderung der Lockdown-Intensität im III. Quartal und der unterstellten BIP-Steigerung liegt aber für alle Länder im plausiblen Bereich, d. h. innerhalb der im I. und II. Quartal 2020 realisierten Bandbreite (Abbildung 1).

Im IV. Quartal 2020 und im I. Quartal 2021 dürfte sich die weltweite Konjunkturerholung

verlangsamen. Diese Annahme beruht darauf, dass in vielen Ländern die COVID-19-Infektionszahlen wieder steigen und daher aus heutiger Sicht nicht mit einer weiteren Lockerung des Social Distancing gerechnet werden kann. Dennoch wird für das IV. Quartal 2020 ein Wachstum angenommen, da die Kapazitäten trotz des Rebound im Sommer noch stark unterausgelastet sind. Da sich in der Industrie die Abläufe zunehmend an die neuen Rahmenbedingungen anpassen (Lerneffekte), ist auch bei einem gewissen Maß an Social Distancing die Aufrechterhaltung der Produktion und des (grenzüberschreitenden) Handels gewährleistet, sodass die Wirtschaft – zumindest in kapitalintensiveren Branchen – resilienter gegenüber Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sein dürfte als im Frühjahr 2020.

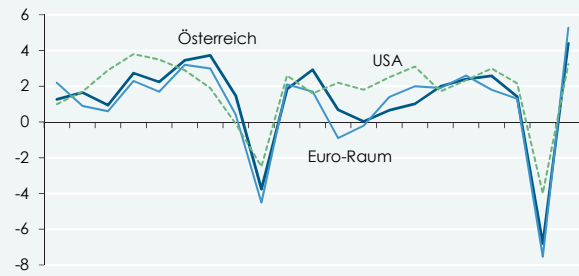
Mit einer neuerlichen Beschleunigung des Wirtschaftswachstums wird erst im II. Quartal 2021 gerechnet. Dieser Annahme liegt die Vermutung zugrunde, dass bis dahin ein wirksamer Impfstoff gegen SARS-CoV-2 breit verfügbar sein wird. Unter diesen Annahmen würde die Wirtschaftsleistung Ende 2021 trotz der Beschleunigung der Konjunkturerholung ab dem Frühjahr in allen Ländern außer China noch geringer sein als vor Ausbruch der Krise im IV. Quartal 2019.

Die Prognose unterstellt, dass im Sommer zwei Drittel des krisenbedingten BIP-Einbruchs kompensiert wurden und sich die Erholung im Winterhalbjahr verlangsamt. Mit einer neuerlichen Beschleunigung des Weltwirtschaftswachstums wird erst im II. Quartal 2021 gerechnet, wenn ein SARS-CoV-2-Impfstoff zur Verfügung stehen wird.

Abbildung 2: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

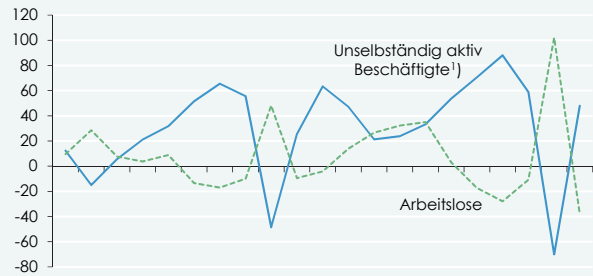
Wirtschaftswachstum

In %



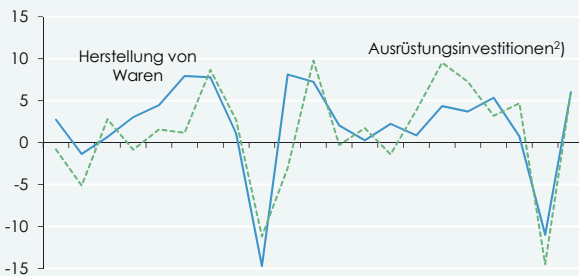
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



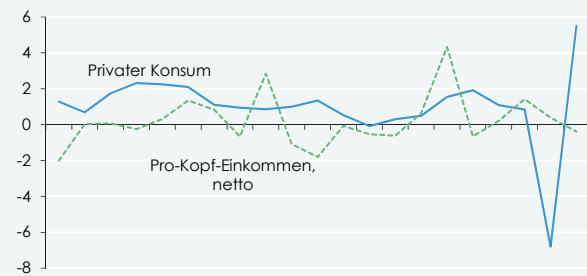
Produktion und Investitionen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



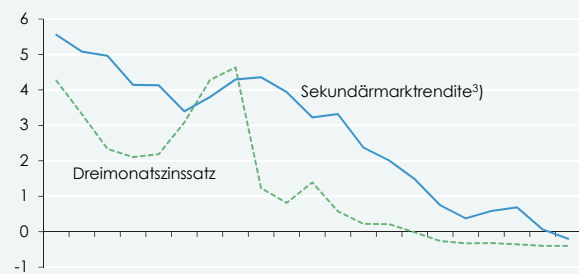
Konsum und Einkommen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



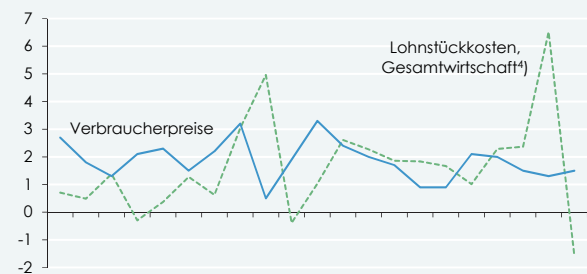
Kurz- und langfristige Zinssätze

In %



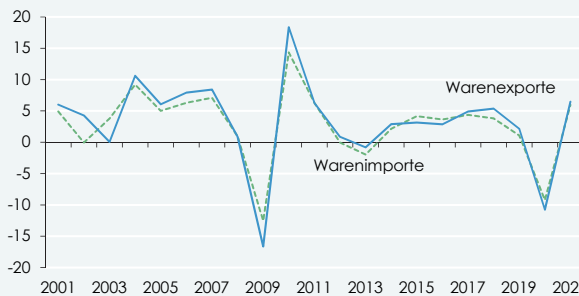
Preise und Lohnstückkosten

Veränderung gegen das Vorjahr in %



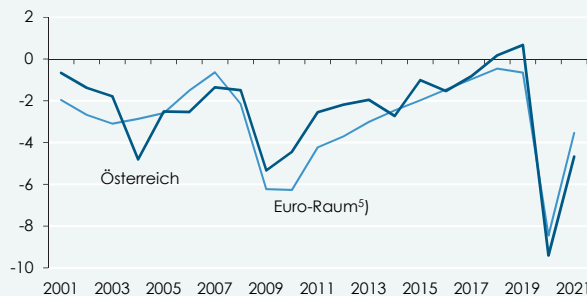
Außenhandel (laut Statistik Austria)

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates

In % des BIP



Q: WIFO. 2020 und 2021: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung; Bruch 2007/08 wegen Umstellung der Beschäftigtenstatistik. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – ⁴⁾ Einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – ⁵⁾ Q: Europäische Kommission.

2. Rezession in Österreich tief, aber kurz

Die Intensität des Lockdown war in Österreich von Mitte März bis Mitte April 2020 – auch im internationalen Vergleich – sehr hoch, der Indikator zur Messung der Lockdown-Intensität der Blavatnik School of Government an der Universität Oxford lag bei 85,2 von 100 Punkten¹⁾. Dementsprechend war der Wertschöpfungsverlust in der zweiten Märzhälfte und Anfang April am stärksten. Mit der Öffnung kleiner Geschäfte ab 14. April nahm die Lockdown-Intensität in Österreich kontinuierlich ab, und die Wirtschaft begann sich zu erholen, wie die wöchentlichen BIP-Indikatoren des WIFO und der OeNB zeigten.

Neben den konjunkturstützenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen wurden weitere Wertschöpfungsverluste in Österreich vor allem durch die relativ rasche Lockerung des Lockdown verhindert. Im Mai sank der Indikator bereits unter 60. Im Juni und nochmals im Juli wurden die Maßnahmen weiter gelockert, sodass der Indikator über den Sommer bei nur 31,5 lag. Österreich gehörte damit nach dem scharfen Lockdown zu Beginn der Pandemie zu den Ländern mit den am wenigsten strengen Maßnahmen.

Dementsprechend war die Rezession in Österreich tief, aber kurz. Der Rückgang der Wirtschaftsleistung setzte laut dem wöchentlichen WIFO-Wirtschaftsindex mit dem Lockdown im März ein. Auch die vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung von Statistik Austria verzeichnet aufgrund der Verluste im März bereits im I. Quartal 2020 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung, überwiegend fiel der Einbruch dann in das II. Quartal.

Im Vergleich zum gesamten Jahr 2019 sank die durchschnittliche Wirtschaftsleistung im 1. Halbjahr 2020 um 8,7%. Davon waren sowohl die Herstellung von Waren als auch die Erbringung von Dienstleistungen betroffen. Die ausländische Nachfrage brach etwas stärker ein als die inländische, vor allem weil die Dienstleistungs- bzw. Reiseverkehrsexporte empfindlich sanken. Aber auch die Warenausfuhr schrumpfte deutlich und in einem ähnlichen Ausmaß wie die Ausrüstungsinvestitionen einschließlich sonstiger Anlagen und der private Konsum. Der Einbruch der inländischen Nachfrage wurde lediglich durch den vergleichsweise geringen Rückgang der Bauinvestitionen und durch den öffentlichen Konsum gedämpft.

Im März und April wurden in Österreich scharfe Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie getroffen, die danach aber stark gelockert wurden. Dementsprechend war die Rezession in Österreich tief, aber kurz.

Übersicht 3: Technische Zerlegung der Wachstumsprognose des realen BIP

		2018	2019	2020	2021
Wachstumsüberhang ¹⁾	Prozentpunkte	+ 0,7	+ 0,9	- 0,3	+ 2,3
Jahresverlaufsrate ²⁾	in %	+ 2,7	+ 0,2	- 4,5	+ 3,1
Jahreswachstumsrate	in %	+ 2,6	+ 1,4	- 6,8	+ 4,4
Bereinigte Jahreswachstumsrate ³⁾	in %	+ 2,5	+ 1,4	- 6,9	+ 4,4
Kalendereffekt ⁴⁾	Prozentpunkte	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	± 0,0

Q: WIFO. 2020 und 2021: Prognose. – 1) Effekt der unterjährigen Dynamik im Vorjahr auf das Wachstum des Folgejahres. Jahreswachstumsrate, wenn das BIP des aktuellen Jahres auf dem Niveau des IV. Quartals des Vorjahres bleibt, saison- und arbeitsstagsbereinigt gemäß Eurostat. – 2) Beschreibt die Konjunkturdynamik innerhalb eines Jahres. Vorjahresveränderung im IV. Quartal, saison- und arbeitsstagsbereinigt gemäß Eurostat. – 3) Saison- und arbeitsstagsbereinigt gemäß Eurostat. Vergleichswert zur Konjunkturprognose der OeNB. – 4) Effekt der Zahl der Arbeitstage und des Schalttages. Die Summe aus bereinigter Jahreswachstumsrate und Kalendereffekt kann vom Wert der unbereinigten Jahreswachstumsrate abweichen, da diese auch Saison- und irreguläre Effekte enthält.

2.1 Kräftige Erholung im Sommer

Das Konjunkturmuster der Weltwirtschaft – ein Großteil des Einbruches vom 1. Halbjahr wurde im III. Quartal wettgemacht – erscheint auch für Österreich plausibel. Der wöchentliche WIFO-Wirtschaftsindex, in den rezente Entwicklungen in den Bereichen Industrie, Konsum, Unternehmensstimmung und Arbeitsmarkt einfließen, zeigt eine kräftige Erholung in den Sommermonaten²⁾.

Auch andere Konjunkturmodelle – von theoriegetriebenen DSGE-Modellen zu datengestützten Faktormodellen – prognostizieren für 2020 einen BIP-Rückgang in einem Bereich von 6½% bis 7%.

Die Erholung im III. Quartal war kräftig. Sie dürfte aber auch besonders stark konsumgestützt gewesen sein, da der Konsumrückstau und das Zwangssparen, die mit dem Lockdown einhergegangen waren, mit der

¹⁾ <https://www.bsg.ox.ac.uk/research/research-projects/coronavirus-government-response-tracker>.

²⁾ In den wöchentlichen WIFO-Wirtschaftsindex fließen u. a. Informationen zum Volumen der Lkw-Fahrleistung auf Autobahnen, Google-Mobilitätsdaten und Flug-

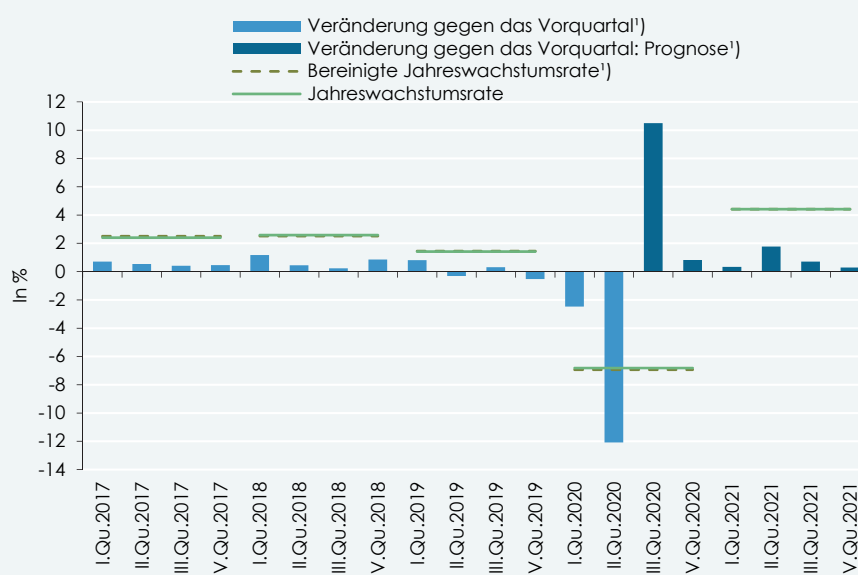
verkehrsdaten, Stimmungsindikatoren aus dem WIFO-Konjunkturtest, Kreditkartentransaktionen und Zahlungsverkehrsdaten, Beschäftigung, offene Stellen und Arbeitslosigkeit, Stromverbrauch, Luftschadstoffe sowie die Industrieproduktion ein.

Öffnung der Geschäfte und der Gastronomie abgebaut wurden. Die Investitionen und der Warenaußenhandel, der erheblich von der internationalen Investitionsgüternach-

frage abhängt, erholten sich hingegen weniger sprunghaft, da die Umsetzung von Investitionsprojekten längerer Vorlaufzeiten bedarf.

Abbildung 3: **Konjunkturbild Österreich**

BIP, real, Veränderung in %



Q: WIFO. – ¹) Saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat.

Übersicht 4: **Entwicklung der Nachfrage**

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	260,45	263,11	250,93	261,44	+ 1,1	+ 1,0	- 4,6	+ 4,2
Private Haushalte¹)	189,75	191,36	178,35	188,16	+ 1,1	+ 0,8	- 6,8	+ 5,5
Staat	70,70	71,75	72,57	73,28	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,0
Bruttoinvestitionen	94,07	94,79	86,73	90,00	+ 5,3	+ 0,8	- 8,5	+ 3,8
Bruttoanlageinvestitionen	88,16	91,68	86,55	89,73	+ 3,9	+ 4,0	- 5,6	+ 3,7
Ausrüstungen²)	30,33	31,75	27,15	28,78	+ 3,2	+ 4,7	- 14,5	+ 6,0
Bauten	38,81	40,22	39,10	40,07	+ 3,6	+ 3,6	- 2,8	+ 2,5
Sonstige Anlagen³)	19,03	19,72	20,21	20,82	+ 5,7	+ 3,6	+ 2,5	+ 3,0
Inländische Verwendung	355,33	359,24	338,91	352,74	+ 2,2	+ 1,1	- 5,7	+ 4,1
Exporte	208,41	214,54	187,99	199,47	+ 5,5	+ 2,9	- 12,4	+ 6,1
Reiseverkehr	16,32	17,34	11,50	14,60	+ 4,1	+ 6,2	- 33,7	+ 27,0
Minus Importe	194,94	199,72	178,54	188,47	+ 5,0	+ 2,4	- 10,6	+ 5,6
Reiseverkehr	9,01	9,13	4,55	6,54	+ 7,3	+ 1,3	- 50,2	+ 43,8
Bruttoinlandsprodukt	368,82	374,05	348,58	363,90	+ 2,6	+ 1,4	- 6,8	+ 4,4
Nominell	385,36	397,58	377,54	400,70	+ 4,3	+ 3,2	- 5,0	+ 6,1

Q: WIFO. 2020 und 2021: Prognose. – ¹) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²) Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³) Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

2.2 Wirtschaftliche Unsicherheit prägt den Warenaußenhandel

Im Warenaußenhandel ist heuer mit Marktanteilsverlusten zu rechnen, die sich durch negative Waren- und Länderstruktureffekte ergeben: Zum einen trifft die COVID-19-Rezession einige der österreichischen Haupt-

märkte (Frankreich, Italien) überdurchschnittlich stark, und zum anderen trifft sie vor allem die für den österreichischen Export wichtigsten Warengruppen Maschinen und Fahrzeuge, Investitionsgüter sowie Metallwaren. So erreichten die Maschinenexporte im II. Quartal 2020 nur rund drei Viertel des Vorjahresniveaus, die Exporte der Kfz-Industrie

nur mehr rund die Hälfte. Zudem ist die Unsicherheit in der Industrie hinsichtlich des weiteren Konjunkturverlaufs hoch.

Die Warenexporte brachen daher überdurchschnittlich stark ein, und die bestehende Verunsicherung und längere Vorlaufzeiten verzögern die Erholung vor allem im Export von Investitionsgütern. Im Kfz-Bereich und insbesondere in der teilweise sehr spezialisierten Autozulieferbranche kommen neben den Auswirkungen der COVID-19-Krise Anpassungsprozesse durch den Technologiewandel (E-Mobility) zum Tragen.

2.3 Stabilisierung der Investitionsnachfrage steht noch bevor

Wie die Sonderbefragungen des WIFO-Konjunkturfests im April, Mai und August zeigen, nahm die Investitionszurückhaltung der Unternehmen über die Zeit ab. Der Anteil der Unternehmen, die Investitionen gestrichen haben, betrug im April und Mai rund 20% und verringerte sich im August auf 14%.

Der Anteil jener Unternehmen, die Investitionen aufschoben, sank von 52% im April auf 39% im Mai und 35% im August. Das WKO-Wirtschaftsbarometer zeigt ähnliche Ergebnisse: 34% der im Sommer 2020 befragten Unternehmen planten keine Investitionen (Sommer 2019: 17%), etwa die Hälfte der Kleinunternehmen meldeten, keine Investitionen zu tätigen.

Unterstützt wird die Investitionstätigkeit durch die Investitionsprämie, die von September 2020 bis Februar 2021 nicht-klimaschädliche materielle und immaterielle Neuinvestitionen in das Anlagevermögen fördert. Dies löst zwar Mitnahmeeffekte aus, aber auch Vorzieheffekte, die den Rückgang der Investitionen dämpfen. Zudem dürften einige bereits stornierte Projekte nun doch realisiert werden, da die Investitionsprämie einen beträchtlichen Investitionsanreiz setzt (7% des Investitionsvolumens plus 7% für Investitionen in den Bereichen Gesundheit, Digitalisierung und Ökologisierung).

Übersicht 5: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,33	4,30	4,21	4,21	+ 3,5	- 0,8	- 2,0	± 0,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	66,66	67,07	59,69	63,27	+ 5,1	+ 0,6	- 11,0	+ 6,0
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	9,85	10,21	9,19	9,74	+ 3,8	+ 3,6	- 10,0	+ 6,0
Bauwirtschaft	20,14	20,69	20,07	20,63	+ 1,8	+ 2,7	- 3,0	+ 2,8
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	38,87	39,10	36,56	38,57	+ 2,9	+ 0,6	- 6,5	+ 5,5
Verkehr	18,63	18,92	17,21	17,90	+ 1,4	+ 1,6	- 9,0	+ 4,0
Beherbergung und Gastronomie	16,28	16,62	12,78	14,70	+ 1,3	+ 2,1	- 23,1	+ 15,0
Information und Kommunikation	12,67	13,14	13,27	13,67	+ 9,8	+ 3,7	+ 1,0	+ 3,0
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	14,63	15,08	15,44	15,57	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,4	+ 0,8
Grundstücks- und Wohnungswesen	30,94	31,31	31,94	32,42	+ 1,1	+ 1,2	+ 2,0	+ 1,5
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	32,30	32,98	29,18	30,94	+ 3,6	+ 2,1	- 11,5	+ 6,0
Öffentliche Verwaltung ²⁾	55,70	56,05	56,17	56,45	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,5
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	8,90	8,96	7,17	7,74	- 0,4	+ 0,7	- 20,0	+ 8,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	329,76	334,29	312,89	325,76	+ 2,8	+ 1,4	- 6,4	+ 4,1
Bruttoinlandsprodukt	368,82	374,05	348,58	363,90	+ 2,6	+ 1,4	- 6,8	+ 4,4

Q: WIFO. 2020 und 2021: Prognose. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ³⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – ⁴⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

2.4 Nach Abflachung wieder größere Einbußen im Tourismus

Die massiven Nächtigungseinbußen in der Vorsaison (Mai bis Juni –70% gegenüber dem Vorjahr) flachten in der Sommerhaupt-saison (Juli bis August) deutlich ab (auf –14%). Allerdings fällt aufgrund der Ein-

schränkungen im Flugverkehr die Nachfrage aus Übersee fast ganz aus. Im Herbst wird sich der Zustrom von Reisenden aufgrund der Steigerung der COVID-19-Infektionszahlen und der Zunahme der Reisewarnungen wieder abschwächen. Im gesamten Jahr 2020 wird damit die Zahl der Nächti-

gungen um rund 30% unter dem Vorjahresniveau liegen.

Auch für die kommende Wintersaison ist mit Einbußen zu rechnen. Die Reisewarnung Deutschlands, die im September für Wien, Tirol und Vorarlberg ausgesprochen wurde, und Reisewarnungen anderer Länder (z. B. Niederlande) bilden ein erhebliches Risiko für den Wintertourismus. Die vorliegende Prognose geht davon aus, dass sie spätestens zu Jahresende aufgehoben werden, sodass der Wintertourismus davon nicht erheblich betroffen sein wird. Dennoch dürften die Nächtigungszahlen im Frühjahr 2021 noch um ein Viertel unter den Vorkrisenwerten liegen.

2.5 Solide Entwicklung im Bauwesen

Laut dem WIFO-Konjunkturtest hat die Bauwirtschaft den COVID-Schock bereits überwunden, der überwiegende Teil der Unternehmen beurteilt die aktuelle Lage und die künftige Entwicklung wieder optimistisch. Im Bauwesen dürfte die Wertschöpfung daher 2020 weniger stark zurückgehen als etwa in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09.

Die Entwicklung im Jahr 2021 hängt stark von der Investitionstätigkeit der Länder und Gemeinden ab. In vergangenen Krisen wurde diese durch den massiven Rückgang von Steuereinnahmen und Ertragsanteilen

gedämpft. Das kommunale Investitionspaket des Bundes (1 Mrd. €) wirkt hier teilweise kompensierend.

2.6 Lohnsteigerungen verlangsamen sich

Die Abschlüsse der Herbstlohnrunde 2019 für das Jahr 2020 sahen Lohnsteigerungen von 2,2% bis 2,7% vor. In den Abschlüssen nach Ausbruch der COVID-19-Krise sanken die vereinbarten Lohnsteigerungen auf bis zu 1,6%. In der für viele Branchen maßgeblichen Lohnrunde der Metallindustrie vom September 2020 wurde eine Anhebung der Pro-Kopf-Löhne um 1,45% vereinbart. Die Lohnprognose für 2020 berücksichtigt zudem, dass die Entwicklung der Pro-Kopf-Löhne durch die Verringerung der Arbeitszeit pro Kopf – durch Kurzarbeit und Abbau von Überstunden – gedämpft wird.

2021 werden die Tariflohnsteigerungen weiter abflachen, wie der Abschluss für die metallverarbeitende Industrie zeigt. Der prognostizierte Wiederanstieg der Arbeitszeit wirkt diesem Rückgang entgegen. Die Nettolöhne werden 2020 durch die Senkung des Eingangssteuersatzes in der Einkommensteuer von 25% auf 20% sowie der verzögerten Wirkung des Familienbonus über die Arbeitnehmerveranlagung erhöht. 2021 werden sie durch die Wirkung der kalten Progression und das Auslaufen der COVID-19-Kurzarbeit gedämpft.

Übersicht 6: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Löhne und Gehälter pro Kopf ¹⁾						
Nominell, brutto	+ 2,3	+ 1,6	+ 2,7	+ 2,9	+ 1,4	+ 1,5
Real ²⁾						
Brutto	+ 1,4	- 0,5	+ 0,7	+ 1,3	+ 0,1	± 0,0
Netto	+ 4,3	- 0,7	+ 0,2	+ 1,4	+ 0,4	- 0,4
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde ¹⁾						
Real ²⁾ , netto	+ 3,5	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,9	+ 5,2	- 2,7
	In %					
Lohnquote, bereinigt ³⁾	67,9	68,9	68,8	68,3	69,7	69,8
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Lohnstückkosten ⁴⁾ , nominell						
Gesamtwirtschaft	+ 1,7	+ 1,0	+ 2,3	+ 2,4	+ 6,5	- 1,6
Herstellung von Waren	- 1,3	- 0,9	+ 0,6	+ 3,8	+12,7	- 4,1
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren ⁵⁾						
Nominell	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,7	- 0,7	+ 1,2	+ 0,6
Real	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,7	- 1,0	+ 1,3	+ 0,3

Q: WIFO. 2020 und 2021: Prognose. – ¹⁾ Laut VGR. – ²⁾ Deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Arbeitnehmerentgelte in Relation zum Volkseinkommen, bereinigt um die Veränderung des Anteiles der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 1995. – ⁴⁾ Arbeitskosten in Relation zur Produktivität (Arbeitnehmerentgelte je von unselbständig Beschäftigten geleistete Arbeitsstunde im Verhältnis zum BIP bzw. zur Bruttowertschöpfung je von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunde) einschließlich Kurzarbeitsbeiträgen. – ⁵⁾ Export- und importgewichtet, real, gemessen am harmonisierten VPI.

2.7 Verhaltene Erholung auf dem Arbeitsmarkt

Das gesamtwirtschaftliche Arbeitszeitvolumen dürfte 2020 im selben Ausmaß abnehmen wie das reale BIP. Dieser Rückgang erfolgt aufgrund der regen Inanspruchnahme der COVID-19-Kurzarbeit hauptsächlich durch eine Senkung der Arbeitszeit pro Kopf. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten (einschließlich geringfügiger Beschäftigung) sinkt hingegen um "nur" 2,3% bzw. 94.000. Im etwa gleichen Ausmaß steigt die erweiterte Arbeitslosigkeit (einschließlich Personen in Schulungen).

2021 dürfte das Arbeitszeitvolumen etwas weniger stark zunehmen als die Wirtschaftsleistung, sodass sich ein leichter Produktivitätszuwachs ergibt. Es wächst aber stärker als die Zahl der Beschäftigten, da die Inanspruchnahme der COVID-19-Kurzarbeit in Jahresäquivalenten um 94% zurückgeht und die Arbeitszeit pro Kopf entsprechend steigt.

In der Sachgütererzeugung wird die Beschäftigung hingegen 2021 noch weiter schrumpfen.

Die Beschäftigung wird 2021 – wie bereits vor der Krise – nur zum Teil durch die Einstellung von Arbeitslosen ausgeweitet, weil zugleich zusätzliche Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt eintreten. Zum einen gewinnt der Nettozufluss an ausländischen Arbeitskräften, der krisenbedingt unterbrochen war, 2021 wieder an Schwung. Zum anderen werden jene, die ihren Berufseinstieg krisenbedingt verschoben haben, auf den Arbeitsmarkt drängen.

Die Arbeitslosigkeit im engeren Sinn wird 2021 auch durch Einrichtung einer Arbeitsstiftung gedämpft. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt dadurch um zusätzlich 6.000, gleichzeitig steigt die Zahl der Personen in Schulungen. Insgesamt bleibt der Rückgang der Arbeitslosigkeit 2021 angesichts des starken Anstieges 2020 dennoch verhalten.

Der Großteil des Rückganges des Arbeitszeitvolumens erfolgt durch eine Senkung der Arbeitszeit pro Kopf aufgrund der regen Inanspruchnahme der COVID-19-Kurzarbeit. Aber auch der Beschäftigungsrückgang und der Anstieg der Arbeitslosigkeit sind im historischen Vergleich markant.

Übersicht 7: Arbeitsmarkt

	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 62,2	+ 76,8	+ 91,5	+ 61,0	- 77,5	+ 45,5
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾²⁾	+ 53,7	+ 70,7	+ 88,0	+ 58,9	- 70,0	+ 48,0
Inländische Arbeitskräfte	+ 17,7	+ 23,8	+ 33,7	+ 12,3	- 50,0	+ 15,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 36,0	+ 46,8	+ 54,4	+ 46,6	- 20,0	+ 33,0
Selbständige ³⁾	+ 8,5	+ 6,1	+ 3,5	+ 2,1	- 7,5	- 2,5
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15 bis 64 Jahre	+ 65,8	+ 23,0	+ 13,2	+ 11,4	+ 4,2	- 2,4
Erwerbspersonen ⁴⁾	+ 65,2	+ 59,4	+ 63,7	+ 50,2	+ 24,5	+ 7,5
Überhang an Arbeitskräften						
Arbeitslose (laut AMS)	+ 3,0	- 17,3	- 27,9	- 10,8	+ 102,0	- 38,0
Personen in Schulung	+ 2,1	+ 4,9	- 3,4	- 6,8	- 5,0	+ 18,0
In%						
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat) ⁵⁾	6,0	5,5	4,9	4,5	5,4	5,0
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	8,1	7,6	6,9	6,6	8,7	7,9
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	9,1	8,5	7,7	7,4	9,8	8,8
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Erwerbspersonen ⁴⁾	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,2
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾²⁾	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,5	+ 1,6	- 1,9	+ 1,3
Arbeitslose (laut AMS)	+ 0,8	- 4,9	- 8,2	- 3,5	+ 33,9	- 9,4
Stand in 1.000	357,3	340,0	312,1	301,3	403,3	365,3

Q: WIFO. 2020 und 2021: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ³⁾ Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – ⁴⁾ Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – ⁵⁾ Labour Force Survey.

2.8 Konsumrückstau löst sich

Der mäßige Lohnanstieg und die Beschäftigungseinbußen haben 2020 einen Rückgang der Arbeitnehmerentgelte zur Folge. Auch die Selbständigen- und Vermögens-

einkommen sinken. Die Abnahme der Primäreinkommen wird durch die Einkommensteuersenkung kompensiert. Zusammen mit der Steigerung der monetären Sozialtransfers ergibt sich 2020 gegenüber 2019 eine Zunahme der verfügbaren Einkommen von

nominell 2%. Ein Großteil der krisenbedingten Markteinkommensverluste wird demnach durch die automatischen Stabilisatoren und die diskretionären fiskalischen Maßnahmen ausgeglichen.

Dennoch ist der private Konsum im gesamten Jahr 2020 deutlich geringer als 2019. Dieser Rückgang ist zum einen auf das Zwangsparen durch den Lockdown im Frühjahr und

zum anderen auf die in manchen Bereichen noch zurückhaltende Nachfrage zurückzuführen. Als Folge steigt die Sparquote 2020 stark. Obwohl sich der Konsumrückstau im III. Quartal teilweise auflöste, erholt sich der private Konsum aufgrund des vermehrten Vorsichtssparens nicht so rasch, wie es die Einkommensentwicklung zulassen würde. Die Sparquote wird daher auch 2021 noch überdurchschnittlich hoch sein.

Übersicht 8: Produktivität

	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,6	+ 1,4	- 6,8	+ 4,4
Geleistete Arbeitsstunden ¹⁾	+ 2,1	+ 1,0	+ 2,0	+ 1,7	- 6,8	+ 4,1
Stundenproduktivität ²⁾	- 0,1	+ 1,4	+ 0,6	- 0,2	- 0,0	+ 0,3
Erwerbstätige ³⁾	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,3	- 2,2	+ 1,3
Herstellung von Waren						
Produktion ⁴⁾	+ 4,4	+ 3,7	+ 5,3	+ 0,7	- 11,0	+ 6,0
Geleistete Arbeitsstunden ⁵⁾	+ 0,4	+ 1,0	+ 2,4	+ 0,7	- 8,7	+ 4,1
Stundenproduktivität ²⁾	+ 4,0	+ 2,6	+ 2,9	- 0,0	- 2,5	+ 1,8
Unselbständig Beschäftigte ⁶⁾	+ 0,5	+ 1,3	+ 2,8	+ 1,3	- 1,4	- 0,5

Q: WIFO. 2020 und 2021: Prognose. – ¹⁾ Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ²⁾ Produktion je geleistete Arbeitsstunde. – ³⁾ Unselbständige und Selbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – ⁴⁾ Nettoproduktionswert, real. – ⁵⁾ Von unselbständig Beschäftigten geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ⁶⁾ Laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse).

Übersicht 9: Konsum, Einkommen und Preise

	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,8	- 6,8	+ 5,5
Dauerhafte Konsumgüter	+ 2,7	+ 2,0	+ 1,1	- 0,4	- 16,0	+ 6,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,1	+ 1,0	- 5,8	+ 5,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 2,7	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,3
In % des verfügbaren Einkommens						
Sparquote der privaten Haushalte						
Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	7,8	7,5	7,8	8,2	15,0	10,6
Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	7,2	6,8	7,1	7,6	14,4	10,0
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Forderungen an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 1,8	+ 0,7	+ 4,9	+ 4,4	+ 3,7	+ 2,4
Verbraucherpreise						
National	+ 0,9	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,5
Harmonisiert	+ 1,0	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,5
Kerninflation ²⁾	+ 1,5	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,6

Q: WIFO. 2020 und 2021: Prognose. – ¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

2.9 Fiskalpolitik angemessen expansiv

Das abrupte Herunterfahren der wirtschaftlichen Aktivitäten sowie die Rettungs- und Unterstützungsmaßnahmen und die konjunk-

turstützenden Schritte während und nach dem Lockdown im Frühjahr haben beträchtliche Konsequenzen für die öffentlichen Haushalte, die sich nicht nur 2020, sondern auch in den Folgejahren zeigen werden. Die

in der Budgetprognose berücksichtigten diskretionären Maßnahmen umfassen die zu Krisenbeginn beschlossenen Hilfsprogramme, die Konjunkturstützungsmaßnahmen vom Juni 2020 und Beschlüsse, die danach getroffen wurden, wie die Einrichtung einer Arbeitsstiftung und die Pensionserhöhung 2021.

Nach aktueller Einschätzung des WIFO ergibt sich 2020 ein gesamtstaatliches Budgetdefizit von 9,4% des BIP. Die erwartete Verbesserung gegenüber der Prognose vom Juni 2020 (-10,3%) beruht u. a. auf der Neueinschätzung der Subventionen und des Staatsverbrauchs, ist aber auch zu wesentlichen Teilen Modifikationen der bisherigen Buchungspraxis zuzuschreiben.

Kurzarbeitsbeihilfen und Fixkostenzuschüsse treiben die Subventionsausgaben, sie neh-

men gegenüber 2019 um mehr als 13 Mrd. € bzw. 3,5% des BIP zu. Für die COVID-19-Kurzarbeitsbeihilfe werden 7,8 Mrd. €, für die Fixkostenzuschüsse aufgrund einer Neuschätzung der Inanspruchnahme 5 Mrd. € veranschlagt. Ein massiver Zuwachs von 5,5 Mrd. € (1,5% des BIP) wird heuer auch im Bereich der monetären Sozialleistungen erwartet (Arbeitslosengeld, Kinderbonus, Negativsteuer, Anhebung der Notstandshilfe, Zahlungen aus dem Härtefallfonds usw.). Investive Maßnahmen wie die Investitionsprämie, das Klimapakete, der Breitbandnetzausbau oder das Schulentwicklungsprogramm werden größtenteils ab 2021 budgetwirksam. Die niedrigen Zinssätze verringern den Budgetdruck ein wenig. Etwas Entlastung ergibt sich auch durch den unerwartet schwachen öffentlichen Konsum im 1. Halbjahr 2020.

Automatische Stabilisatoren und diskretionäre fiskalpolitische Maßnahmen sind 2020 eine wichtige Stütze der verfügbaren Einkommen.

Übersicht 10: Fiskal- und geldpolitische Kennzahlen

	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	In % des BIP					
Budgetpolitik						
Finanzierungssaldo des Staates ¹⁾	- 1,5	- 0,8	0,2	0,7	- 9,4	- 4,7
Primärsaldo des Staates	0,5	1,0	1,8	2,1	- 8,1	- 3,4
Staatseinnahmen	48,5	48,5	48,9	49,1	47,6	47,6
Staatsausgaben	50,1	49,3	48,7	48,4	57,0	52,2
	In%					
Geldpolitik						
Dreimonatszinssatz	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4
Sekundärmarktrendite ²⁾	0,4	0,6	0,7	0,1	- 0,2	- 0,2

Q: WIFO. 2020 und 2021: Prognose. – 1) Laut Maastricht-Definition. – 2) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Der konjunkturbedingte Rückgang der Staatseinnahmen wird durch diskretionäre Maßnahmen verstärkt. Dazu zählen insbesondere der steuerliche Verlustrücktrag, die Beschleunigung von Abschreibungen, die Senkung des Eingangssteuersatzes in der Einkommensteuer und die temporäre Herabsetzung des Umsatzsteuersatzes im Gastronomie- und Kulturbereich. Aufgrund der COVID-19-Kurzarbeitsregelungen wird der Rückgang der Sozialbeitragsentnahmen mäßig ausfallen.

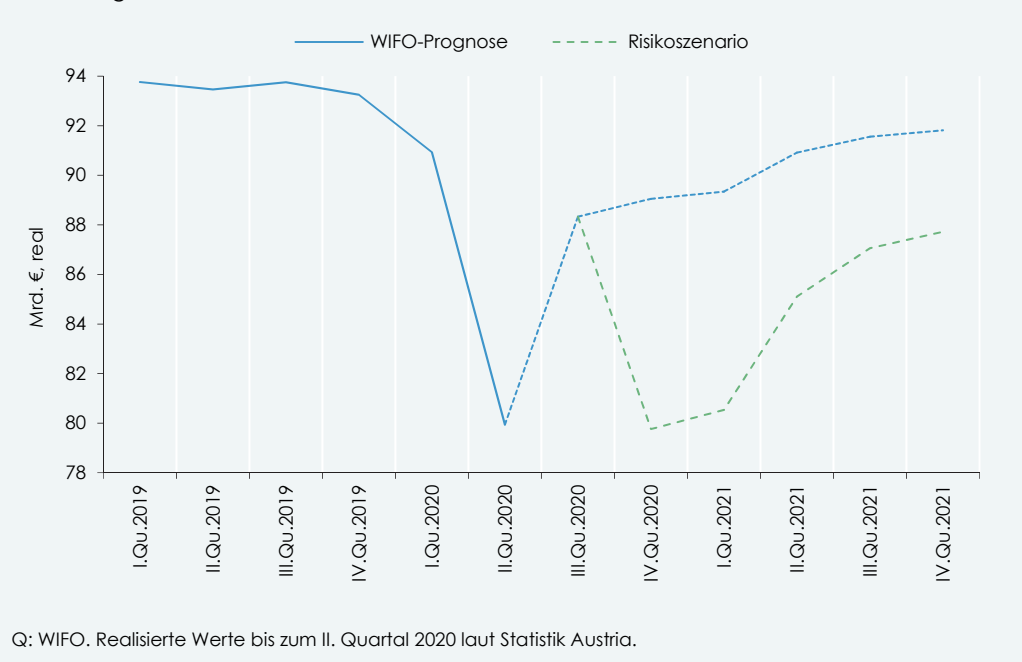
Der Einnahmefall im Bereich der direkten Steuern wird 2021 nur teilweise wettgemacht, da die Abschreibungsvergünstigungen und der Verlustrücktrag auch in den Folgejahren wirken. Allerdings wird für 2021 aufgrund des Auslaufens temporärer Regelungen und der Erholung des privaten Konsums ein kräftiger Anstieg des Aufkommens aus indirekten Steuern erwartet.

3. Prognoserisiko: zweiter Lockdown

Das größte Risiko geht für die vorliegende WIFO-Prognose davon aus, dass aufgrund übermäßig steigender COVID-19-Infektionszahlen ein neuerlicher Lockdown nötig sein könnte. Dazu zählen insbesondere Geschäfts- und Fabriksschließungen, Reisebeschränkungen, aber auch (partielle) Schulschließungen, die das Arbeiten der Eltern

von zuhause erschweren. In diesem Risikoszenario wird damit gerechnet, dass die Lockdown-Intensität, gemessen am Indikator der Blavatnik School of Government, ab November wieder über 70 steigt, die Maßnahmen bis nach den Weihnachtsfeiertagen in Kraft sind und danach langsamer gelockert werden als im Sommer 2020.

Abbildung 4: Zu erwartende BIP-Effekte eines neuerlichen Lockdown



Ein neuerlicher Lockdown könnte die Wirtschaftsleistung im IV. Quartal 2020 auf das Niveau des II. Quartals 2020 drosseln und im gesamten Prognosezeitraum einen Wertschöpfungsverlust von 4,5% bewirken.

In diesem Fall geht das WIFO davon aus, dass die Wertschöpfung im IV. Quartal 2020 auf das Niveau vom II. Quartal 2020 gedrosselt wird. Im Vergleich zur Ausgangslage wäre der Einbruch demnach geringer als während des Lockdown im Frühjahr. Es wird in diesem Fall auf das BIP-Niveau und nicht auf die Veränderungsrate abgestellt, da fast alle Wirtschaftsbereiche noch unterausgelastet sind: Die "Fallhöhe" durch einen neuerlichen Lockdown ist geringer als im Frühjahr.

Dennoch hätte ein neuerlicher Lockdown verheerende Auswirkungen auf die Realwirtschaft. Eine Dämpfung der Wirtschaftsleistung im IV. Quartal auf das Niveau des II. Quartals 2020 bedeutet einen Einbruch von 9,7% gegenüber dem Vorquartal (im II. Quartal sank die Wertschöpfung

gegenüber dem Vorquartal um 12,1%). Im gesamten Jahr 2020 würde das reale BIP um 9,3% schrumpfen, d. h. um 2,5 Prozentpunkte stärker als im Basisszenario.

Weiters wäre die Erholung nach einem erneuten Lockdown schleppender als im Sommer 2020, weil die Maßnahmen annahmeförmig weniger rasch gelockert würden. Zudem beruht das Risikoszenario – wie das Basisszenario – auf der Annahme, dass sich die sozialen und wirtschaftlichen Aktivitäten erst ab dem II. Quartal 2021 normalisieren, wenn ein Impfstoff gegen SARS-CoV-2 erhältlich sein wird. Insgesamt würde die Wirtschaftsleistung im Durchschnitt des Jahres 2021 den Jahresdurchschnitt von 2020 kaum übersteigen und im IV. Quartal 2021 um 4,5% unter dem Wert im Basisszenario liegen.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, christine.kaufmann@wifo.ac.at, maria.riegler@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern). Im Gegensatz zu den an Eurostat gelieferten und auch von Statistik Austria veröffentlichten "saison- und arbeitstägig bereinigten Veränderungen" der vierteljährlichen BIP-Daten bereinigt das WIFO diese zusätzlich um irreguläre Schwankungen. Diese als Trend-Konjunktur-Komponente bezeichneten Werte weisen einen ruhigeren Verlauf auf und machen Veränderungen des Konjunkturverlaufes besser interpretierbar.

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Produzierender Bereich

Diese Abgrenzung schließt die NACE-2008-Abschnitte B, C und D (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Herstellung von Waren, Energieversorgung) ein und wird hier im internationalen Vergleich verwendet.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbrau-

cherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <http://www.statistik.at/>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2015) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionstest

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.500 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Der WIFO-Investitionstest ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

Hochfrequente Konjunkturbeobachtung

Sandra Bilek-Steindl, Julia Bock-Schappelwein, Christian Glocker, Serguei Kaniovski (WIFO), Sebastian Koch, Richard Sellner (IHS)



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
VIENNA

WIFO ■

In Auftrag gegeben von:
■ Bundesministerium
Finanzen

**Hochfrequente
Konjunkturbeobachtung**

**Sandra Bilek-Steindl, Julia Bock-Schappelwein,
Christian Glocker, Serguei Kaniovski (WIFO),
Sebastian Koch, Richard Sellner (IHS)**

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun,
Peter Reschenhofer (WIFO)

Oktober 2020
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

WIFO-Teil zum Projektbericht

Einleitung

Auswahl und Analyse der Indikatoren
Zur Bedeutung von hochfrequenten Daten in der aktuellen Situation – Indikatorensatz – Korrelationsanalyse

Direkter Ansatz zur Echtzeitschätzung und Prognose des BIP auf wöchentlicher Basis
Wöchentlicher WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI) – Gesamtjahresprognose auf Basis des WWWI

Indirekter Ansatz zur Echtzeitschätzung und Prognose des BIP: Modellierung der Teilaggregate
Das CDFM im Überblick – Datengrundlage und Spezifikation des CDFM – Die Funktionsweise eines CDFM – Ergebnisse des CDFM

Anhang: Finanzmarktstressindikator

Anhang: Korrelationsanalyse

IHS-Teil zum Projektbericht

Economic High-Frequency Monitor
Schienengüterverkehrsleistung – Arbeitslosenquote – Stromverbrauch – Tool – Ausblick

In dieser Studie wird eine große Zahl hochfrequenter Indikatoren gesammelt und hinsichtlich ihres Informationsgehaltes im Hinblick auf die Aktivität der österreichischen Volkswirtschaft analysiert. Dies geschieht anhand von Kreuzkorrelationen dieser und anderer häufig verwendeter Indikatoren für verschiedene Referenzreihen, u. a. für das BIP, das verarbeitende Gewerbe, den Bausektor, Teile des Dienstleistungssektors, Investitionen, Konsum, Importe und Exporte. Auf Basis dieser Erkenntnisse werden dynamische Faktormodelle (DFM) für die Referenzreihen spezifiziert. Dies ermöglicht eine Echtzeiteinschätzung und eine Prognose des BIP sowohl durch einen direkten (wöchentlicher WIFO-Wirtschaftsindex – WWWI) als auch durch einen indirekten Ansatz (Cluster dynamischer Faktormodelle – CDFM). Eine Auswahl an hochfrequenten Indikatoren ist auch über den IHS Economic High-Frequency Monitor abrufbar.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen • Oktober 2020 • 75 Seiten • 50 € • Kostenloser Download:
<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66530>

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung", 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

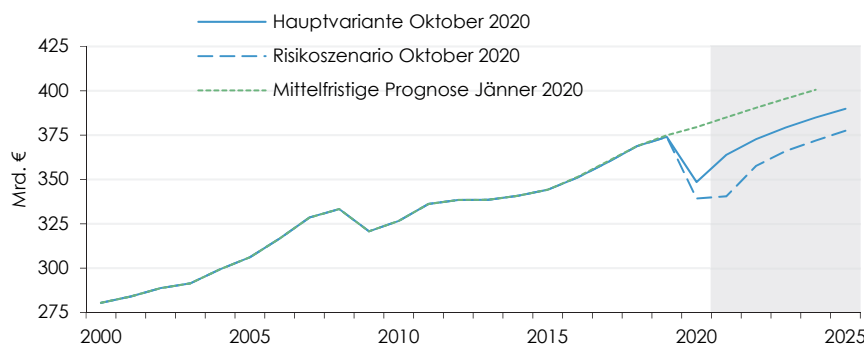
COVID-19-Pandemie dämpft die Konjunkturaussichten

Mittelfristige Prognose 2021 bis 2025

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Christian Glocker, Walter Hyll, Hans Pitlik

- Im 1. Halbjahr 2020 verzeichnete Österreich den schwersten Wirtschaftseinbruch seit 75 Jahren.
- In der Hauptvariante der Prognose wird ein Rückgang der Wirtschaftsleistung im Jahr 2020 um knapp 7% erwartet, die Arbeitslosenquote steigt auf knapp 10%.
- Aufgrund umfangreicher fiskalpolitischer Maßnahmen zur Abfederung der Auswirkungen der COVID-19-Rezession sowie massiver Einnahmenausfälle steigt das Budgetdefizit auf 9½% des BIP.
- Über den Prognosezeitraum beträgt das durchschnittliche jährliche Trendwachstum 1%.
- In einem pessimistischeren Risikoszenario wird im IV. Quartal 2020 eine zweite Infektionswelle angenommen, der mit restriktiveren gesundheitspolitischen Maßnahmen bis hin zu einem (partiellen) Lockdown begegnet wird.
- Das BIP würde in diesem Szenario 2020 um 9¼% schrumpfen und 2021 auf diesem niedrigen Niveau beinahe stagnieren. Die Arbeitslosenquote steigt bis 2021 gegenüber der Hauptvariante um 1½ Prozentpunkte auf 10¼%.
- Das Budgetdefizit würde sich 2020 auf 10,8% und die öffentliche Schuldenquote 2021 auf 93% erhöhen.

Szenarien der Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Österreich



Nach der schwersten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg mit einem durch die COVID-19-Pandemie und die gesundheitspolitischen Maßnahmen zu deren Eindämmung ausgelösten Einbruch der Wirtschaftsleistung von knapp 7% erwartet das WIFO 2021 eine deutliche Erholung der Wirtschaftsleistung. Dennoch werden die Folgen der Krise auch noch mittelfristig zu spüren sein (Q: WIFO-Berechnungen).

"In einer Vergleichsrechnung mit der WIFO-Prognose vom Jänner 2020, d. h. vor Ausbruch der COVID-19-Rezession, beträgt die BIP-Lücke in der Hauptvariante im Jahr 2020 8¼% und verringert sich bis 2024 auf 4%. Diese nur schleppende Schließung ist auf einen Rückgang des Trendwachstums zurückzuführen."

COVID-19-Pandemie dämpft die Konjunkturaussichten

Mittelfristige Prognose 2021 bis 2025

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Christian Glocker, Walter Hyll, Hans Pitlik

COVID-19-Pandemie dämpft die Konjunkturaussichten.

Mittelfristige Prognose 2021 bis 2025

In der Hauptvariante der Prognose erwartet das WIFO für Österreich für das Jahr 2020 einen Rückgang des realen BIP um knapp 7% und der Beschäftigung um fast 2% sowie einen Anstieg der Arbeitslosenquote auf knapp 10%. Die fiskalischen Maßnahmen zur Abfederung der Rezession und die Steuerausfälle werden 2020 eine Zunahme des Budgetdefizits auf 9½% und der Staatsverschuldung auf rund 84% des nominellen BIP zur Folge haben. 2021 zeigt sich ein Rebound-Effekt (+4,4%), in den Folgejahren verflacht die Wachstumsdynamik schrittweise (2025 +1,3%). Wegen der geringen Investitionstätigkeit und der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit schwächt sich das Trendwachstum auf +1% p. a. ab. In der Hauptvariante würde die Arbeitslosenquote bis zum Ende der Prognoseperiode auf das Vorkrisenniveau (7½%) zurückgehen. In einem pessimistischeren Risikoszenario wird angenommen, dass aufgrund einer zweiten Infektionswelle im IV. Quartal 2020 in Österreich wie auch bei den europäischen Haupthandelspartnern deutlich restriktivere gesundheitspolitische Maßnahmen bis hin zu einem (partiellen) Lockdown gesetzt werden. Die österreichische Wirtschaft würde dann 2020 um 9¼% schrumpfen, 2021 auf diesem niedrigen Outputniveau beinahe stagnieren (+½%); 2022 würde sich ein Rebound-Effekt zeigen (+5%). Das Budgetdefizit würde 2020 auf 10,8%, die öffentliche Schuldenquote bis 2021 auf 93¼% und die Arbeitslosenquote auf 10¼% steigen. Bis zum Ende des Prognosezeitraumes würde die Arbeitslosenquote auf 8,1% zurückgehen.

COVID-19 Pandemic Dampens the Economic Outlook.

Medium-term Forecast 2021 to 2025

In the baseline scenario of the forecast, Austria is expected to see a decline in real GDP of almost 7 percent and employment by about 2 percent in 2020, and an increase in the unemployment rate to around 10 percent. Fiscal measures to cushion the recession and the loss of tax revenues will result in an increase in the public deficit at 9½ percent and in public debt to 84 percent of nominal GDP in 2020. A rebound effect (+4.4 percent) will be seen in 2021; in the following years the growth dynamics will gradually decrease (2025 +1.3 percent). Due to low investment activity and persistently high unemployment, trend growth will weaken to +1 percent p.a. In the baseline scenario, the unemployment rate would fall to its pre-crisis level (7½ percent) by the end of the forecast period. In a more pessimistic risk scenario, it is assumed that due to a second wave of infection in the fourth quarter of 2020 in Austria and in the European main trading partners, significantly more restrictive health policy measures up to (partial) lockdowns will be taken. Under this scenario, the Austrian economy would shrink by 9¼ percent in 2020, almost stagnate (+½ percent) at this low output level in 2021 and rebound in 2022 (+5 percent). The budget deficit would rise to 10.8 percent in 2020; by 2021 the public debt ratio would rise to 93¼ percent and the unemployment rate to 10¼ percent. By the end of the forecast period, the unemployment rate would fall to 8.1 percent.

JEL-Codes: E32, E37, E66 • **Keywords:** Mittelfristige Prognose, Öffentliche Haushalte, Österreich, COVID-19

Begutachtung: Christoph Badelt, Simon Loretz, Thomas Url • **Wissenschaftliche Assistenz:** Astrid Czaloun

(astrid.czaloun@wifo.ac.at), Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at), Christine Kaufmann

(christine.kaufmann@wifo.ac.at) • Das von der Bundesregierung präsentierte Maßnahmenpaket vom 31. 10. 2020 zur

Eindämmung der COVID-19-Pandemie wurde in der vorliegenden Prognose nicht berücksichtigt. Berechnungen für die

Hauptvariante abgeschlossen am 6. 10. 2020, Berechnungen für das Risikoszenario am 22. 10. 2020, Text abgeschlossen am

27. 10. 2020

Kontakt: Mag. Dr. Josef Baumgartner (josef.baumgartner@wifo.ac.at), Priv.-Doz. Mag. Dr. Serguei Kaniovski

(serguei.kaniovski@wifo.ac.at), Mag. Dr. Christian Glocker, MSc (christian.glocker@wifo.ac.at), Dr. Walter Hyll

(walter.hyll@wifo.ac.at), apl. Prof. Dr. Hans Pitlik (hans.pitlik@wifo.ac.at)

1. Überblick und grundlegende Annahmen

Die Ausgangslage für die mittelfristige WIFO-Prognose 2021/2025 ist die schwerste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg.

Der Großteil der Weltwirtschaft wurde im Frühjahr 2020 beinahe zeitgleich von den Folgen der COVID-19-Pandemie erfasst. Viele Länder schränkten die **Angebotsseite der Wirtschaft durch gesundheitspolitische Maßnahmen stark ein. Negative Nachfrageeffekte verstärkten den Einbruch.** Diese weltweit synchrone Entwicklung verschärfte die COVID-19-Rezession über Netzwerk-

effekte (bzw. deren Unterbrechung – z. B. durch den Zusammenbruch von internationalen Lieferketten) und Multiplikator-Akzelerator-Effekte (durch einen weltweiten Rückgang der Konsum- und Investitionsneigung). Als Konsequenz stürzte die **Weltwirtschaft in die tiefste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg.** Die öffentliche Hand versuchte in fast allen Ländern, den

wirtschaftlichen Folgen der Krise mit fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen entgegenzuwirken.

Um die mögliche Bandbreite der künftigen Wirtschaftsentwicklung in dieser mittelfristigen Vorausschau einzugrenzen, wird neben der Hauptvariante der Prognose auch ein pessimistischeres Risikoszenario vorgestellt.

In der **Hauptvariante** (Kapitel 2 und 3) kann die **COVID-19-Rezession** auf das **1. Halbjahr 2020** eingegrenzt werden. Sie ist **viel tiefer als frühere Rezessionen, aber von kurzer Dauer**. Mit dem Nachlassen der gesundheitlichen Notlage und einem besseren Informationsstand über das Virus und seine Wirkung wurden über den Sommer in vielen Ländern die gesundheitspolitisch motivierten Eindämmungsmaßnahmen schrittweise aufgehoben. Dies ermöglichte in der Folge die Wiederaufnahme der Wirtschaftstätigkeit und regte die Produktion an. Der Umstand, dass dies international asynchron verläuft, verlängert die Dauer der negativen Effekte der Pandemie auf die Weltwirtschaft. Vor diesem Hintergrund wird sich die Weltwirtschaft zwar zögerlich, aber stetig erholen. Die Hauptvariante geht zwar von einer Zunahme der Infektionsfälle in der zweiten

Jahreshälfte 2020 aus, es wird aber angenommen, dass **das epidemische Geschehen durch temporäre, lokale Maßnahmen unter Kontrolle gehalten werden kann** und damit die Zahl der Hospitalisierungen und schweren Krankheitsverläufe in einem Rahmen bleibt, den das Gesundheitssystem in Österreich und bei den (europäischen) Haupt-handelspartnern bewältigen kann.

Dem steht das **Risikoszenario** gegenüber, das im IV. Quartal 2020 sowohl in Österreich als auch bei den Haupthandelspartnern eine **zweite schwere Infektionswelle** unterstellt, die **drastischere, das Wirtschaftsleben stärker einschränkende Maßnahmen** (auch bis hin zu einem Lockdown für bestimmte Wirtschaftsbereiche und allgemeinen Ausgangsbeschränkungen) notwendig macht. Die Drosselung der Wirtschaftsaktivität insbesondere in der Tourismuswirtschaft, in der Gastronomie, im Handel (außer für notwendige Güter), im Veranstaltungswesen und den persönlichen Dienstleistungen hat einen neuerlichen Einbruch der Wirtschaftsleistung und eine zweite **(Double-Dip-)Rezession im IV. Quartal 2020 und I. Quartal 2021** zur Folge (*Schiman*, 2020, Abbildung 3, in diesem Heft).

Gemäß der Hauptvariante der Prognose setzt sich die Erholung im Herbst 2020 und Winter 2021 abgeschwächt fort, und die COVID-19-Epidemie kann mit einfachen Verhaltensmaßnahmen unter Kontrolle gehalten werden.

Im Risikoszenario werden im IV. Quartal 2020 drastische Maßnahmen bis zu größeren Schließungen und Lockdown in bestimmten Branchen angenommen. Das unterbricht die Erholung und verlängert die Rezession.

Abbildung 1: Szenarien der mittelfristigen WIFO-Prognose zur Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Österreich



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Diese beiden Varianten der mittelfristigen WIFO-Prognose werden unter den in den Kapiteln 2 bis 4 genauer ausgeführten Annahmen mit Hilfe des Modells WIFO-Macromod (*Baumgartner et al.*, 2005) simuliert. Die Hauptvariante baut auf der WIFO-Konjunkturprognose 2020/21 vom Oktober 2020 auf¹⁾.

Die vorliegende Prognose berücksichtigt die bis Mitte September 2020 beschlossenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Unterstützung der privaten Haushalte und Unternehmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Krise (Kapitel 3.7). Darüber hinaus liegt der Prognose eine "No-Policy-Change"-Annahme²⁾ in

¹⁾ Im Gegensatz zur Prognose vom April 2020 (*Baumgartner – Kaniowski et al.*, 2020) wird im vorliegenden Heft wieder die übliche Teilung in einen Artikel zur kurzfristigen Konjunkturprognose für die Jahre 2020/21 (*Schiman*, 2020) und einen für die mittelfristige Prognose (2021/2025) vorgenommen.

²⁾ Das WIFO trifft in seinen Prognosen generell eine No-Policy-Change-Annahme, d. h. die Prognosen berücksichtigen im Allgemeinen nur bereits beschlossene Gesetze und Verordnungen. In bestimmten Fällen werden auch Maßnahmen, die noch nicht formal beschlossen sind, einbezogen, etwa wenn der

Bezug auf weitere (z. B. im Regierungsprogramm dargestellte) wirtschaftspolitische Maßnahmen zugrunde. Das Risikoszenario unterstellt aber eine Verlängerung der be-

reits beschlossenen und in der Hauptvariante angenommenen COVID-19-Unterstützungsleistungen.

2. Internationale Rahmenbedingungen

2.1 Wirtschaftsentwicklung der wichtigsten Handelspartner

Der Verlauf der weltweiten Konjunktur prägt den Wachstumspfad kleiner offener Volkswirtschaften wie jener Österreichs. Da der Export (von Waren und Dienstleistungen) die größte und damit wichtigste Verwendungskomponente ist, bestimmt dieser den Pfad der heimischen Konjunktur sehr maßgeblich. In die fünf wichtigsten Handelspartnerregionen gehen traditionell zwei Drittel der österreichischen Exporte.

Übersicht 1 und Abbildung 2 (**blaue Linien**) fassen die internationalen Annahmen der

Hauptvariante der vorliegenden Prognose für die fünf (Abbildung 2: drei) wichtigsten Exportpartner zusammen. Sie orientieren sich am Basisszenario der Prognose von Oxford Economics von Mitte September 2020, wurden jedoch entsprechend den Erfordernissen für die Implementierung ins Prognose- und Simulationsmodell WIFO-Macromod (*Baumgartner et al., 2005*) und gemäß den Einschätzungen der WIFO-Expertinnen und -Experten für die Bereiche internationale und monetäre Ökonomie angepasst. Die Anpassungen betreffen vorwiegend 2020 und 2021, um die hier dargestellte Prognose mit der aktuellen kurzfristigen WIFO-Prognose (*Schiman, 2020*) in Einklang zu bringen.

Übersicht 1: Internationale Konjunktur – Hauptvariante

	Ø 2010/ 2015	Ø 2015/ 2020	Ø 2020/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025	
BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %										
Euro-Raum	+ 0,8	- 0,1	+ 2,4	- 7,5	+ 5,3	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,3	
MOEL 5 ¹⁾	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,7	- 4,4	+ 3,5	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,0	
USA	+ 2,2	+ 1,0	+ 2,4	- 4,0	+ 3,2	+ 2,7	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,9	
Schweiz	+ 1,7	+ 0,5	+ 2,1	- 4,3	+ 3,7	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,3	
China	+ 7,9	+ 5,6	+ 6,3	+ 1,4	+ 9,4	+ 6,0	+ 5,6	+ 5,4	+ 5,0	
Insgesamt, exportgewichtet ²⁾	+ 1,6	+ 0,7	+ 2,6	- 6,1	+ 4,8	+ 2,6	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,6	
	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	Ø 2021/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025	
Annahmen zur Prognose										
Erdölpreis, Brent	Dollar je Barrel	97	55	48	42	43	47	49	50	51
Wechselkurs	\$ je €	1,29	1,14	1,20	1,14	1,17	1,18	1,20	1,21	1,22
Internationale Zinssätze										
Dreimonatszinssatz	in %	0,5	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,2
Sekundärmarktrendite Deutschland	in %	1,5	0,0	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,4	- 0,3

Q: WIFO-Berechnungen. – 1) Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – 2) Euro-Raum, MOEL 5, USA, Schweiz, China: gewichtet mit den österreichischen Exportanteilen.

Vier der fünf Haupthandelspartner befinden sich im Jahr 2020 in einer Rezession. Diese Dämpfung des Marktwachstums schränkt die Exportfähigkeit stark ein.

Wenngleich die gesamte Weltwirtschaft von den Folgen der Pandemie betroffen ist, ist das Ausmaß der Effekte doch unterschiedlich. **Vier der fünf Haupthandelspartner** (bzw. Regionen: andere Länder im Euro-Raum, MOEL 5, USA, China und Schweiz) **befinden sich im Jahr 2020 in einer Rezession**. Der Einbruch ist vor allem in Europa (Euro-Raum) tief. Der Rückgang der Wirtschaftstätigkeit um 7,5% setzt sich jedoch aus sehr unterschiedlichen Beiträgen der einzelnen Länder zusammen: mäßigen Einbußen in Deutschland und einem schweren Einbruch in Italien und Frankreich. In den USA, den MOEL-5-

Ländern und der Schweiz schrumpfte die Wirtschaftsleistung etwas schwächer. In China dürfte das BIP 2020 trotz der weltweiten Rezession wachsen. Nach einem kräftigen Anstieg 2021 als unmittelbarer Rebound-Effekt werden sich in der Folge die Zuwachsraten deutlich abschwächen. In den **USA, im Euro-Raum, in den MOEL 5 und in der Schweiz** wird das **Vorkrisenniveau der Wirtschaftsleistung erst im Laufe bzw. am Ende des Jahres 2022 erreicht**. Für den Zeitraum 2023 bis 2025 wird eine Rückkehr zum durch die Rezession verringerten

Verhandlungs- oder Gesetzwerdungsprozess schon sehr weit fortgeschritten ist (Gesetzesentwürfe in Begutachtung, in manchen Fällen auch Ministerratsbeschlüsse, wenn eine stabile Mehrheit im Parlament

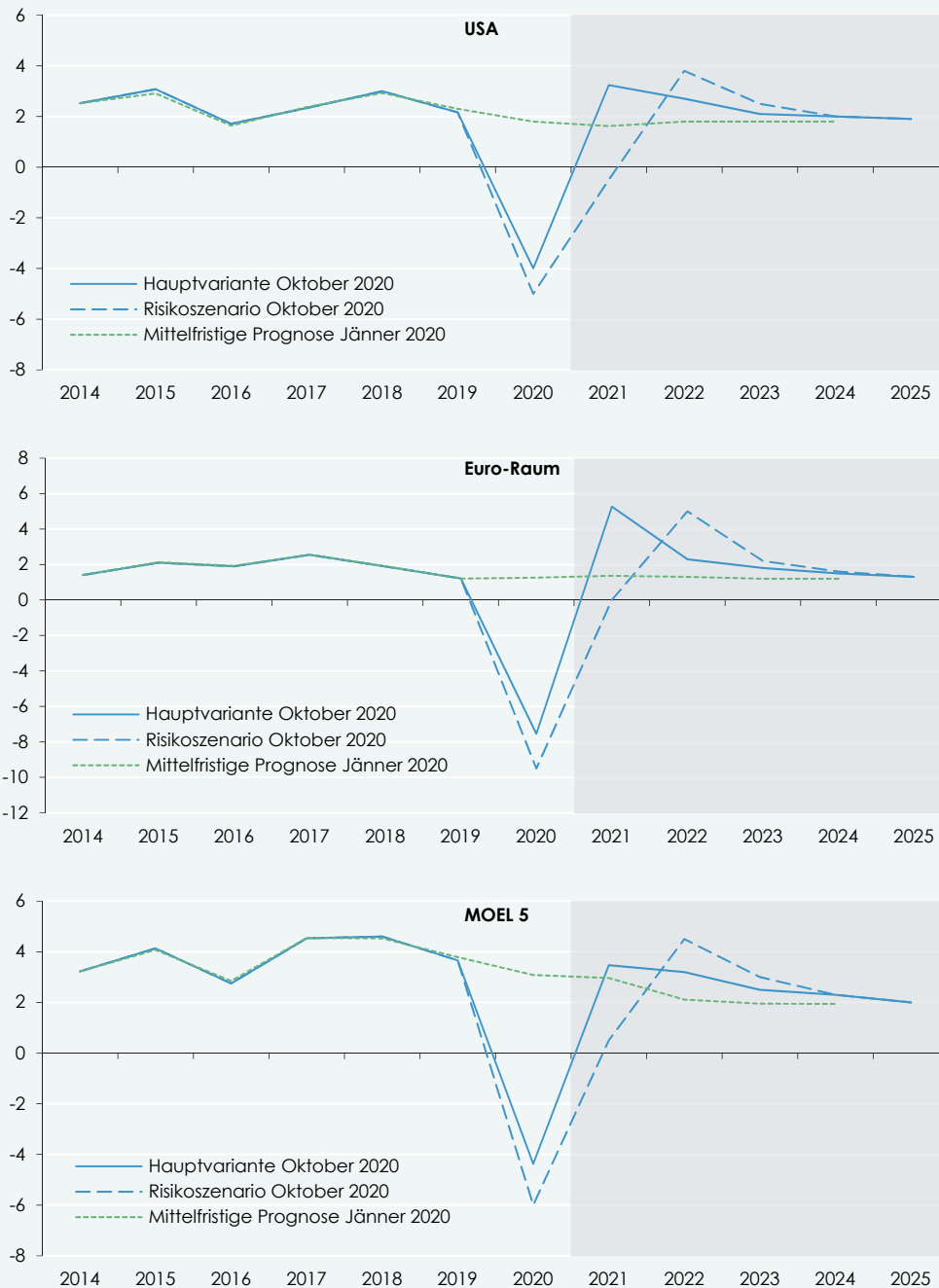
sehr wahrscheinlich erscheint) und hinreichend detailliert vorliegt, um eine quantitative Einschätzung zu ermöglichen.

Trendwachstum angenommen³⁾. Das Marktwachstum (Übersicht 1, Fußnote 2) verlangsamte sich in den fünf Haupthandelspartnerregionen 2020 um 6,1 Prozentpunkte, 2021 wird mit +4,8% ein Rebound erwartet. In den

folgenden Jahren flacht das durchschnittliche Marktwachstum schrittweise ab. Österreichs Exportdynamik folgt diesem Muster (Kapitel 3.1).

Abbildung 2: **Angenommene Wirtschaftsentwicklung in drei wichtigen Handelspartnerregionen**

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIFO-Berechnungen; Oxford Economics; IWF, World Economic Outlook. MOEL 5: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

³⁾ Die in Kapitel 3.4 angegebene Begründung für die Abnahme des Trendwachstums gilt auch für diese Länder bzw. Ländergruppen.

2.2 Monetäre Rahmenbedingungen

Die EZB bestätigte in ihrer September-Sitzung das bestehende Paket akkommodierender geldpolitischer Maßnahmen, u. a. die Leitzinssätze nicht zu ändern. Es wird erwartet, dass sie auf ihrem gegenwärtigen Niveau bleiben, bis sich die Inflationsaussichten robust nahe bei, aber unter der 2%-Grenze stabilisieren. Darüber hinaus beschloss die EZB jüngst, ihre Käufe im Rahmen des Pandemie-Notkaufprogrammes (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) mit einem Gesamtvolumen von 1,350 Bio. € fortzusetzen. Diese Ankäufe werden weiterhin flexibel über verschiedene Anlageklassen und Länder des Euro-Raumes hinweg durchgeführt, wodurch die EZB etwaigen sich durch den Marktdruck ergebenden Zinssatzunterschieden zwischen den Euro-Ländern entgegenwirken kann. Nettovermögenskäufe, so die EZB, werden im Rahmen des PEPP mindestens bis Ende Juni 2021 und auf jeden Fall so lange durchgeführt, bis aus Sicht der EZB die COVID-19-Krise zu Ende ist. Darüber hinaus werden Kapitalrückzahlungen aus fälligen im Rahmen des PEPP gekauften Wertpapieren mindestens bis Ende 2022 reinvestiert.

Die EZB behält den expansiven geldpolitischen Kurs über den gesamten Prognosezeitraum bei. Auf mittlere Sicht bleibt die Sekundärmarktrendite für 10-jährige Bundesanleihen negativ.

Neben dem PEPP werden Nettoankäufe weiterhin im Rahmen des Programmes zum Erwerb von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) mit einem monatlichen Volumen von 20 Mrd. € getätigt, u. a. um die akkommodierende Wirkung der niedrigen EZB-Leitzinssätze zu verstärken. Darüber hinaus beabsichtigt der EZB-Rat, die Kapitalzahlungen aus fälligen Wertpapieren, die im Rahmen des APP erworben wurden, noch über einen längeren Zeitraum in vollem Umfang zu reinvestieren, jedenfalls aber so lange wie nötig, um günstige Liquiditätsbedingungen und ein ausreichendes Maß an geldpolitischer Akkommodation aufrechtzuerhalten. Darüber hinaus plant die EZB mit ihren Refinanzierungsgeschäften dem Kreditwesen weiterhin reichlich Liquidität zur Verfügung zu stellen. Insbesondere die jüngste Operation im Rahmen der dritten Serie der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (Targeted longer-term refinancing operations – TLTRO III) verzeichnete eine sehr hohe Mittelaufnahme und unterstützt die Kreditvergabe der Banken an Unternehmen und private Haushalte.

Nicht zuletzt setzte die EZB im September eine zusätzliche geldpolitische Lockerung, indem sie zur Stärkung des geldpolitischen Transmissionsmechanismus eine **Änderung der Berechnung der Verschuldungsquoten (Leverage Ratios)** für die von ihr beaufsichtigten Banken genehmigte. Nach Marktschätzungen könnten dadurch mehr als **70 Mrd. € an zusätzlichen liquiden Mitteln geschaffen werden.**

Gegenüber der mittelfristigen WIFO-Prognose vom April 2020 (Baumgartner – Kaniowski et al., 2020) ändert sich damit die Einschätzung zum weiteren Verlauf der Geldpolitik etwas: Unter den aktuellen Voraussetzungen wird im gesamten Prognosezeitraum keine Erhöhung der Leitzinssätze erwartet, da unterstellt wird, dass die EZB zuvor ihren stark vergrößerten Bestand an staatlichen Wertpapieren zumindest teilweise abbauen wird. Der **Dreimonatsgeldmarktsatz** wird unter diesen Bedingungen **bis 2025 negativ** bleiben und im Jahr 2024 leicht von -0,4% auf -0,3% steigen.

Die lockere Ausrichtung des geldpolitischen Kurses sollte in den kommenden Jahren die langfristigen Zinssätze im Euro-Raum niedrig halten. Zum Ende der Prognoseperiode wird die Sekundärmarktrendite deutscher 10-jähriger Staatsanleihen mit -0,3% angenommen, sie liegt damit deutlich unter der Annahme vom April 2020. Damit wird unterstellt, dass das Volumen des PEPP ausreicht (oder entsprechend ausgedehnt wird), um die Wirkung der Erhöhung der Staatsverschuldung infolge der COVID-19-Krise auf das langfristige Zinsniveau abzuschwächen bzw. zu neutralisieren.

2.3 Rohölpreise und Wechselkurs

Aufgrund von temporären Angebotsausweitungen (bzw. deren Androhung in einem Konflikt über Fördereinschränkungen innerhalb der OPEC+-Gruppe) und dem durch die COVID-19-Rezession verursachten plötzlichen und drastischen Nachfrageausfall sank der Rohölpreis der Sorte Brent im April unter 20 \$ je Barrel. Bis zum September stiegen die Preise im Zuge des Rebound-Effektes der Wirtschaftsleistung auf rund 45 \$ pro Barrel. Die Erholung der Rohölpreise dürfte auf die unerwartet kräftige Erholung der Weltwirtschaft im III. Quartal 2020 zurückzuführen sein, die auch die Energie- und Rohstoffnachfrage ankurbelte. Insgesamt wird die Rohölnachfrage in den Jahren 2020 bis 2022 weiterhin gedämpft und unter dem Niveau von 2019 bleiben, da die Wirtschaftsleistung in den meisten Ländern erst im Laufe des Jahres 2022 das Vorkrisenniveau erreichen wird. Zusätzlich streben viele Länder an, klimaschädliche Emissionen zu senken (Klimaübereinkommen von Paris, European Green Deal). CO₂-neutrale Energieformen werden deshalb stärker gefördert bzw. fossile Energieträger verteuert (z. B. durch CO₂-Steuern), was mittel- bis langfristig die Nachfrage nach fossilen Energieträgern dämpfen sollte (IEA, 2020, Meyer et al., 2020).

Die Annahmen zur mittelfristigen Entwicklung der Rohölpreise basieren auf den Futures-Notierungen von Ende September 2020. Ausgehend von 64 \$ je Barrel (Sorte Brent) im Jahresdurchschnitt 2019 (und bis Mitte März 2020) brach der Kurs im Frühjahr ein (Juni

unter 30 \$ je Barrel), erholte sich aber im Sommer wieder: Für 2020 ergibt sich ein Durchschnittspreis von 42 \$, danach wird ein stetiger Anstieg auf 51 \$ im Jahr 2025 erwartet. Obwohl die Rohölpreis-Terminkurve nur leicht ansteigt, dürften die Rohölpreise volatil bleiben, weil die Wirtschaftsaussichten nach wie vor höchst unsicher und die Lagerbestände an Rohöl außergewöhnlich hoch sind.

Aufgrund der Abwertung des Dollars fiel der Anstieg der Rohölpreise für viele Länder in der Landeswährung schwächer aus. Der

nominell-effektive Wechselkurs des Euro, gemessen an den Währungen von 38 wichtigen Handelspartnern des Euro-Währungsgebietes, stieg in den ersten drei Quartalen 2020 um 2,8%. Gegenüber dem Dollar, aber auch gegenüber dem japanischen Yen, dem Pfund Sterling und dem chinesischen Renminbi wertete der Euro kräftig auf, gegenüber den Währungen der meisten wichtigen aufstrebenden Marktwirtschaften schwächer. Für den Dollar-Euro-Wechselkurs wird auf Basis der Terminkurve eine leichte Aufwertung des Euro von 1,14 \$ je Euro 2020 auf 1,22 \$ 2025 erwartet.

Nach einem deutlichen Rohölpreisverfall im II. Quartal 2020 auf zeitweise unter 20 \$ je Barrel wird ein stetiger Anstieg auf 42 \$ im Jahresdurchschnitt 2020 und auf 51 \$ 2025 erwartet.

3. Prognose der Wirtschaftsentwicklung in Österreich – Hauptvariante

3.1 Außenwirtschaft

Die Exporte schwächten sich bereits 2019 im Einklang mit der Weltkonjunktur ab. Anfang 2020 zeichnete sich eine leichte Erholung ab, die von der COVID-19-Krise abrupt beendet wurde. Vor allem im II. Quartal 2020 brach die Ausfuhr massiv ein (nominelle Güterexporte April –23,7%, Mai –25,4% gegenüber dem Vorjahresmonat): Lieferengpässe im Bereich importierter Vorprodukte, aber auch gesundheitspolitische Maßnahmen schränkten im 1. Halbjahr die inländische Produktion ein. Zugleich mit diesen **angebotsseitigen Exporthemmnissen** blieb die **Auslandsnachfrage** teilweise aus. Darüber hinaus erschwerten **Reisebeschränkungen und Grenzkontrollen** die Auslieferung der Exportgüter und die Dienstleistungsexporte.

Bereits im Juni (–4,7%) und Juli (–6,1%; jeweils gegenüber dem Vorjahresmonat) war ein Turnaround zu beobachten, das Exportniveau war wieder deutlich höher als im April und Mai. Für die Exportwirtschaft relevante Vorlaufindikatoren (z. B. Lkw-Fahrleistung) weisen für August und September auf eine weitere Erholung im Güterhandel hin. Für die kommenden Monate signalisieren die Stimmungsindikatoren jedoch tendenziell eine Abschwächung des Aufholprozesses.

Die Warenexporte belebten sich zum einen durch Nachzieheffekte nach der Rücknahme der Einschränkungen für den internationalen Handel und zum anderen durch eine Erholung der weltweiten Nachfrage ab dem III. Quartal. 2021 sollten die Exporte von Waren im Einklang mit der Weltkonjunktur kräftig steigen (Rebound-Effekt); danach wird sich der Zuwachs stetig abschwächen. Im Warenaußenhandel ist 2020 mit Marktanteilsverlusten zu rechnen, die sich durch negative Waren- und Länderstruktureffekte ergeben: Die COVID-19-Rezession trifft zum einen einige der österreichischen Hauptmärkte (Frankreich, Italien) überdurchschnittlich, und zum anderen vor allem die für die österreichische Exportwirtschaft wichtigsten Warengruppen Maschinen und Fahrzeuge, Investitionsgüter sowie Metallwaren.

Die sonstigen Dienstleistungsexporte sollten sich ähnlich wie die Warenexporte entwickeln, aber mit einer deutlich geringeren Amplitude der Veränderungsdaten.

Für die **Reiseverkehrsexporte** wird im Jahr 2020 auf Basis der Annahmen zur Entwicklung auf den wichtigen europäischen Zielmärkten (Deutschland, Italien und Niederlande) sowie den Überseemärkten in den USA und Asien mit einem erheblichen Rückgang der Zahl der Nächtigungen ausländischer Gäste gerechnet. Nach dem Einbruch 2020 wird in der Hauptvariante der Prognose für 2021 eine Erholung erwartet, wenn Wintertourismus möglich ist (I. Quartal 2021 –25% gegenüber dem Vorjahr). Diese Entwicklung wird durch die Nachfrage aus Europa getragen (Anreise mit Auto oder Bahn), während die Nachfrage aus Übersee (Anreise mit dem Flugzeug) ganz ausfallen dürfte. Im II. Quartal 2021 wird im Vorjahresvergleich mit der Lockdown-Phase (Frühjahr 2020) der stärkste Zuwachs erwartet.

Im Städtetourismus wird die Schwächephase auch 2021 und möglicherweise in den Jahren danach anhalten. Der Messe- und Kongresstourismus sowie der Städte- und Shopping-Tourismus werden auch mittelfristig nicht mehr auf das Niveau der Vorkrisenjahre zurückkehren, ein Teil der Geschäftsreisen wird weiterhin durch Online-Meetings und Telefonkonferenzen ersetzt werden. Gedämpft wird die Nachfrage zudem durch das COVID-19-bedingt beeinträchtigte Urlaubserlebnis und etwaige Restriktionen (Quarantäne) bei der Rückreise. **Eine Strukturbereinigung dürfte daher in diesem Teilbereich des Tourismusangebotes** (Fluglinien, Hotels, Gastronomie) **unvermeidlich** sein.

Insgesamt werden die **Exporte (Waren- und Dienstleistungsexporte) 2020 um 12,4% unter dem Vorjahresniveau** bleiben. Mit der Erholung der Weltwirtschaft sollte sich 2021 ein Rebound-Effekt von einem sehr niedrigen Niveau aus einstellen (rund +6%). Für den Zeitraum 2022 bis 2024 wird mit Exportsteigerungen von rund 4% pro Jahr gerechnet. Wenn gleich die Wahrscheinlichkeit eines "Hard

Österreichs Warenexporte belebten sich bereits im III. Quartal 2020 wieder und unterstützen damit die Erholung der Gesamtwirtschaft.

Österreichs Reiseverkehr dürfte in den nächsten Jahren sowohl export- als auch importseitig unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie bleiben. Eine Strukturanpassung im Tourismussektor scheint damit unvermeidlich.

Brexit" immer größer wird, wird im Einklang mit der aktuellen WIFO-Konjunkturprognose (Schiman, 2020) als technische Annahme von keinen wesentlichen Störungen im bilateralen Handel zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU ausgegangen. Die direkten und indirekten Konsequenzen eines

Hard Brexit für die österreichische Exportwirtschaft werden zumindest mittel- bis langfristig durch eine erfolgreiche Handelsumlenkung und damit eine Zunahme des Handels mit den EU-Ländern und entsprechende Kompensation gering sein (Oberhofer – Pfaffermayr, 2018).

Übersicht 2: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich – Hauptvariante

	Ø 2010/ 2015	Ø 2015/ 2020	Ø 2020/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung in % p. a.								
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 1,1	+ 0,2	+ 2,3	- 6,8	+ 4,4	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,3
Nominell	+ 3,1	+ 1,9	+ 3,9	- 5,0	+ 6,1	+ 4,0	+ 3,5	+ 3,2	+ 2,8
Verbraucherpreise	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6
BIP-Deflator	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,5	- 0,9	+ 3,2	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,3	+ 3,1
Pro Kopf, real ²⁾	- 0,0	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,1	± 0,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,4	- 2,3	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,4	- 1,9	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,1
	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	Ø 2021/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	In %								
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,2	5,3	4,7	5,4	5,0	4,8	4,6	4,5	4,5
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾	7,8	8,5	8,0	9,8	8,8	8,3	7,8	7,7	7,5
	In % des BIP								
Außenbeitrag	3,1	3,2	3,2	2,6	3,0	3,0	3,1	3,3	3,4
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 2,1	- 2,2	- 2,6	- 9,4	- 4,7	- 3,4	- 2,3	- 1,6	- 1,0
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission ⁷⁾	- 1,6	- 2,0	- 2,5 ⁸⁾	- 6,5	- 3,7	- 2,7	- 1,9	- 1,6	-
WIFO-Methode ⁹⁾	- 1,5	- 2,0	- 2,3	- 6,2	- 3,3	- 2,8	- 2,1	- 1,7	- 1,4
Struktureller Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission ⁷⁾	- 1,1	- 2,0	- 2,5 ⁸⁾	- 6,5	- 3,7	- 2,7	- 1,9	- 1,6	-
WIFO-Methode ⁹⁾	- 0,9	- 2,0	- 2,3	- 6,2	- 3,3	- 2,8	- 2,1	- 1,7	- 1,4
Staatsschuld	82,9	78,0	82,0	84,1	83,0	83,1	82,5	81,4	80,1
	In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte	7,6	9,3	9,2	15,0	10,6	9,5	9,0	8,6	8,1
	Ø 2010/ 2015	Ø 2015/ 2020	Ø 2020/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung in % p. a.								
Trendoutput, real									
Methode der Europäischen Kommission ⁷⁾	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,7 ¹⁰⁾	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	-
WIFO-Methode ⁹⁾	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0
	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	Ø 2021/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	In % des Trendoutputs								
Outputlücke, real									
Methode der Europäischen Kommission ⁷⁾	- 0,8	- 0,2	- 0,9 ⁸⁾	- 5,2	- 1,8	- 1,2	- 0,6	± 0,0	-
WIFO-Methode ⁹⁾	- 1,1	- 0,4	- 0,6	- 5,6	- 2,5	- 1,0	- 0,2	+ 0,3	+ 0,6

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – 2) Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – 3) Beschäftigungsverhältnisse. – 4) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – 5) Laut Eurostat (Labour Force Survey). – 6) Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – 7) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2020, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2020. – 8) Ø 2021/2024. – 9) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2020 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. – 10) Ø 2020/2024.

Die Importe von Waren und Dienstleistungen gingen im 1. Halbjahr 2020 ebenfalls stark zurück. Sie sollten aber im 2. Halbjahr 2020 im Einklang mit der erwarteten Exportentwicklung sowie der Ausweitung der Inlandsnachfrage kräftig steigen. Das Anziehen der Inlandsnachfrage im Laufe des Jahres 2021 dürfte die Einfuhr insbesondere von Gebrauchs- und Verbrauchsgütern beleben.

Die **Reiseverkehrsimporte** werden sich in den nächsten Jahren parallel zu den Reiseverkehrsexporten entwickeln: Geschäftsreisen dürften nachhaltig eingeschränkt bleiben und teilweise durch digital abgehaltene Videokonferenzen ersetzt werden. Urlaubsferienreisen (insbesondere Flugferienreisen) werden durch Urlaube im Inland oder im benachbarten Ausland (Mittelmeerküste in Italien und Kroatien) ersetzt. Die Verschiebung von Urlaubsreisen der Österreicherinnen und

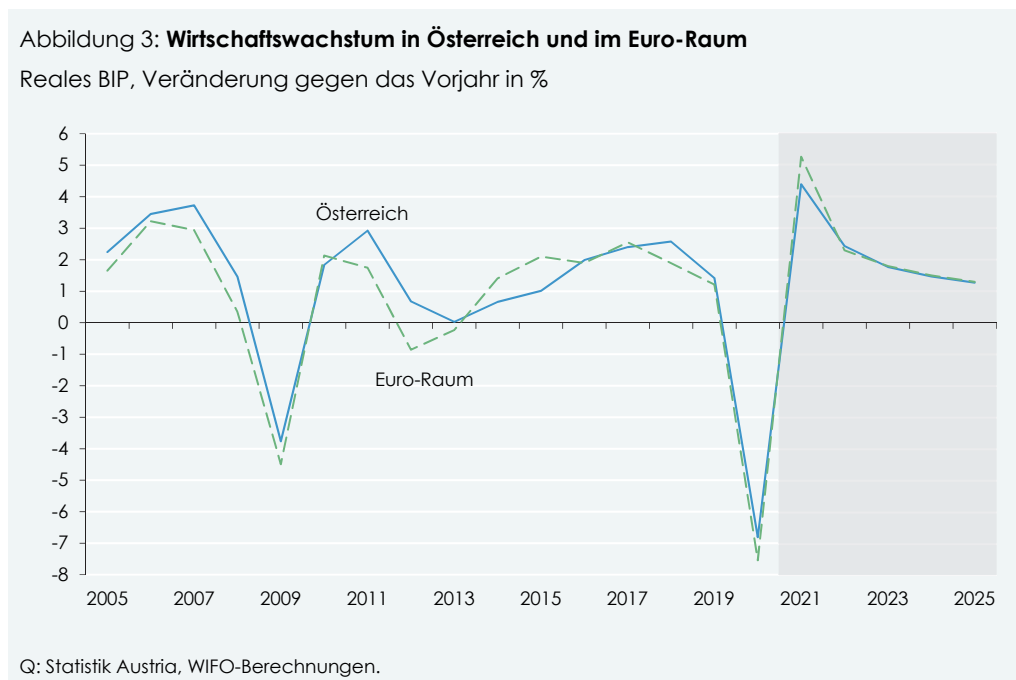
Österreicher vom Ausland ins Inland dürfte kaum den Städten zugutekommen, sondern sich – wie schon im Sommer 2020 – auf die Berg- und Seenregionen konzentrieren. Da Urlaubsferienreisen überwiegend über die Reiseveranstaltungsbranche gebucht wurden, ist für diese wie auch für Flugbuchungen mittelfristig mit einer schwachen Nachfrage zu rechnen, sodass auch in diesen Branchen Struktur Anpassungen wahrscheinlich sind.

Als Folge der Rezession wird das **Gesamtimportvolumen 2020** um knapp **10,6% schrumpfen** und 2021 mit +5,6% zwar deutlich zunehmen, aber noch weit unter dem Vorkrisenniveau bleiben. Bis 2025 wird in der Folge ein Importzuwachs von knapp 4% p. a. erwartet. Die Nettoexporte liefern damit einen positiven Wachstumsbeitrag, wenngleich dieser geringer als in der Vergangenheit ausfällt.

Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage – Hauptvariante

	Ø 2010/ 2015	Ø 2015/ 2020	Ø 2020/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung in % p. a.								
Konsumausgaben									
Private Haushalte ¹⁾	+ 0,5	- 0,3	+ 2,4	- 6,8	+ 5,5	+ 2,5	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,2
Staat	+ 0,5	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,8
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,4	- 5,6	+ 3,7	+ 2,7	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,4
Ausrüstungen ²⁾	+ 3,6	+ 2,6	+ 2,8	- 7,9	+ 4,7	+ 3,2	+ 2,6	+ 2,2	+ 1,6
Bauten	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,8	- 2,8	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,2
Inländische Verwendung	+ 1,0	+ 0,5	+ 2,1	- 5,7	+ 4,1	+ 2,3	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,2
Exporte	+ 2,8	+ 0,6	+ 4,3	-12,4	+ 6,1	+ 4,8	+ 4,2	+ 3,4	+ 3,1
Importe	+ 2,8	+ 1,0	+ 4,1	-10,6	+ 5,6	+ 4,6	+ 4,0	+ 3,3	+ 3,1
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,1	+ 0,2	+ 2,3	- 6,8	+ 4,4	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,3

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen.



3.2 Investitionen

Der Einbruch der Ausrüstungsinvestitionen 2020 und die mäßige Erholung in den Folgejahren haben einen Rückgang der Ausrüstungsinvestitionsquote zur Folge, der erst 2023/24 wieder ausgeglichen wird.

Die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie haben den größten Konsumentfall seit Jahrzehnten zur Folge. Betroffen sind vor allem Dienstleistungen, halbdauerhafte (z. B. Bekleidung) und langlebige Konsumgüter (z. B. Kfz). Die Ausgaben für Waren des täglichen Bedarfs steigen hingegen.

Die Sparquote erhöht sich im Jahr 2020 deutlich auf 15,0%.

Die Verwerfungen im Rahmen der COVID-19-Pandemie haben 2020 einen starken Rückgang der Investitionen zur Folge. Vor allem die Ausrüstungsinvestitionen werden 2020 angesichts des **Einbruchs der Wertschöpfung und der hohen Unsicherheit** gekürzt. Dabei spielen sowohl angebots- als auch nachfrageseitige Hemmnisse eine Rolle. Erstere sind geprägt von der Störung der Lieferketten und der behördlich angeordneten Produktionsunterbrechung. Sie wirkten in erster Linie im Frühjahr 2020. Nachfrageseitige Investitionshemmnisse hatten wesentlich stärkere Effekte, zum einen weil die Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Pandemie die Investitionsbereitschaft anhaltend einschränkt, zum anderen aufgrund des Ausfalls von Aufträgen und der schwachen Ertragslage. In diesem Umfeld wird **2020 ein Rückgang der Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich sonstiger Investitionen, vor allem in geistiges Eigentum) **um 7,9%** erwartet.

Trotz einer Erholung der Wirtschaftsleistung 2021 wird eine nur mäßige Erholung der Ausrüstungsinvestitionen erwartet (+4,3%; Übersicht 3). Dabei wird auch ein **leichter investitionserhöhender bzw. Vorzieheffekt der Investitionsprämie unterstellt** (Baumgartner – Bierbaumer-Polly et al., 2020, Kapitel 5.3 und 9.3). Die Ausrüstungsinvestitionsquote steigt somit zwar stetig, erreicht ihr Vorkrisenniveau jedoch erst im Laufe der Jahre 2023/24.

Die **Bauinvestitionen** werden 2020 weniger massiv gekürzt als die Ausrüstungsinvestitionen. Große Einbußen sind vor allem im Gewerbebau zu beobachten, sie spiegeln die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen wider. Die **öffentliche Baunachfrage sollte von der Rezession weniger betroffen** sein, da sie mittel- bis längerfristigen Investitionsplänen folgt. Die Nachfrage nach Wohnraum dürfte insbesondere in den Städten und stadtnahen Bereichen weiterhin groß sein. Insgesamt wird 2020 mit einer **Abnahme der gesamten Bauinvestitionen um 2,8%** und einer kräftigen Erholung 2021 (knapp +2,5%) gerechnet. In den Folgejahren sollten sich die Zuwachsraten abschwächen und bei durchschnittlich knapp +1,4% stabilisieren.

3.3 Privater Konsum

Der Konsum der privaten Haushalte erleidet 2020 einen ungewöhnlich starken negativen Schock. Dieser setzt sich einerseits aus einem **negativen Angebotsschock** (temporäre Schließung der meisten Handels- und Dienstleistungsbetriebe – **Zwangssparen**) und andererseits einem **negativen Konsumnachfrageschock** zusammen, der in der hohen Unsicherheit der Haushalte (vermehrtes **Vorsichtssparen**) nicht zuletzt aufgrund der

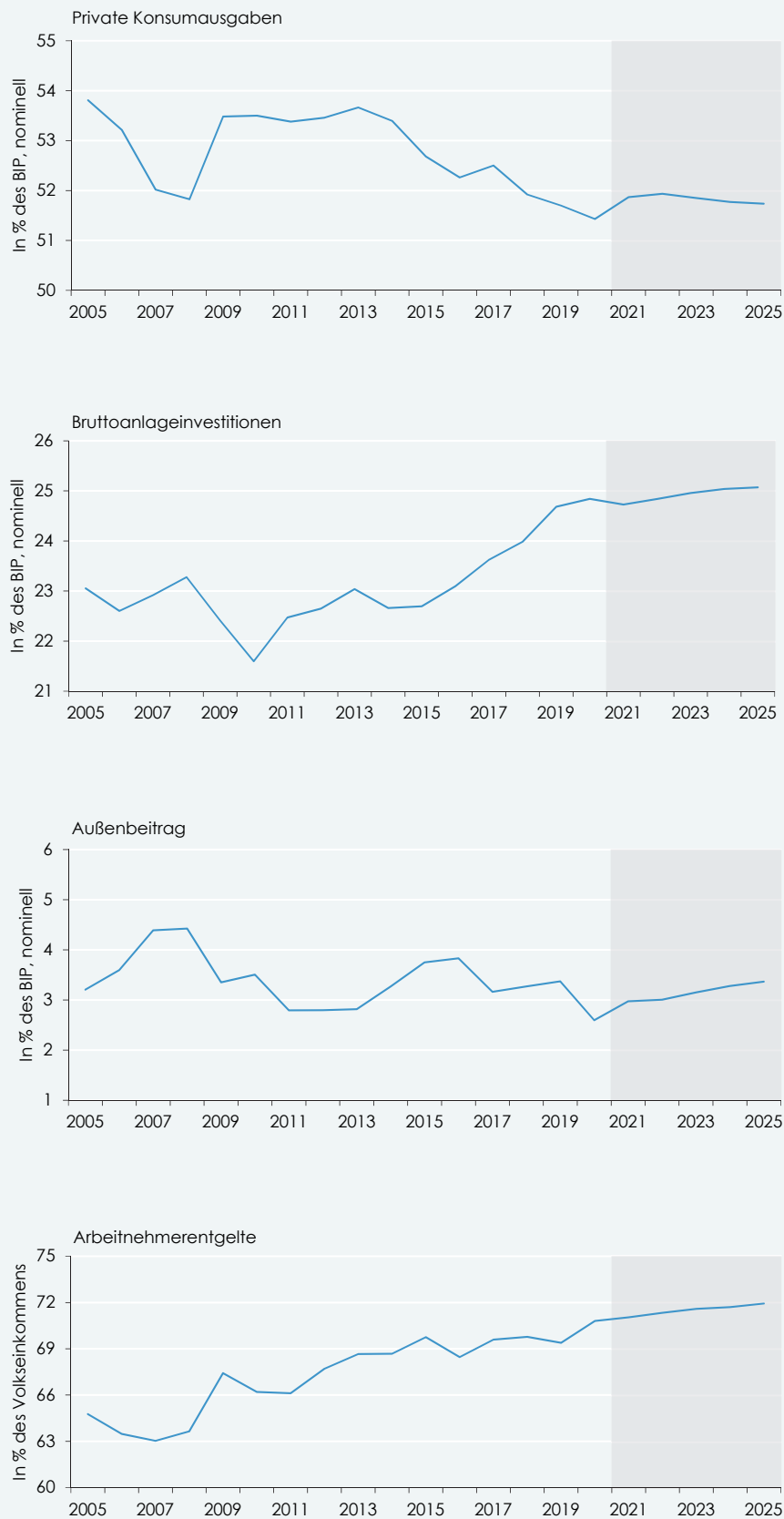
prekären Arbeitsmarktsituation begründet ist. Die Ausgaben der privaten Haushalte bleiben dadurch 2020 weit unter dem Vorjahresniveau (–6,8%). Obwohl sich der Konsumrückstau im III. Quartal 2020 teilweise auflöste, **erholt sich der private Konsum aufgrund des vermehrten Vorsichtssparens nicht so rasch, wie es die Einkommensentwicklung zulassen würde**. Die Sparneigung wird daher auch mittelfristig überdurchschnittlich hoch bleiben.

In den weiteren Prognosejahren wird die Konsumdynamik wieder vermehrt von der Entwicklung des verfügbaren Haushaltseinkommens sowie der schrittweisen Zunahme der Konsumneigung hin zum Vorkrisenniveau bestimmt sein. Das WIFO rechnet mit einem durchschnittlichen jährlichen realen Konsumzuwachs von knapp 2½%. Die **Kurzarbeitsbeihilfe und andere die Haushaltseinkommen unterstützende Maßnahmen** (einmaliger Zuschuss zur Arbeitslosenunterstützung, Kinderbonus, Senkung des Eingangsteuer-satzes der Einkommensteuer) tragen vor allem im Jahr 2020 zu einer Stabilisierung der Einkommen bei, sodass wegen des erzwungenen Konsumverzichtes bzw. der Konsumzurückhaltung aus dem Vorsichtsmotiv die Sparneigung deutlich auf 15,0% zunimmt. Trotz unterstellter Nachholeffekte im Verbrauch dauerhafter Konsumgüter bleibt die Konsumnachfrage auch in diesem Bereich, aber vor allem für Dienstleistungen (private persönliche Dienstleistungen, Reisen und Freizeit) und für halbdauerhafte Güter (Bekleidung) schwach. Auch 2021 wird deshalb die Sparquote mit 10,6% überdurchschnittlich hoch sein. Bis zum Ende des Prognosezeitraumes wird sich die Konsumneigung wieder normalisieren und die Sparquote weiter auf das Vorkrisenniveau zurückgehen.

3.4 Trendoutput und Output Gap

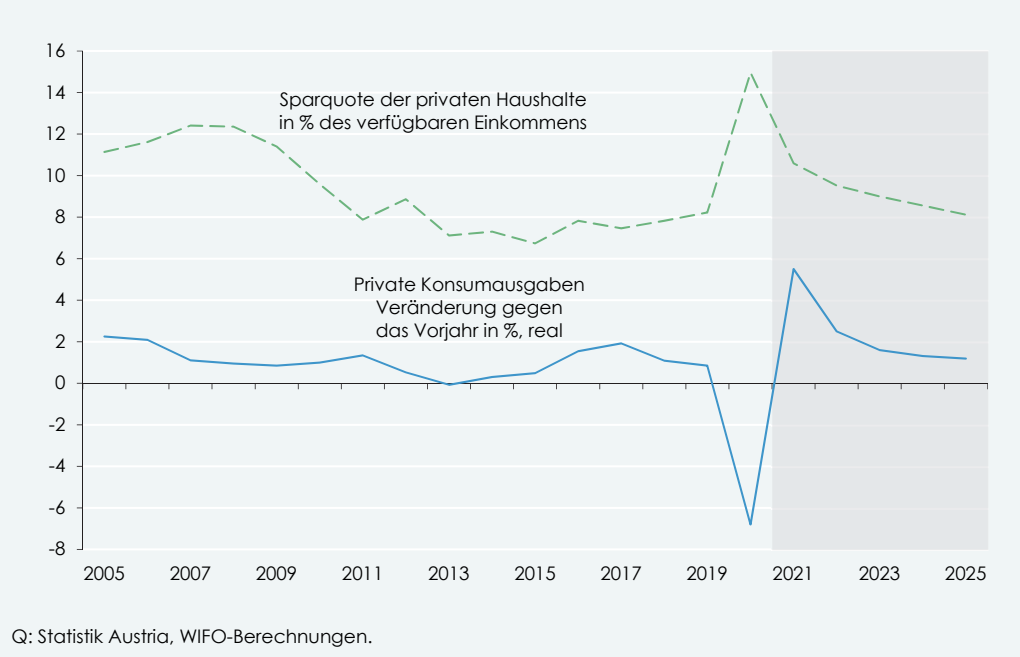
Der Potential- oder Trendoutput beschreibt den langfristigen Wachstumspfad einer Volkswirtschaft. Die Outputlücke vergleicht die aktuelle Konjunkturlage mit dem Wachstumspfad und zeigt zu jedem Zeitpunkt den Konjunkturzyklus an. Die Bewertung der aktuellen Konjunkturlage fließt in die Erstellung einer Prognose ein. Darüber hinaus wird dieses Konzept von der Europäischen Kommission zur Einschätzung der europäischen Wirtschaftspolitik angewandt. Ein Vergleich der Outputlücke mit der Veränderung des primären Finanzierungssaldos zeigt, ob der Staat einen pro- oder antizyklischen fiskalpolitischen Kurs einschlägt. Ziel einer antizyklischen Fiskalpolitik ist es, die Auswirkungen des Konjunkturkreislaufes auf die Einkommen abzuschwächen. Der mittelfristige Haushaltsrahmen strebt einen über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen Finanzierungssaldo an, um die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten.

Abbildung 4: Nachfrage und Einkommen



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 5: Konsumausgaben und Sparquote der privaten Haushalte



Die Europäische Kommission schätzt den Trendoutput mit Hilfe eines Produktionsfunktionsansatzes (Havik et al., 2014). Der ökonomische Ansatz beruht auf einem theoretischen Modell, welches den Zusammenhang zwischen dem BIP und den wichtigsten Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit sowie dem technologischen Fortschritt (Gesamtfaktorproduktivität – TFP) beschreibt. Der Trendoutput ist eine nicht beobachtbare Größe, deren Berechnung durch die Wahl der Methode und einzelner Parameter beeinflusst wird. Die konzeptuelle und technische Arbeit zur Umsetzung des Produktionsfunktionsansatzes der Europäischen Kommission wird durch die Output Gaps Working Group unter Einbeziehung der Expertise aus allen EU-Mitgliedsländern vorangetrieben.

Gemäß der Methode der Europäischen Kommission ist die Outputlücke über den Konjunkturzyklus im Durchschnitt nahe Null. Eine negative Outputlücke deutet auf eine gesamtwirtschaftliche Unterauslastung der Produktionsfaktoren aufgrund einer schwachen aggregierten Nachfrage und auf einen abnehmenden Inflationsdruck hin. Gegenwärtig ist die Outputlücke deutlich negativ. Die Methode der Europäischen Kommission geht von einer Schließung der Outputlücke am Ende des Prognosezeitraumes und einer Annäherung der Arbeitslosenquote an die NAWRU (Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment) aus. Die NAWRU wird durch Strukturfaktoren und persistente Konjunkturfaktoren bestimmt und ist jene Arbeitslosenquote, die mit einer konstanten Lohninflation vereinbar ist (Hristov et al., 2017).

In der Methode der Europäischen Kommission wird der Wachstumstrend überwiegend

durch die demographische Entwicklung, Strukturfaktoren auf dem Arbeitsmarkt, die Investitionstätigkeit und den technischen Fortschritt bestimmt. Die direkten Auswirkungen der COVID-19-Rezession zeigen sich auf der Angebotsseite in Form einer deutlichen Unterauslastung der wichtigsten Produktionsfaktoren – Arbeit und Kapital – und auf der Nachfrageseite durch eine erhebliche Einschränkung des privaten Konsums, der Investitionen und der Exporte. Schätzungen des Produktionspotentials sind in Krisenzeiten besonders unsicher. Dies gilt umso mehr während der aktuellen Pandemie, da die Schwere und Dauer der Rezession und damit der Beginn einer Erholung von nichtkonjunkturellen Faktoren abhängen. Hinzu kommen die konzeptionelle und technische Herausforderung, kurzfristige Auswirkungen einer tiefen Rezession von ihren längerfristigen Folgen zu trennen. Dies betrifft insbesondere die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt und die Entwicklung der Produktivität. Die dritte Unsicherheitsquelle bezieht sich auf die Verwendung von kurzfristigen Prognosen als Input für die Schätzung des Trendoutputs, wie es die Methode der Europäischen Kommission vorsieht, da solche Prognosen in Krisenzeiten selbst höchst unsicher sind.

Die **mittel- bis langfristigen Folgen** der **COVID-19-Rezession** hängen von den Arbeitsmarktbedingungen, der Liquidität der Unternehmen und der Wirksamkeit der Wirtschaftspolitik zur Abfederung der Auswirkungen der Rezession ab. Trotz einer Ausweitung der Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik (COVID-Arbeitsstiftung) drohen mit zunehmender Dauer der Krise durch anhaltende Erwerbslosigkeit steigende **Verluste an Humankapital** (Dequalifikation durch Langzeitarbeitslosigkeit). Obwohl durch staatliche

Mittelfristig schwächt die COVID-19-Krise die Investitions- und Innovationsfähigkeit und bringt Humankapitalverluste mit sich (Dequalifikation durch anhaltende Erwerbslosigkeit), das Trendwachstum verlangsamt sich.

Garantien und Unterstützungsprogramme (u. a. Härtefallfonds, Fixkostenzuschuss, Stundungen) Liquiditätsgaps zu einem großen Teil vermieden werden können, ist ab 2021 ein Anstieg der Zahl der **Insolvenzen** zu erwarten; jene Unternehmen, die die Krise überstehen werden, werden wahrscheinlich eine deutlich **schwächere Selbstfinanzierungskraft** aufweisen. Diese Entwicklungen **bremsen die Innovations- und Investitionstätigkeit und damit die Produktivitätsgewinne und Kapitalakkumulation**, die tragenden Faktoren für das Trendwachstum. Das kommt zu einer allgemeinen Verlangsamung des Produktivitätswachstums hinzu, die in den Industrieländern seit den 2000er-Jahren zu beobachten ist (Dieppe, 2020). Zusätzlich ist vom Labour-Hoarding-Effekt der Kurzarbeit und des erzwungenen Home-Office unter den COVID-19-Bedingungen zu mindest für die Jahre 2020 und 2021 ein negativer Produktivitätseffekt zu erwarten (Bloom, 2020, Bloom et al., 2015), der von der verstärkt digitalen Kommunikation nicht ausgeglichen wird.

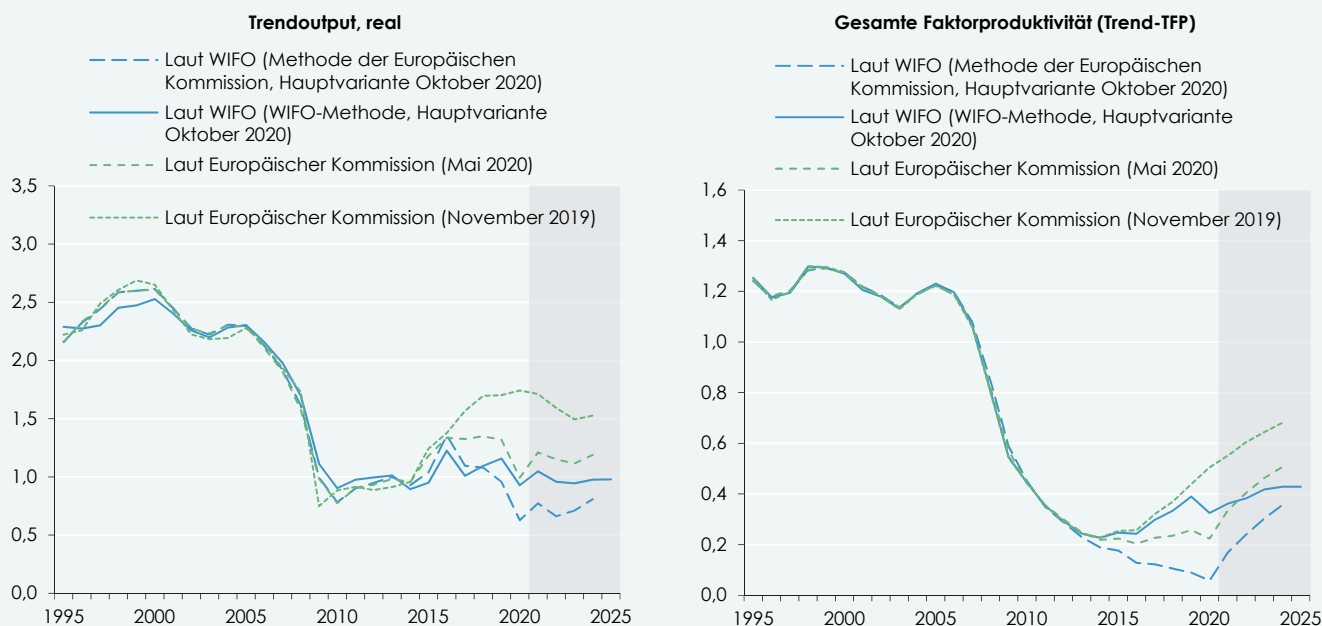
In der Frühjahrsprognose 2020 der Europäischen Kommission wurde die Schätzung des Trendwachstums für Österreich für die Periode 2020/2024 von durchschnittlich 1,6% auf 1,1% revidiert. Die Prognose für das TFP-Wachstum wurde dabei von 0,6% auf 0,4% gesenkt (Abbildung 6). Der Hauptgrund für

diese Abwärtsrevision zwischen Herbst 2019 und Frühjahr 2020 ist die COVID-19-Rezession, die sich in einem starken Rückgang des realen BIP, der Investitionen und der Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden manifestiert. Allerdings veränderte sich dadurch auch die Einschätzung der Konjunkturlage in den Jahren vor der Krise erheblich: So fiel die Einschätzung der Konjunktur 2018/19 mit einer Outputlücke von 1,5% des Trendoutputs 2018 bzw. 1,7% 2019 in der Frühjahrsprognose 2020 allzu optimistisch aus (Herbstprognose 2019: 0,9% bzw. 0,8%).

Die Ergebnisse der WIFO-Schätzung laut Methode der Europäischen Kommission basieren auf historischen Daten bis 2019 und der aktuellen kurzfristigen WIFO-Prognose bis 2021 (Abbildung 7). Die Schätzung auf Basis der aktuellen WIFO-Prognose würde eine noch höhere Outputlücke für die Vorkrisenjahre ergeben: Die aktuelle Outputlücke laut Methode der Europäischen Kommission für 2018/19 liegt nahe den bisherigen Höchstwerten (Abbildung 7). Der Schätzung auf Basis der aktuellen kurzfristigen WIFO-Prognose liegt eine noch pessimistischere Einschätzung des TFP-Wachstums zugrunde, wonach das Trendwachstum 2021/2024 um 0,5 Prozentpunkte niedriger ist als in der Schätzung der Europäischen Kommission vom Frühjahr 2020 (Abbildung 6).

Abbildung 6: **Entwicklung des realen Trendoutputs und der gesamten Faktorproduktivität (Trend-TFP)**

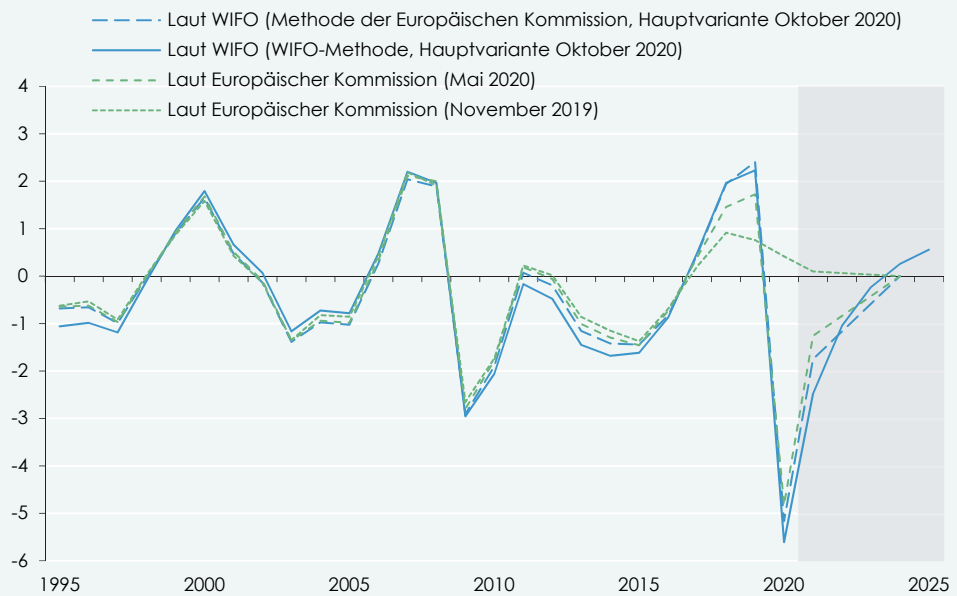
Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIFO-Berechnungen. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2020 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2020, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2020.

Abbildung 7: **Outputlücke**

Real, in % des Trendoutputs



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2020 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2020, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2020.

Übersicht 4: **Beitrag der Inputfaktoren zum Wachstum des Trendoutputs – Hauptvariante**

		Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	Ø 2021/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Methode der Europäischen Kommission¹⁾										
BIP, real (implizit)	Veränderung in % p. a.	+ 1,1	+ 0,2	+ 2,1 ²⁾	- 6,8	+ 4,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	-
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,7 ²⁾	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	-
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,3	- 0,0 ²⁾	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,0	-
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5 ²⁾	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	-
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3 ²⁾	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	-
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,8	- 0,2	- 0,9 ²⁾	- 5,2	- 1,8	- 1,2	- 0,6	± 0,0	-
WIFO-Methode³⁾										
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,1	+ 0,2	+ 2,3	- 6,8	+ 4,4	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,3
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 1,1	- 0,4	- 0,6	- 5,6	- 2,5	- 1,0	- 0,2	+ 0,3	+ 0,6
Schätzung der Europäischen Kommission (Frühjahr 2020)										
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,1	+ 0,6	+ 2,4 ²⁾	- 5,5	+ 5,0	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,6	-
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,2 ²⁾	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,2	-
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2 ²⁾	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	-
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5 ²⁾	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	-
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4 ²⁾	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	-
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,7	- 0,4	- 0,6 ²⁾	- 4,8	- 1,3	- 0,8	- 0,4	± 0,0	-

Q: Europäische Kommission, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2020, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2020. – ²⁾ Ø 2021/2024. – ³⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2020 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Ein Teil des Rückganges des TFP-Wachstums laut Methode der Europäischen Kommission könnte auf eine unzureichende Konjunktur-

bereinigung der TFP zurückzuführen sein. Dieses Problem kann beim Produktionsfunktionsansatz volatile und prozyklische Trend-

Schätzungen bewirken (Cotis – Elmeskov – Mourougane, 2005, Maidorn, 2018, EU IFIs, 2018). Eine tiefe Rezession verschärft das Problem der übermäßigen Prozyklizität in der Trendschätzung. Aus diesem Grund legt das WIFO eine alternative Schätzung vor, in der die Erwerbsquote und die Arbeitsstunden der Beschäftigten pro Kopf stärker geglättet werden als in der Variante der Europäischen Kommission. Zusätzlich wird eine weniger deutliche Verlangsamung des TFP-Wachstums infolge der COVID-19-Rezession unterstellt. Diese Annahmen resultieren in einer geringeren Revision des Trendwachstums als in der WIFO-Schätzung laut Methode der Europäischen Kommission. Laut **WIFO-Variante** erreicht das durchschnittliche jährliche **Wachstum des Trendoutputs 2021/2025 1,0%**. Eine Zerlegung dieses Trendwachstums in die Beiträge von Kapital, Arbeit und Produktivität zeigt keinen wesentlichen Beitrag des Produktionsfaktors Arbeit, was die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt infolge der COVID-19-Rezession widerspiegelt. Im Jahr **2020 beträgt die Outputlücke –5,6%** des Trendoutputs (laut Methode der Europäischen Kommission –5,2%). Im Gegensatz zur Variante der Kommission errechnet das WIFO die Outputlücke als Abweichung des prognostizierten BIP-Niveaus vom geschätzten Trendoutput, ohne eine Schließung der Outputlücke am Ende des Prognosezeitraumes zu erzwingen. Eine sich endogen ergebende **Outputlücke bleibt infolge der aktuellen Rezession bis 2023 negativ** und dreht danach in den positiven Bereich; sie erreicht im Jahr 2025 0,6% des Trendoutputs.

3.5 Arbeitsmarkt

Die **gesundheitpolitischen Maßnahmen** der Bundesregierung zur Eindämmung der **COVID-19-Pandemie verursachten ab Mitte März einen massiven Beschäftigungsrückgang (–188.905 unselbständige Beschäftigungsverhältnisse** gegenüber dem Vorjahr Ende April). Die **COVID-19-Kurzarbeit verhinderte einen noch stärkeren Beschäftigungsabbau**. Die Arbeitslosigkeit stieg auf ein Rekordniveau von 571.477 Personen (einschließlich Personen in Schulung, Ende April 2020; gegenüber dem Vorjahr +210.275). Berücksichtigt man zusätzlich auch jene Beschäftigungsverhältnisse, die durch Kurzarbeit (zumindest temporär) gesichert wurden (für 1,15 Mio. Beschäftigte hatte das AMS Kurzarbeit Anfang Mai bereits genehmigt), dann waren zum Höhepunkt der Krise rund 40% der unselbständigen Beschäftigungsverhältnisse in der Gesamtwirtschaft (in unterschiedlichem Ausmaß) direkt von der COVID-19-Krise betroffen (Bock-Schappelwein et al., 2020).

Der für 2021 unterstellte Konjunkturverlauf geht von einem kräftigen Rebound-Effekt aus, wodurch in weiterer Folge mit einer Erholung auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen ist. Der vorliegenden Prognose liegt auch die

Annahme zugrunde, dass die Reisewarnungen spätestens Ende 2020 aufgehoben werden und die Wintertourismussaison unter COVID-19-Regeln ablaufen kann. Dennoch werden die Nächtigungszahlen im Frühjahr 2021 um ein Viertel unter den Vorkrisenwerten liegen, was sich ebenfalls in einer niedrigeren Beschäftigung niederschlagen wird. Für das II. Quartal 2021 wird für die Tourismusbeschäftigung ein Rebound-Effekt gegenüber der Lockdown-Periode im Jahr zuvor erwartet, danach ein leichter Zuwachs gegenüber dem Vorjahr.

Bei einem BIP-Wachstum von 4,4% im Jahr 2021 wird das Arbeitsvolumen um 4,1% zu nehmen. Somit wird durch die Rückführung des Labour Hoarding im Zuge der Kurzarbeit ein Anstieg der Stundenproduktivität erwartet. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten erhöht sich lediglich um 1,3%, da der Großteil der Steigerung der Arbeitskräfte nachfrage über eine Ausweitung der geleisteten Arbeitszeit pro Kopf erfolgt – d. h. von Beschäftigten, die 2020 noch in Kurzarbeit waren. In der **Periode 2021/2025** wird das Wachstum der Wirtschaftsaktivität (+2¼% p. a.) voraussichtlich eine **Ausweitung der Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten um durchschnittlich 1,4% pro Jahr ermöglichen**.

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter schrumpft ab 2022 um durchschnittlich 0,2% pro Jahr. Der erwartete **Anstieg des Arbeitskräfteangebotes** in diesem Zeitraum um **durchschnittlich 0,8% pro Jahr** (+35.500 Personen p. a.) resultiert zum einen aus der weiteren Ausweitung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren (u. a. die schrittweise Anhebung des Frauenpensionsalters) und zum anderen aus einer Steigerung des ausländischen Arbeitskräfteangebotes. Der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte an der Gesamtbeschäftigung vergrößert sich dadurch auf knapp 26% im Jahr 2025.

2020 wird die Zahl der geringfügig Beschäftigten überdurchschnittlich sinken (–6,9%). Der Einbruch der Nachfrage in dieser Beschäftigungsform ist einerseits auf die Konzentration auf Branchen zurückzuführen, die von der COVID-19-Krise besonders betroffen sind: 2019 war ein Drittel aller geringfügig Beschäftigten im Handel, im Beherbergungs- und Gaststättenwesen tätig (Bock-Schappelwein – Huemer – Hyll, 2020). Andererseits kann für geringfügig Beschäftigte keine COVID-19-Kurzarbeit beantragt werden. 2021 sollte sich dieses Beschäftigungssegment erholen; über den gesamten Prognosezeitraum wird von einem durchschnittlichen Anstieg um 1,5% p. a. ausgegangen.

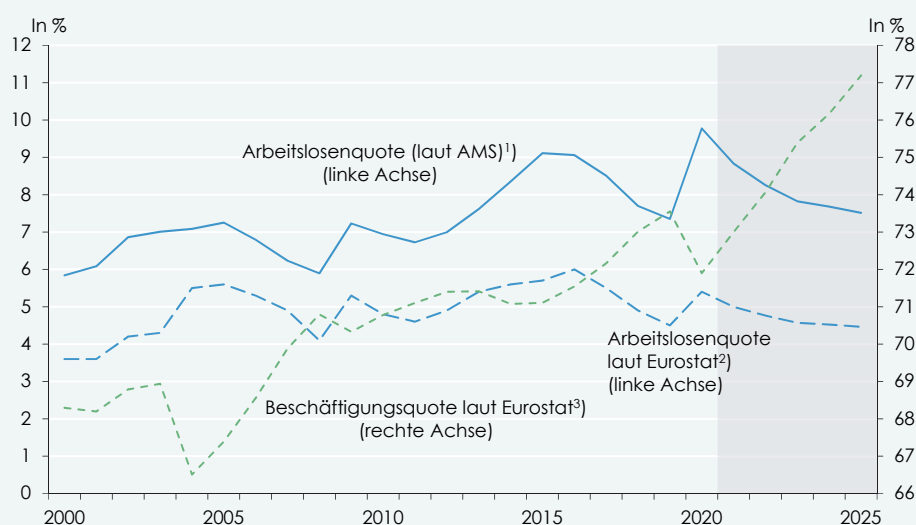
Das WIFO prognostiziert zwar einen Rückgang der Arbeitslosenzahl 2021 um knapp 9½%, sie wird aber noch um mehr als 20% über dem Niveau von 2019 liegen. Ein-

Bedingt durch die COVID-19-Krise wird die Arbeitslosenquote 2020 (laut AMS-Definition) auf 9¾% stark steigen und die Beschäftigung um 1,9% zurückgehen. Nach einem Rebound-Effekt 2021 und einer leichten, aber stetigen weiteren Erholung der Wirtschaftstätigkeit wird 2025 eine Arbeitslosenquote auf dem Vorkrisenniveau erwartet (7½%).

schließlich der Personen in Schulungen dürfte die so erweiterte Arbeitslosigkeit 2021 um 4¼% sinken, da mit der COVID-19-Arbeitsstiftung dem AMS zusätzlich 700 Mio. € für Qualifizierungsmaßnahmen zur Verfügung stehen. Bis 2025 wird mit einem Rückgang der Arbeitslosenzahl auf 323.000 gerechnet; sie ist dann noch immer um 22.000 Personen höher als 2019. Damit wird nach einem

Anstieg der Arbeitslosenquote der unselbständigen Erwerbspersonen (AMS-Definition) auf 9,8% im Jahr 2020 bis zum Ende der Prognoseperiode eine Verringerung auf das Vorkrisenniveau (7½%) prognostiziert. Im Durchschnitt des Prognosezeitraumes liegt die Arbeitslosenquote bei 8% (nationale Definition) bzw. 4,7% der Erwerbspersonen (Eurostat-Definition).

Abbildung 8: **Entwicklung des Arbeitsmarktes**



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ In % der unselbständigen Erwerbspersonen. – ²⁾ In % der Erwerbspersonen laut Labour Force Survey. – ³⁾ Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre), laut Labour Force Survey.

Übersicht 5: **Arbeitsmarkt, Einkommen, Preise – Hauptvariante**

	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	Ø 2021/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ¹⁾	5,2	5,3	4,7	5,4	5,0	4,8	4,6	4,5	4,5
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ²⁾	7,8	8,5	8,0	9,8	8,8	8,3	7,8	7,7	7,5
	Ø 2010/ 2015	Ø 2015/ 2020	Ø 2020/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung in % p. a.								
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,4	- 2,3	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,4	- 1,9	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,1
Selbständige ⁵⁾	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,5	- 1,5	- 0,5	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8
Arbeitslose	+ 7,2	+ 2,6	- 4,3	+ 33,9	- 9,4	- 5,4	- 4,3	- 0,9	- 1,3
Produktivität ⁶⁾	+ 0,1	- 0,5	+ 1,0	- 4,7	+ 3,0	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3
Lohn- und Gehaltssumme ⁷⁾	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,5	- 0,9	+ 3,2	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,3	+ 3,1
Pro Kopf, real ⁸⁾	- 0,0	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,1	± 0,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4
Lohnstückkosten, Gesamtwirtschaft	+ 2,3	+ 2,8	+ 1,2	+ 6,3	- 1,5	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,7
Verbraucherpreise	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6
BIP-Deflator	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ²⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice. – ³⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Laut WIFO, einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – ⁶⁾ BIP real pro Kopf (Erwerbstätige: unselbständige Beschäftigungsverhältnisse und Selbständige laut VGR). – ⁷⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ⁸⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI.

3.6 Inflation und Löhne

Der **deutliche Einbruch der Konsumnachfrage im 1. Halbjahr hatte keine Verlangsamung des Preisauftriebes laut VPI ohne Energie zur Folge**. Im II. Quartal flachte die Inflation ab, weil Treibstoffe billiger wurden: Neben der temporären Angebotsausweitung löste vor allem der massive Nachfragerückgang im Gefolge von Lockdown und Rezession einen Verfall der Rohölnotierungen aus (Kapitel 2.3). Auf der Basis der Futures-Notierungen für Rohöl (Brent) wird noch bis ins I. Quartal 2021 mit einem negativen Inflationsbeitrag der Treibstoffe gerechnet. Danach wird der Rohölpreis mit der Überwindung der Rezession weiterhin mäßig steigen (Sorte Brent: von 42 \$ je Barrel 2020 auf 51 \$ 2025).

Die **Reallöhne werden 2021 rezessionsbedingt stagnieren**. Über den gesamten Prognosezeitraum 2021/2025 wird ein durchschnittlicher jährlicher Nominallohnzuwachs pro Kopf von 2% prognostiziert. Nicht zuletzt wegen der nachhaltig angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt wird der Anstieg der Bruttoreallöhne pro Kopf in der Gesamtwirtschaft (+0,4% p. a.) weiter hinter dem Wachstum der Arbeitsproduktivität zurückbleiben. Die Lohnkosten sollten damit keinen inflationstreibenden Effekt entfalten. Für die Periode **2021/2025** wird mit einem **Preisanstieg gemäß VPI bzw. laut BIP-Deflator von durchschnittlich 1,6% pro Jahr** gerechnet. Österreich wird also trotz der expansiven Geldpolitik der EZB den Zielbereich für die Inflationsrate unterschreiten.

Seit Juli 2020 nimmt der Inflationsabstand zwischen Österreich und dem Durchschnitt des Euro-Raumes bzw. Deutschland wieder deutlich zu: Dies ist in erster Linie auf die temporäre **Senkung des Mehrwertsteuersatzes in Deutschland** zurückzuführen (von 1. Juli bis 31. Dezember 2020), die den Preisauftrieb seit Juli dämpft. Diese Maßnahme wurde in Deutschland **mit dem Ziel** eingeführt, den Preisauftrieb zu drosseln und so **die allgemeine Kaufkraft zu heben**. Zusätzlich sollen Vorziehkäufe die Konsumnachfrage in der zweiten Jahreshälfte 2020 stützen. In **Österreich** wurde der Mehrwertsteuersatz zwar ebenfalls **für ausgewählte**, von der COVID-19-Krise besonders betroffene **Sektoren** gesenkt (Gastronomie, Hotellerie, Veranstaltungswesen, Buchhandlungen), aber **mit dem Ziel der Stärkung der Liquidität und Solvenz der Unternehmen**. Somit waren in den begünstigten Bereichen keine Preissenkungen intendiert, und sie sind bisher in der Preisstatistik auch nicht zu beobachten. Als Konsequenz erhöhte sich der Inflationsunterschied zu Deutschland im III. Quartal 2020 auf +1,7 Prozentpunkte (1. Halbjahr 2020: +0,4 Prozentpunkte). Besonders auffällig sind dabei die ausgewiesenen Preisveränderungen in der Position Beherbergung und Pauschalreisen: Waren die Preise dieser Dienst-

leistungen im III. Quartal in Deutschland um 1,7% und im Durchschnitt des Euro-Raumes um 3,2% niedriger als im Vorjahr, so waren sie in Österreich um 3,6% höher.

Mit dem Auslaufen der Mehrwertsteuersenkungen sollte sich der Inflationsabstand wieder verringern. Da der Preisdruck im Dienstleistungsbereich in Österreich aber höher ist, wird weiterhin ein Inflationsvorsprung bestehen.

3.7 Öffentlicher Sektor

Die vorteilhafte Budgetausgangslage 2019, mit einem positiven Finanzierungssaldo des Gesamtstaates von 0,7% des BIP und weiterhin niedrigen Zinssätzen, ermöglichte der Bundesregierung umfangreiche, defizitfinanzierte **Maßnahmenpakete zur ökonomischen Abfederung der Krise** und zur Unterstützung des Hochfahrens der Wirtschaft. Flankiert von kleineren Programmen der Bundesländer, Wiens und größerer Gemeinden wurde eine Mischung aus Kredithaftungen, Steuerherabsetzungen und -stundungen, Transferzahlungen, Investitionsprämien und öffentlichen Investitionen gewählt, die auch über die Jahre 2020 und 2021 hinaus gesamtwirtschaftliche Wirkungen entfalten und kurzfristige wirtschaftliche Impulse mit längerfristigen strukturellen Zielen verbinden soll. Freilich kann das budgetwirksame Gesamtvolumen der Rettungs-, Stützungs- und Konjunkturbelebungsmaßnahmen, die sich Regierungsangaben zufolge auf 50 Mrd. € summieren, nicht präzise abgeschätzt werden – zum Teil weil die Maßnahmen stets aufs Neue adaptiert werden.

Der Budgetvollzug 2020 ist maßgeblich durch die Maßnahmen zur Bekämpfung und Abfederung der ökonomischen Folgen der COVID-19-Pandemie beeinflusst, die sich sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte niederschlagen. Erhebliche Einnahmeherausfälle sind durch die Herabsetzung der Vorauszahlungen in der Einkommen- und der Körperschaftsteuer sowie umfangreiche Abgabenstundungen, insbesondere der Umsatzsteuerschuld, zu erwarten. Ungewissheiten bestehen hinsichtlich der Quantifizierung der "automatischen" Wirkungen der Entwicklung von Einkommen, Konsum und Beschäftigung auf staatliche Einnahmen und Ausgaben. Das betrifft sowohl die Prognose von Verlauf und Stärke des Einbruchs 2020 und der (erwarteten) Konjunkturerholung 2021 als auch die Frage, ob die für eine Schätzung in "normalen Zeiten" errechneten makroökonomischen Abgabenelelastizitäten anwendbar sind. Die Schätzung der von 2020 bis 2025 kumulierten **Abgabenausfälle** in der Einkommen- und der Körperschaftsteuer durch Verlustrücktrag (4,2 Mrd. €) und beschleunigte Abschreibung (1,3 Mrd. €) sind ebenfalls mit großen Unsicherheiten verbunden. Weitere steuerliche Maßnahmen, wie die rückwir-

Der bereits große positive Inflationsabstand zu Deutschland und dem Durchschnitt des Euro-Raumes nahm in der zweiten Jahreshälfte 2020 infolge der allgemeinen Mehrwertsteuersenkung in Deutschland beträchtlich zu.

Die Einnahmenquote sinkt infolge der COVID-19-Krise von 49,1% des BIP (2019) auf 47,6% (2020 und 2021) und steigt mit der Konjunkturerholung und aufgrund der Steuerprogression bis 2025 allmählich wieder auf 48,7% des BIP.

Die Ausgabenquote erreicht 2020 57%. Da der Großteil der Unterstützungsmaßnahmen eine nur temporäre Ausgabenausweitung vorsieht, geht die Quote bis 2025 wieder auf 50% zurück.

Aufgrund der COVID-19-Krise ergibt sich infolge von Einnahmenschwächen und fiskalpolitischen Maßnahmen über den gesamten Prognosezeitraum ein negativer Finanzierungssaldo (2020 -9,4%, 2021 -4,7% des BIP), die Verschuldung der öffentlichen Hand wird deutlich auf über 84% des BIP ausgeweitet.

kend auf Jahresbeginn 2020 vorgezogene Senkung des Einkommenssteuersatzes der Lohn- und Einkommensteuer (1,3 Mrd. €) oder die ursprünglich auf das 2. Halbjahr 2020 begrenzte Senkung des Mehrwertsteuersatzes in der Gastronomie und im Kultursektor (0,9 Mrd. €; eine Verlängerung bis Ende 2021 ist geplant) tragen 2020 und in den kommenden Jahren ebenfalls zu den Einnahmenschwächen bei.

Insgesamt erwartet das WIFO im Jahr 2020 einen **Rückgang der gesamtstaatlichen Einnahmen** (gemäß ESVG 2010) **um 7,9%** gegenüber dem Vorjahr und einen kräftigen Rebound von +6,1% im Jahr 2021, welcher der Konjunkturerholung folgt. Bis zum Ende des Prognosezeitraumes 2025 sollte sich der Aufholprozess etwas abschwächen. Die prognostizierte Einnahmenquote sinkt von 49,1% des BIP (2019) auf 47,6% (2020 und 2021) und steigt (nicht zuletzt durch die Steuerprogression) allmählich bis 2025 wieder auf 48,7% des BIP.

Die Budgeteffekte der umfangreichen Hilfspakete auf der **Ausgabenseite** hängen wesentlich von der **administrativen Umsetzung und der Inanspruchnahme** und Ausschöpfung durch die Betroffenen ab. Die Investitionsprämie wird offenbar sehr gut angenommen; insgesamt sind in der Prognose 2,3 Mrd. € kalkuliert, im Staatshaushalt dürfte sie vorwiegend in den Jahren 2021 und 2022 wirksam werden. Die Umsetzung der avisierten öffentlichen Investitionsprojekte in den Bereichen Schulen, Klimaschutz, öffentlicher Verkehr und Digitalisierung wird sich voraussichtlich erst nach 2020 in den öffentlichen Haushalten stärker auswirken. Hinzu kommen 2020 außerordentliche Einmalzahlungen (Kinderbonus, Arbeitslosenunterstützungen) von 0,8 Mrd. € und erst ab 2021 anfallende Zusatzausgaben für Qualifizierungsmaßnahmen (0,7 Mrd. €) oder die überdurchschnittliche Pensionsanpassung für 2021.

Für den Staatshaushalt besonders relevant sind die in der VGR-Rechnung als Subventionen gebuchten **Kurzarbeitsbeihilfen**. Sie trugen ohne Zweifel zur Beschäftigungsstabilisierung in vielen Unternehmen bei und stützten damit die Haushaltseinkommen. Unter den Annahmen der Hauptvariante der WIFO-Prognose dürfte der Budgetrahmen von 12 Mrd. € nicht vollständig ausgeschöpft werden. Die Prognose geht für 2020 mit Zuschüssen für Kurzarbeit von 7,8 Mrd. € und für 2021 von rund 0,5 Mrd. € aus. Zugleich werden dadurch die Lohnsteuer- und Sozialbeitragsleistungen etwas stabilisiert. Auch die Obergrenze für den **Fixkostenzuschuss** dürfte nicht erreicht werden. Die Schätzung der Budgeteffekte dieses Instruments ist besonders schwierig, weil Anträge bis August 2021 gestellt werden können und die bisherigen, geringen Auszahlungen keinen Hinweis auf die tatsächlichen Budgeteffekte liefern.

In der Hauptvariante der Prognose wird von einem Budgetvolumen von 5 Mrd. € 2020 und 1 Mrd. € 2021 ausgegangen. Ein weit überdurchschnittlicher Zuwachs von +7,8% wird 2020 für die monetären Sozialleistungen erwartet (u. a. Arbeitslosengeld, Kinderbonus, Negativsteuer, Anhebung der Notstandshilfe, Zahlungen aus dem Härtefallfonds). Die Inanspruchnahme des **Härtefallfonds** liegt derzeit noch unter den Erwartungen; in der Prognose ist ein Betrag von 1 Mrd. € kalkuliert.

Insgesamt sind die prognostizierten **Staatsausgaben 2020 um 11,8% (22,7 Mrd. €) höher** als im Vorjahr. Dabei profitieren die öffentlichen Haushalte – trotz hoher Kreditaufnahmen – von unverändert niedrigen Zinssätzen und einer Schwäche des öffentlichen Konsums 2020, die zum Teil auch dem Lockdown zuzuschreiben sein dürfte. 2021 werden die Ausgaben in der Hauptvariante gegenüber dem Vorjahr um 2,7% sinken, da zahlreiche Einmalmaßnahmen wegfallen. Insgesamt wird für die Periode bis 2025 ein mäßiges Ausgabenwachstum angenommen. Die Staatsausgabenquote, die 2020 auf einen Höchstwert von 57,0% des BIP springt, wird diesen Annahmen zufolge 2021 auf 52,2% und bis 2025 auf knapp unter 50% zurückgehen.

Das in der Hauptvariante erwartete gesamtstaatliche **Budgetdefizit** wird für 2020 auf 9,4% und für 2021 auf 4,7% des nominellen BIP geschätzt. Aufgrund der für die Post-COVID-19-Periode ab 2022 angenommenen gedämpften Ausgabenentwicklung und der unterstellten Rückkehr der Dynamik der Einnahmen aus Lohnsteuer, Körperschaftsteuer und Verbrauchsteuern auf Prä-COVID-19-Zusammenhänge (Elastizitäten) geht das prognostizierte Budgetdefizit bis zum Ende des Prognosezeitraumes deutlich auf 1,0% des nominellen BIP zurück. Die **Staatsschuldenquote** wird nach dem merklichen Anstieg auf 84,1% (2020) vor allem aufgrund des höheren nominellen BIP-Wachstums ("Nenner-Effekt") bis zum Ende des Prognosezeitraumes 2025 wieder auf rund 80% sinken. Sie liegt damit auch fünf Jahre nach dem Beginn der COVID-19-Krise um fast 10 Prozentpunkte über dem Ausgangsniveau von 2019 (70,5% des BIP).

Der strukturelle Budgetsaldo wird durch den massiven Konjunkturreinbruch des Jahres 2020 erheblich beeinflusst. Die Outputlücke wird stark negativ, sodass sich der zyklisch bereinigte Budgetsaldo 2020 gegenüber dem Finanzierungssaldo von -9,4% auf -6,2% verbessert. Die Anwendung der EU-Fiskalregeln ist allerdings aufgrund der Aktivierung der "allgemeinen Ausweichklausel" ohnehin de facto umgesetzt. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraumes verbessert sich der strukturelle Budgetsaldo kontinuierlich, im Jahr 2025 erreicht er -1,4% des BIP.

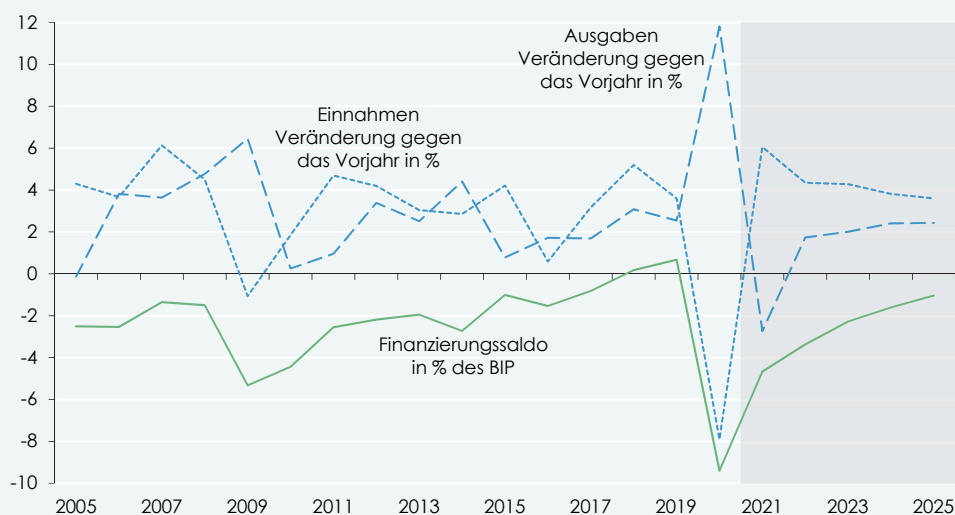
Übersicht 6: Staat – Hauptvariante

	Ø 2010/ 2015	Ø 2015/ 2020	Ø 2020/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung in % p. a.								
Laufende Einnahmen	+ 3,8	+ 0,8	+ 4,4	- 7,9	+ 6,1	+ 4,4	+ 4,3	+ 3,8	+ 3,6
Laufende Ausgaben	+ 2,4	+ 4,1	+ 1,1	+ 11,8	- 2,7	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,4
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 3,1	+ 1,9	+ 3,9	- 5,0	+ 6,1	+ 4,0	+ 3,5	+ 3,2	+ 2,8
	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	Ø 2021/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	In % des BIP								
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 2,1	- 2,2	- 2,6	- 9,4	- 4,7	- 3,4	- 2,3	- 1,6	- 1,0
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission ¹⁾	- 1,6	- 2,0	- 2,5 ²⁾	- 6,5	- 3,7	- 2,7	- 1,9	- 1,6	-
WIFO-Methode ³⁾	- 1,5	- 2,0	- 2,3	- 6,2	- 3,3	- 2,8	- 2,1	- 1,7	- 1,4
Struktureller Budgetsaldo									
Methode der Europäischen Kommission ¹⁾	- 1,1	- 2,0	- 2,5 ²⁾	- 6,5	- 3,7	- 2,7	- 1,9	- 1,6	-
WIFO-Methode ³⁾	- 0,9	- 2,0	- 2,3	- 6,2	- 3,3	- 2,8	- 2,1	- 1,7	- 1,4
Staatsschuld	82,9	78,0	82,0	84,1	83,0	83,1	82,5	81,4	80,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2020, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2020. – ²⁾ 2021/2024. – ³⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2020 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Abbildung 9: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Staates

Laut Maastricht-Definition



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

4. Ein alternatives COVID-19-Risikoszenario – zweiter Lockdown

Im **Risikoszenario** wird in Österreich und den wichtigsten Handelspartnern eine zweite **Infections-welle mit einem übermäßigen Anstieg der Zahl der SARS-Cov-2-Infektionen** angenommen. Um das epidemiologische Geschehen wieder unter Kontrolle zu bringen, werden **drastische Maßnahmen der Bundesregierung unterstellt**, wie "Geschäfts- und Fabrikschließungen, Reisebeschrän-

kungen, aber auch (partielle) Schulschließungen, die das Arbeiten der Eltern von Zuhause erschweren. In diesem Risikoszenario wird damit gerechnet, dass die Lockdown-Intensität, gemessen am Indikator der Blavatnik School of Government⁴⁾, ab November wieder über 70 steigt, die Maßnahmen bis nach den Weihnachtsfeiertagen in Kraft sind und danach langsamer gelockert werden

⁴⁾ Hale et al. (2020A, 2020B).

als im Sommer 2020" (Schiman, 2020, S. 727). Dieses Szenario baut für die Jahre 2020/21 auf dem in Schiman (2020, Kapitel 3) dargestellten Risiko-BIP-Pfad für Österreich auf und unterlegt diesen zum einen mit Annahmen zur internationalen Entwicklung der Realwirtschaft auf der Basis des Second Wave Szenario von Oxford Economics von Mitte September 2020 (Übersicht 7, Abbildung 2). Zum anderen wird angenommen, dass die tiefere und längere Rezession im Euro-Raum durch eine Ausweitung der geldpolitischen Maßnahmen bekämpft wird und die Wertpapierankaufprogramme der EZB entsprechend ausgeweitet werden. Als Folge gehen der kurz- und der langfristige Zinssatz (leicht) zurück. Für die USA wird eine symmetrische Aktion der Fed unterstellt, wodurch der Euro-Dollar-Wechselkurs unverändert bleibt. Aufgrund der Abschwächung der Wirtschaftsleistung sinken die Rohstoffnachfrage und der Rohölpreis.

Sollte eine zweite COVID-19-Infektionswelle einen neuerlichen Lockdown erfordern, dann könnte die Wirtschaftsleistung in Österreich 2020 um 9¼% und die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten um 2¼% zurückgehen. Die Arbeitslosenquote dürfte sich 2021 auf 10¼% und die Staats-schuldenquote auf 93% des BIP erhöhen.

Auf dieser Basis werden für Österreich mit dem Modell WIFO-Macromod für die Jahre 2020 und 2021 restringierte Pfade für die BIP-Komponenten, die Beschäftigung und Lohnentwicklung geschätzt, die dem Risiko-BIP-Pfad der kurzfristigen WIFO-Prognose entsprechen. Für die Folgejahre wird eine unrestringierte Prognose erstellt.

Im Risikoszenario ist die Rezession deutlich tiefer und länger als in der Hauptvariante.

Deshalb wird eine **Ausweitung der bereits beschlossenen fiskalpolitischen COVID-19-Unterstützungsmaßnahmen** (Kapitel 3.7) für 2020 und 2021 wie folgt **unterstellt**: Die Kurzarbeitsbeihilfe wird um 0,5 Mrd. € bzw. 2 Mrd. € höher angenommen, der Fixkostenzuschuss um jeweils 1 Mrd. €, der Härtefallfonds um jeweils 0,5 Mrd. € höher. Im Zeitraum 2020 bis 2022 werden für die Unterstützungsleistungen an nicht gewinnorientierte Organisationen zusätzlich 0,2 Mrd. € unterstellt. Da weiters die budgetwirksame Inanspruchnahme von Haftungen und die Ausfälle gestundeter Abgabeforderungen 2020 und 2021 zunehmen dürften, wird dafür zusammengefasst ein Betrag von jeweils 1 Mrd. € angenommen. Hinzu kommen höhere Transferzahlungen an Arbeitslose von bis zu 1 Mrd. € im Jahr 2021.

Die Drosselung der wirtschaftlichen Handlungsmöglichkeiten durch einen zweiten Lockdown hätte einen neuerlichen Einbruch der Wirtschaftsleistung zur Folge: Das BIP würde 2020 um 9¼% schrumpfen und 2021 auf diesem niedrigen Niveau beinahe stagnieren (+0,4%). Für 2022 (+4,8%) wird ein etwas stärkerer Rebound-Effekt als in der

Hauptvariante für 2021 (+4,4%) erwartet. Da der Aufschwung im Risikoszenario nach zwei (sehr) schwachen Jahren erfolgt, ist dieser Rebound aber schwächer einzustufen, das Vorkrisenniveau des BIP wird erst 2024 erreicht: drei Jahre nach Ausbruch der Krise, im Hauptszenario nach zwei Jahren. Für den BIP-Verlauf in den Jahren 2023 bis 2025 wird eine ähnliche (um ein Jahr verschobene), aber etwas schwächere Anpassung wie in der Hauptvariante unterstellt (Abbildung 1). Die Hauptergebnisse dieser Alternativrechnung zeigt Übersicht 8. Über den gesamten Prognosezeitraum 2021/2025 ist das **durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum um 0,2 Prozentpunkte geringer** als in der Hauptvariante. Das **Wachstum des Trendoutputs** fällt aufgrund der schwächeren Investitionstätigkeit und der höheren strukturellen Arbeitslosigkeit (NAWRU) um **0,2 Prozentpunkte niedriger** aus.

Aufgrund der Einschränkungen der Konsummöglichkeit, aber auch durch vermehrtes Vorsichtssparen steigt die Sparquote 2020 auf 17% (+2 Prozentpunkte gegenüber der Hauptvariante bzw. +8¼ Prozentpunkte gegenüber dem Vorkrisenniveau).

Die **Arbeitslosenquote** steigt **2021 auf 10¼%** und ist über den gesamten Prognosezeitraum um 1 Prozentpunkt höher als in der Hauptvariante. Der Bestand an Arbeitslosen ist 2021 um bis zu 62.000 Personen höher als laut Hauptvariante.

Die deutlich ungünstigeren ökonomischen Rahmenbedingungen ergeben im Risikoszenario einen wesentlich schlechteren staatlichen Finanzierungssaldo als in der Hauptvariante. Auf der Einnahmenseite ist von einem stärkeren Rückgang vor allem der Lohn- und der Umsatzsteuereinnahmen und einem niedrigeren Aufkommen an Sozialbeiträgen auszugehen. Auf der Ausgabenseite spiegelt sich die ungünstigere ökonomische Entwicklung im Risikoszenario in einer merklich verstärkten Inanspruchnahme von COVID-19-Unterstützungsleistungen. In Summe ergeben die im Risikoszenario zu erwartenden Mehrausgaben und Mindereinnahmen **2020 ein Budgetdefizit von 10¼% des nominellen BIP**. Dadurch verlangsamt sich auch die prognostizierte mittelfristige Verbesserung des Budgetpfades 2022/2025. Zum Ende des Prognosezeitraumes 2025 beträgt das gesamtstaatliche Defizit noch 2¼% des BIP, und der Schuldenstand bleibt bis 2025 bei 93% des nominellen BIP. Er ist damit zum Ende der Prognoseperiode um 13 Prozentpunkte höher als in der Hauptvariante.

Übersicht 7: Internationale Konjunktur – Risikoszenario

	Ø 2010/ 2015	Ø 2015/ 2020	Ø 2020/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025	
BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %										
Euro-Raum	+ 0,8	- 0,5	+ 2,0	- 9,5	± 0,0	+ 5,0	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,3	
MOEL 5 ¹⁾	+ 2,4	+ 1,8	+ 2,5	- 6,0	+ 0,5	+ 4,5	+ 3,0	+ 2,3	+ 2,0	
USA	+ 2,2	+ 0,8	+ 1,9	- 5,0	- 0,5	+ 3,8	+ 2,5	+ 2,0	+ 1,9	
Schweiz	+ 1,7	+ 0,4	+ 1,6	- 5,0	- 1,0	+ 4,0	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,3	
China	+ 7,9	+ 5,3	+ 4,5	± 0,0	+ 2,0	+ 6,0	+ 5,0	+ 4,8	+ 4,8	
Insgesamt, exportgewichtet ²⁾	+ 1,6	+ 0,4	+ 2,1	- 7,8	+ 0,0	+ 4,8	+ 2,5	+ 1,9	+ 1,6	
	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	Ø 2021/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025	
Annahmen zur Prognose										
Erdölpreis, Brent	Dollar je Barrel	97	55	48	42	43	47	49	50	51
Wechselkurs	\$ je €	1,29	1,14	1,20	1,14	1,17	1,18	1,20	1,21	1,22
Internationale Zinssätze										
Dreimonatszinssatz	in %	0,5	- 0,4	- 0,6	- 0,5	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6
Sekundärmarktrendite Deutschland	in %	1,5	0,0	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,5

Q: WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ²⁾ Euro-Raum, MOEL 5, USA, Schweiz, China: gewichtet mit den österreichischen Exportanteilen.

Übersicht 8: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich – Risikoszenario

	Ø 2010/ 2015	Ø 2015/ 2020	Ø 2020/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Veränderung in % p. a.									
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 1,1	- 0,3	+ 2,1	- 9,3	+ 0,4	+ 4,8	+ 2,2	+ 1,5	+ 1,4
Nominell	+ 3,1	+ 1,3	+ 3,5	- 7,5	+ 1,7	+ 6,0	+ 3,7	+ 3,2	+ 3,0
Verbraucherpreise	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5
BIP-Deflator	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,6
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,2	- 1,2	+ 1,2	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,6	+ 3,3
Pro Kopf, real ²⁾	- 0,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,8
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,2	- 2,6	+ 0,2	+ 2,3	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	- 2,2	+ 0,1	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,9
	Ø 2011/ 2015	Ø 2016/ 2020	Ø 2021/ 2025	2020	2021	2022	2023	2024	2025
In %									
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,2	5,3	5,5	5,7	6,2	5,6	5,4	5,3	5,2
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾	7,8	8,5	8,9	10,1	10,3	9,3	8,7	8,4	8,1
In % des BIP									
Außenbeitrag	3,1	3,3	3,1	2,8	3,0	3,1	3,1	3,2	3,4
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 2,1	- 2,5	- 4,6	- 10,8	- 8,2	- 5,3	- 3,9	- 3,1	- 2,4
Staatsschuld	82,9	78,7	93,3	87,4	93,2	93,1	93,5	93,6	93,2
In % des verfügbaren Einkommens									
Sparquote der privaten Haushalte	7,6	9,7	9,9	17,0	14,4	10,0	8,7	8,3	8,0

Q: Dachverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ²⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁶⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice.

5. Allgemeine Risikoüberlegungen

Neben der COVID-19-Krise ergeben sich aus den internationalen Rahmenbedingungen für die vorliegende Prognose weitere, hauptsächlich Abwärtsrisiken:

- Die Auswirkungen des bevorstehenden **Austrittes des Vereinigten Königreiches aus der EU** bilden nach wie vor ein bedeutendes Risiko für die Wirtschaftsentwicklung in der EU. Eine empfindliche

Einschränkung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU infolge eines "harten Brexit" (worauf derzeit vieles hindeutet) würde sich zwar in erster Linie negativ auf das Vereinigte Königreich selbst, aber auch auf die Wirtschaftsentwicklung im übrigen Europa auswirken. Im Besonderen wären davon EU-Länder mit sehr engen Wirtschaftsbeziehungen zum Vereinigten Königreich betroffen (Irland, Niederlande).

- Eine weitere **Ausweitung protektionistischer Maßnahmen** im Handelskonflikt zwischen den USA und China, aber auch mit der EU und die zu erwartenden Gegenmaßnahmen der betroffenen Länder bergen die Gefahr einer neuerlichen Eskalation des Handelskonfliktes mit markanten Nachteilen für die gesamte Weltwirtschaft. Aufgrund sehr verzweigter weltweiter Wertschöpfungsketten hätten zusätzliche Behinderungen des Welthandels negative Auswirkungen auf die Produktion in den einzelnen Ländern und würden den Abwärtstrend der Konjunktur noch verstärken.
- Schwelende **geopolitische Konflikte** im Nahen und Mittleren Osten sowie die Spannungen zwischen Russland und der EU bergen ein Risiko für die Versorgung mit Energierohstoffen bzw. für einen Anstieg der Energiepreise und der Inflation. Darüber hinaus könnte eine Verschärfung der Spannungen im Nahen Osten oder zwischen der Türkei und der EU die Migrationsströme nach Europa wieder verstärken.

Ein **Eintreten dieser Abwärtsrisiken** für die Weltwirtschaft würde die in der Prognose unterstellte **Entwicklung der österreichischen Ausfuhr unmittelbar verschlechtern** und in Österreich das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigungs- und Einkommenszuwächse und das Abgabenaufkommen dämpfen sowie die Staatsausgaben tendenziell erhöhen.

Eine **stärkere Koordination der geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen** zum einen zwischen den wirtschaftspolitischen Akteuren in einem Land (bzw. in einem gemeinsamen Währungsraum) und zum anderen zwischen den einzelnen Ländern (Währungsräumen) würde die **Effektivität der wirtschaftspolitischen Maßnahmen signifikant steigern** (Galli, 2020).

Als Folge des Brexit wird sich der Nettobeitrag Österreichs zum EU-Budget sehr wahrscheinlich erhöhen; wie hoch er ausfallen wird, lässt sich aber noch nicht abschätzen.

Aktuell ist der künftige wirtschaftspolitische Pfad der Bundesregierung stark von der COVID-19-Krise dominiert. Aufgrund der No-Policy-Change-Annahme wurden in der Prognose keine Annahmen zu zusätzlichen Klimaschutzmaßnahmen, einer Ökologisierung des Steuersystems, Reformen der Pflege- oder Pensionsfinanzierung, im Bereich des Bildungs- oder Finanzausgleichssystems o. Ä. getroffen. Vor diesem Hintergrund ist für den prognostizierten Budget- und Verschuldungspfad das Risiko einer ungünstigeren Entwicklung deutlich höher einzuschätzen.

6. Literaturhinweise

- Baumgartner, J., Bierbaumer-Polly, J., Fink, M., Friesenbichler, K. S., Kaniovski, S., Klien, M., Loretz, S., Pitlik, H., Rocha-Akis, S., Sinabell, F. (WIFO), Schnabl, A., Lappöhn, S., Mateeva, L., Plank, K., Wimmer, L. (IHS), Berger, J., Schwarzbauer, W., Strohner, L. (EcoAustria), Ökonomische Bewertung der in der Regierungsklausur am 16. Juni 2020 vorgestellten Maßnahmen, WIFO, IHS und EcoAustria, Wien, 2020, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66415>.
- Baumgartner, J., Breuss, F., Kaniovski, S., "WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy", in OeNB (Hrsg.), Macroeconomic Models and Forecasts for Austria, Proceedings of OeNB Workshops, 2005, (5), S. 61-86.
- Baumgartner, J., Kaniovski, S., Bierbaumer-Polly, J., Glocker, Ch., Huemer, U., Loretz, S., Mahringer, H., Pitlik, H., "Die Wirtschaftsentwicklung in Österreich im Zeichen der COVID-19-Pandemie. Mittelfristige Prognose 2020 bis 2024", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(4), S. 239-265, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/65916>.
- Bloom, N., "How working from home works out", Stanford University, Institute for Economic Policy Research, Policy Brief, June 2020, <https://siepr.stanford.edu/research/publications/how-working-home-works-out>.
- Bloom, N., Liang, J., Roberts, J., Zhichun, J. Y., "Does Working from Home Work? Evidence from a Chinese Experiment", The Quarterly Journal of Economics, 2015, 130(1), S. 165-218.
- Bock-Schappelwein, J., Eppel, R., Huemer, U., Hyll, W., Mahringer, H., "COVID-19-Pandemie: Rückgang der Beschäftigung und Anstieg der Arbeitslosigkeit halten im April an", WIFO Research Briefs, 2020, (5), <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/65983>.
- Bock-Schappelwein, J., Huemer, U., Hyll, W., "COVID-19-Pandemie: Rückgang der Beschäftigung verlangsamt sich im Mai etwas", WIFO Research Briefs, 2020, (8), <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66125>.
- Cofis, J. P., Elmeskov, J., Mourougane, A., "Estimates of potential output: Benefits and pitfalls from a policy perspective", in Reichlin, L. (Hrsg.), The Euro Area Business Cycle: Stylized Facts and Measurement Issues, CEPR, London, 2005, S. 35-60.
- Dieppe, A. (Hrsg.), Global Productivity: Trends, Drivers and Policies, Weltbank, Washington D.C., 2020.

- EU Independent Fiscal Institutions (EU IFIs), A practitioner's guide to potential output and the output gap. Definition – Estimation – Validation, Dublin, 2018.
- Gali, J., "The effects of a money-financed fiscal stimulus", *Journal of Monetary Economics*, 2020, 115, S. 1-9.
- Hale, Th., Angrist, N., Cameron-Blake, E., Hallas, L., Kira, B., Majumdar, S., Petherick, A., Phillips, T., Tatlow, H., Webster, S. (2020A), Variation in Government Responses to COVID-19. Version 8.0, University of Oxford, Blavatnik School of Government, Working Paper October 2020, <https://www.bsg.ox.ac.uk/research/publications/variation-government-responses-covid-19>.
- Hale, Th., Angrist, N., Cameron-Blake, E., Hallas, L., Kira, B., Majumdar, S., Petherick, A., Phillips, T., Tatlow, H., Webster, S. (2020B), Oxford COVID-19 Government Response Tracker, University of Oxford, Blavatnik School of Government, Data set, 2020, https://raw.githubusercontent.com/OxCGRT/covid-policy-tracker/master/data/OxCGRT_latest.csv.
- Havik, K., Mc Morrow, K., Orlandi, F., Planas, Ch., Raciborski, R., Röger, W., Rossi, A., Thum-Thysen, A., Vandermeulen, V., "The production function methodology for calculating potential growth rates & output gaps", *European Economy, Economic Papers*, 2014, (535).
- Hristov, A., Planas, C., Röger, W., Rossi, A., "NAWRU estimation using structural labour market indicators", *European Economy, Discussion Papers*, 2017, (69).
- International Energy Agency (IEA), *World Energy Outlook 2020*, Paris, 2020.
- Meyer, I., Sommer, M., Kratena, K., "How to reach Paris: a comprehensive long-term energy-economy scenario for Austria", in Zachariadis, Th., Milne, J. E., Andersen, M. S., Ashiabor, H. (Hrsg.), *Economic Instruments for a Low-carbon Future. Critical Issues in Environmental Taxation*, Edward Elgar, Cheltenham, 2020, S. 127-140.
- Maidorn, S., "Is there a trade-off between procyclicality and revisions in EC trend TFP estimations?", *Empirica*, 2018, 45(1), S. 59-82.
- Oberhofer, H., Pfaffermayr, M., "Estimating the Trade and Welfare Effects of Brexit: A Panel Data Structural Gravity Model", *FIW Working Papers*, 2018, (187).
- Schiman, St., "Zähe Konjunktur nach kräftigem Rebound. Prognose für 2020 und 2021", *WIFO-Monatsberichte*, 2020, 93(10), S. 715-728, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66557>.

Die WIFO Research Briefs präsentieren kurze wirtschaftspolitische Diskussionsbeiträge sowie kurze Zusammenfassungen von Forschungsarbeiten des WIFO. Sie werden unter Einhaltung der Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis und der wissenschaftlichen Politikberatung verfasst und dienen der Erhöhung der nationalen und internationalen Sichtbarkeit der WIFO-Forschungsergebnisse.

16/2020 COVID-19: Beschäftigungssituation – Bilanz nach einem halben Jahr COVID-19-Pandemie

Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Huemer, Walter Hyll

Ein halbes Jahr nach dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie sind die Folgen für die Beschäftigung noch immer merklich spürbar. Der Rückgang war im September im Vorjahresvergleich zwar geringer als im Frühjahr, betrug aber immer noch etwa 1%. Zudem waren, nach dem Höhepunkt im Mai mit über 1,3 Mio. angemeldeten Kurzarbeitsfällen, rund 300.000 Beschäftigte zur Kurzarbeit angemeldet. 20- bis 24-jährige Arbeitskräfte waren von den Auswirkungen der COVID-Maßnahmen überdurchschnittlich betroffen, ebenso Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Männer (insbesondere zu Beginn der Krise). Unter jenen Branchen, die von der Krise besonders erfasst worden waren, erreichte einzig das Bauwesen das Beschäftigungsniveau des Vorjahres wieder. War die Beschäftigung im Mai in erster Linie in den vom Wintertourismus geprägten Bundesländern Tirol und Salzburg gesunken, so verzeichnete im September Wien die größten Einbußen. Nur im Burgenland wurde die Beschäftigung ausgeweitet.

Oktober 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66565>

Frühere Ausgaben

15/2020 Hochfrequenzkonjunkturanalyse vom September 2020

Sandra Bilek-Steindl, Julia Bock-Schappelwein, Christian Glocker, Serguei Kaniovski

September 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66527>

14/2020 Hochfrequenzkonjunkturanalyse vom August 2020

Sandra Bilek-Steindl, Julia Bock-Schappelwein, Christian Glocker, Serguei Kaniovski

August 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66526>

13/2020 Hochfrequenzkonjunkturanalyse vom Juli 2020

Sandra Bilek-Steindl, Julia Bock-Schappelwein, Christian Glocker, Serguei Kaniovski

Juli 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66525>

12/2020 COVID-19-Pandemie: Sommertourismus dämpfte Beschäftigungsverluste

Julia Bock-Schappelwein, Oliver Fritz, Ulrike Huemer, Walter Hyll

September 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66422>

11/2020 Wie kann man die österreichische Exportindustrie während der COVID-19-Pandemie stärken?

Andreas Reinstaller, Klaus S. Friesenbichler

September 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66332>

10/2020 COVID-19-Pandemie: Weniger Sommerjobs für Jugendliche im Juli

Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Huemer, Walter Hyll

August 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66292>

9/2020 COVID-19-Pandemie: Beschäftigungssituation für Frauen schwieriger

Julia Bock-Schappelwein, Walter Hyll

Juli 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66188>

8/2020 COVID-19-Pandemie: Rückgang der Beschäftigung verlangsamt sich im Mai etwas

Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Huemer, Walter Hyll

Juni 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66125>

Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo_research_briefs

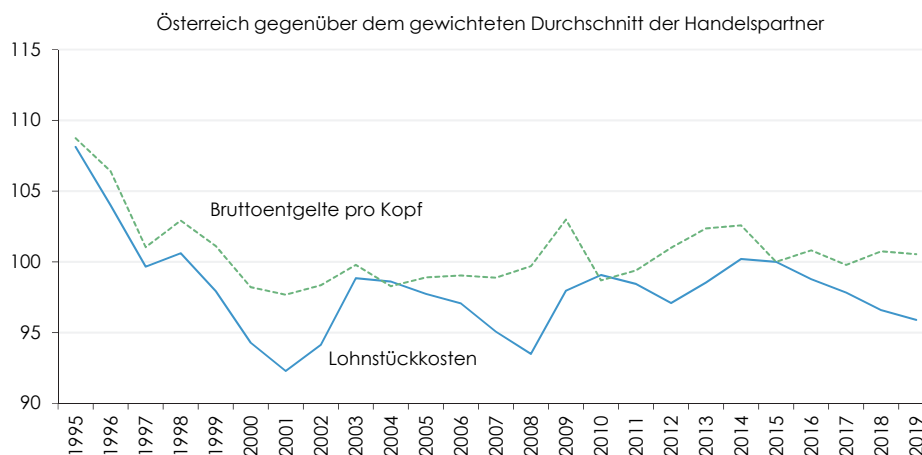
2019 trotz Anstieges der Lohnstückkosten Verbesserung relativ zu Handelspartnern

Werner Hölzl, Thomas Leoni

- Der Beitrag untersucht die Entwicklung der lohnbezogenen Wettbewerbsfähigkeit anhand des Verlaufes der Lohnstückkosten im Bereich "Herstellung von Waren" und in der Gesamtwirtschaft Österreichs, relativ zu den wichtigsten Handelspartnern.
- Die relative Lohnstückkostenentwicklung ist ein zusammenfassendes Maß von Veränderungen der Arbeitskosten, der Produktivität und des Wechselkurses.
- Österreichs nominell-effektiver Wechselkurs sank 2019 um 0,5%, was einer leichten Abwertung entspricht.
- Unter schwierigen Rahmenbedingungen der internationalen Konjunktur erhöhten sich die Lohnstückkosten der österreichischen Warenherstellung 2019 um 3,8%.
- Trotz dieses Anstieges verbesserte sich die österreichische Lohnstückkostenposition relativ zum gewichteten Durchschnitt der Handelspartner um 0,7%. Gegenüber Deutschland gingen die Lohnstückkosten in Österreich um 2,5% zurück.

Entwicklung der relativen Lohn- und Lohnstückkosten in der Herstellung von Waren

In €, 2015 = 100



In den letzten Jahren verbesserte sich die österreichische Lohnstückkostenposition gegenüber den Handelspartnern, vor allem weil die Produktivität relativ stärker stieg (Q: Eurostat, AMECO, nationale statistische Ämter, WIFO-Berechnungen; ohne Österreich, Malta, Zypern, jedoch einschließlich Norwegens, der USA, Kanadas und Japans).

"Kumuliert gingen die Lohnstückkosten in Österreich relativ zum Durchschnitt aller Handelspartner seit 2014 um etwa 4%, relativ zu Deutschland seit 2011 um etwas mehr als 7% zurück. Diese Verschiebungen müssen jedoch im Kontext früherer Schwankungen relativiert werden. Besonders die Lohnstückkostenposition gegenüber Deutschland ist seit Jahrzehnten bemerkenswert stabil."

2019 trotz Anstieges der Lohnstückkosten Verbesserung relativ zu Handelspartnern

Werner Hölzl, Thomas Leoni

2019 trotz Anstieges der Lohnstückkosten Verbesserung relativ zu Handelspartnern

Trotz der merklichen Abkühlung der Konjunktur im österreichischen Außenhandel und der Sachgüterproduktion verbesserte sich die österreichische Lohnstückkostenposition in der Herstellung von Waren gegenüber dem gewichteten Durchschnitt der Handelspartner. Diese Entwicklung wurde durch die Lohnstückkostendynamik in Deutschland mitbestimmt, wo die Produktivität 2019 deutlich zurückging. Die Wechselkursentwicklung des Euro trug zur Verbesserung der österreichischen Lohnstückkostenposition gegenüber dem Durchschnitt der Nicht-Euro-Handelspartner bei.

Despite Increase in Unit Labour Costs, Improvement of Austrian Unit Labour Cost Position 2019

Despite the growth slowdown in Austrian foreign trade and in manufacturing, the Austrian unit labour cost position in the production of goods improved, compared to the weighted average of the trading partners. This development was partly determined by the unit labour cost dynamics in Germany, where productivity declined significantly in 2019. The exchange rate development of the euro contributed to the improvement of the Austrian unit labour cost position, compared to the average of the non-euro trading partners.

JEL-Codes: F16, F31, J3, L6 • **Keywords:** Lohnstückkosten, preisliche Wettbewerbsfähigkeit, Warenherstellung

Begutachtung: Sandra Bilek-Steindl • **Wissenschaftliche Assistenz:** Doris Steininger (doris.steininger@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 29. 9. 2020

Kontakt: Dr. Thomas Leoni, MA (thomas.leoni@wifo.ac.at), Dr. Werner Hölzl (werner.hoelzl@wifo.ac.at)

1. Relative Lohnstückkosten als Maß der preislichen Wettbewerbsfähigkeit

Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften spielt die Interaktion von Produktionskosten, Produktivität und Wechselkurse eine wichtige Rolle. Die relative Lohnstückkostenentwicklung ist ein zusammenfassendes Maß, welches es erlaubt, die Auswirkungen von Veränderungen der Arbeitskosten, der Produktivität und des Wechselkurses auf die kostenbestimmte Wettbewerbsfähigkeit in einem Indikator darzustellen. Dazu wird die Entwicklung der Lohnstückkosten (**d. h. der Arbeitskosten je produzierte Einheit**) mit der Entwicklung in anderen Ländern in Verhältnis gesetzt und um Wechselkursveränderungen bereinigt.

Faktoren, wie Technologie und Organisationsstrukturen, für die Entwicklung der Exporte und Marktanteile, während sie Veränderungen der Lohnstückkosten nur eine begrenzte Erklärungskraft zuschreiben (Dosi – Grazzi – Moschella, 2015).

Der vorliegende Beitrag untersucht die Entwicklung der lohnbezogenen Wettbewerbsfähigkeit anhand des Verlaufes der Lohnstückkosten im Bereich "Herstellung von Waren" und in der Gesamtwirtschaft zwischen Österreich und seinen wichtigsten Handelspartnern. Dieses jährlich erscheinende Update der Analyse bezieht sich auf den Zeitraum von 1995 bis einschließlich 2019, dem jüngsten Jahr, für das Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) vorliegen. Die Auswahl der Länder, die in den Vergleich einbezogen werden, ist durch die Verfügbarkeit von längeren Zeitreihen zu den Lohnstückkosten bzw. ihren einzelnen Komponenten eingeschränkt. Die Untersuchung beschränkt sich deshalb auf die EU-Mitgliedsländer (mit Ausnahme von Zypern und Malta) sowie Norwegen, die USA, Japan und Kanada. Diese 29 Länder decken zusammen fast 79% der österreichischen Importe und Exporte ab.

Lohnstückkosten sind ein partielles Maß der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Die Lohnstückkosten sind jedoch nur ein partielles Maß der internationalen Wettbewerbsfähigkeit eines Sektors oder gar einer gesamten Volkswirtschaft, da sie nur die preisliche bzw. genauer genommen lohnbezogene Dimension der Wettbewerbsfähigkeit abbilden. Wie einige ökonomische Untersuchungen zeigen, trägt die Veränderung der relativen Lohnstückkosten mittelfristig erheblich zur Erklärung von Handelsströmen und Verschiebungen der Marktanteile zwischen Handelspartnern bei (z. B. Carlin – Glyn – van Reenen, 2001, Köhler-Töglhofer – Url – Glauning, 2017). Andere Untersuchungen betonen allerdings die Rolle anderer

Mit der VGR für 2019, die im September 2020 veröffentlicht wurde, wurden auch die Daten für die Jahre 2016, 2017 und 2018 revidiert. Diese Revision hatte zwar eine Korrek-

tur einzelner Werte zur Folge, die Einschätzung der Lohnstückkostenentwicklung in der gegenständlichen Periode veränderte sich aber kaum.

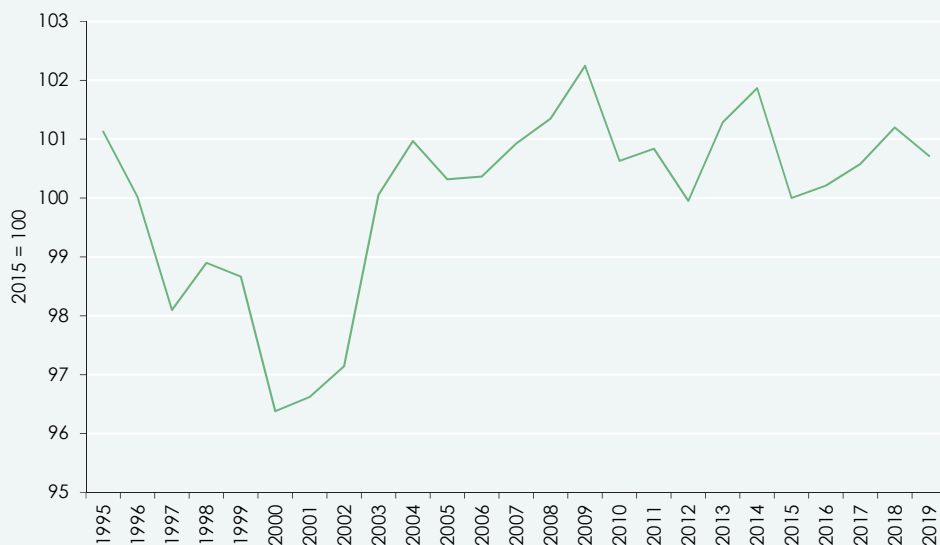
2. Nominell-effektiver Wechselkurs 2019 um 0,5% gesunken

Die relative Lohnstückkostenposition einer Volkswirtschaft bildet den realen Außenwert der nationalen Währung im internationalen Wettbewerb ab und entspricht einem real-effektiven Wechselkurs dieser Währung. Ausgangspunkt für jede Betrachtung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ist der nominell-effektive Wechselkurs, d. h. ein Vergleich des Wertes der nationalen Währung mit einem Währungskorb, der anhand eines Gewichtungsschemas die Relevanz der einzelnen Handelspartner wiedergibt (siehe Kasten "Berechnungsmethode und Datenbasis für den Lohnstückkostenvergleich"). Der nominell-effektive Wechselkurs wird mit den Lohnstückkosten deflationiert, um die Lohnstückkostenposition der inländischen Sachgütererzeugung zu bestimmen. Seit der Einführung der gemeinsamen Währung haben Wechselkursänderungen für die österreichische Exportwirtschaft an Bedeutung verloren, da die wichtigsten Handelspartner ebenfalls dem Euro-Raum angehören. Im hier verwendeten Gewichtungsschema des effektiven Wechselkurses entfallen etwas mehr als 70% auf die Länder des Euro-Rau-

mes. Dennoch bleibt der Verlauf des nominell-effektiven Wechselkurses ein relevanter Bestimmungsfaktor der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Im Jahr 2019 war aus österreichischer Sicht eine leichte Abwertung des nominell-effektiven Wechselkurses zu verzeichnen (-0,5%)¹⁾. Dieser Rückgang war das Ergebnis einer Kombination aus Auf- und Abwertungen des Euro gegenüber den Landeswährungen der unterschiedlichen Handelspartner. Der Euro verteuerte sich gegenüber den meisten anderen Landeswährungen innerhalb der EU, am stärksten im Vergleich zur schwedischen Krone (+3,1%) sowie zum ungarischen Forint und zum rumänischen Leu (jeweils um fast +2%). Diese Aufwärtsentwicklungen wurden aber durch Abwertungsbewegungen gegenüber Währungen außerhalb des EU-Raumes mehr als kompensiert. Das betraf insbesondere den japanischen Yen (-6,8%), den Dollar (-5,5%) und den kanadischen Dollar (-3%) sowie in geringerem Ausmaß auch das britische Pfund (-0,9%).

Abbildung 1: Entwicklung des nominell-effektiven Wechselkursindex für Industriewaren



Q: WIFO-Berechnungen. Gewichteter Durchschnitt der Ländergruppe laut Lohnstückkostenberechnung.

¹⁾ Ein Rückgang des nominell-effektiven Wechselkurses entspricht einer Abwertung der Referenzwährung

(Euro bzw. vor 1999 Schilling), ein Anstieg einer Aufwertung.

Trotz jährlicher Schwankungen zeigt der nominell-effektive Wechselkurs in der jüngeren Vergangenheit ein weitgehend stabiles Bild.

Trotz jährlicher Schwankungen zeigt der nominell-effektive Wechselkurs in der jüngeren Vergangenheit ein weitgehend stabiles Bild (Abbildung 1). Größere Verschiebungen waren in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre zu verzeichnen, als der nominell-effektive Wechselkurs deutlich sank. Zu Beginn der 2000er-Jahre und bis 2009 war eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten: Der

Euro wertete gegenüber dem Dollar, aber auch gegenüber den Währungen anderer relevanter Handelspartner spürbar auf, was die österreichischen Exporte in diese Länder verteuerte. Seit 2010 bewegt sich der nominell-effektive Wechselkurs in einer relativ schmalen Schwankungsbreite, ohne dass sich ein klarer Trend abzeichnen würde²⁾.

Berechnungsmethode und Datenbasis für den Lohnstückkostenvergleich

Die Lohnstückkosten in Landeswährung (*LSK*) einer Branche, eines Sektors oder der Gesamtwirtschaft sind durch das Verhältnis der nominellen Lohnsumme (*LS*) zur realen Bruttowertschöpfung (*BWS*) definiert:

$$LSK = \frac{LS}{BWS}$$

Dividiert man sowohl Lohnsumme als auch Bruttowertschöpfung durch ein Maß des Arbeitseinsatzes, so ergeben sich die beiden Komponenten der Lohnstückkosten: Arbeitskosten je Arbeitseinheit und Arbeitsproduktivität.

Eine Veränderung des Anteils der Selbständigen an den Erwerbstätigen kann durch die Darstellung der Lohnstückkosten als Quotient von Arbeitskosten je unselbständige Arbeitskraft (*AN*) und Bruttowertschöpfung gemessen an den Erwerbstätigen (*EWT*) berücksichtigt werden:

$$LSK = \frac{\frac{LS}{AN}}{\frac{BWS}{EWT}}$$

Das WIFO berechnet die Lohnstückkosten anhand dieser Formeln und mit Daten, die nach dem Erhebungskonzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelt werden. Für die Ermittlung der Lohnstückkosten in der Herstellung von Waren in Österreich wird anstelle des Personenkonzeptes (Beschäftigte und Erwerbstätige) die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse bzw. Erwerbstätigenverhältnisse verwendet.

Für internationale Vergleiche müssen die Lohnstückkosten in einer gemeinsamen Währung ausgedrückt werden, weil Wechselkursverschiebungen die Kostenposition eines Landes ebenso verändern können wie die Lohnstückkostenentwicklung. Die relative Lohnstückkostenposition eines Landes ergibt sich so als Quotient der Lohnstückkosten beider Länder, gemessen in einheitlicher Währung. Für einen Vergleich mit mehreren Ländern muss ein Gewichtungsschema herangezogen werden, da die einzelnen Märkte im Außenhandel meist unterschiedliche Bedeutung haben. Unabhängig vom methodischen Ansatz basiert ein solches Gewichtungsschema auf Daten der Außenhandelsstatistik und bildet somit die Außenhandelsverflechtung einer Volkswirtschaft ab.

Das WIFO stützt sich auf eine harmonisierte Methode, die auch die Zentralbanken des Euro-Raumes zur Messung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit nutzen. Das Gewichtungsschema besteht aus einfachen (bilateralen) Importgewichten und doppelten (multilateralen) Exportgewichten für Industriewaren (SITC 5 bis 8). 2013 wurde auf eine Neuberechnung der Gewichtung sowie eine neue Verkettung der gewichteten Länderdaten umgestellt (zur Methode siehe im Detail Mooslechner, 1995, Köhler-Töglhofer – Magerl, 2013, Köhler-Töglhofer – Url – Glauning, 2017). Durch die doppelte Exportgewichtung wird neben dem Wettbewerb mit den Handelspartnern auf den jeweils heimischen Märkten auch jener auf allen anderen Exportmärkten berücksichtigt. Die Gewichte werden für bestimmte Zeiträume ermittelt und angewandt. Der jüngsten Neuberechnung liegen die Dreijahresdurchschnitte für die Perioden 1995/1997, 1998/2000, 2001/2003, 2004/2006, 2007/2009 sowie 2010/2012 zugrunde, wobei die neuesten Gewichte für den Zeitraum seit 2010 angewandt werden. Durch dieses variable Gewichtungsschema gehen Verschiebungen der Marktanteile in die Berechnung mit ein. Die Neuberechnung soll eine möglichst korrekte Abbildung der länderspezifischen Handelsverflechtungen gewährleisten.

Die Daten zu Bruttoentgelten, Produktivität und Lohnstückkosten der Herstellung von Waren und der Gesamtwirtschaft wurden vorwiegend auf Basis von Eurostat-Daten generiert. Nur wenn die Eurostat-Datenbank keine aktuellen Werte enthielt, wurde auf Zahlen aus der AMECO-Datenbank und auf nationale Statistiken der jeweiligen Länder zurückgegriffen (das betrifft die USA, Kanada, Japan und Rumänien).

Zur Länderauswahl

Das Aggregat "EU-Handelspartner" umfasst folgende Länder: EU 28 ohne Österreich, Malta, und Zypern. Der Begriff "Alle Handelspartner" berücksichtigt das Aggregat "EU-Handelspartner" und zusätzlich Norwegen, die USA, Kanada und Japan; dieses Aggregat deckt mehr als drei Viertel aller österreichischen Warenexporte und Warenimporte ab.

3. Dynamische Arbeitskostenentwicklung, schwache Produktivitätsentwicklung

Die Entwicklung der Arbeitskosten in der Herstellung von Waren wird auf Basis der Bruttoentgelte je unselbständige Arbeitskraft in

Landeswährung beurteilt (Übersicht 1). Diese Kennzahl aus der VGR erfasst die Lohn- und

²⁾ Die Schwankungsbreite wäre naturgemäß etwas größer, wenn eine größere Zahl von Nicht-Euro-Ländern in die Betrachtung einbezogen werden könnte,

als das hier aufgrund der Dateneinschränkungen möglich ist.

Gehaltssumme einschließlich Sozialabgaben der Arbeitgeber pro Kopf.

Nominell stiegen die Bruttoentgelte pro Kopf in der österreichischen Industrie 2019 laut VGR um 3,2%. Die Arbeitskosten erhöhten sich damit in Österreich etwa gleich stark wie im Vorjahr (+3,3%). Der Anstieg war sowohl 2018 als auch 2019 stärker als im Durch-

schnitt aller Handelspartner und der EU-Handelspartner. Längerfristig entwickeln sich die Arbeitskosten in Österreich aber ähnlich wie im gewichteten Durchschnitt der Handelspartner. In den vergangenen zehn Jahren stiegen sie in Österreich um 2,7% p. a., im Durchschnitt aller Handelspartner um 2,8% und im Durchschnitt der EU-Handelspartner um 2,9% pro Jahr.

Übersicht 1: Entwicklung der Arbeitskosten pro Kopf (Beschäftigte) in der Herstellung von Waren

In Landeswährung

	Ø 2009/2014	Ø 2014/2019	Ø 2009/2019	2017	2018	2019
	Veränderung in % p. a.			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Österreich	+ 3,0	+ 2,4	+ 2,7	+ 1,3	+ 3,3	+ 3,2
Belgien	+ 3,4	+ 1,5	+ 2,4	+ 3,2	+ 1,1	+ 2,1
Dänemark	+ 2,8	+ 1,8	+ 2,3	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,0
Deutschland	+ 3,2	+ 2,2	+ 2,7	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,2
Irland	+ 3,6	+ 3,3	+ 3,5	+ 2,1	+ 7,1	+ 5,1
Griechenland	- 2,9	+ 0,4	- 1,3	+ 0,6	+ 1,7	+ 1,8
Spanien	+ 1,5	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,1
Frankreich	+ 2,7	+ 1,2	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,7	- 1,8
Italien	+ 2,6	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,3
Luxemburg	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 3,5	+ 1,0	+ 0,3
Niederlande	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,8
Portugal	+ 1,4	+ 2,3	+ 1,8	+ 2,8	+ 3,5	+ 3,3
Finnland	+ 1,9	+ 1,1	+ 1,5	- 1,2	+ 1,0	+ 1,8
Schweden	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,7	+ 1,7	+ 2,4	+ 3,5
Vereinigtes Königreich	+ 3,6	+ 1,8	+ 2,7	- 0,1	+ 3,6	+ 4,7
Bulgarien	+ 8,2	+ 9,6	+ 8,9	+11,1	+ 9,0	+11,4
Tschechien	+ 2,8	+ 5,5	+ 4,2	+ 7,6	+ 7,3	+ 5,3
Estland	+ 7,8	+ 5,2	+ 6,5	+ 8,1	+ 9,5	+ 9,9
Kroatien	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,4	+ 1,3	- 0,1	- 3,3
Lettland	+ 4,2	+ 8,7	+ 6,4	+ 8,7	+10,4	+ 8,8
Litauen	+ 6,2	+ 7,4	+ 6,8	+ 9,1	+ 3,9	+ 9,6
Ungarn	+ 4,7	+ 6,6	+ 5,6	+ 5,2	+ 6,2	+11,7
Polen	+ 5,6	+ 5,8	+ 5,7	+ 4,2	+ 8,0	+10,8
Rumänien	+ 6,6	+11,2	+ 8,8	+13,7	+ 7,6	+12,5
Slowenien	+ 3,9	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,2	+ 3,7	+ 4,0
Slowakei	+ 4,4	+ 5,7	+ 5,0	+ 7,7	+ 8,6	+ 4,6
Norwegen	+ 4,0	+ 2,5	+ 3,2	+ 1,5	+ 2,4	+ 4,4
USA	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,3	+ 3,5	+ 2,6	+ 1,7
Japan	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,5	+ 1,9
Kanada	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,4	+ 0,7	+ 3,3	+ 2,4
Alle Handelspartner ¹⁾	+ 3,0	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,9
EU-Handelspartner ²⁾	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,9	+ 3,0
Österreich						
Alle Handelspartner ¹⁾ = 100	- 0,0	- 0,2	- 0,1	- 1,3	+ 0,4	+ 0,2
EU-Handelspartner ²⁾ = 100	- 0,1	- 0,3	- 0,2	- 1,3	+ 0,4	+ 0,1
Deutschland = 100	- 0,2	+ 0,2	+ 0,0	- 0,6	+ 1,2	+ 0,9

Q: Eurostat, AMECO, nationale statistische Ämter, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Österreich, Malta, Zypern, jedoch einschließlich Norwegens, der USA, Kanadas und Japans; gewichteter Durchschnitt der Handelspartner gemäß der Berechnung der WIFO-Wechselkursindizes. – ²⁾ Ohne Österreich, Malta, Zypern; gewichteter Durchschnitt der Handelspartner gemäß der Berechnung der WIFO-Wechselkursindizes.

Längerfristig entwickeln sich die Arbeitskosten in Österreich ähnlich wie im Durchschnitt der Handelspartner.

Wie die Betrachtung in einheitlicher Währung, also nach Berücksichtigung von Wechselkurschwankungen zeigt, verteuerte sich die Arbeitsleistung in Österreich relativ zu den Vergleichsländern vor allem im Krisenjahr 2009 und dann erneut 2011 bis 2014 (Abbildung 2). 2015 gingen die relativen Arbeitskosten in Österreich wieder zurück, in den letzten vier Jahren folgten geringfügige Schwankungen. In Summe gleichen einander die gegenläufigen Entwicklungen über die Jahre weitgehend aus, das gilt auch für den längeren Zeitraum bis zurück in die späten 1990er-Jahre. Nach Berücksichtigung der Wechselkursveränderungen waren die Arbeitskosten in Österreich relativ zu den Handelspartnern 2019 etwa gleich hoch wie 1999.

Der gewichtete Durchschnitt aller Handelspartner ergibt sich aus teils sehr unterschiedlichen Arbeitskostenverläufen in den einzelnen Ländern bzw. Ländergruppen. Deutschland spielt als wichtigster Handelspartner für die Betrachtung der Arbeitskosten eine besondere Rolle. In den 2000er-Jahren und bis zum Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008 stiegen die Arbeitskosten in der deutschen Warenherstellung sehr mäßig. Obwohl auch in Österreich der lohnpolitische Spielraum nicht vollständig ausgeschöpft wurde (Leoni, 2017), erhöhten sich die Arbeitskosten in dieser Periode deutlich stärker als in Deutschland (Abbildung 2). Dieses Muster änderte sich nach Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Seither ist keine eindeutige Verschiebung der Kostenrelation zwischen den beiden Ländern festzustellen. Die aktuellsten Zahlen zeigen sowohl 2018 als auch 2019 in Österreich eine höhere Kostendynamik als in Deutschland, allerdings stiegen die Bruttoentgelte pro Kopf in den vorangegangenen Jahren in Österreich langsamer als in Deutschland.

Während sich die Arbeitskosten in Deutschland und Österreich in den 2010er-Jahren etwa gleich schnell erhöhten wie im Durchschnitt aller EU-Länder, verzeichneten andere Länder des Euro-Raumes eine geringere Steigerung. Das gilt – mit Ausnahme Irlands – insbesondere für jene Länder, die erheblich unter der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sowie der darauffolgenden Staatsschuldenkrise gelitten haben. Nach einem kräftigen Anstieg der Arbeitskosten in den 2000er-Jahren erfolgte in den 2010er-Jahren in Ländern wie Griechenland, Spanien und Portugal eine spürbare Korrektur, d. h. die Kosten stiegen nur schwach oder waren teils auch rückläufig. Auch in anderen Ländern, wie Frankreich, den Niederlanden und Finnland, war die Arbeitskostendynamik in diesem Zeitraum deutlich schwächer als im EU-Durchschnitt.

In den osteuropäischen Ländern vollzieht sich seit den 1990er-Jahren in Hinblick auf die Arbeitskosten ein Aufholprozess gegen-

über den westeuropäischen Hochlohnländern. Nach dem Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise kam dieser Aufholprozess ins Stocken, in einigen Ländern – etwa in Polen, Ungarn und Tschechien – nahmen die Arbeitskosten zunächst nur gleich schnell oder sogar langsamer zu als in den westeuropäischen Ländern. In den folgenden Jahren waren allerdings wieder Steigerungsraten deutlich über dem EU-Durchschnitt zu verzeichnen, die auf eine Fortsetzung des Aufholprozesses hindeuten. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre erhöhten sich die Arbeitskosten in den meisten Ländern um mehr als 5% pro Jahr; das trifft auch auf eine Betrachtung in einheitlicher Währung zu. In Bulgarien und Rumänien betrug die Wachstumsrate der Bruttoentgelte, nach Umrechnung in Euro, jeweils knapp 10% pro Jahr.

Die Beurteilung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit erfordert nicht nur den internationalen Vergleich der Wechselkursrelationen und der Arbeitskostenveränderung, sondern auch der Produktivitätsentwicklung. Diese wird als reale Bruttowertschöpfung pro Kopf (Erwerbstätige) gemessen.

Mit dem Nachlassen der Konjunktur entwickelte sich die Produktivität 2019 in Österreich, aber auch in der Mehrzahl der anderen hier untersuchten Länder nur sehr verhalten (Übersicht 2). Den im September veröffentlichten VGR-Zahlen zufolge verzeichnete die österreichische Warenherstellung 2019 pro Kopf einen leichten Produktivitätsrückgang (-0,6%). Im gewichteten Durchschnitt der Handelspartner verlief die Entwicklung mit -1,2% (bzw. -1,3% für die EU-Handelspartner) noch ungünstiger. Stark ins Gewicht fällt dabei der Wert für Deutschland, wo die Produktivität aufgrund des einsetzenden Konjunkturabschwunges in der Industrie um fast 4% einbrach. Andere wichtige europäische und außereuropäische Handelspartner verzeichneten ebenfalls leichte Produktivitätseinbußen, etwa Italien, Frankreich, Spanien und die USA. Robust stieg die Produktivität in den meisten ostmitteleuropäischen Ländern, aber auch in Finnland und Dänemark.

In Relation zum gewichteten Durchschnitt der Handelspartner verbesserte sich der Produktivitätsindex der österreichischen Industrie 2019 geringfügig (+0,6 Prozentpunkte zu allen Handelspartnern, +0,8 Prozentpunkte zu den EU-Handelspartnern). Der Vergleich mit den Handelspartnern fällt für Österreich aber auch mittelfristig positiv aus: In den vergangenen fünf Jahren erhöhte sich die Produktivität in Österreich pro Jahr durchschnittlich um etwa ½ Prozentpunkt stärker als im Durchschnitt der Handelspartner. Neben Deutschland, wo die Entwicklung vor allem 2018 und 2019 negativ verlief, verzeichneten in dieser Periode u. a. die USA, das Vereinigte Königreich und Spanien eine sehr schwache Produktivitätsentwicklung.

Die Produktivität sank 2019 in Österreich leicht, in Deutschland empfindlich.

Längerfristig gleichen einander diese Unterschiede allerdings wieder stärker aus. Die Produktivität entwickelte sich in den Jahren 2009/2019 in Österreich mit einer durch-

schnittlichen Wachstumsrate von 2,7% pro Jahr ähnlich wie in Deutschland (+2,8%) sowie im Durchschnitt aller Handelspartner (+2,6%) und der EU-Handelspartner (+2,8%).

Übersicht 2: Entwicklung der Produktivität pro Kopf (Beschäftigte) in der Herstellung von Waren

In Landeswährung

	Ø 2009/2014 Ø 2014/2019 Ø 2009/2019			2017	2018	2019
	Veränderung in % p. a.					
Österreich	+ 3,7	+ 1,7	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,6	- 0,6
Belgien	+ 3,7	+ 0,6	+ 2,1	+ 2,1	- 1,6	- 1,0
Dänemark	+ 6,3	+ 2,5	+ 4,4	+ 1,4	+ 3,6	+ 4,5
Deutschland	+ 5,3	+ 0,4	+ 2,8	+ 2,6	- 0,9	- 3,9
Irland	+ 5,6	+14,4	+ 9,9	+ 2,3	+12,9	+ 1,2
Griechenland	+ 1,2	- 0,1	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,8	- 4,3
Spanien	+ 3,5	+ 0,1	+ 1,8	+ 1,5	- 0,9	- 1,2
Frankreich	+ 3,1	+ 1,2	+ 2,2	+ 2,6	- 0,1	- 0,4
Italien	+ 3,4	+ 1,8	+ 2,6	+ 2,8	+ 1,2	- 0,8
Luxemburg	+ 1,6	+ 5,0	+ 3,3	- 1,8	- 2,2	+ 0,5
Niederlande	+ 3,4	+ 1,6	+ 2,5	+ 5,3	+ 1,9	- 1,4
Portugal	+ 3,1	- 0,1	+ 1,5	+ 2,3	- 1,6	- 1,4
Finnland	+ 1,1	+ 3,4	+ 2,3	+ 8,8	- 4,2	+ 5,0
Schweden	+ 3,9	+ 2,4	+ 3,2	+ 1,4	- 0,2	+ 1,1
Vereinigtes Königreich	+ 1,9	- 0,3	+ 0,8	+ 0,7	- 1,0	- 0,6
Bulgarien	+ 4,6	+ 4,6	+ 4,6	+ 4,7	+ 0,6	+10,1
Tschechien	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,5	+ 7,0	+ 1,2	+ 4,3
Estland	+ 8,5	+ 2,8	+ 5,6	+ 0,3	+10,1	+ 3,6
Kroatien	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,5	- 4,3	- 4,4
Lettland	+ 3,7	+ 2,9	+ 3,3	+ 6,9	+ 1,7	+ 1,5
Litauen	+ 7,5	+ 1,9	+ 4,7	+ 6,3	- 1,4	+ 4,2
Ungarn	+ 3,0	+ 1,2	+ 2,1	+ 0,0	- 3,2	+ 4,5
Polen	+ 5,9	+ 2,6	+ 4,2	- 2,0	+ 4,7	+ 7,7
Rumänien	+ 2,1	+ 3,7	+ 2,9	+ 4,2	+ 2,1	+ 1,3
Slowenien	+ 4,1	+ 1,5	+ 2,8	+ 4,7	- 1,0	+ 1,0
Slowakei	+ 9,8	+ 2,5	+ 6,1	- 2,2	+ 9,8	+ 0,9
Norwegen	+ 2,9	+ 0,3	+ 1,6	+ 2,2	- 0,5	+ 1,4
USA	+ 1,5	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,6	+ 2,2	- 0,3
Japan	+ 4,7	+ 1,8	+ 3,3	+ 3,0	+ 0,4	+ 1,8
Kanada	+ 2,8	+ 0,8	+ 1,8	+ 0,9	+ 2,3	- 2,1
Alle Handelspartner ¹⁾	+ 4,1	+ 1,1	+ 2,6	+ 2,5	+ 0,2	- 1,2
EU-Handelspartner ²⁾	+ 4,4	+ 1,2	+ 2,8	+ 2,5	+ 0,1	- 1,3
Österreich						
Alle Handelspartner ¹⁾ = 100	- 0,4	+ 0,6	+ 0,1	- 0,1	+ 2,3	+ 0,6
EU-Handelspartner ²⁾ = 100	- 0,6	+ 0,5	- 0,1	- 0,2	+ 2,5	+ 0,8
Deutschland = 100	- 1,5	+ 1,3	- 0,1	- 0,2	+ 3,5	+ 3,5

Q: Eurostat, AMECO, nationale statistische Ämter, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Österreich, Malta, Zypern, jedoch einschließlich Norwegens, der USA, Kanadas und Japans; gewichteter Durchschnitt der Handelspartner gemäß der Berechnung der WIFO-Wechselkursindizes. – ²⁾ Ohne Österreich, Malta, Zypern; gewichteter Durchschnitt der Handelspartner gemäß der Berechnung der WIFO-Wechselkursindizes.

4. Leichte Verbesserung der Lohnstückkostenposition in der Warenherstellung

Aus der Veränderung der Arbeitskosten (Bruttoentgelte pro Kopf) und der Produktivität (Bruttowertschöpfung pro Kopf) ergibt sich die Entwicklung der Lohnstückkosten (Arbeitskosten je Produktionseinheit). Für 2017 und 2018 zeigen die revidierten VGR-

Werte zunächst einen Rückgang und dann einen leichten Anstieg (-1,0% und +0,7%), d. h. nur geringe Änderungen der Lohnkosten je Produktionseinheit (Übersicht 3). 2019 erhöhten sich die Lohnstückkosten spürbar (+3,8%), vor allem wegen der angesproche-

nen schwachen Produktivitätsentwicklung. Im mittelfristigen Durchschnitt der Jahre 2014 bis 2019 ergab sich eine jährliche Steigerung um 0,7%, im längerfristigen Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2019 blieb das Niveau unverändert.

Die Analyse der Lohnstückkosten als Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ist erst im internationalen Vergleich aussagekräftig. Übersicht 3 gibt einen detaillierten Überblick über die Lohnstückkostendynamik der einzelnen Handelspartner und die Entwicklung der österreichischen Lohnstückkostenposition, d. h. des mit den Lohnstückkosten deflationierten real-effektiven Wechselkurses im Verhältnis zu den Handelspartnern. Demnach verbesserte sich die österreichische Lohnstückkostenposition 2019 mit einem Rückgang um 0,7% gegenüber dem gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner. Diese günstige Entwicklung wurde maßgeblich durch die Verbesserung gegenüber Deutschland (-2,5%) geprägt sowie durch den starken Anstieg der Lohnstückkosten in Ländern wie dem Vereinigten Königreich, den USA und Japan. In der Mehrheit der (anderen) EU-Länder entwickelten sich die Lohnstückkosten dagegen günstiger oder weniger ungünstig als in Österreich, weshalb die Lohnstückkostenposition Österreichs gegenüber den EU-Handelspartnern nahezu unverändert blieb.

Die relative Lohnstückkostenposition verbesserte sich in den letzten Jahren spürbar, längerfristig blieb sie stabil.

In den vergangenen zehn Jahren (2009/2019) veränderte sich die österreichische Lohnstückkostenposition zum Durchschnitt der EU-Handelspartner und auch zu Deutschland kaum. Gegenüber dem gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner war eine leichte Verbesserung zu verzeichnen, mit einem durchschnittlichen Rückgang um 0,2% pro Jahr. Eine Gliederung nach Teilperioden zeigt ein sehr differenziertes Muster mit einer Verschlechterung 2009/2014 und einer Verbesserung 2014/2019.

In den ostmitteleuropäischen EU-Ländern stiegen die Arbeitskosten in den letzten Jahren dynamischer als die Produktivität.

In der graphischen Darstellung werden Trendwenden und langfristige Veränderungen deutlicher (Abbildung 2). Demnach verbesserte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Warenherstellung gegenüber dem Durchschnitt aller Handelspartner in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre erheblich. Nach einer gegenläufigen Entwicklung in den frühen 2000er-Jahren war bis zum Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008 aus österreichischer Sicht erneut eine Verbesserung zu verzeichnen. Die Wirtschaftskrise löste eine weitere Trendwende aus, mit einer Verschlechterung der

³⁾ Diese Veränderungen dürften sich auch im sprunghaften Anstieg der Produktivität 2018 spiegeln. Die neuen VGR-Bestimmungen sehen vor, die Einkünfte aus intellektuellen Eigentumsrechten, die in Irland gehalten werden, dem irischen BIP zuzurechnen (OECD, 2016). Dies betrifft vor allem die Herstellung von Waren, spiegelt dadurch die wirtschaftliche Aktivität in

relativen Lohnstückkostenposition der österreichischen Industrie 2009/10 und einer schwankenden, aber weitgehend stabilen Entwicklung bis 2014. Die Entwicklung seit 2014 kann als anhaltende Verbesserung der österreichischen Lohnstückkostenposition interpretiert werden. Auch im Vergleich mit Deutschland ist seit 2011 tendenziell eine Verbesserung der österreichischen Lohnstückkostenposition zu beobachten.

Die Gegenüberstellung der Zeitreihen der relativen Lohnstückkosten und der relativen Arbeitskosten (Bruttoentgelte pro Kopf) zeigt implizit auch, wie sich die Produktivität in Österreich im Vergleich mit den Handelspartnern entwickelte. Wenn die Lohnstückkosten stärker zurückgingen als die relativen Bruttoentgelte, entwickelte sich die Produktivität in Österreich besser als in den anderen Ländern. Ein paralleler Verlauf der beiden Zeitreihen signalisiert einen gleichmäßigen Produktivitätsfortschritt, ein stärkerer Rückgang der Bruttoentgelte als der relativen Lohnstückkosten eine Verschlechterung der Produktivität in Österreich relativ zu den Handelspartnern. Vor allem die günstigere Produktivitätsentwicklung in Österreich war für die Verbesserung der Lohnstückkostenposition der jüngsten Zeit bestimmend.

Die aktuelle Entwicklung ist allerdings mit Vorsicht zu interpretieren, da die VGR-Daten sowohl für Österreich als auch für die anderen Länder noch erheblichen Revisionen unterliegen können. Kumuliert gingen die Lohnstückkosten in Österreich relativ zum Durchschnitt aller Handelspartner seit 2014 um etwa 4%, relativ zu Deutschland seit 2011 um etwas mehr als 7% zurück. Diese Verschiebungen müssen jedoch im Kontext früherer Schwankungen relativiert werden. Besonders die Lohnstückkostenposition gegenüber Deutschland ist seit Jahrzehnten bemerkenswert stabil, wenn man die "Anomalie" der Jahre rund um die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 ausklammert.

In den einzelnen Ländern entwickelten sich die Lohnstückkosten durchwegs heterogen: In jenen Ländern, die am stärksten von der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise bzw. der anschließenden Staatsschuldenkrise im Euro-Raum betroffen waren, war in den letzten Jahren ein Abbau der Ungleichgewichtspositionen in der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zu beobachten. Abgesehen von Irland, wo eine Korrektur der VGR 2015 einen überhöhten Produktivitätsanstieg zur Folge hatte³⁾, verzeichnete Griechenland unter den Euro-Ländern seit der Krise den stärksten Rückgang der Lohnstückkosten. Auch in

Irland korrekter wider, verzerrt aber die Einschätzung der Lohnstückkosten. Die Lohnstückkostenentwicklung in der Sachgütererzeugung kann intellektuelle Eigentumsrechte nur dann vollständig abbilden, wenn Land der Produktion und Land der Allokation dieser Eigentumsrechte übereinstimmen. In weltweiten Wertschöpfungsketten können diese jedoch unterschiedlich sein.

Spanien und Italien entwickelten sich die Lohnstückkosten günstiger als in Österreich, während sie in Portugal, nach einer deutlichen Korrektur unmittelbar nach der Krise, zuletzt stärker stiegen. Neben diesen Ländern an der Peripherie der Währungsunion verzeichneten auch einige andere EU- und Nicht-EU-Länder wie Schweden, Finnland, Dänemark, die Niederlande und Japan in

den vergangenen Jahren eine merkliche Verringerung der Lohnstückkosten. In den ostmitteleuropäischen EU-Ländern beschleunigte sich die Lohnstückkostendynamik dagegen in den vergangenen Jahren fast ausnahmslos erheblich, weil die Produktivität trotz robuster Wachstumsraten nicht mit der Arbeitskostendynamik Schritt hielt.

5. Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten im internationalen Vergleich

Die Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft wird neben den Lohnstückkosten der Warenerzeugung auch von jenen der Gesamtwirtschaft bestimmt: Soweit Dienstleistungen und nicht handelbare Güter als Vorleistungen wichtig sind, hat ihre Kostenentwicklung Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit der am Außenhandel beteiligten Sektoren (*Deutsche Bundesbank, 1998*).

In Österreich nahmen die Arbeitskosten je Produktionseinheit über alle Sektoren im Jahr 2019 um 2,6% zu, um 0,8 Prozentpunkte schwächer als in Deutschland und als im gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner. Gegenüber den EU-Handelspartnern war ein Rückgang um 0,3% zu verzeichnen. Damit verbesserte sich die Lohnstückkostenposition der österreichischen Volkswirtschaft im internationalen Vergleich nach 2017 und 2018 zum dritten Mal in Folge. Langfristig (2009/2019) wuchsen die Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft in Österreich allerdings

um 0,3 Prozentpunkte p. a. schneller als im Durchschnitt der Handelspartner der EU und etwa gleich schnell wie in Deutschland. So wie im Fall der Warenherstellung war auch auf gesamtwirtschaftlicher Ebene bis 2014 eine ungünstigere Entwicklung zu beobachten, seit 2014 verbesserte sich die österreichische Lohnstückkostenposition aber im internationalen Vergleich. Das gilt gleichermaßen für den Vergleich mit Deutschland und mit dem Durchschnitt der Handelspartner.

Die Lohnstückkosten stiegen zwar 2019 in der Gesamtwirtschaft weniger stark als in der Warenherstellung. Längerfristig war aber sowohl in Österreich als auch bei den Handelspartnern die Dynamik der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten deutlich stärker als jene in der Warenproduktion. Dies entspricht den Erwartungen, da in der Herstellung von Waren das größte Potential zur Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Mechanisierung und Automatisierung besteht.

Die Lohnstückkosten erhöhten sich 2019 in der Gesamtwirtschaft schwächer als in der Warenherstellung.

6. Zusammenfassung

Die verfügbaren Daten zeigen für 2019 eine Verbesserung der relativen Lohnstückkostenposition der österreichischen Warenherstellung. Die Arbeitskosten erhöhten sich etwas stärker als im Durchschnitt der Handelspartner (+3,2% gegenüber +2,9%). Nach zwei Jahren mit robusten Produktivitätssteigerungen ging die Wertschöpfung pro Kopf (gemessen an der Beschäftigtenzahl) 2019 leicht zurück (-0,6%), allerdings verzeichneten Deutschland und auch andere wichtige Handelspartner deutlich größere Produktivitätseinbußen (durchschnittlich -1,2%). Der nominell-effektive Wechselkurs erhöhte sich um ½ Prozentpunkt, weil der Euro gegenüber dem Dollar und anderen außereuropäischen Währungen abwertete.

Zusammen bewirkten diese Entwicklungen, trotz eines Anstieges der Lohnstückkosten in der österreichischen Warenherstellung um 3,8%, eine Verbesserung relativ zum gewichteten Durchschnitt der Handelspartner um 0,7%. Gegenüber Deutschland, wo die Lohnstückkosten aufgrund der schlechten Auftragslage der Industrie um mehr als 6% anzuwachsen, gingen die Lohnstückkosten in Österreich um 2,5% zurück. Diese Entwicklung

beruhte auf der Abflachung der Sachgüter- und Exportkonjunktur im Jahresverlauf, die 2019 neben der internationalen Konjunkturabkühlung auch durch internationale Handelskonflikte geprägt war (*Friesenbichler et al., 2020*). Aufgrund der Wechselkursveränderung zeigen die verfügbaren Daten für 2019 eine etwas stärkere Verbesserung der lohnbezogenen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber allen Handelspartnern als gegenüber den EU-Handelspartnern.

In einer längerfristigen Betrachtung werden unterschiedliche Phasen der Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exportwirtschaft deutlich: Zwischen 2004 und 2008 verbesserte sich die relative Lohnstückkostenposition der österreichischen Warenherstellung, 2009 bis 2014 war der Verlauf leicht negativ. Seither ist eine merkliche Verbesserung zu verzeichnen. Das gilt für den Vergleich mit allen Handelspartnern und den EU-Handelspartnern. Auch gegenüber Deutschland zeigen die Daten für die jüngere Vergangenheit und insbesondere für den Zeitraum 2017 bis 2019 eine Verbesserung der österreichischen Lohnstückkostenposition.

Übersicht 3: Entwicklung der Lohnstückkosten pro Kopf (Beschäftigte) in der Herstellung von Waren und in der Gesamtwirtschaft

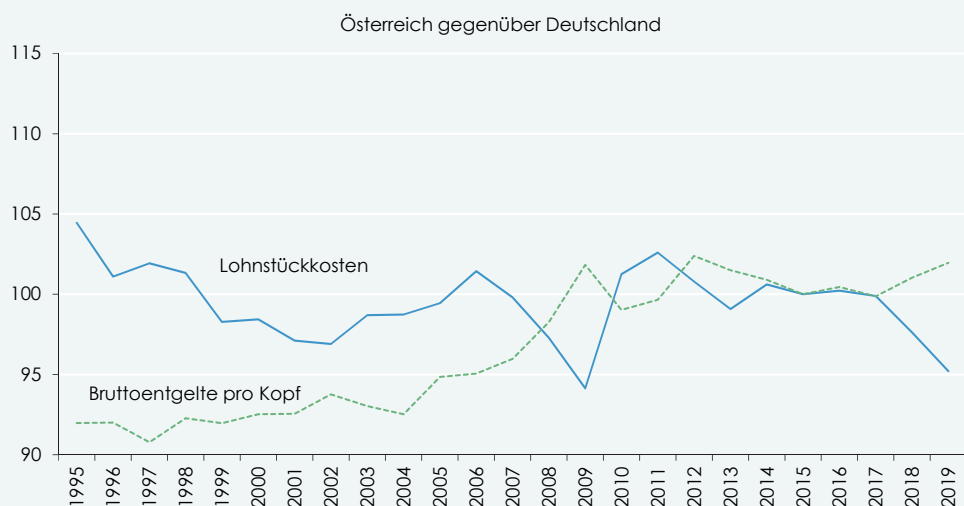
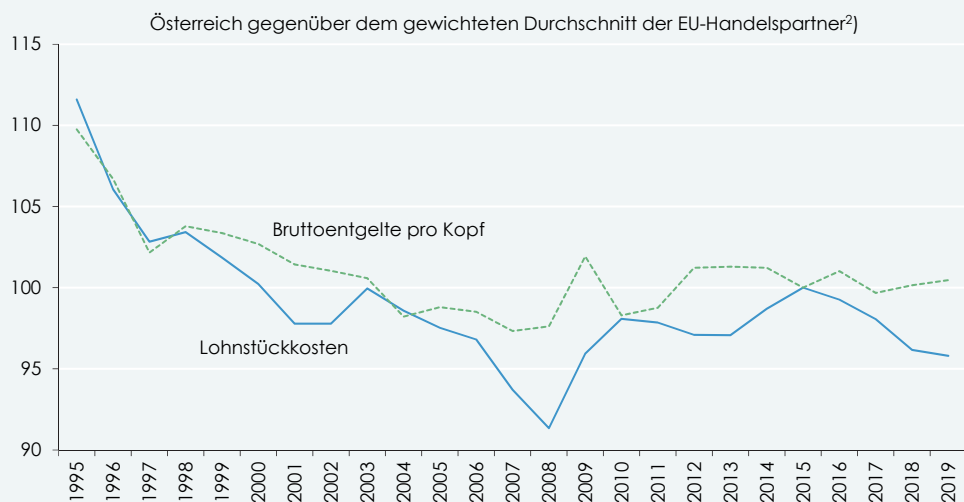
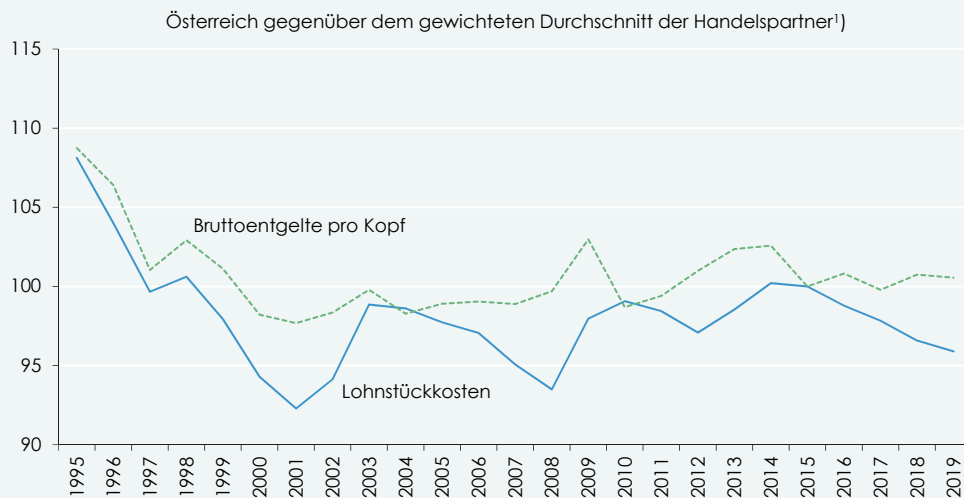
In €

	Ø 2009/2014	Ø 2014/2019	Ø 2009/2019	2017	2018	2019
	Veränderung in % p. a.			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Herstellung von Waren						
Österreich	- 0,7	+ 0,7	+ 0,0	- 1,0	+ 0,7	+ 3,8
Belgien	- 0,3	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,1	+ 2,8	+ 3,2
Dänemark	- 3,3	- 0,7	- 2,0	+ 0,6	- 2,1	- 3,5
Deutschland	- 2,0	+ 1,8	- 0,1	- 0,7	+ 3,0	+ 6,4
Irland	- 1,8	- 9,7	- 5,9	- 0,2	- 5,1	+ 3,8
Griechenland	- 4,1	+ 0,5	- 1,8	+ 0,4	- 0,1	+ 6,4
Spanien	- 1,9	+ 0,4	- 0,8	- 0,2	+ 1,8	+ 2,3
Frankreich	- 0,3	- 0,0	- 0,2	- 0,3	+ 1,8	- 1,4
Italien	- 0,8	- 0,0	- 0,4	- 1,0	+ 0,2	+ 2,1
Luxemburg	- 0,3	- 3,6	- 2,0	+ 5,3	+ 3,2	- 0,2
Niederlande	- 1,4	+ 0,1	- 0,7	- 3,2	+ 0,1	+ 4,2
Portugal	- 1,7	+ 2,4	+ 0,3	+ 0,5	+ 5,2	+ 4,8
Finnland	+ 0,7	- 2,2	- 0,7	- 9,2	+ 5,4	- 3,1
Schweden	+ 1,8	- 2,5	- 0,4	- 1,5	- 3,7	- 0,8
Vereinigtes Königreich	+ 3,7	+ 0,3	+ 2,0	- 7,3	+ 3,7	+ 6,1
Bulgarien	+ 3,4	+ 4,7	+ 4,1	+ 6,1	+ 8,4	+ 1,2
Tschechien	- 1,4	+ 3,2	+ 0,9	+ 3,3	+ 8,9	+ 0,9
Estland	- 0,7	+ 2,4	+ 0,8	+ 7,8	- 0,6	+ 6,1
Kroatien	- 0,7	+ 0,4	- 0,1	+ 1,8	+ 5,0	+ 1,1
Lettland	+ 0,6	+ 5,7	+ 3,1	+ 1,8	+ 8,6	+ 7,1
Litauen	- 1,2	+ 5,4	+ 2,0	+ 2,7	+ 5,4	+ 5,2
Ungarn	- 0,3	+ 4,3	+ 2,0	+ 6,0	+ 6,4	+ 4,8
Polen	+ 0,5	+ 2,6	+ 1,5	+ 8,9	+ 3,1	+ 2,0
Rumänien	+ 3,4	+ 5,8	+ 4,6	+ 7,2	+ 3,4	+ 8,9
Slowenien	- 0,1	+ 1,7	+ 0,8	- 1,4	+ 4,7	+ 3,0
Slowakei	- 4,9	+ 3,1	- 1,0	+10,0	- 1,1	+ 3,7
Norwegen	+ 2,0	- 1,2	+ 0,4	- 1,1	+ 0,0	+ 0,3
USA	+ 2,0	+ 5,1	+ 3,5	- 0,2	- 4,0	+ 7,6
Japan	- 4,5	+ 2,6	- 1,0	- 6,4	- 0,9	+ 7,0
Kanada	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,2	- 0,0	- 3,4	+ 7,7
Alle Handelspartner ¹⁾	- 1,1	+ 1,6	+ 0,2	- 0,1	+ 2,0	+ 4,5
EU-Handelspartner ²⁾	- 1,2	+ 1,3	+ 0,0	+ 0,2	+ 2,7	+ 4,2
Österreich						
Alle Handelspartner ¹⁾ = 100	+ 0,5	- 0,9	- 0,2	- 1,0	- 1,3	- 0,7
EU-Handelspartner ²⁾ = 100	+ 0,6	- 0,6	- 0,0	- 1,2	- 1,9	- 0,4
Deutschland = 100	+ 1,3	- 1,1	+ 0,1	- 0,3	- 2,3	- 2,5
Gesamtwirtschaft						
Österreich	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,7	+ 0,9	+ 2,0	+ 2,6
Alle Handelspartner ¹⁾	+ 1,0	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,3	+ 2,2	+ 3,4
EU-Handelspartner ²⁾	+ 1,0	+ 1,9	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,8	+ 2,9
Österreich						
Alle Handelspartner ¹⁾ = 100	+ 0,6	- 0,4	+ 0,1	- 0,4	- 0,2	- 0,8
EU-Handelspartner ²⁾ = 100	+ 0,7	- 0,1	+ 0,3	- 0,7	- 0,7	- 0,3
Deutschland = 100	+ 0,4	- 0,5	- 0,0	- 0,5	- 0,9	- 0,8

Q: Eurostat, AMECO, nationale statistische Ämter, WIFO-Berechnungen. Lohnstückkosten: Quotient aus Bruttoentgelten pro Kopf (unselbständig Beschäftigte) und realer Bruttowertschöpfung bzw. BIP real pro Kopf (Erwerbstätige). - ¹⁾ Ohne Österreich, Malta, Zypern, jedoch einschließlich Norwegens, der USA, Kanadas und Japans; gewichteter Durchschnitt der Handelspartner gemäß der Berechnung der WIFO-Wechselkursindizes. - ²⁾ Ohne Österreich, Malta, Zypern; gewichteter Durchschnitt der Handelspartner gemäß der Berechnung der WIFO-Wechselkursindizes.

Abbildung 2: **Entwicklung der relativen Lohn- und Lohnstückkosten in der Herstellung von Waren**

In €, 2015 = 100



Q: Eurostat, AMECO, nationale statistische Ämter, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Österreich, Malta, Zypern, jedoch einschließlich Norwegens, der USA, Kanadas und Japans. – ²⁾ Ohne Österreich, Malta, Zypern.

Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten erhöhten sich 2019 um 2,6%, um fast 1 Prozentpunkt weniger als im Durchschnitt aller Handelspartner und um 0,3 Prozentpunkte weniger als im Durchschnitt der EU-Handels-

partner. Auch im Vergleich mit Deutschland war 2019, wie bereits 2017 und 2018, eine Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten zu verzeichnen.

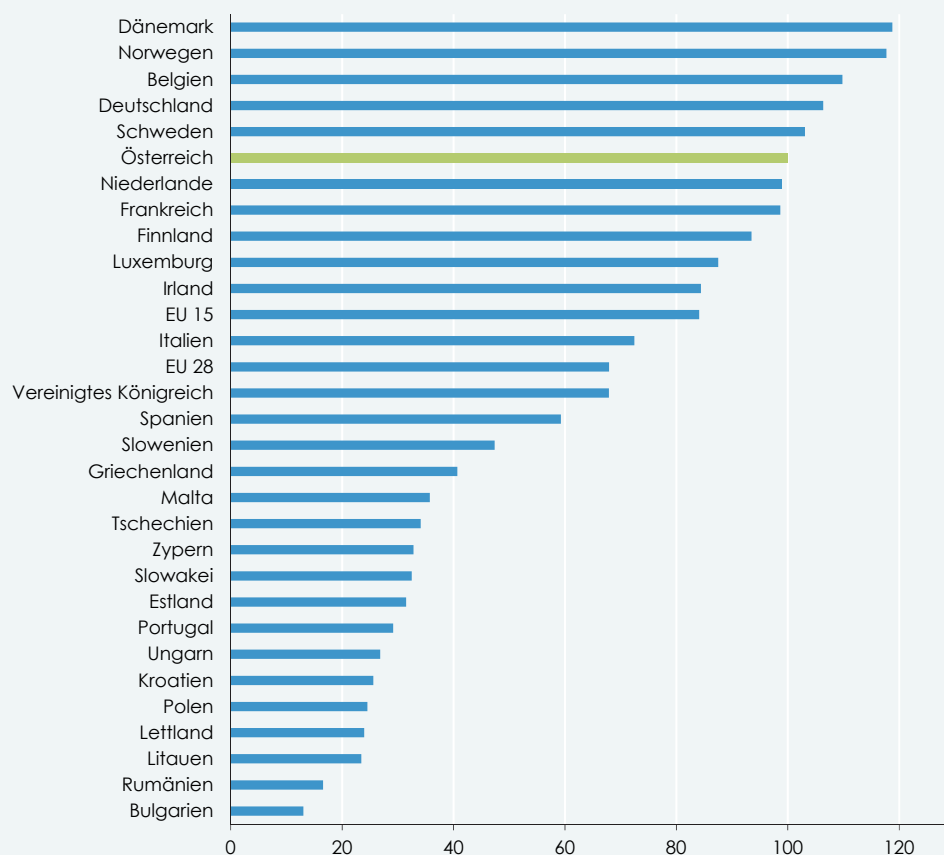
7. Anhang: Arbeitskosten je Stunde in der Herstellung von Waren

Während für die Berechnung von aktuellen, international vergleichbaren Lohnstückkosten in der Herstellung von Waren nur Daten zu den Arbeitskosten je Arbeitskraft verfügbar sind, können im vorliegenden Bericht für die europäischen Länder Arbeitskosten je Beschäftigtenstunde vorgelegt werden. Sie

basieren auf der Arbeitskostenerhebung, die in den EU-Ländern alle vier Jahre durchgeführt wird. Die jährliche Entwicklung zwischen zwei Erhebungen wird anhand eines Arbeitskostenindex fortgeschrieben. Die hier veröffentlichten Ergebnisse beruhen auf der 2018 veröffentlichten Erhebung 2016.

Abbildung 3: **Arbeitskosten in der Herstellung von Waren im internationalen Vergleich**

Arbeitskosten je Stunde in €, 2019, Österreich = 100



Q: Eurostat, Arbeitskostenerhebung 2016, Arbeitskostenindex, WIFO-Berechnungen. Ohne Lehrlinge. Norwegen: 2019 anhand der Veränderungsdaten aus Arbeitskosten einschließlich Lehrlinge fortgeschrieben.

Anders als die Arbeitskostenerhebung wird der Arbeitskostenindex nicht in allen Ländern nach derselben Methode ermittelt. Dies beeinträchtigt die internationale Vergleichbarkeit etwas. Aufgrund dieser methodischen Einschränkungen sind die Werte des Arbeitskostenindex mit Vorsicht zu interpretieren. Für Österreich basiert der Index auf Daten der Konjunkturerhebung. Diese Daten können zum Teil spürbar von den VGR-Werten zur

Entwicklung der Bruttoentgelte abweichen, die den Lohnstückkostenberechnungen zugrunde liegen, auch weil die Arbeitskosten, anders als die VGR-Bruttoentgelte, zusätzlich zu den Sozialversicherungsbeiträgen lohnabhängige Steuern der Arbeitgeber einschließen.

Übersicht 4 gibt die auf Basis des Arbeitskostenindex ermittelten Arbeitskosten je Stunde

für die Periode 2014/2019 wieder. 2019 kostete die Arbeitsstunde in Österreichs Warenherstellung 39,6 €. Österreich nahm damit im europäischen Vergleich so wie im Vorjahr den 6. Rang ein. 2014/2019 erhöhten sich die Arbeitskosten je Stunde in Österreich mit

durchschnittlich +2,5% etwas stärker als im Durchschnitt der EU-Länder (+2,3% p. a.) und in Deutschland (+2,2% p. a.). Gegenüber dem Vorjahr betrug der Anstieg 2019 in Österreich 3,2%, im EU-Durchschnitt 2,8% und in Deutschland 2,1%.

Übersicht 4: Arbeitskosten je Stunde in der Herstellung von Waren

	2015	2016	2017 In €	2018	2019	Ø 2014/2019 Veränderung in %
Bulgarien	3,5	3,8	4,3	4,7	5,2	+ 10,3
Rumänien	4,4	4,8	5,4	5,9	6,6	+ 9,5
Litauen	6,7	7,3	8,1	8,8	9,3	+ 8,2
Lettland	6,8	7,2	7,8	8,8	9,5	+ 8,8
Polen	7,8	7,8	8,5	9,2	9,7	+ 5,3
Ungarn	8,0	8,4	9,2	9,8	10,6	+ 6,6
Kroatien	9,1	8,4	8,9	9,8	10,1	+ 2,6
Portugal	10,5	10,8	11,1	11,4	11,6	+ 2,7
Estland	9,8	10,3	11,0	11,7	12,5	+ 6,2
Slowakei	9,9	10,3	11,1	12,1	12,9	+ 6,1
Zypern	11,8	11,8	11,8	12,2	13,0	+ 1,7
Tschechien	9,7	10,2	11,4	12,7	13,5	+ 7,9
Malta	13,3	13,0	13,6	13,7	14,2	+ 2,4
Griechenland	15,3	15,1	15,2	15,5	16,1	+ 0,8
Slowenien	15,8	16,3	17,4	18,1	18,8	+ 3,6
Spanien	22,5	22,6	22,8	23,0	23,5	+ 0,7
EU 28	24,4	24,9	25,5	26,2	26,9	+ 2,3
Vereinigtes Königreich	29,7	26,9	25,8	26,4	26,9	+ 0,7
Italien	27,6	27,4	27,4	27,8	28,7	+ 0,7
Irland	30,6	31,3	31,6	32,3	33,4	+ 1,5
EU 15	30,8	31,3	31,9	32,6	33,3	+ 1,9
Luxemburg	32,9	32,8	33,7	34,1	34,7	+ 1,0
Finnland	36,9	37,1	36,4	36,8	37,0	+ 0,5
Frankreich	36,4	36,8	37,4	38,2	39,1	+ 1,7
Niederlande	35,9	36,4	37,3	38,3	39,2	+ 1,8
Österreich	35,7	36,5	37,1	38,4	39,6	+ 2,5
Schweden	41,4	42,3	42,0	40,7	40,8	- 0,3
Deutschland	38,5	39,3	40,4	41,3	42,1	+ 2,2
Belgien	41,3	41,4	41,9	42,6	43,5	+ 1,1
Dänemark	42,7	43,9	44,6	45,6	47,0	+ 2,3
Norwegen	48,3	47,5	48,0	47,7	46,6	- 1,8

Q: Eurostat, Arbeitskostenerhebung 2016, Arbeitskostenindex, WIFO-Berechnungen. Ohne Lehrlinge. Norwegen: 2019 anhand der Veränderungsdaten aus Arbeitskosten einschließlich Lehrlinge fortgeschrieben.

8. Literaturhinweise

Carlin, W., Glyn, A. J., van Reenen, J. M., "Export Market Performance of OECD Countries: An Empirical Examination of the Role of Cost Competitiveness", *Economic Journal*, 2001, 111(468), S. 128-162.

Deutsche Bundesbank, "Zur Indikatorenqualität unterschiedlicher Konzepte des realen Außenwerts der D-Mark", *Monatsbericht*, 1998, (11), S. 41-55.

Dosi, G., Grazzi, M., Moschella, D., "Technology and Costs in International Competitiveness: From Countries and Sectors to Firms", *Research Policy*, 2015, 44(10), S. 1795-1814.

Friesenbichler, K. S., Hölzl, W., Peneder, M., Wolfmayr, Y., "Unsicherheit durch internationale Handelskonflikte – Industriekonjunktur flaut ab. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2019", *WIFO-Monatsberichte*, 2020, 93(5), S. 377-392, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66022>.

Hölzl, W., Leoni, Th., "Verbesserung der internationalen Lohnstückkostenposition Österreichs 2017", *WIFO-Monatsberichte*, 2018, 91(10), S. 733-744, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61433>.

Köhler-Töglhofer, W., Magerl, Ch., "Neuberechnung der Indikatoren der preislichen und kostenmäßigen Wettbewerbsfähigkeit", *WIFO-Monatsberichte*, 2013, 86(9), S. 753-768, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/46946>.

Köhler-Töglhofer, W., Url, Th., Glauning, U., "Revised competitiveness indicators for Austria reflect a comparatively stable competitiveness development of the Austrian economy over the longer horizon", *Monetary Policy & the Economy*, 2017, (Q2), S. 73-110.

Leoni, Th., Entwicklung und Struktur der Arbeitskosten und der Lohnstückkosten 2000 bis 2015. Ein kommentierter Datenüberblick, WIFO, Wien, 2017, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/60586>.

Mooslechner, P., "Abnehmende Inflationsdifferenz verstärkt real-effektive Schillingaufwertung. Neuberechnung der WIFO-Wechselkursindizes", WIFO-Monatsberichte, 1995, 68(9), S. 580-592, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/206>.

OECD, Irish GDP up by 26.3% in 2015?, Paris, 2016, <http://www.oecd.org/sdd/na/Irish-GDP-up-in-2015-OECD.pdf>.

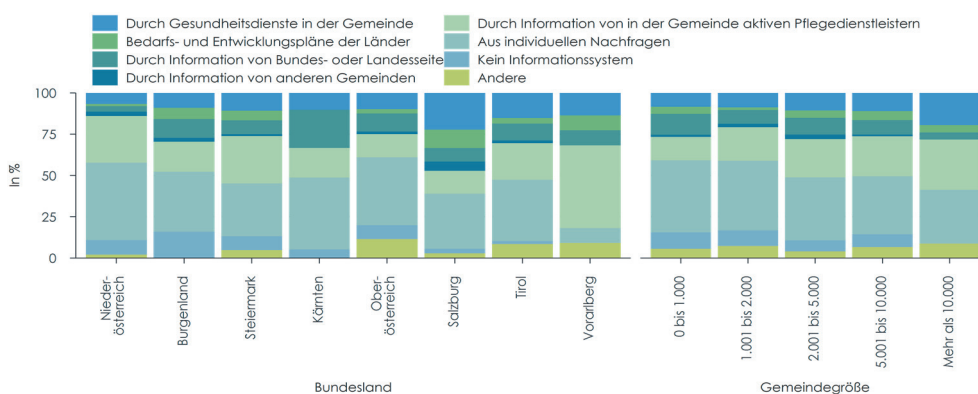
Pflegevorsorge in den Gemeinden

Ulrike Famira-Mühlberger

- Wie eine repräsentative Befragung zeigt, erhebt die überwiegende Mehrheit der österreichischen Gemeinden keine systematischen Informationen zur künftigen Nachfrage nach Pflege.
- Ein optimales Informationssystem würde nach Angabe der meisten Gemeinden eine regionale Pflegeinformationsstelle mit Monitoringfunktion bzw. die Etablierung von regionalen Bedarfs- und Entwicklungsplänen umfassen.
- Die Bedarfs- und Entwicklungspläne der Bundesländer spielen für Gemeinden eine untergeordnete Rolle, da die Gemeinden offenbar zu wenig in die Erstellung dieser Pläne eingebunden sind.
- Die gegenwärtige Leistungsfähigkeit von informeller Betreuung wird in den Gemeinden der westlichen Bundesländer und im Burgenland als meist bzw. eher ausreichend eingeschätzt, die künftige Leistungsfähigkeit als wesentlich niedriger.
- Der Ausbau von betreutem oder betreubarem Wohnen und mobilen Diensten wird von den Gemeinden als etwas wichtiger eingeschätzt als der Ausbau von (teil-)stationären Diensten – mit deutlichen Unterschieden zwischen den Bundesländern.
- Die wichtigsten Herausforderungen im Bereich der Pflegevorsorge sehen die Gemeinden vor allem in der Finanzierung des Pflegesystems sowie darin, ausreichend Personal zu finden.

Informationsbezug über gegenwärtige Nachfrage nach Pflegedienstleistungen

In % der Gemeinden



Gemeinden beziehen ihre Informationen zur gegenwärtigen Nachfrage nach Pflegedienstleistungen über unterschiedliche Kanäle. In fast allen Bundesländern ist die Quelle hauptsächlich die individuelle Nachfrage durch die Betroffenen. Eine weitere wichtige Informationsquelle – wenn auch von geringerer Bedeutung – sind die in den Gemeinden aktiven Pflegedienstleister (Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Zahl der gültigen Antworten: 625; keine Mehrfachnennungen).

"Die Gemeinden erheben den Pflegebedarf nicht systematisch. Information beziehen sie hauptsächlich aus der individuellen Nachfrage von Bürgerinnen und Bürgern. Die Bedarfs- und Entwicklungspläne der Länder spielen eine untergeordnete Rolle."

Pflegevorsorge in den Gemeinden

Ulrike Famira-Mühlberger

Pflegevorsorge in den Gemeinden

Aufgrund der demographischen Entwicklung steht die Organisation der Pflegevorsorge in den Gemeinden vor großen Herausforderungen. Auf Basis einer Befragung von Gemeinden analysiert der vorliegende Beitrag die aktuelle Situation der Pflegeversorgung in den Gemeinden und gibt einen Ausblick auf die Zukunft aus Gemeindesicht, um daraus den Handlungsspielraum der Pflegepolitik abzustecken. Demnach sind die Gemeinden zu wenig in die Bedarfs- und Entwicklungspläne der Länder involviert und betreiben keine systematische Bedarfsplanung. Sie sprechen sich für die Etablierung von regionalen Pflegeinformationsstellen mit Monitoringfunktion aus, um den Bürgerinnen und Bürgern eine Anlaufstelle zu bieten, aber auch um eine Informationsbasis für die Bedarfsplanung zu schaffen. Die Gemeinden sehen – neben der Finanzierungsfrage – im drohenden Arbeitskräftemangel im Pflegesektor eine wesentliche Herausforderung für die Zukunft.

JEL-Codes: H4, H51, H75, I11 • **Keywords:** Pflege, Gemeinden

Dieser Beitrag basiert auf einer Studie des WIFO im Auftrag von SeneCura Kliniken- und HeimebetriebsgmbH und Österreichischem Gemeindebund: Ulrike Famira-Mühlberger, Pflegevorsorge in Gemeinden (Juni 2020, 76 Seiten, kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66284>).

Begutachtung: Matthias Firgo • **Wissenschaftliche Assistenz:** Anna Brunner (anna.brunner@wifo.ac.at), Stefan Weingärtner (stefan.weingaertner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 24. 9. 2020

Kontakt: Priv.-Doz. Dr. Ulrike Famira-Mühlberger, PhD (ulrike.famira-muehlberger@wifo.ac.at)

Long-term Care Provision in Municipalities

Due to demographic developments, the organisation of long-term care provision in the municipalities is facing major challenges. Based on a survey of municipalities, this article analyses the current situation of long-term care provision in the municipalities and gives an outlook on the future from the municipalities' point of view in order to define the scope for action in terms of long-term care policy. The results show that municipalities are not sufficiently involved in the Länder's demand and development plans and do not engage in systematic demand planning. The municipalities are in favour of establishing regional care information centres with a monitoring function in order to offer citizens a contact point, but also to create an information basis for demand planning. In addition to the question of financing, the municipalities see the impending shortage of labour in the care sector as a major challenge for the future.

1. Einleitung und Hintergrund

Der demographische Wandel wird zur Herausforderung für die Pflegevorsorge in den Gemeinden.

Die Gemeinden werden künftig mit einem deutlichen demographischen und gesellschaftlichen Wandel konfrontiert sein, der mit starken Effekten auf die Pflegevorsorge verbunden ist. Die Nachfrage nach formellen Pflegedienstleistungen wird aufgrund des Anstieges der Zahl Älterer und Hochaltriger und eines gleichzeitigen Rückganges des informellen Pflegepotentials zunehmen. In allen Bundesländern erhöht sich in den nächsten drei Jahrzehnten die Zahl der Hochaltrigen (ab 85-Jährigen) um das Zweieinhalb- bis Dreifache, wobei die Entwicklung regional recht unterschiedlich ist mit einer tendenziell stärkeren Alterung im Westen Österreichs.

Die Angehörigenpflege hat einen hohen Stellenwert in Österreich, Sachleistungen spielen im internationalen Vergleich eine geringere Rolle.

Aktuelle Projektionen von Nachfrage und Kosten der Pflegedienste für die öffentlichen Haushalte zeigen eine markante Zunahme in den kommenden Jahren (Klien et al., 2020). Unter Berücksichtigung der demographi-

schen Entwicklung wie auch einer Verbesserung der gesundheitlichen Situation der Älteren, eines Rückganges des Anteiles der informellen Pflege und Kostensteigerungen im Pflegesektor zeigen Projektionen eine deutliche Steigerung der Nachfrage und des Finanzaufwandes für Pflegedienstleistungen. Die Gesamtausgaben der Länder und Gemeinden für Pflege- und Betreuungsdienste nehmen den Projektionen zufolge zwischen 2018 und 2030 um real 77% zu. Der reale Anstieg der Ausgaben für das Pflegegeld wird im selben Zeitraum auf 25% geschätzt.

Das österreichische System der Langzeitpflege ist durch einen hohen Stellenwert der Angehörigenpflege (Nagl-Cupal et al., 2018) und – im europäischen Vergleich – unterdurchschnittliche öffentliche Ausgaben (in Relation zum BIP) für stationäre und mobile Pflege gekennzeichnet. Die Organisation

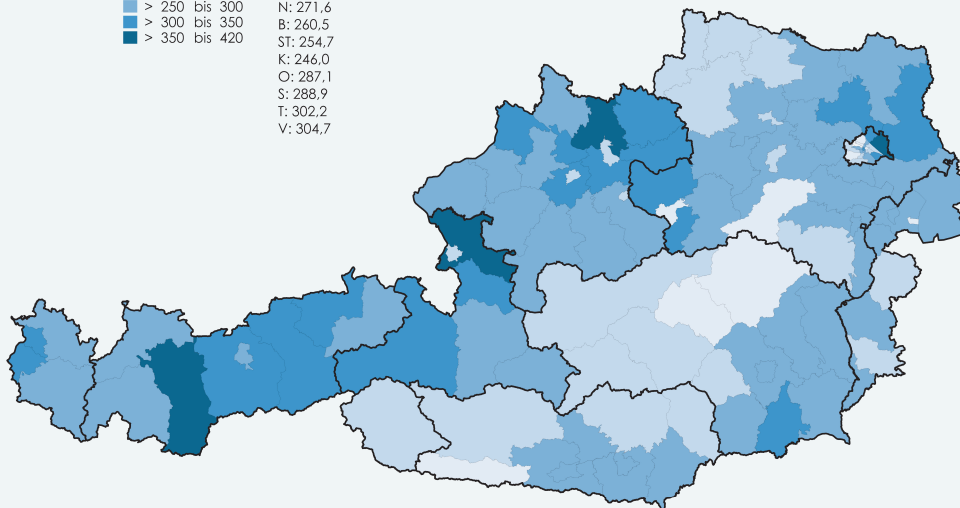
der Sachleistungen ist in den Bundesländern sehr unterschiedlich geregelt. Bundesländer-spezifische Muster werden daher auch in der

Einschätzung der Pflegeversorgung durch die Gemeinden sichtbar.

Abbildung 1: **Entwicklung der Zahl der 85-Jährigen und Älteren bis 2050**

2018 = 100

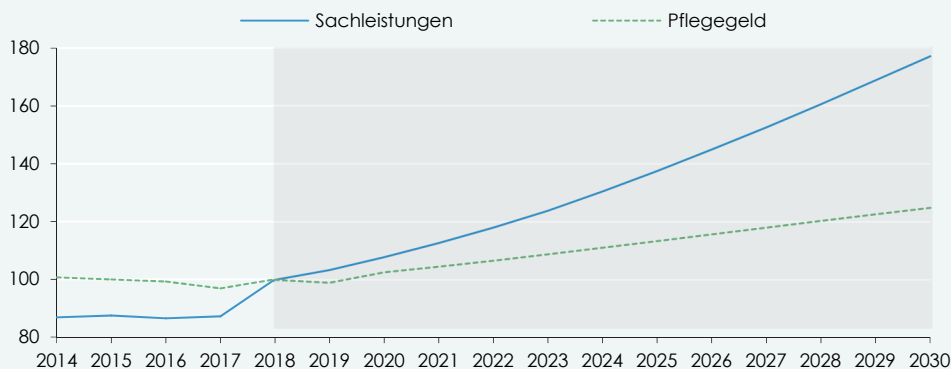
0 bis 200	W: 256,1
> 200 bis 250	N: 271,6
> 250 bis 300	B: 260,5
> 300 bis 350	ST: 254,7
> 350 bis 420	K: 246,0
	O: 287,1
	S: 288,9
	T: 302,2
	V: 304,7



Q: ÖROK-Prognose 2018, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 2: **Entwicklung der realen öffentlichen Ausgaben im Bereich der Pflege**

2018 = 100



Q: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Ohne Ausgaben für mehrstündige Alltagsbegleitung und Entlastungsdienste. Ab 2019 Projektion.

2. Eine Befragung in österreichischen Gemeinden

Der vorliegende Beitrag beleuchtet auf Basis einer Befragung von Gemeinden die aktuelle Situation der Pflegeversorgung in den Gemeinden und gibt einen Ausblick auf die Zukunft der Pflegevorsorge aus Gemeindegemeinschaft, um daraus den Handlungsspielraum der Pflegepolitik abzustecken.

Der Fragebogen wurde von Kommunalnet, dem größten Arbeits- und Informationsportal

für die österreichischen Gemeinden, im Jänner 2020 online ausgeschickt. Er wurde von 649 der 2.095 Gemeinden aus allen Bundesländern (ohne Wien) ausgefüllt (31,0% aller Gemeinden); größere Gemeinden waren eher zur Teilnahme bereit als kleinere. Die Befragungsergebnisse wurden auf Bundesländerebene sowie auf Ebene von Gemeindegrößenklassen analysiert.

Die Befragung der Gemeinden beleuchtet die aktuelle Situation der Pflegeversorgung.

Übersicht 1: Stichprobe der Befragung

	Alle Gemeinden		Antwortende Gemeinden	
	Anzahl	Anzahl	In % aller Gemeinden	
Bundesländer				
Niederösterreich	573	157	27,4	
Burgenland	171	44	25,7	
Steiermark	286	87	30,4	
Kärnten	132	40	30,3	
Oberösterreich	438	201	45,9	
Salzburg	119	36	30,3	
Tirol	279	62	22,2	
Vorarlberg	96	22	22,9	
Gemeindegrößenklassen				
0 bis 1.000	423	74	17,5	
1.001 bis 2.000	724	200	27,6	
2.001 bis 5.000	695	231	33,2	
5.001 bis 10.000	167	96	57,5	
Mehr als 10.000	86	48	55,8	

Q: Kommunalnet-Befragungsfiler Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Zahl der gültigen Antworten: 649.

3. Ergebnisse der Befragung in Gemeinden

3.1 Die Pflegeinfrastruktur in den Gemeinden

Die Pflegeinfrastruktur der an der Befragung beteiligten Gemeinden variiert nach Bundesländern relativ stark (Abbildung 3). Mobile Dienste und die 24-Stunden-Betreuung sind in Österreich flächendeckend verbreitet, ähnlich stationäre Einrichtungen und betreutes sowie betreubares Wohnen. Teilstationäre Einrichtungen spielen vor allem in Tirol und Vorarlberg eine größere Rolle. Stationäre Einrichtungen sind im Westen Österreichs und in der Steiermark stärker verbreitet als in den anderen Bundesländern. In Vorarlberg und dem Burgenland geben über 10% der Gemeinden an, dass der bestehende Pflegebedarf nur durch informelle Betreuung abgedeckt wird.

Die befragten Gemeinden stellen Betroffenen bei Eintritt der Pflegebedürftigkeit verschiedene organisatorische Hilfeleistungen zur Verfügung (Abbildung 4). Der überwiegende Teil der Gemeinden bietet Beratungsleistungen bzw. Informationsveranstaltungen zu Pflege- und Gesundheitsthemen an. In Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg verleihen auch mehr als 40% der Gemeinden Hilfsmittel. In Tirol (37%) und Vorarlberg (46%) bieten auch zahlreiche Gemeinden selbst Pflege- und Betreuungsdienste an¹⁾.

3.2 Die Rolle der stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen

Stationäre Pflegeeinrichtungen können in einer Gemeinde unterschiedliche Funktionen erfüllen. Gemäß den Ergebnissen der Befragung spielen stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen neben der herkömmlichen Versorgung Pflegebedürftiger sowie der Kurzzeitpflege auch andere Rollen (Abbildung 5): Sie dienen häufig auch als Stützpunkte für weitere Dienste – jedoch mit sehr unterschiedlicher Ausprägung in den Bundesländern. Ebenso werden in einigen Gemeinden stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen als sozialer Treffpunkt gesehen. Sie sind auch erster Ansprechpartner im Bereich des pflegerischen Know-how. In relativ vielen Gemeinden werden sie zudem als wichtiger Arbeitgeber wahrgenommen und fungieren als Hilfs- und Pflegemittelverleih. Die Zurverfügungstellung von Infrastruktur (z. B. angeschlossener Kindergarten) durch stationäre und teilstationäre Dienste ist nur in der Steiermark, in Kärnten und – in geringerem Maß – in Salzburg relevant. Die Multifunktionalität dieser Pflegeeinrichtungen steigt außerdem mit der Gemeindegröße.

Die Befragungsergebnisse zeigen eine flächendeckende Verbreitung von mobilen Diensten und der 24-Stunden-Betreuung.

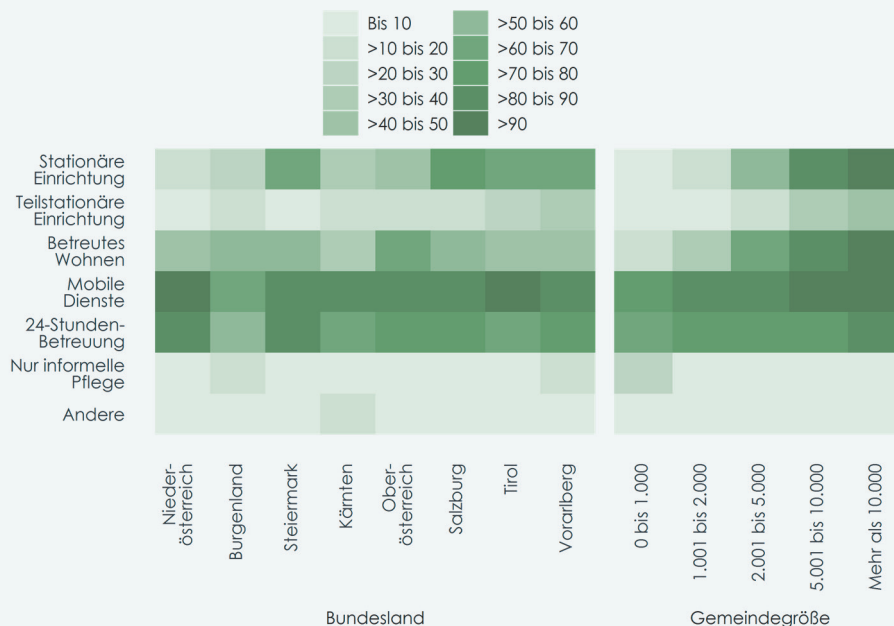
Stationäre Pflegeeinrichtungen erfüllen unterschiedliche Funktionen in den Gemeinden.

¹⁾ Laut Rechnungshof Österreich (2020) gibt es in Tirol rund 70 mobile Betreuungs- und Pflegeorganisationen. Davon sind rund 60 als Vereine organisiert, deren Mitglieder meist die jeweiligen Gemeinden sind ("Sozialsprengel"). In Vorarlberg gibt es rund 50 mobile Hilfsdienste, die meist an Gemeinden (aber auch örtliche

Krankenpflegevereine oder Sozialsprengel) angeschlossen sind. In Tirol (und Salzburg) werden Pflegeheime überwiegend von Gemeinden betrieben, in Vorarlberg wird gut die Hälfte der Pflegeheime von Gemeinden betrieben.

Abbildung 3: **Pflegeinfrastruktur in den Gemeinden**

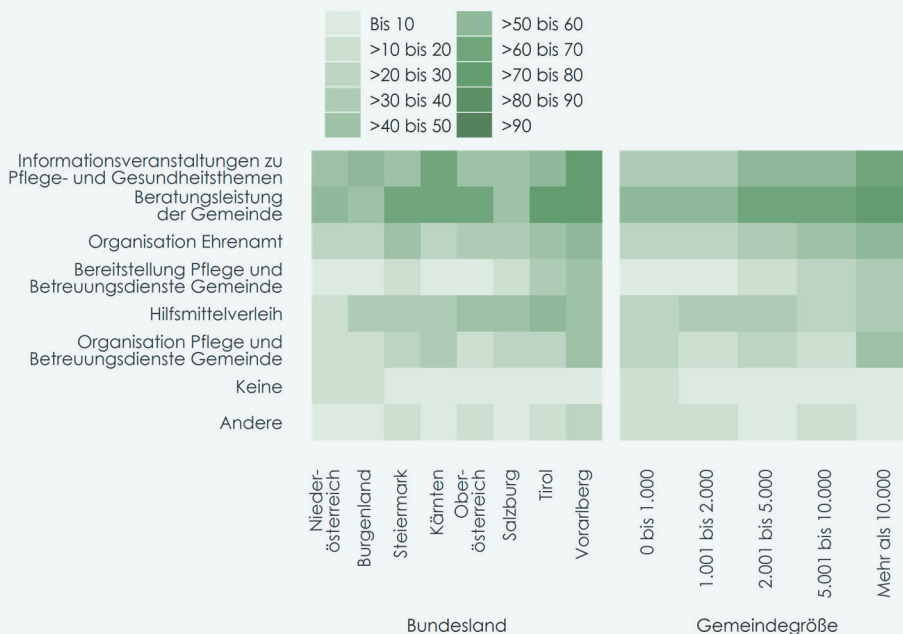
In % der befragten Gemeinden



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Zahl der gültigen Antworten: 649, Mehrfachnennungen möglich.

Abbildung 4: **Organisatorische Hilfe durch die Gemeinde bei Eintritt von Pflegebedürftigkeit**

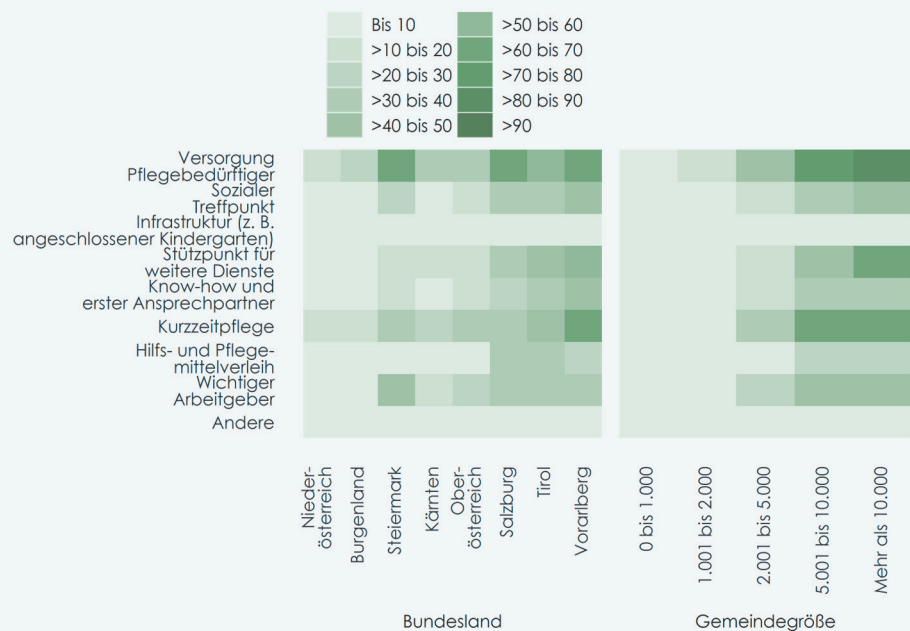
In % der befragten Gemeinden



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Zahl der gültigen Antworten: 649, Mehrfachnennungen möglich.

Abbildung 5: Funktionen teilstationärer und stationärer Einrichtungen

In % der befragten Gemeinden



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Zahl der gültigen Antworten: 649, Mehrfachnennungen möglich.

3.3 Zur Information über die Pflegenachfrage in den Gemeinden

In den Gemeinden wird der aktuelle und künftige Pflegebedarf nicht systematisch erhoben.

Die Gemeinden wünschen sich regionale Pflegeinformationsstellen mit Monitoringfunktion oder die Etablierung von regionalen Bedarfs- und Entwicklungsplänen.

Gemeinden beziehen ihre Informationen zur gegenwärtigen Nachfrage nach Pflegedienstleistungen über unterschiedliche Kanäle. Dabei wird in allen Bundesländern außer Vorarlberg die Information hauptsächlich aus individuellen Anfragen der Betroffenen bezogen. Eine weitere wichtige Informationsquelle – wenn auch von geringerer Bedeutung – sind die in den Gemeinden aktiven Pflegedienstleister. In Vorarlberg sind die Pflegedienstleister mit Abstand die wichtigste Informationsquelle zur gegenwärtigen Nachfrage nach Pflegedienstleistungen. Die Bedarfs- und Entwicklungspläne der Länder und Informationen von Bundes- oder Landesseite spielen in den meisten Bundesländern eine untergeordnete Rolle.

In größeren Gemeinden ist die individuelle Nachfrage von Betroffenen als Informationsquelle weniger wichtig als in kleineren, hingegen nimmt die Bedeutung der Pflegedienstleister wie auch der Gesundheitsdienste mit der Größe der Gemeinde zu.

Ein etwas anderes Bild zeigt sich hinsichtlich der Information über die künftige Nachfrage nach Pflegedienstleistungen (Abbildung 7). Zwar spielen auch hier individuelle Anfragen eine große Rolle, in manchen Bundesländern (vor allem Kärnten, Niederösterreich und Oberösterreich) gibt aber eine Reihe von Gemeinden an, gar keine Informa-

tionen zur künftigen Nachfrage nach Pflegedienstleistungen zu beziehen (in Kärnten knapp 30% der Gemeinden). Bedarfs- und Entwicklungspläne der Länder spielen nur in Salzburger und Vorarlberger Gemeinden eine größere Rolle (Salzburg 26% der Gemeinden, Vorarlberg 19% der Gemeinden). Ein überwiegender Teil der Gemeinden erhebt zudem Informationen zur künftigen Nachfrage nach Pflege nicht systematisch.

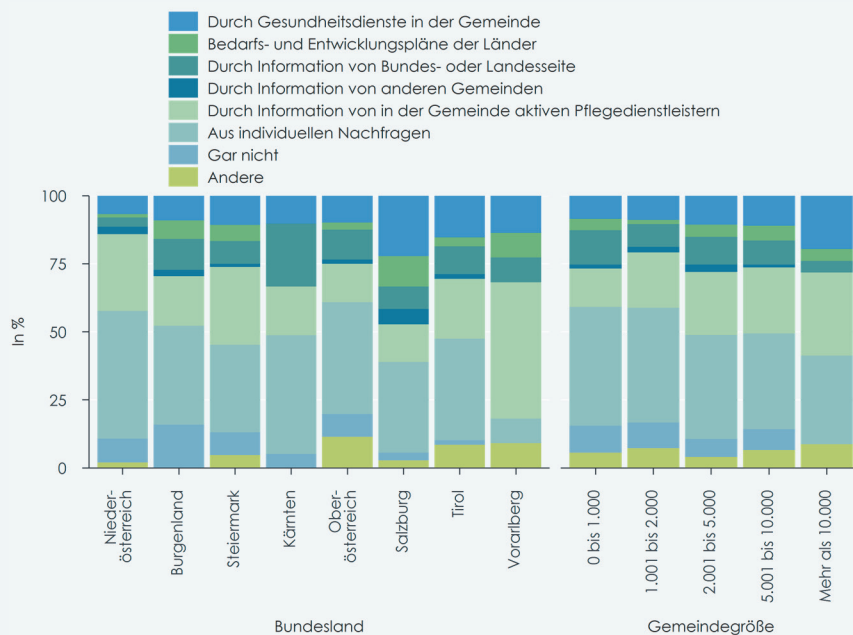
Die Gemeinden wurden auch gefragt, wie ein optimales Informationssystem ausgestaltet sein sollte, damit sie die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner, die innerhalb der folgenden drei Jahre betreuungs- und pflegebedürftig werden könnten, frühzeitig einschätzen können. Vorschläge wie regionale Pflegeinformationsstellen mit Monitoringfunktion sowie die Etablierung von regionalen Bedarfs- und Entwicklungsplänen finden hier die größte Zustimmung. In manchen Bundesländern (Niederösterreich, Oberösterreich, Burgenland, Steiermark) würde auch die Etablierung eines Steuerungs- bzw. Beratungsgremiums mit den für die Gemeinden relevanten Pflegedienstleistern gutgeheißen.

3.4 Zur Leistungsfähigkeit der informellen Betreuung in den Gemeinden

Die derzeitige Leistungsfähigkeit der informellen Betreuung (durch die Familie) in den Gemeinden wird in den Bundesländern sehr unterschiedlich eingeschätzt (Abbildung 10): in Vorarlberg sehr hoch (91% der Gemein-

den), im Burgenland ebenfalls hoch (77%), in Niederösterreich (69%), Oberösterreich (61%), der Steiermark (67%) und Kärnten (69%) geringer.

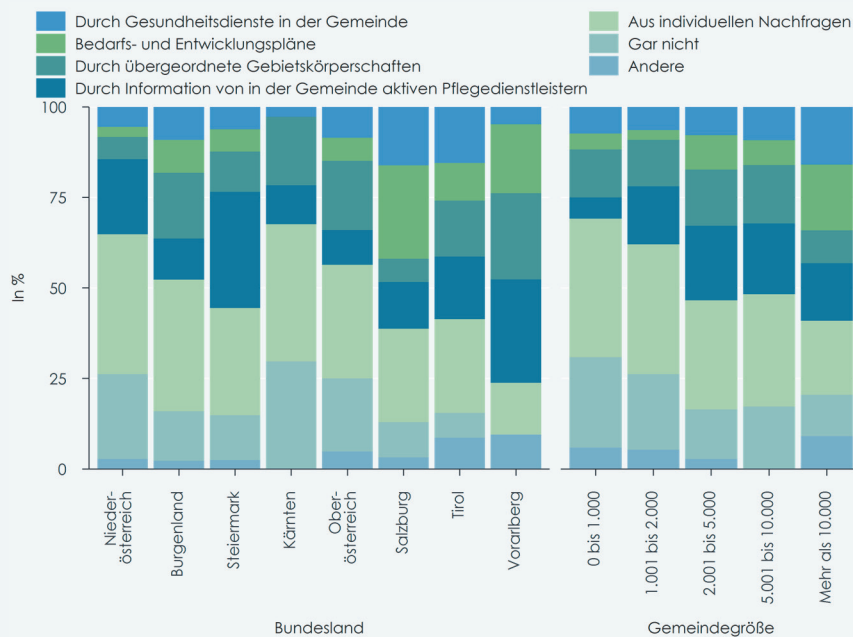
Abbildung 6: **Quelle der Information über die Nachfrage nach Pflegedienstleistungen**
In % der befragten Gemeinden



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Zahl der gültigen Antworten: 625. Keine Mehrfachnennungen möglich, d. h. genannt wurde die primäre Informationsquelle (weitere Informationskanäle möglich).

Abbildung 7: **Quelle der Information über die künftige Nachfrage nach Pflegedienstleistungen**

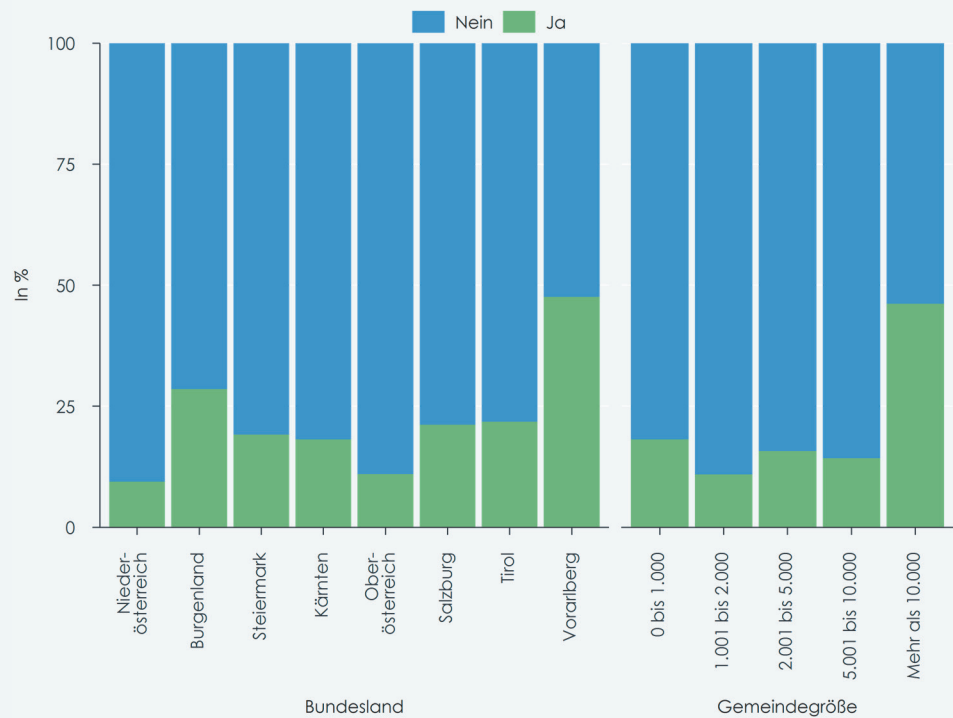
In % der befragten Gemeinden



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Zahl der gültigen Antworten: 605. Keine Mehrfachnennungen möglich, d. h. genannt wurde die primäre Informationsquelle (weitere Informationskanäle möglich).

Abbildung 8: **Systematische Erhebung der Informationen zur künftigen Nachfrage nach Pflegedienstleistungen**

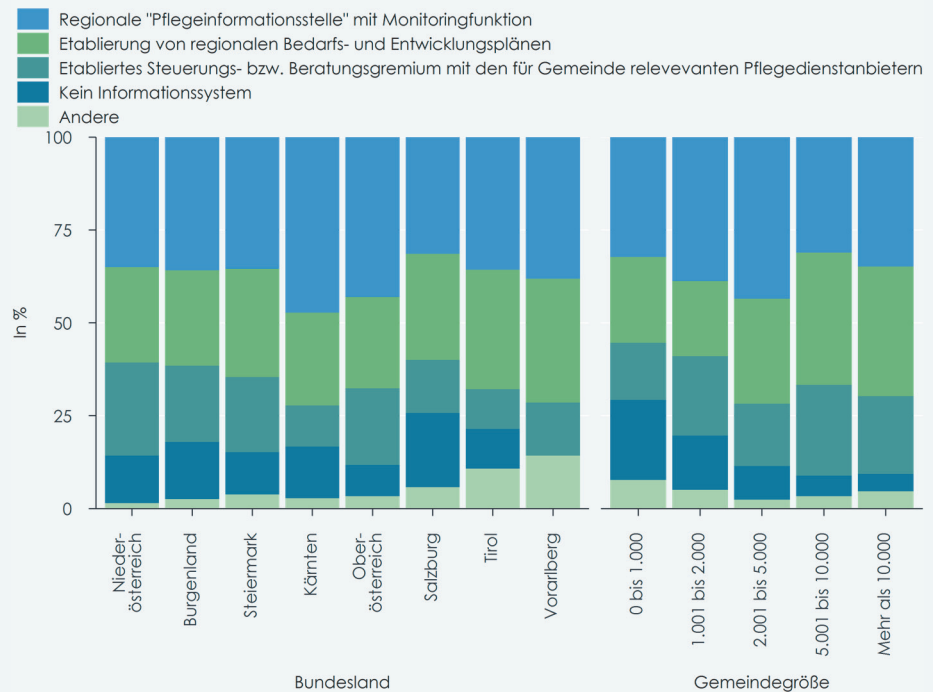
In % der befragten Gemeinden



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Zahl der gültigen Antworten: 568.

Abbildung 9: **Ausgestaltung eines optimalen Informationssystems zum künftigen Pflege- und Betreuungsbedarf**

In % der befragten Gemeinden



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Zahl der gültigen Antworten: 585.

Die Leistungsfähigkeit der familiären Pflege gerät jedoch aus drei wesentlichen Gründen zunehmend unter Druck: wegen der Zunahme der Arbeitsmarktpartizipation von Frauen (weniger Zeit für die Pflege), wegen der Abnahme der Fertilität und damit der durchschnittlichen Zahl der Kinder je pflegebedürftige Person und wegen des Anstieges

der Zahl der allein lebenden alten Personen (Famira-Mühlberger – Firgo, 2018).

In allen Bundesländern rechnen die Gemeinden mit einem Rückgang dieser Leistungsfähigkeit in den nächsten zehn Jahren (Abbildung 10).

Die Leistungsfähigkeit der informellen Betreuung wird in manchen Bundesländern noch hoch eingeschätzt, jedoch wird sie in Zukunft sinken.

Abbildung 10: **Derzeitige und künftige Leistungsfähigkeit der informellen Betreuung**

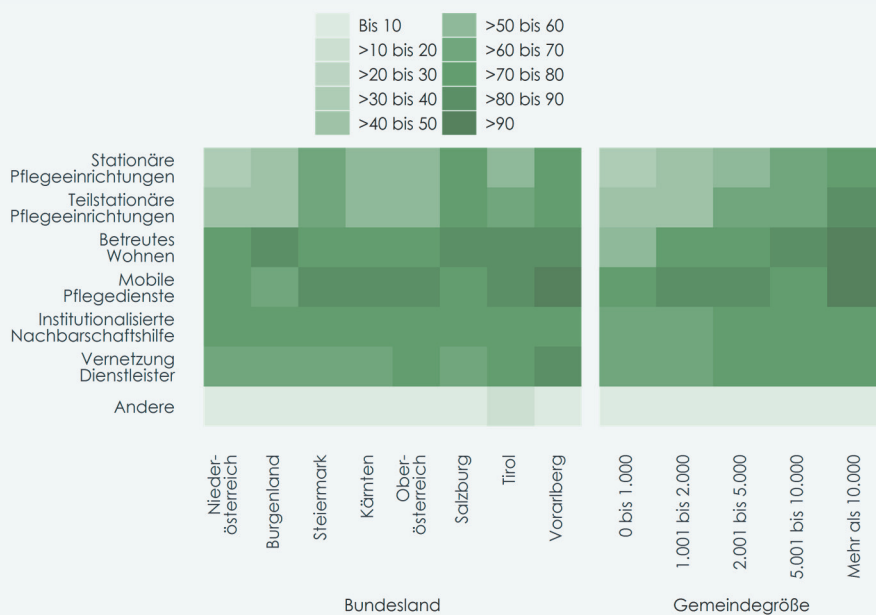
In % der befragten Gemeinden



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020; WIFO-Berechnungen. Zahl der gültigen Antworten: 540. Antworten "meist ausreichend" und "eher ausreichend".

Abbildung 11: **Wichtige Strategien zum Ausbau des Pflegesystems**

In % der befragten Gemeinden



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Zahl der gültigen Antworten: 649. Einschätzung als "sehr wichtig", "wichtig" oder "eher wichtig".

Der Ausbau von betreubarem Wohnen und mobilen Diensten wird strategisch als zentral angesehen, in manchen Regionen auch der Ausbau der stationären Dienste.

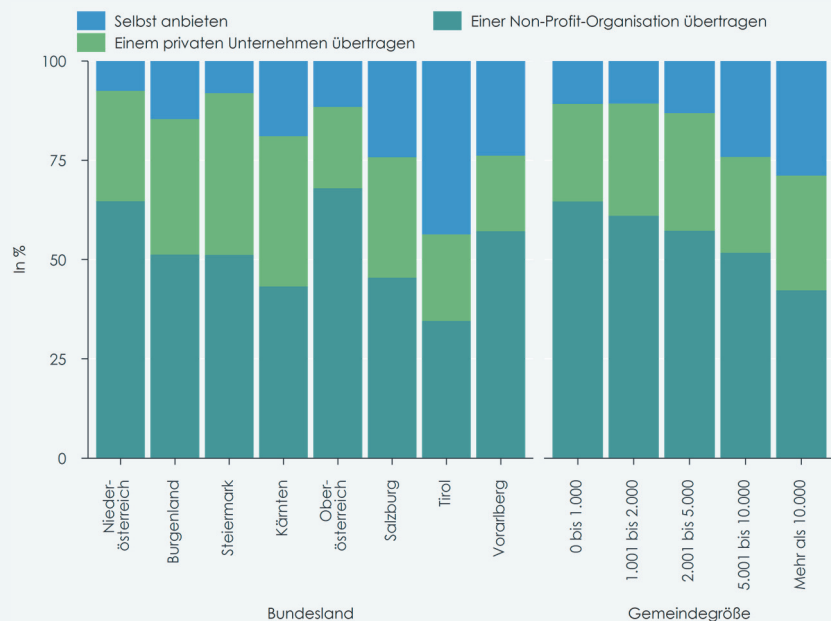
3.5 Strategien der Gemeinden

Angesichts der steigenden Nachfrage nach Pflegedienstleistungen verfolgen Gemeinden unterschiedliche Strategien, um den Ausbau des Pflegesystems voranzutreiben (Abbildung 11). Insgesamt stufen sie den Ausbau von betreubarem Wohnen und mobilen Diensten als wichtiger ein als den Ausbau von stationären und teilstationären Diensten – allerdings mit deutlichen Unterschieden zwischen den Bundesländern.

Besonders in Salzburg (74% aller Gemeinden), Tirol (60%), der Steiermark (64%) und Vorarlberg (75%) sehen Gemeinden den Ausbau von stationären Pflegeeinrichtungen als sehr oder eher wichtig an, in Niederösterreich (40%) und im Burgenland (43%) als weniger wichtig. Der Ausbau stationärer Pflegeeinrichtungen wird wichtiger, je größer die Gemeinde ist.

Abbildung 12: Vorstellungen zur künftigen Deckung des Bedarfs an Pflegedienstleistungen

In % der befragten Gemeinden



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Zahl der gültigen Antworten: 587.

Neben der Strategie des Ausbaus der Pflegevorsorge in den Gemeinden stellt sich die Frage, wer künftig vermehrt die nötigen Pflegedienste in den Gemeinden anbieten soll. Dies wird auch von den aktuellen Rahmenbedingungen bestimmt und spiegelt die aktuelle Anbieterlandschaft in den Bundesländern wider (Abbildung 12): Nur in Tirol will die Mehrheit der Gemeinden (44%) künftig selbst vermehrt Pflegedienste anbieten. In den anderen Bundesländern sehen die Gemeinden mehrheitlich Non-Profit-Organisationen (zwischen 43% in Kärnten und 68% in Oberösterreich), aber auch private Unternehmen in dieser Rolle. In der Steiermark²⁾ sehen 41% der Gemeinden diese Aufgabe künftig vor allem bei privaten Unternehmen, in Vorarlberg ist dieser Anteil mit 19% am niedrigsten.

Wer nach Meinung der Gemeinden künftig vermehrt Pflegedienstleistungen anbieten

²⁾ Die Steiermark ist das Bundesland mit der größten Bedeutung gewinnorientierter Anbieter

soll, hängt auch davon ab, ob in der Gemeinde eine stationäre Einrichtung vorhanden ist (Abbildung 13). Niederösterreichs Gemeinden präferieren Non-Profit-Organisationen; wenn eine stationäre Einrichtung vorhanden ist, werden NPO und private Unternehmen gleich gereiht. Burgenländische Gemeinden ziehen zwar ebenfalls NPO vor, doch wenn in der Gemeinde eine stationäre Einrichtung vorhanden ist, wird der künftige Pflegeaufwand vermehrt bei privaten Unternehmen gesehen. In der Steiermark werden private Unternehmen knapp nach den NPO am häufigsten genannt, in Gemeinden mit stationärer Einrichtung sind beide fast gleichauf – wie auch in Kärnten und Salzburg. In Oberösterreich ist der Anteil der Gemeinden, die NPO vorziehen würden, unter allen Bundesländern am größten, auch unter den Gemeinden mit stationären Einrichtungen. In Tirol sehen sich auch die Gemeinden mit stationären Einrichtungen künftig als die primä-

(Rechnungshof Österreich, 2020), was auf eine hohe Zufriedenheit mit diesem Modell hinweisen könnte.

ren Anbieter. In Vorarlberg werden zwar mehrheitlich NPO als Pflegeanbieter gesehen; private Unternehmen werden ausschließlich von Gemeinden mit stationärer Einrichtung bevorzugt.

3.6 Die größten Herausforderungen in der Pflegevorsorge

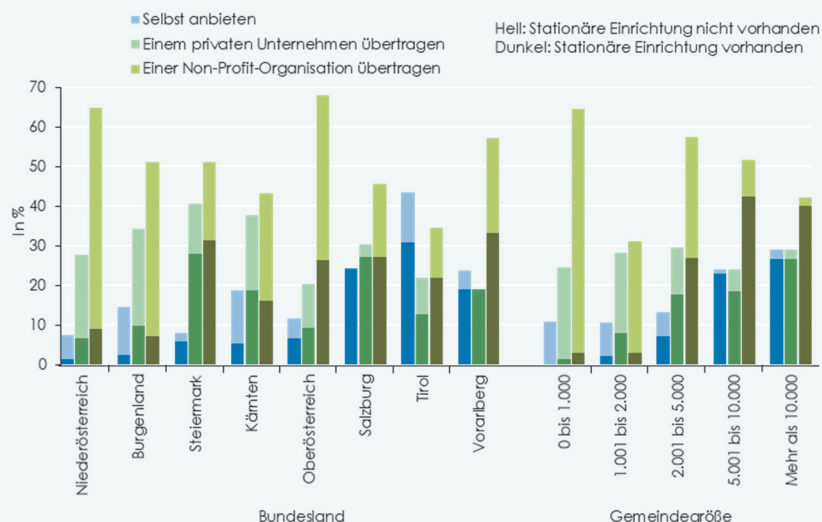
Die Finanzierung des Pflegesystems und das Personalproblem im Pflegesektor werden

über alle Bundesländer und Gemeindegrößen als die größten Herausforderungen betrachtet. Weiters werden u. a. der Anspruch auf wohnortnahe Leistungen und die Gewährleistung der familiären Unterstützung (informelle Betreuung) genannt (Abbildung 14).

Die Finanzierung des Pflegesystems und das Personalproblem bezeichnen die Gemeinden als die größten Herausforderungen.

Abbildung 13: Vorstellungen zur künftigen Deckung des Bedarfs an Pflegedienstleistungen durch Gemeinden mit oder ohne stationäre Einrichtung

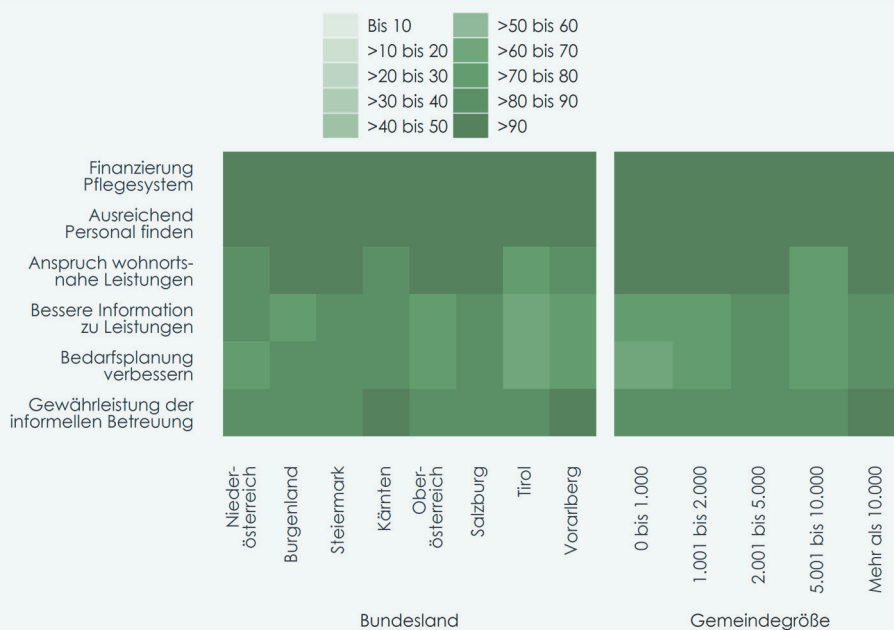
In % der befragten Gemeinden



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Zahl der gültigen Antworten: 587.

Abbildung 14: Herausforderungen im Bereich der Pflegeversorgung

In % der befragten Gemeinden



Q: Kommunalnet-Befragungsfile Februar 2020, WIFO-Berechnungen. Zahl der gültigen Antworten: 649.

4. Schlussfolgerungen und Handlungsspielraum der Pflegepolitik

Es braucht eine systematische Bedarfserhebung in den Gemeinden und eine bessere Koordination zwischen Ländern und Gemeinden.

Wie die Ergebnisse der Befragung in den österreichischen Gemeinden zeigen, sind sich die Gemeinden der Effekte der demographischen Entwicklung auf den Pflegebedarf durchaus bewusst und erachten den Ausbau von Pflegedienstleistungen – auch im stationären und teilstationären Bereich – als wichtig. Andererseits ergeben sich für eine zukunftsorientierte Aufstellung der Pflegeversorgung in den Gemeinden noch bedeutende Hindernisse:

Die Mehrheit der Gemeinden scheint keine systematische Herangehensweise zu verfolgen, um Informationen über den gegenwärtigen und künftigen Pflegebedarf der lokalen Bevölkerung zu erheben. Die Bedarfs- und Entwicklungspläne der Länder werden bei der Planung der Gemeinden nur in einem untergeordneten Ausmaß zur Informationsgewinnung herangezogen. Hier scheinen eine bessere Koordination dieser Pläne und eine stärkere Regionalisierung innerhalb der Länder unter vermehrter Einbindung der Gemeinden zielführend – vor allem auch da die Entwicklung von kleinräumigen regionalen Bedarfs- und Entwicklungsplänen laut Befragungsergebnissen breite Zustimmung der Gemeinden finden sollte. Noch stärkeren Zuspruch findet die Etablierung von regionalen Pflegeinformationsstellen mit Monitoringfunktion. Diese würden einerseits den Betroffenen eine Anlaufstelle zur Informationsbeschaffung und Hilfestellung im Pflegefall bieten und könnten andererseits auch die Entwicklung des regionalen Pflegebedarfs verfolgen und – im besten Fall – prognostizieren. Die Gemeinden sehen die Notwendigkeit, den regionalen Ausbau des Pflegeversorgungssystems systematisch zu begleiten, da sie das Pflegepotential von Familien zunehmend unter Druck sehen und auch dadurch – neben der demographischen Entwicklung – die Nachfrage nach Pflegedienstleistungen steigen wird.

Die Gemeinden setzen auf den Ausbau aller Pflegedienstleistungsformen, mit besonderer Betonung von betreutem und betreubarem Wohnen sowie mobilen Diensten, aber auch von stationären und teilstationären Diensten, wobei sich deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern zeigen. Nach *Famira-Mühlberger – Firgo* (2018) können pflegepolitische Maßnahmen, die das Gewicht der mobilen Pflege im Versorgungsmix stärken, kostendämpfende Effekte haben. Insgesamt erweisen sich die Auswirkungen jedoch als geringer als die demographischen Effekte auf den künftigen Kostenpfad. Der zu erwartende Anstieg der Nachfrage nach stationärer Pflege kann durch den Ausbau und die Förderung von Alternativen verzögert und abgeschwächt, jedoch nicht verhindert werden. Darüber hinaus sind, wie die Ergebnisse einer früheren österreichweiten Exper-

tenbefragung gezeigt haben, in vielen Fällen mobile und stationäre Dienste nicht substituierbar (*Firgo – Famira-Mühlberger*, 2014). Ein vorgelagerter deutlicher Ausbau mobiler Dienste und alternativer Betreuungsformen ist dringlich, ein späterer deutlicher Ausbau der stationären Pflegeeinrichtungen ist im Lichte der demographischen und gesellschaftlichen Entwicklungen ebenso unerlässlich. Die Beziehung zwischen informeller und professioneller mobiler Pflege sind in Österreich sehr häufig komplementär, wie eine Untersuchung von *Firgo – Nowotny – Braun* (2020) zeigt. Eine funktionierende mobile Pflege setzt demnach meist die Verfügbarkeit von informellen Pflegepersonen voraus. Diese Verfügbarkeit gerät jedoch zunehmend unter Druck – dessen sind sich auch die Gemeinden in der Umfrage für die vorliegende Studie bewusst.

Die Gemeinden sehen – neben der Finanzierungsfrage – im drohenden Arbeitskräftemangel im Pflegesektor eine wesentliche Herausforderung für die Zukunft. Um dem entgegenzuwirken, ist ein Bündel an Maßnahmen nötig. Gemäß der Analyse einer Befragung aus dem Jahr 2014 (*Firgo – Famira-Mühlberger*, 2014) sind höhere Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen wichtige Faktoren für die Attraktivität von Pflegeberufen. Genannt werden hier Aspekte wie eine psychosoziale Begleitung der Pflegepersonen, um sie möglichst lange im Beruf zu halten, die Verringerung der Zahl der prekären Dienstverhältnisse, bessere Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und die Förderung der Höherqualifizierung. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in der COVID-19-Krise wird auch eine Förderung der Requalifizierung von Arbeitslosen für den Pflegebereich eine zentrale Bedeutung haben müssen. Ebenso wird die schnellere und einfachere Nostrifizierung von Abschlüssen ausländischer Fachkräfte (bei entsprechender fachlicher und sprachlicher Qualifikation) wesentlich sein für die Deckung des künftigen Bedarfs an Pflegekräften.

Die Verknappung des potentiellen Pflegepersonals bei gleichzeitig steigender Nachfrage wird überdurchschnittliche Lohn- und Kostensteigerungen im Bereich der Pflegedienste zur Folge haben. Im Pflegesektor sind die Möglichkeiten zur Produktivitätssteigerung geringer als in anderen Wirtschaftsbereichen, zugleich ist der Anteil der Lohnkosten an den Gesamtkosten relativ hoch – auch wenn neue Technologien dies etwas abfedern können. Zugleich werden überdurchschnittliche Lohnabschlüsse erforderlich sein, damit die Nachfrage nach Pflegekräften gedeckt werden kann. Dies ist ein wesentlicher Faktor, der beim weiteren Ausbau der Pflegedienstleistungen in den Gemeinden berücksichtigt werden muss.

Der Ausbau von betreutem und betreubarem Wohnen sowie mobilen Diensten ist nötig, aber auch ein Ausbau der stationären Dienste ist unerlässlich.

Eine Attraktivierung der Arbeitsbedingungen in der Pflege ist für die Deckung des Personalbedarfs zentral.

5. Literaturhinweise

- Famira-Mühlberger, U., Firgo, M., Aktuelle und künftige Versorgungsfunktion der mobilen Pflege- und Betreuungsdienste in Österreich, WIFO, Wien, 2018, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/61563>.
- Firgo, M., Famira-Mühlberger, U., Ausbau der stationären Pflege in den Bundesländern. Quantitative und qualitative Effekte des Einsatzes öffentlicher Mittel im Vergleich zur mobilen Pflege, WIFO, Wien, 2014, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/47447>.
- Firgo, M., Nowotny, K., Braun, A., "Informal, Formal, or Both? Assessing the Drivers of Home Care Utilisation in Austria Using a Simultaneous Decision Framework", Applied Economics, 2020, 52(40), S. 4440-4456.
- Klien, M., Pitlik, H., Firgo, M., Famira-Mühlberger, U., Ein Modell für einen strukturierten vertikalen Finanzausgleich in Österreich, WIFO, Wien, 2020, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/65854>.
- Nagl-Cupal, M., Kolland, F., Zartler, U., Mayer, H., Bittner, M., Koller, M., Parisot, V., Stöhr, D., Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (Hrsg.), Angehörigenpflege in Österreich. Einsicht in die Situation pflegender Angehöriger und in die Entwicklung informeller Pflegenetzwerke, Universität Wien, 2018.
- Rechnungshof Österreich, Pflege in Österreich. Bericht des Rechnungshofes, Wien, 2020.

Die Kosten arbeitsbedingter Unfälle und Erkrankungen in Österreich

Thomas Leoni, Anna Brunner, Christine Mayrhuber



WIFO ■

Die Kosten arbeitsbedingter Unfälle und Erkrankungen in Österreich

Thomas Leoni, Anna Brunner,
Christine Mayrhuber

März 2020
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Synthesebericht

Ausgangslage und Zielsetzung

Methodischer Zugang

Hauptergebnisse für Österreich

Das Top-down-Modell – Das Bottom-up-Modell – Sensitivitätsanalyse

Internationaler Vergleich

Schlussfolgerungen

Diskussion

Detaillierter Methoden- und Ergebnisbericht

Inhalt und Zielsetzung

Methodische Eckpunkte und Begrifflichkeiten

Top-down-Modell

Vorgehensweise und Dateninput – Ergebnisse – Sensitivitätsanalyse

Bottom-up-Modell

Vorgehensweise – Schätzung der Fallzahlen arbeitsbedingter Unfälle und Erkrankungen – Kostenschätzung – Ergebnisse – Sensitivitätsanalyse – Kosten nach Stakeholder

Der Einblick in die ökonomischen Folgen von Arbeitsunfällen und arbeitsbedingten Krankheiten liefert Entscheidungsträgern und Stakeholdern die Grundlage für die Entwicklung von Präventivmaßnahmen und Politiken zur Erhöhung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz. Der vorliegende Bericht knüpft an einen von der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz (EU-OSHA) entwickelten Ansatz an und ermittelt für Österreich die Folgekosten der tödlichen und nicht-tödlichen Unfälle und Erkrankungen, die auf Belastungen und gesundheitliche Risiken in der Arbeitswelt zurückzuführen sind. Eine umfassende Bewertung der arbeitsbedingten Krankheitslast berücksichtigt direkte, indirekte und intangible Kostenkomponenten.

Im Auftrag der Bundesarbeitskammer • März 2020 • 82 Seiten • 50 € • Kostenloser Download:
<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66519>

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung", 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

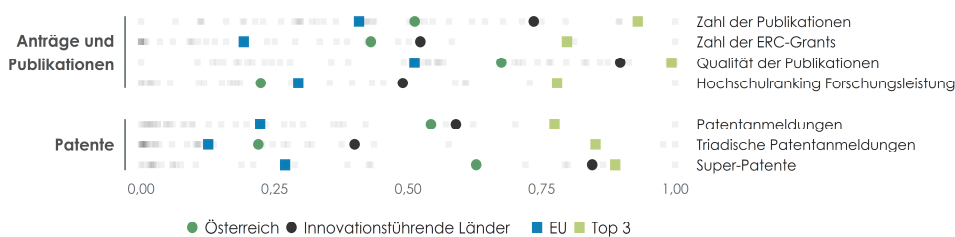
Wissensproduktion und Wissensverwertung in Österreich im internationalen Vergleich

Jürgen Janger, Anna Strauss-Kollin

- Wissensproduktion und -verwertung sind zentrale Bausteine für eine ökologisch nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. Die Analyse der Leistungsfähigkeit ist eine wichtige Basis für wirtschafts-politische Maßnahmen.
- Die monetären Ressourcen für Wissensproduktion und -verwertung (Bildungs-, Forschungs- und Entwicklungsausgaben) sind in Österreich hoch, teils im Bereich der drei weltweit führenden Länder. Der Kompetenzerwerb im Bildungssystem und die Verfügbarkeit von Hochschulabsolventen und -absolventinnen bleiben hingegen zurück, mit Ausnahme von MINT-Absolventen und -Absolventinnen.
- Österreich liegt in einem Vergleich von Indikatoren für die Wissensproduktion über dem Durchschnitt der EU, unter dem Durchschnitt der führenden Innovationsländer und deutlich unter dem Durchschnitt der weltweiten Top 3.
- Eine Leistungssteigerung sollte sich nicht nur am EU-Niveau, sondern an den weltweit führenden Ländern orientieren. Ansatzpunkte sind die Forschungsleistung an Hochschulen und die Start-up-Dynamik. Es wird herausfordernd, künftig Wissensproduktion und -verwertung nicht nur themenoffen, sondern in eine bestimmte Richtung zu steigern, etwa zur Bekämpfung des Klimawandels.

Indikatoren für die Wissensproduktion im internationalen Vergleich

Normierte Werte, jeweils letztverfügbares Jahr



Der Indikator "Anträge und Publikationen" misst die Leistungsfähigkeit von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, der Indikator "Patente" die Leistung von Unternehmen. In beiden Bereichen der Wissensproduktion weist Österreich ein deutliches Aufholpotential zu den führenden Innovationsländern der EU auf (Q: Scimago, European Research Council, European Innovation Scoreboard, CWTS Leiden Ranking, PATSTAT Herbst 2019, Weltbank, WIFO-Berechnungen).

"Bestehende international exzellente Forschungseinrichtungen und innovationsintensive Unternehmen erreichen (noch) nicht die notwendige Größe, um in national aggregierten Leistungsindikatoren sichtbar zu sein."

Wissensproduktion und Wissensverwertung in Österreich im internationalen Vergleich

Jürgen Janger, Anna Strauss-Kollin

Wissensproduktion und Wissensverwertung in Österreich im internationalen Vergleich

Österreich hat die monetären Ressourcen für die Wissensproduktion und -verwertung in den letzten Jahrzehnten auf ein Niveau über jenem der führenden Innovationsländer der EU gesteigert. Leistungsindikatoren etwa für Publikationen, Patente und innovationsintensive Start-ups weisen aber noch auf deutliche Aufholpotentiale hin, insbesondere im Vergleich mit weltweit führenden Ländern. Bestehenden exzellenten Forschungseinrichtungen oder innovationsintensiven Unternehmen fehlt es (noch) an Größe, um in der Gesamtleistung Österreichs sichtbar zu werden.

Knowledge Production and Utilisation in an International Comparison

In recent decades, Austria has increased its monetary resources for knowledge production and utilisation to a level above the leading innovation countries of the EU. However, performance indicators for publications, patents and innovation-intensive start-ups, for example, still point to significant catch-up potential, particularly in comparison with leading global countries. Existing excellent research institutions or innovation-intensive companies (still) lack the size to be visible in Austria's overall performance.

JEL-Codes: O31, O33 • **Keywords:** Innovationsleistung, FTI-Politik, Innovationsranking

Der vorliegende Beitrag baut auf einer WIFO-Studie im Auftrag des Rates für Forschung und Technologieentwicklung auf: Jürgen Janger, Anna Strauss-Kollin, Analyse der Leistungsfähigkeit des österreichischen Innovationssystems (September 2020, 94 Seiten, 60 €, kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66555>).

Begutachtung: Andreas Reinstaller • **Wissenschaftliche Assistenz:** Fabian Gabelberger (fabian.gabelberger@wifo.ac.at), Nicole Schmidt-Padickakudy (nicole.schmidt-padickakudy@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 6. 10. 2020

Kontakt: Mag. Dr. Jürgen Janger, MSc (juergen.janger@wifo.ac.at), Mag. Anna Strauss-Kollin (anna.strauss-kollin@wifo.ac.at)

1. Wissensproduktion und -verwertung als zentrale Zukunftsherausforderung

Wissensproduktion und -verwertung sind zentrale Bausteine für eine ökologisch nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Die Analyse der Leistungsfähigkeit in diesem Bereich ist eine wichtige Basis für wirtschaftspolitische Maßnahmen.

Der vorliegende Beitrag nimmt eine Standortbestimmung der Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft in den Bereichen Forschung, Technologie und Innovation vor. Dem Konzept von Janger – Kügler *et al.* (2017) folgend, werden neben Bestimmungs- oder Inputfaktoren von FTI-Aktivitäten Leistungen Österreichs in der Wissensproduktion und -verwertung untersucht (Abbildung 1). Der Analyserahmen lehnt sich damit an die Darstellung von Wirkungsketten an, wie sie in ökonomischen Produktionsfunktionen (Crepon – Duguet – Mairesse, 1998) oder Programmevaluierungen (Interventionslogik; McLaughlin – Jordan, 1999) eingesetzt werden¹⁾.

Wissensproduktion wird als Aufbau neuen Wissens definiert, kodifiziert durch Publikationen oder Patente. Die höchste Leistungs-

fähigkeit in der Produktion von Publikationen wird als "Wissenschaftsfrontier", im Bereich der Patente als "Technologiefrontier" bezeichnet. Für erstere ist die Forschungsleistung von Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen wichtiger, für letztere jene von Unternehmen²⁾. Für beide Leistungsdimensionen werden jeweils Quantitäts- und Qualitätsindikatoren gezeigt. Ein wichtiger Teil der Wissensproduktion, der Aufbau von implizitem oder stillem Wissen etwa in Form von Kompetenzerwerb, kann naturgemäß nicht gemessen werden. Dies schränkt die Beurteilung der Leistungsfähigkeit ein, da stilles Wissen von Unternehmen vermehrt genutzt wird, um Wettbewerbsvorteile zu erlangen, die mutmaßlich die steigende Produktivitätsdivergenz zwischen den weltweit erfolgreichsten und den anderen Unterneh-

¹⁾ Das Messkonzept ist nicht zu verwechseln mit einem linearen Innovationsmodell, in dem alle Innovationen ihren Ursprung in der Grundlagenforschung haben, sondern erfasst lediglich die für Innovationen relevanten Ressourcen, Aktivitäten und Ergebnisse mit dem Ziel, sie für eine Messung transparent zu machen.

²⁾ Unternehmen publizieren zwar auch (Camerani – Rotolo – Grassano, 2018) so wie Hochschulen auch

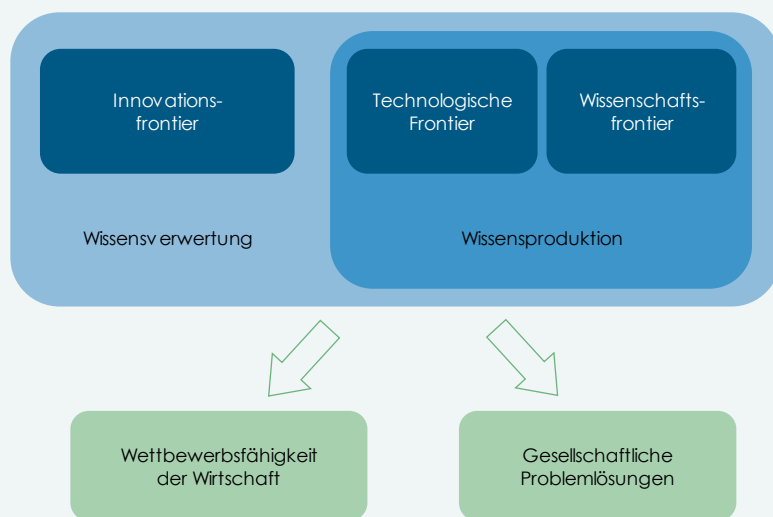
Patente anmelden (Reinstaller, 2020), der Anteil an der Gesamtproduktion ist aber jeweils gering. Häufiger sind hingegen Patente und Publikationen, die sich aus Kooperationen zwischen Unternehmen und Hochschulen ergeben.

men mitverursachen (Andrews – Criscuolo – Gal, 2016, Ederer et al., 2020)³).

Eine Produktivitätswirkung setzt aber die effektive Verwertung des neuen Wissensbestandes voraus. Unternehmen investieren in Forschung und Entwicklung sowie weitere Innovationsaktivitäten, um sich damit einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen, etwa durch neue Produkte oder durch niedrigere Kosten aufgrund neuer Produktionsprozesse. In hochentwickelten Volkswirtschaften, an der Produktivitätsfrontier, wird Innovation empirisch belegt zu einer dominanten Wettbewerbsstrategie von Unternehmen (Aghion – Howitt, 2006, Hölzl – Janger, 2014, Kügler

et al., 2020), da Wettbewerbsvorteile kaum mehr über Imitation oder Kostensenkungen zu erzielen sind. Die Innovationsfrontier bezeichnet die höchste Leistungsfähigkeit, Wissen und Technologie in ökonomische Erfolge umzuwandeln, und wird durch zwei Arten von Indikatoren gemessen: zum einen durch Indikatoren, die **Strukturwandel abbilden** (z. B. Entwicklung des Anteils der Wertschöpfung wissensintensiver Branchen an der gesamten volkswirtschaftlichen Leistung) und zum anderen durch Indikatoren für **Upgrading** (Verbesserung eines Landes entlang der Qualitätsleiter einer Branche) oder das erfolgreiche Vordringen in wissensintensivere Bereiche innerhalb einer Branche.

Abbildung 1: **Konzept zur Leistungsmessung in der Wissensproduktion und -verwertung**



Q: Angepasst aus Janger – Kügler et al. (2017).

Wissensproduktion und -verwertung stehen aber längst nicht mehr nur im Dienst der Wohlstandsmaximierung, sie sind ebenso ein unverzichtbarer Bestandteil der Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen wie etwa des Klimawandels oder der Digitalisierung. Thematisch orientierte Indikatoren können dies teils messen (z. B. Produktivität in bestimmten Branchen), oftmals stehen aber spezifische technologische oder gesellschaftliche Leistungen im Vordergrund. Im vorliegenden Beitrag wird auf die Literatur zur Messung der Leistungsfähigkeit in herausfordernden Bereichen verwiesen (Bock-Schappelwein – Firgo – Kügler, 2020, Hölzl et al., 2019, Kettner-Marx et al., 2020, Janger – Strauss-Kollin, 2020). Die Brisanz der Herausforderungen führt Foray – Phelps, (2011) zur Beobachtung, dass es nicht mehr nur ausreichte, die Geschwindigkeit des technologischen Fortschrittes themenoffen, d. h. gleichgültig in welche Richtung zu fördern,

sondern dass es die Herausforderung für FTI-Politik sei, die Geschwindigkeit des Fortschrittes in eine bestimmte Richtung, themenspezifisch, zu erhöhen.

Wenn sich Österreich die nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft zum Ziel setzt, dann ist eine entsprechend hohe Leistung in der Wissensproduktion und -verwertung ein wichtiger Baustein einer positiven Entwicklung sowohl hinsichtlich wirtschaftlicher Leistungsmerkmale wie Einkommen pro Kopf und Beschäftigung als auch hinsichtlich der Kompatibilität dieser Wirtschaftsentwicklung mit Nachhaltigkeitszielen. Eine aktuelle Standortbestimmung der Leistung Österreichs im internationalen Vergleich bietet eine wichtige Analysebasis für die Konzeption FTI-politischer Maßnahmen, die solche Leistungssteigerungen zum Ziel haben⁴).

³) Eine Approximation ist nur etwa anhand von F&E-Ausgaben möglich, die im vorliegenden Beitrag dargestellt werden.

⁴) Weitere Analysen der Leistungsfähigkeit Österreichs finden sich bei BMBWF – BMVIT – BMDW (2019), OECD (2018), Rat für Forschung und Technologieentwicklung (2020).

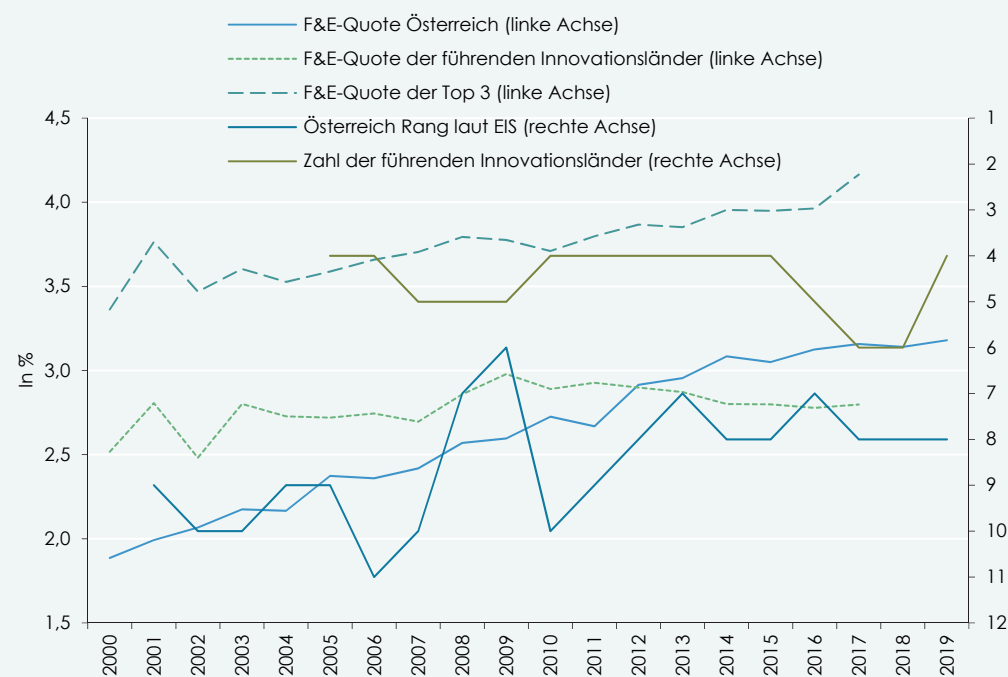
Eine Steigerung der F&E-Ausgaben allein reicht nicht für eine nachhaltige Verbesserung der Wissensproduktion und -verwertung aus.

2. Bestimmungsfaktoren im internationalen Vergleich

Das Ziel einer Steigerung der F&E-Quote auf 3,76% des BIP und des Aufschließens zur Innovationsspitze der EU-Länder wurde in Österreich bisher nicht erreicht – beides dezierte Ziele der FTI-Strategie 2020 (Österreichische Bundesregierung, 2011). Abbildung 2 zeigt auf der linken Achse die Entwicklung der F&E-Quote in Österreich und im Durchschnitt der führenden Innovationsländer der EU (Dänemark, Finnland, Niederlande und Schweden) laut European Innovation Scoreboard (EIS)⁵⁾. Auf der rechten Achse wird die Rangentwicklung Österreichs im EIS gezeigt sowie der jeweils letzte Rang

der Gruppe der führenden Innovationsländer (d. h. der Rang, der für eine Zugehörigkeit zur Gruppe der führenden Innovationsländer ausreichend gewesen wäre). Österreichs F&E-Quote übertraf jedoch im Jahr 2017 jene der führenden Innovationsländer um knapp 0,4 Prozentpunkte des BIP. Die Intensivierung der F&E-Ausgaben reichte nicht aus, um zur Gruppe der führenden Länder aufzuholen, obwohl die F&E-Ausgaben auch zu den Indikatoren des EIS zählen⁶⁾: Eine Steigerung der F&E-Ausgaben allein reicht nicht für eine nachhaltige Verbesserung der Wissensproduktion und -verwertung aus.

Abbildung 2: Entwicklung der F&E-Quote und Österreichs Rang im European Innovation Scoreboard



Q: European Innovation Scoreboard, Eurostat, Statistik Austria.

Abbildung 3 zeigt eine breitere Auswahl an direkten Bestimmungsfaktoren, neben monetären auch Humanressourcen sowie einen Indikator zu Innovationskooperationen. Jeder Indikator visualisiert die Werte aller verfügbaren Länder, die zwischen 0 und 1 normalisiert wurden⁷⁾. Die Länderabdeckung variiert je nach Indikator, versucht aber grundsätzlich alle EU- und OECD-Länder zu erfassen sowie weitere aufstrebende Volkswirtschaften wie z. B. China. Als Aggregate finden sich die EU, die führenden

Innovationsländer laut EIS 2020 sowie die jeweiligen Top 3 pro Indikator. Aktuelle Absolutwerte für Österreich und die Top 3 pro Indikator fassen gemeinsam mit der Zahl der verfügbaren Länder und der Zeitreihe die Übersichten 1 bis 3 zusammen, die Übersichten 4 bis 6 erläutern die Indikatoren näher. Für Österreich wurde auch ein Trend über die Zeit berechnet; aufgrund der Normalisierung der Werte ist dies kein Trend der tatsächlichen Werte Österreichs, sondern relativ zur Entwicklung der anderen Länder des

⁵⁾ Das EIS enthält Indikatoren zu Bestimmungsfaktoren, zur Wissensproduktion und zur Wissensverwertung.

⁶⁾ Die Methodik des EIS wurde über die Jahre stark verändert, sodass die Abbildung nicht als Entwicklung der Innovationsleistungsfähigkeit Österreichs über die Zeit zu interpretieren ist. Sie zeigt jedoch, dass Österreich gemessen an seiner Leistungsfähigkeit der

Wissensproduktion und Wissensverwertung nach vielen unterschiedlichen Methoden und Indikatorensets noch nie in der Gruppe der führenden Länder zu finden war.

⁷⁾ Die Normalisierung wird in Janger – Strauss-Kollin (2020) beschrieben.

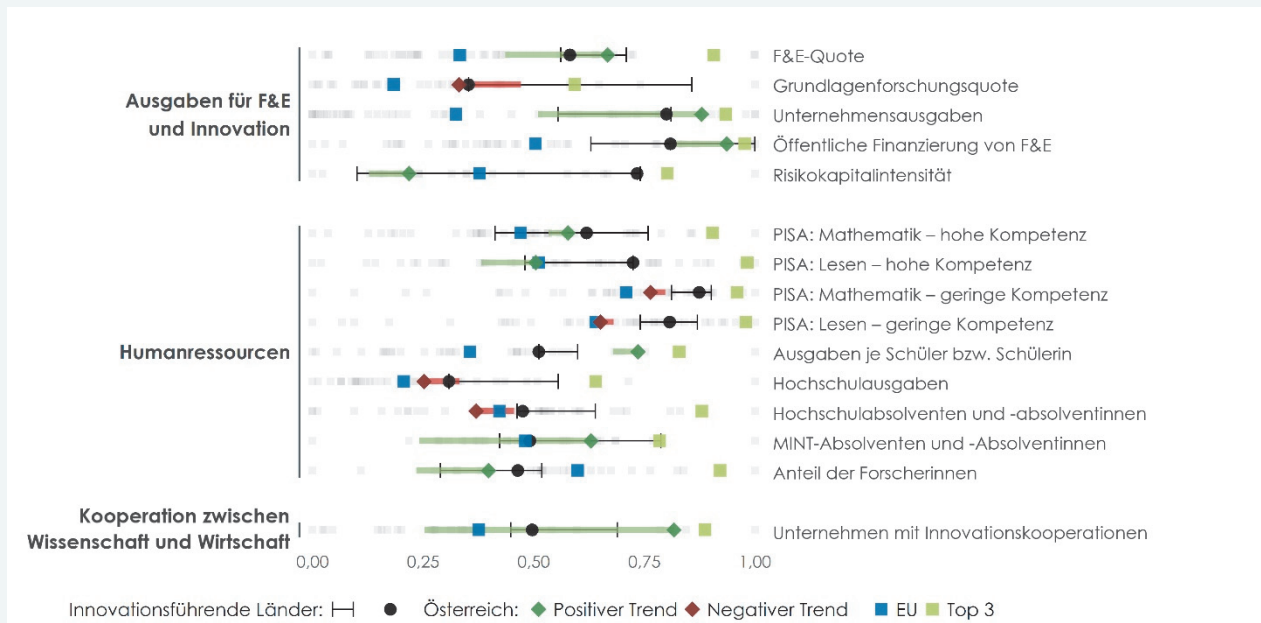
jeweiligen Indikators. Dies ist jedoch gewünscht, da auch das Konzept einer Frontier von einer relativen und nicht einer absoluten Spitze ausgeht. Der Datenpunkt für Österreich ist entsprechend dem Trend rot oder grün.

Gemessen an den monetären Ausgaben für F&E und Innovation liegt Österreich außer in Bezug auf die Risikokapitalintensität immer über dem Durchschnitt der EU, gemessen an der F&E-Quote, den F&E-Ausgaben der Unternehmen in % des BIP und der öffentlichen

Finanzierung von F&E auch über den Werten der führenden Innovationsländer. Hinsichtlich der letzteren zwei Indikatoren gehört Österreich sogar zu den Top 3 mit dem 3. Rang weltweit. Der weit unterdurchschnittliche Wert der Risikokapitalintensität kontrastiert damit deutlich. Allerdings schneidet hinsichtlich dieses Indikators die EU insgesamt gegenüber etwa den USA schlecht ab. Die Entwicklung folgt in allen Bereichen bis auf die Grundlagenforschungsquote einem steigenden Trend.

Abbildung 3: **Bestimmungsfaktoren für die Leistungsfähigkeit in der Wissensproduktion und Wissensverwertung**

Normierte Werte, jeweils letzter verfügbares Jahr



Q: Quellen, Indikatordetailwerte und -erläuterung in den Übersichten 1 und 2.

Die Humanressourcen bieten ein wesentlich differenzierteres Bild. Beide Dimensionen im Sekundarbereich – Anteile der Schüler und Schülerinnen mit Spitzen- und bloß Basiskompetenzen – werden abgebildet, da sie unterschiedlich relevant für die Wissensproduktion und -verwertung sein können: Spitzenkompetenzen weisen auf Potential auch für fortgeschrittene wissenschaftliche Leistungen hin, ein Niveau zumindest über den Basis-kompetenzen kann als Potential verstanden werden, neues Wissen im Berufsleben zu absorbieren und einzusetzen. Fehlen sogar Basiskompetenzen wie sinnerfassendes Lesen, dann wird etwa die Bewältigung neuer Querschnittstechnologien wie z. B. der Digitalisierung schwierig, mit Konsequenzen auch für die Produktivitätswirkung neuer Technologien in Österreich.

Gemessen an den Ausgaben je Schüler und Schülerin im Sekundarbereich liegt Österreich sogar unter den Top 3 nach Luxemburg und der Schweiz. Hinsichtlich der Leistungen erreicht Österreich aber nur im Fall von Mathematik (hohes Kompetenzniveau) knapp das Niveau der führenden EU-Länder. In den drei anderen Bereichen ist der EU-Durchschnitt näher als der der führenden Innovationsländer. Der Anteil der Schüler und Schülerinnen mit niedrigem Kompetenzniveau hat in Österreich sogar steigende Tendenz. Laut Kügler et al. (2020) steht für Industrieunternehmen in Österreich die Verbesserung des Bildungssystems an dritter Stelle unter den Faktoren, die zur Standort-sicherung Österreichs notwendig wären.

Die monetären Ressourcen für die Wissensproduktion und -verwertung (Bildungs- sowie F&E-Ausgaben) sind in Österreich hoch, gehören teils zu den weltweiten Top 3. Der Kompetenzerwerb im Bildungssystem und der Anteil der Hochschulabsolventen und -absolventinnen bleiben dagegen zurück, mit Ausnahme von MINT-Fächern.

Übersicht 1: Leistungsfähigkeit von Forschung und Innovation in Österreich im internationalen Vergleich – Bestimmungsfaktoren

	Zeitbereich	Ausgangswert	Aktuellster Wert	Vergleichsländergruppen = 100 ¹⁾			Veränderung über den Zeitbereich		Top 3	Verfügbare Länder
				EU	Innovationsführende Länder	Top 3	In % p. a.	Differenz zu den innovationsführenden Ländern in Prozentpunkten		
Ausgaben für Forschung, Entwicklung und Innovation²⁾										
F&E-Quote	2000/2017	1,9	3,2	180,1	112,9	75,8	+ 1,27	+ 1,29	KR, IL, SE	38
Grundlagenforschungsquote	2002/2017	0,4	0,5	156,3	95,1	61,2	+ 2,67	+ 2,39	CH, KR, DK	33
Unternehmensausgaben für F&E	2002/2018	0,4	1,1	260,5	109,7	94,3	+ 6,04	+ 2,49	SE, DK, AT	41
Öffentliche Finanzierung von F&E	2000/2017	0,7	0,9	161,2	112,6	96,6	+ 0,21	+ 0,21	KR, NO, AT	38
Risikokapitalintensität ³⁾	2007/2018	0,3	0,2	59,7	31,4	28,8	- 0,09	- 0,03	DK, NL, UK	22
Humanressourcen										
PISA: Mathematik – hohe Kompetenz	2003/2018	14,3	12,6	121,7	93,4	64,8	- 1,72	+ 4,98	KR, NL, JP	41
PISA: Lesen – hohe Kompetenz	2000/2018	7,5	7,2	98,8	70,6	52,5	- 0,22	+ 1,17	CA, FI, NZ	41
PISA: Mathematik – geringe Kompetenz ⁴⁾	2003/2018	18,8	21,1	112,1	76,0	57,3	+ 2,31	- 1,13	EE, JP, DK	41
PISA: Lesen – geringe Kompetenz ⁴⁾	2000/2018	19,3	23,6	101,6	76,2	50,0	+ 4,31	- 1,46	EE, IE, CN	42
Ausgaben je Schüler bzw. Schülerin ⁵⁾	2012/2016	21,5	23,6	167,7	126,5	91,0	+ 2,41	- 0,24	LU, CH, AT	31
Hochschulausgaben ⁶⁾	2000/2016	10,9	18,4	112,4	87,9	51,5	+ 3,36	+ 0,34	LU, US, CA	35
Hochschulabsolventen und -absolventinnen ⁶⁾	2004/2018	30,5	40,5	94,4	89,3	63,2	+ 9,98	- 3,28	KR, CA, JP	38
MINT-Absolventen und -absolventinnen ⁶⁾	2000/2017	7,2	22,0	124,3	122,2	83,1	+ 14,80	+ 8,08	IE, FR, PL bzw. UK	33
Anteil der Forscherinnen ⁷⁾	2002/2015	20,7	29,5	81,3	89,7	59,7	+ 8,78	+ 5,05	LV, LT, RO	32
Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft⁷⁾										
Unternehmen mit Innovationskooperationen	2004/2016	10,0	23,2	174,1	144,8	93,7	+ 13,19	+ 16,31	UK, FI, AT	32

Q: WIFO-Darstellung. – ¹⁾ Werte über 100 . . . höhere Leistung Österreichs, Werte unter 100 . . . niedrigere Leistung Österreichs. Dunkelgrün: ab 110, Mittelgrün: 100 bis unter 110, Hellgrün: 90 bis unter 100, Hellblau: 75 bis unter 90, Dunkelblau: unter 75. – ²⁾ Q: OECD MSTI. – ³⁾ Q: Invest Europe. – ⁴⁾ Vergleich mit Ländergruppen: invertiert. – ⁵⁾ Q: Eurostat. – ⁶⁾ Q: OECD. – ⁷⁾ Q: Eurostat CIS.

Im tertiären Bereich befinden sich die Hochschulausgaben je Studierenden oder Studierende unter dem Niveau der führenden Länder, mit rückläufigem Trend. Allerdings ist hier auf zahlreiche Messunschärfen wie etwa prüfungsinaktive Studierende hinzuweisen⁸⁾. Der Anteil der Absolventen und Absolventinnen an der Bevölkerung (in einer breiten Definition, die auch die letzten zwei Stufen der BHS einschließt) ist niedriger als im Durchschnitt der EU, auch das neben der Risikokapitalintensität seit langem unverändert. Wesentlich besser schneidet Österreich hinsichtlich des breit definierten Anteils der MINT-Absolventen und -Absolventinnen ab, vor allem aufgrund der Schulform der Höheren Technischen Lehranstalten; die Entwicklung war hier zudem sehr dynamisch. Der Anteil der Forscherinnen am gesamten Forschungspersonal ist sowohl in Österreich, das hier aber aufholt, als auch in den führenden Innovationsländern niedrig. Einen

Spitzenwert unter den verfügbaren Top 3 erzielt Österreich hingegen in Bezug auf den Anteil der Unternehmen, die mit Hochschulen kooperieren. Wurde hier Ende der 1990er-Jahre eine Schwäche Österreichs diagnostiziert (Stampfer, 2000), so wandelte sich diese mittlerweile in eine Stärke, wohl nicht zuletzt durch beständige und intensive Förderung etwa über Förderprogramme wie z. B. K-plus oder den Nachfolger COMET.

Die Bestimmungsfaktoren für Wissensproduktion und -verwertung sind noch wesentlich breiter als die hier gezeigten. Sie sind komplexe Phänomene, deren vielfältige Einflussfaktoren wohl am umfassendsten in der Theorie der Nationalen Innovationssysteme erfasst werden (Lundvall, 2010). So fehlen aus Platzgründen wichtige Rahmenbedingungen wie die Produktmarkt- und Kapitalmarktregulierung⁹⁾ oder die Entwicklung der immateriellen Investitionen (neben F&E auch

⁸⁾ Für eine genaue Diskussion, siehe Janger et al. (2017A).

⁹⁾ Eine aktuelle Übersicht bieten Janger – Strauss-Kollin (2020).

Investitionen in Software, Lizenzen usw.). Hier liegt Österreich gegenüber den führenden

Ländern zurück (Friesenbichler – Bilek-Steindl – Glocker, 2020).

Übersicht 2: Indikatoren zur Leistungsfähigkeit von Forschung und Innovation im internationalen Vergleich – Bestimmungsfaktoren

	Beitrag zur Wissensproduktion	Quelle	Definition
Ausgaben für Forschung, Entwicklung und Innovation			
F&E-Quote	Input	OECD MSTI	F&E-Ausgaben (GERD), in % des BIP
Grundlagenforschungsquote	Input	OECD MSTI	Grundlagenforschungsausgaben in % des BIP, laut Definition des OECD-Frascati-Manual
Unternehmensausgaben für F&E	Input	OECD MSTI	F&E-Ausgaben im Sektor Unternehmen, in % des BIP
Öffentliche Finanzierung von F&E	Input	OECD MSTI	Öffentliche Finanzierung von FTI im internationalen Vergleich (Anteil GERD finanziert von öffentlichen Stellen), in % des BIP
Risikokapitalintensität	Input	Invest Europe	Risikokapital in % des BIP, laut Marktstatistik
Humanressourcen			
PISA: Mathematik – hohe Kompetenz	Output	PISA	Anteil der 15-jährigen Schüler und Schülerinnen mit hoher Kompetenz in Mathematik an allen gleichaltrigen Schülern und Schülerinnen in %
PISA: Lesen – hohe Kompetenz	Output	PISA	Anteil der 15-jährigen Schüler und Schülerinnen mit hoher Kompetenz in Lesen an allen gleichaltrigen Schülern und Schülerinnen in %
PISA: Mathematik – geringe Kompetenz	Output	PISA	Anteil der 15-jährigen Schüler und Schülerinnen mit geringer Kompetenz in Mathematik an allen gleichaltrigen Schülern und Schülerinnen in %
PISA: Lesen – geringe Kompetenz	Output	PISA	Anteil der 15-jährigen Schüler und Schülerinnen mit geringer Kompetenz in Lesen an allen gleichaltrigen Schülern und Schülerinnen in %
Ausgaben pro Kopf	Input	Eurostat	Öffentliche Ausgaben für Bildung pro Kopf (Schüler bzw. Schülerinnen, Studierende) basierend auf Vollzeitäquivalenten, in 1.000 Kaufkraftstandards
Hochschulausgaben	Input	OECD Education at a Glance	Öffentliche und private Ausgaben für Hochschulen (ISCED 6 bis 8) pro Kopf (Studierende), in 1.000 Kaufkraftstandards
Hochschulabsolventen und -absolventinnen	Output	OECD	Anteil der 25- bis 34-jährigen Hochschulabsolventen und -absolventinnen an der gleichaltrigen Bevölkerung in %
MINT-Absolventen und -Absolventinnen	Output	Eurostat	20- bis 29-Jährige mit Tertiärabschluss in naturwissenschaftlichen und technologischen Fachrichtungen (ISCED 5 bis 8) in % der gleichaltrigen Bevölkerung
Anteil der Forscherinnen	Input	OECD MSTI	Anteil der Frauen am wissenschaftlichen Forschungspersonal in allen Wirtschaftsbereichen in %
Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft			
Unternehmen mit Innovationskooperationen	Input	Eurostat CIS	Anteil der Unternehmen, die mit Hochschulen oder außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Innovationsprojekten kooperieren, an allen Unternehmen in %

Q: WIFO-Darstellung.

3. Wissensproduktion im Vergleich

Der Vergleich der Wissensproduktion anhand der Zahl der bewilligten Förderanträge, der Publikationen und Patente (d. h. der kodifizierten Wissensproduktion) ist übersichtlicher als für die wesentlich vielfältigere Landschaft der Bestimmungsfaktoren und der herausfordernden Messbarkeit der Wissensverwertung, auch aufgrund der guten Datenlage im Bereich Patente und Publikationen¹⁰⁾. Für das Abschneiden bei ERC-Grants und Publikationen ist die Leistungsfähigkeit des Hochschul- und außeruniversitären Forschungssektors bedeutsamer als jene des Unternehmenssektors. Hier zeigt sich meist das Muster einer Leistung Österreichs über dem Durchschnitt der EU, aber unter

den führenden Innovationsländern sowie mit großem Abstand zu den weltweiten Top 3.

Eine Ausnahme ist der Indikator Hochschulranking Forschungsleistung (Leistung unter dem Durchschnitt der EU), der die Ränge der österreichischen Universitäten im rein bibliometrischen Leiden Ranking auf einen Wert aggregiert und dabei Platzierungen in den vorderen Ranggruppen höher gewichtet. Das Ergebnis spiegelt teils die Struktur der akademischen Forschung in Österreich wider, in der viele Universitäten keinen hohen Rang erreichen, während außeruniversitäre Forschungseinrichtungen mit exzellenter Forschungsleistung wie das IST Austria oder

¹⁰⁾ Die nicht kodifizierte Wissensproduktion, d. h. implizites oder stilles Wissen, kann hingegen nur approximiert werden.

Österreich liegt in einem Vergleich von Indikatoren für die Wissensproduktion über dem Durchschnitt der EU, unter dem Durchschnitt der führenden Innovationsländer und deutlich unter dem Durchschnitt der weltweiten Top 3.

Institute der Österreichischen Akademie der Wissenschaften wie z. B. das IMBA (noch) zu klein sind, um in den Rankings aufzuscheinen. Sehr wohl sichtbar sind diese Einrichtungen im Bereich der ERC-Grants, hier kommt Österreichs Performance jener der führenden Länder näher. Laut Indikatoren, für die die Gesamtleistung des Systems ausschlaggebend ist, wie z. B. die Qualität der Publikationen insgesamt, gibt es zwar hervorragende Forschungsgruppen, diese weisen aber einen zu geringen Anteil am wissenschaftlichen Personal auf, um in den auf Landesebene aggregierten Indikatoren sichtbar zu sein. Die Trends sind durchwegs und teils stark positiv.

Fehlen für eine hohe Leistungsfähigkeit im Bereich Publikationen große forschungsstarke Universitäten oder außeruniversitäre Einrichtungen, so fehlen für die Leistungsfähigkeit im Bereich der "triadischen Patente" (Anmeldungen bei den Patentämtern der EU, der USA und Japans) große heimische innovationsintensive Unternehmen etwa in der Pharma- oder Computerindustrie¹¹⁾. Gemessen an der Zahl der Patentanmeldungen nur beim Europäischen Patentamt weist Österreich jedoch einen positiven Trend auf, der der durchschnittlichen Performance der führenden Innovationsländer nahekommt. Auch Österreichs Leistungsfähigkeit im Bereich der "Super-Patente" (Reinstaller – Reschenhofer, 2017), die technologisch besonders bedeutsam sind, übersteigt in den letzten Jahren den EU-Durchschnitt deutlich.

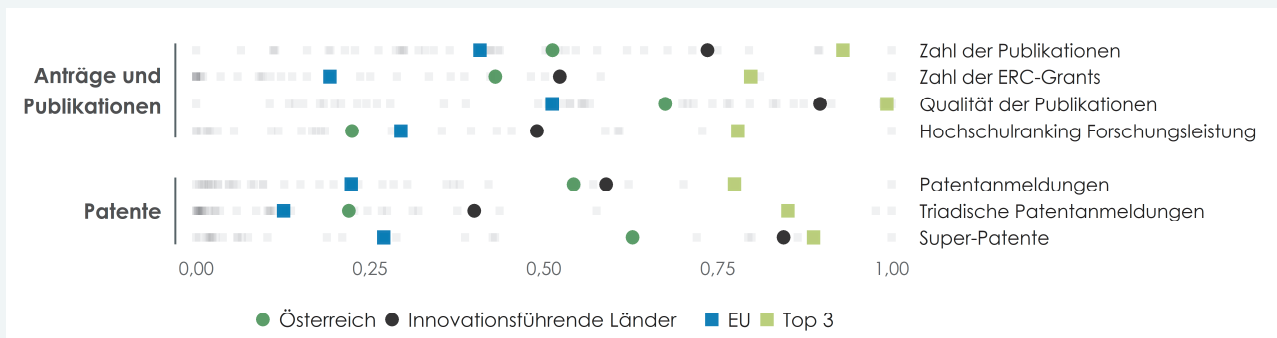
Zu den jeweiligen Top 3 gehört sowohl in Bezug auf Publikationen als auch auf Patente sehr oft die Schweiz, die sowohl forschungsstarke Universitäten als auch eine hohe

Spezialisierung auf wissensintensive Branchen wie z. B. die Pharmaindustrie aufweist. Die Niederlande gehören häufig zu den Top 3 bezüglich Publikationen, während im Bereich der Patente Länder mit bedeutender Industrie wie z. B. Schweden, Deutschland und Japan voranliegen. Die USA zählen relativ zur Landesgröße nicht zu den Top 3. Dennoch würden die USA in einer nicht größenkalibrierten Betrachtungsweise gemessen an den meisten Indikatoren (außer ERC-Grants) den ersten Platz einnehmen.

Angesichts der in Österreich sehr hohen öffentlichen Finanzierung von F&E (Kapitel 2) wurde die Wirkung der Ausgaben bzw. ihre Effizienz und Effektivität in den letzten Jahren diskutiert (Janger – Kügler, 2018, OECD, 2018). Abbildung 5 zeigt einen Input-Indikator, die F&E-Quote, im Vergleich mit der Entwicklung der Zahl der Patentanmeldungen und der Qualität der Publikationen (ein Vergleich mit der Zahl der Publikationen würde ein ähnliches Ergebnis liefern). In Bezug auf die F&E-Quote holte Österreich deutlich auf, weniger stark hinsichtlich der Zahl der Patentanmeldungen und kaum in Bezug auf die Qualität der Publikationen. Andere Indikatoren würden ein teils anderes Bild ergeben, z. B. die Zahl der triadischen Patente ein schlechteres als die der EPA-Anmeldungen, die Zahl der ERC-Grants ein besseres als die Qualität der Publikationen insgesamt. Effizienzanalysen benötigen daher umfassende Analysen, die etwa eigene statistische Verfahren einsetzen, um Bündel an Input- und Outputindikatoren berücksichtigen zu können. In solchen Analysen zeigt sich in der Regel eine durchschnittliche Effizienz Österreichs im Mittelfeld der EU-Länder (Janger – Kügler, 2018).

Abbildung 4: Leistungsfähigkeit in der Wissensproduktion

Normierte Werte, jeweils letztverfügbares Jahr



Q: Quellen, Indikatorendetailwerte und -erläuterung in den Übersichten 3 und 4.

¹¹⁾ Die Anmeldung an drei großen Patentämtern weist auf eine besonders große potentielle kommerzielle Bedeutung triadischer Patente hin, die die hohen Kosten

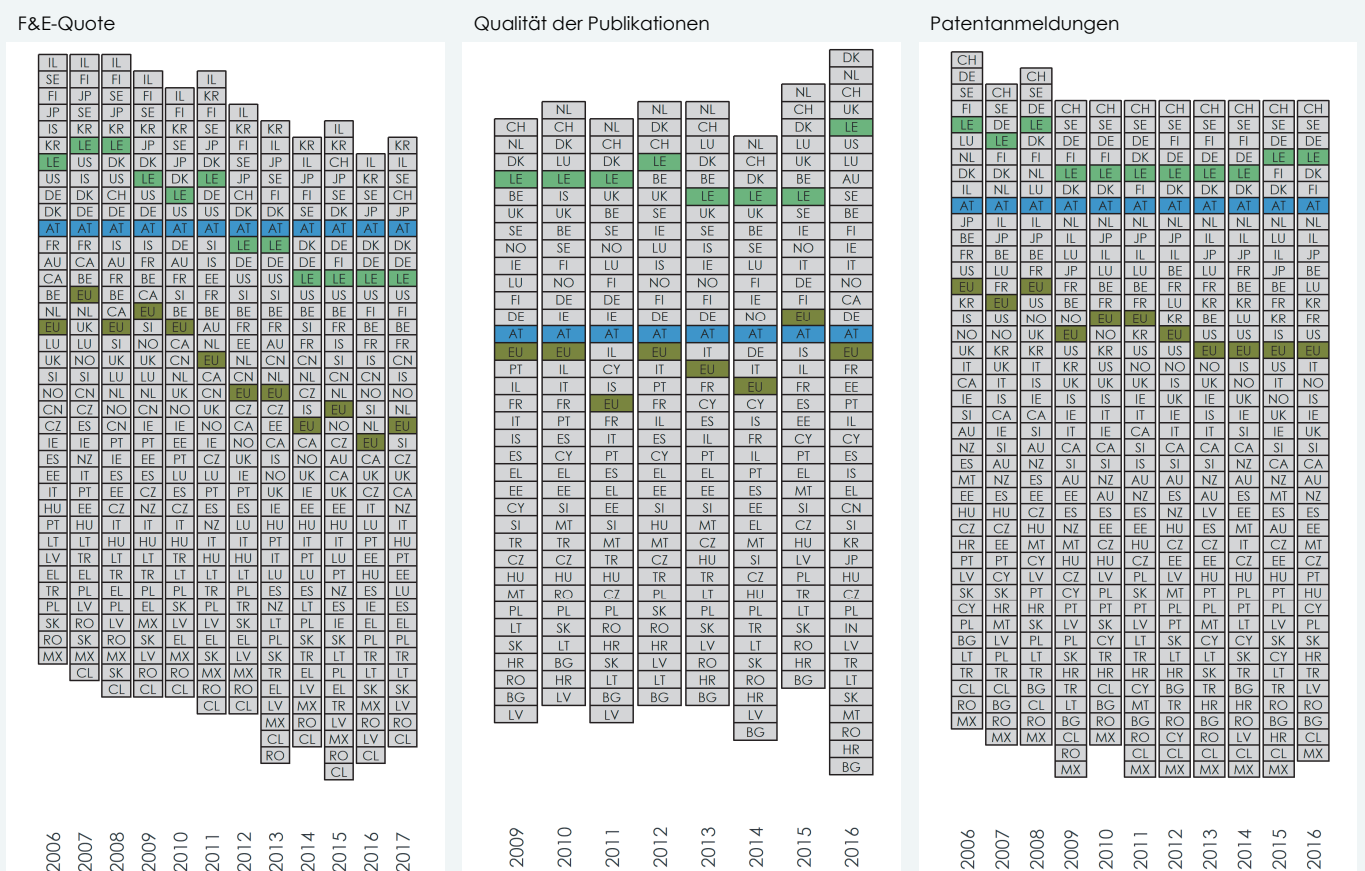
solcher Anmeldungen rechtfertigt (Unterlass – Hranyai – Reinstaller, 2013).

Übersicht 3: Leistungsfähigkeit von Forschung und Innovation in Österreich im internationalen Vergleich – Wissensproduktion

	Zeitbereich	Ausgangswert	Aktuellster Wert	Vergleichsländergruppen = 100 ¹⁾			Veränderung über den Zeitbereich		Top 3	Verfügbare Länder
				EU	Innovationsführende Länder	Top 3	In % p. a.	Differenz zu den innovationsführenden Ländern in Prozentpunkten		
Anträge und Publikationen										
Zahl der Publikationen ²⁾	2005/2018	1,6	2,6	123,4	71,1	56,8	+ 3,79	+ 0,12	CH, IS, DK	41
Zahl der ERC-Grants ³⁾	2009/2017	1,7	3,4	223,5	82,3	53,9	+ 9,27	- 1,98	CH, IL, NL	33
Qualität der Publikationen ⁴⁾	2009/2016	10,7	11,5	122,7	79,8	73,4	+ 0,77	- 0,08	D, N, CH	40
Hochschulranking Forschungsleistung ⁵⁾	2009/2017	51.672	73.671	76,1	45,7	28,8	+ 4,53	+ 1,99	CH, NL, AU	26
Patente⁶⁾										
Patentanmeldungen	2000/2016	0,1	0,2	242,5	92,1	70,2	+ 2,35	+ 2,27	CH, SE, DE	40
Triadische Patentanmeldungen	2000/2016	0,038	0,025	174,2	55,0	25,9	- 2,54	+ 0,16	JP, CH, NL	40
Super-Patente	2000/2017	1,2	1,8	226,4	74,7	71,1	+ 2,45	+ 3,55	SE, FI, DE	28

Q: WIFO-Darstellung. – 1) Werte über 100 . . . höhere Leistung Österreichs, Werte unter 100 . . . niedrigere Leistung Österreichs. Dunkelgrün: ab 110, Mittelgrün: 100 bis unter 110, Hellgrün: 90 bis unter 100, Hellblau: 75 bis unter 90, Dunkelblau: unter 75. – 2) Q: Scimago. – 3) Q: European Research Council. – 4) Q: European Innovation Scoreboard. – 5) Q: CWTS Leiden Ranking, WIFO-Berechnungen. – 6) Q: PATSTAT, Herbst 2019, Weltbank, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 5: Österreichs Rang hinsichtlich der F&E-Quote, Patentanmeldungen und Qualität der Publikationen im zeitlichen Verlauf



Q: OECD; European Innovation Scoreboard; PATSTAT, Herbst 2019; Weltbank; WIFO-Berechnungen. LE . . . Durchschnitt der führenden Innovationsländer.

Übersicht 4: Indikatoren zur Leistungsfähigkeit von Forschung und Innovation im internationalen Vergleich – Wissensproduktion

	Beitrag zur Wissensproduktion	Quelle	Definition
Anträge und Publikationen			
Zahl der Publikationen	Output	Scimago	Zahl der zitierfähigen Publikationen je 1.000 Einwohner und Einwohnerinnen
Zahl der ERC-Grants	Output	European Research Council	Zahl der ERC-Grants je Einwohner und Einwohnerin
Qualität der Publikationen	Output	European Innovation Scoreboard	Zahl der Publikationen unter den meistzitierten 10% weltweit
Hochschulranking Forschungsleistung	Output	CWTS Leiden-Ranking, WIFO-Berechnungen	Zahl der Hochschulen Österreichs in groben Ranggruppen (1 bis 50, 51 bis 100, 101 bis 200, 201 bis 300) im Leiden-Ranking relativ zur Landesgröße (Zahl der Hochschulen je 10 Mio. Einwohner und Einwohnerinnen, gewichtet mit den Ranggruppen: je besser die Ranggruppe, desto höher das Gewicht)
Patente			
Patentanmeldungen	Output	PATSTAT, Herbst 2019, Weltbank, WIFO-Berechnungen	Patentanmeldungen am EPA nach Wohnsitz des Erfinders bzw. der Erfinderin, je 1.000 Einwohner und Einwohnerinnen
Triadische Patentanmeldungen	Output	PATSTAT, Herbst 2019, Weltbank, WIFO-Berechnungen	Patentanmeldungen an EPA, JPO und USPTO nach Wohnsitz des Erfinders bzw. der Erfinderin, je 1.000 Einwohner und Einwohnerinnen
Super-Patente	Output	PATSTAT, Herbst 2019, Weltbank, WIFO-Berechnungen	Bahnbrechende Erfindungen, Rangwerte (Pagerank), relativ zur EU

Q: WIFO-Darstellung.

4. Ökonomische Wirkung im Vergleich – Wissensverwertung

Um ökonomische Effekte der Wissensproduktion international zu vergleichen, werden solche unterschieden, die ein Upgrading bestehender Branchen bzw. Unternehmen bewirken, und solche, die einen Strukturwandel in Richtung wissensintensiverer Branchen mit sich bringen (*Janger – Schubert et al., 2017*). Neues Wissen kann demnach dazu eingesetzt werden, in bestehenden Branchen auf die "Qualitätsleiter" höher zu steigen, etwa durch eine Modernisierung der Produkte oder eine Steigerung des Technologiegehaltes¹²⁾. Neues Wissen kann aber auch das Wachstum wissensintensiver Branchen bewirken, etwa von innovationsintensiven Start-ups.

Österreichs Industriestruktur war bisher von einer Spezialisierung auf traditionellere, weniger innovationsintensive Branchen geprägt, was auch als österreichisches Paradoxon bezeichnet wurde (makroökonomischer Erfolg etwa gemessen an Einkommen und Produktivität in "alten Strukturen"; *Janger, 2012, Peneder, 2001*). Erfolgreiches Upgrading ist ein Erklärungsansatz für diese Beobachtung. Umgekehrt ist der Strukturwandel in Richtung wissensintensiver Aktivitäten seit jeher nur schwach ausgeprägt, mit einer auch im europäischen Vergleich schwachen Dynamik innovationsintensiver Jungunternehmen.

¹²⁾ So entwickelte sich etwa die voestalpine aufgrund des intensiven Einsatzes von Forschung, Entwicklung

Nach aktuellen Zahlen zur Exportqualität und -komplexität zählt Österreich im Bereich Upgrading weiterhin zur Spitze. Die Exportkomplexität ist in Österreich sogar höher als in den führenden Innovationsländern, die Exportqualität zwar knapp niedriger, aber mit nur geringem Abstand zu den weltweiten Top 3 (Schweden, Finnland, Deutschland). Allerdings könnte in manchen Bereichen das Ende der Qualitätsleiter erreicht sein, es scheint wegen der Konkurrenz aufstrebender Volkswirtschaften weniger als früher zu gelingen, zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit in noch höhere Preis- bzw. Qualitätssegmente vorzustoßen (*Reinstaller – Friesenbichler, 2020*).

Die Indikatoren für Strukturwandel zeigen ein sehr gemischtes Bild. Der Anteil von schnell wachsenden Jungunternehmen (Gazellen) an der Beschäftigung ist in innovationsintensiven Sektoren nach wie vor selbst im EU-Vergleich sehr niedrig. Die Start-up-Dynamik ist allerdings sehr schwierig zu messen: Schnell wachsende Unternehmen werden etwa nicht mit ihrer eigenen Innovationsintensität erfasst, sondern durch ihre Zugehörigkeit zu bestimmten Branchen, die im Durchschnitt als innovationsintensiv gelten. Der Austrian Startup Monitor¹³⁾ zeigt auf der Basis von Primärrecherchen eine positive Dynamik, leider fehlen aber internationale

und Innovation von einem traditionellen Stahlhersteller zu einem Technologiekonzern.

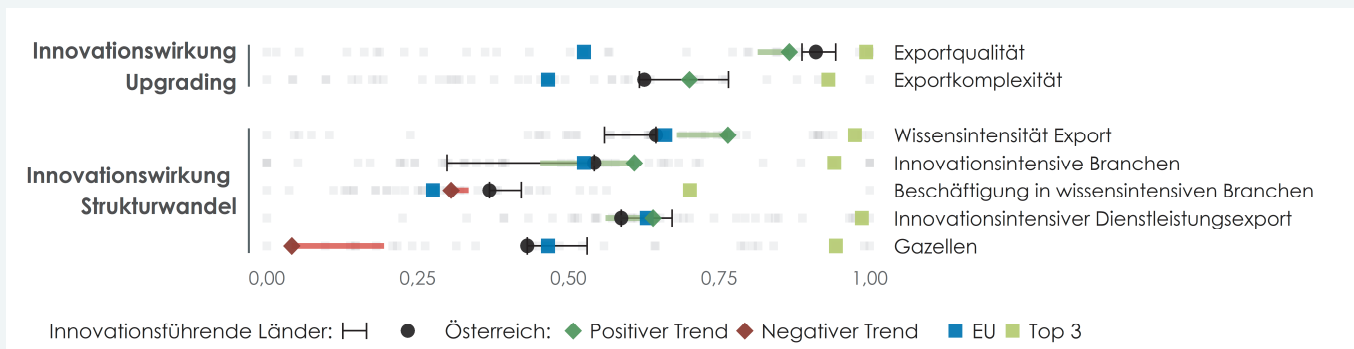
¹³⁾ <https://austrianstartupmonitor.at/>.

Vergleiche. Die Risikokapitalintensität als Inputindikator der Start-up-Dynamik ist in

Österreich jedoch auch weit unterdurchschnittlich (Kapitel 2).

Abbildung 6: Indikatoren zur Leistungsfähigkeit in der Wissensverwertung

Normierte Werte, jeweils letzter verfügbares Jahr



Q: Quellen, Indikatordetailwerte und -erläuterung in den Übersichten 5 und 6.

Übersicht 5: Leistungsfähigkeit von Forschung und Innovation in Österreich im internationalen Vergleich – Wissensverwertung

	Zeitbereich	Ausgangswert	Aktuellster Wert	Vergleichsländergruppen = 100 ¹⁾			Veränderung über den Zeitbereich		Top 3	Verfügbare Länder
				EU	Innovationsführende Länder	Top 3	In % p. a.	Differenz zu den innovationsführenden Ländern in Prozentpunkten		
Innovationswirkung Upgrading										
Exportqualität ²⁾	2010/2018	80,0	80,8	126,6	97,4	92,7	+ 0,76	+ 4,62	SE, FI, DE	28
Exportkomplexität ³⁾	2000/2017	1,7	1,8	146,6	111,3	76,2	+ 0,31	+ 0,94	JP, CH, DE	42
Innovationswirkung Strukturwandel										
Wissensintensität Export ²⁾	2005/2018	55,3	57,4	114,1	116,5	79,9	+ 2,08	+ 3,58	JP, KR, MX	41
Innovationsintensive Branchen ²⁾	2008/2017	0,3	0,3	109,1	107,1	75,2	- 0,01	+ 0,00	HU, CZ, DE	41
Beschäftigung in wissensintensiven Branchen ⁴⁾	2010/2017	14,4	15,0	105,8	89,7	58,3	+ 0,60	- 0,05	IL, LU, CH	33
Innovationsintensiver Dienstleistungsexport ²⁾	2010/2018	73,6	76,4	100,8	104,0	79,8	+ 2,80	+ 5,49	IS, LU, NO	38
Gazellen ⁴⁾	2009/2016	2,9	2,1	42,6	44,7	25,9	- 0,78	- 0,09	HU, IE, BG	30

Q: WIFO-Darstellung. – ¹⁾ Werte über 100 . . . höhere Leistung Österreichs, Werte unter 100 . . . niedrigere Leistung Österreichs. Dunkelgrün: ab 110, Mittelgrün: 100 bis unter 110, Hellgrün: 90 bis unter 100, Hellblau: 75 bis unter 90, Dunkelblau: unter 75. – ²⁾ Q: Eurostat. – ³⁾ Q: BACI. – ⁴⁾ Q: European Innovation Scoreboard.

Die anderen Indikatoren folgen in Österreich aber teils einem positiven Trend und liegen über dem EU-Durchschnitt bzw. über den Werten der führenden Innovationsländer (Wissensintensität von Exportindustrie und innovationsintensiven Branchen). Allerdings schneiden die führenden Länder hier teilweise sogar schlechter ab als der EU-Durchschnitt. Indikatoren für den Strukturwandel sind durch die Integration in internationale Wertschöpfungsketten teils stark verzerrt. So zählt die Produktion von Automotoren in Ungarn statistisch als Hightech-Aktivität, auch wenn das Know-how zumindest teilweise aus Deutschland stammt (Janger – Schubert et al., 2017). So zählen Ungarn,

Tschechien und Bulgarien auch manchmal zu den Top 3.

Wie eingangs erläutert, sind nicht nur ökonomische Aspekte der Wissensverwertung wichtig, sondern auch gesellschaftliche Problemlösungen etwa für Umweltschutz und Klimawandel; die ökonomische Wissensverwertung wurde zudem branchenunabhängig, ohne thematischen Schwerpunkt dargestellt, obwohl die Umwälzungen in einigen Branchen viel schneller erfolgen als in anderen. Hier wird auf einschlägige Publikationen verwiesen (siehe Kapitel 1). Entwicklungen im Bereich Umweltschutz und

Die Wissensverwertung ist leistungsfähig im Bereich des Upgrading, des Vorstoßes in höhere Qualitätssegmente bestehender Branchen. Der Strukturwandel etwa durch innovationsintensive Neugründungen bleibt begrenzt.

Digitalisierung gehen aber auch oft mit wirtschaftlichen Konsequenzen einher, etwa durch die Anwendung neuer Technologien

für Energieproduktion und -speicherung, Mobilität, Gebäude, Landwirtschaft usw.

Übersicht 6: Indikatoren zur Leistungsfähigkeit von Forschung und Innovation im internationalen Vergleich – Wissensverwertung

	Beitrag zur Wissensproduktion	Quelle	Definition
Innovationswirkung Upgrading			
Exportqualität	Output	Eurostat	Anteil der Exporte im Hochpreissegment am Gesamtexport in %
Exportkomplexität	Output	BACI	Komplexitätsscore der exportierten Produkte: Produktraumindikator ¹⁾ , der den technologischen Entwicklungsgrad einer Produktlinie anhand der Komplexität der zugrundeliegenden Wissensbestände misst
Innovationswirkung Strukturwandel			
Wissensintensität Export	Output	Eurostat	Anteil von Exporten mit mittelhoher bis hoher Technologieintensität am Gesamtexport in %
Innovationsintensive Branchen	Output	Eurostat	Anteil innovationsintensiver Branchen an der Wertschöpfung in %
Beschäftigung in wissensintensiven Branchen	Output	European Innovation Scoreboard	Anteil wissensintensiver Branchen an der Beschäftigung in %
Innovationsintensiver Dienstleistungsexport	Output	Eurostat	Anteil innovationsintensiver Branchen am Dienstleistungsexport in %
Gazellen	Output	European Innovation Scoreboard	Anteil der Beschäftigung in schnell wachsenden Unternehmen in innovationsintensiven Branchen an der Gesamtbeschäftigung in %

Q: WIFO-Darstellung. – ¹⁾ Hausmann – Hidalgo (2011), Hidalgo – Hausmann (2009), Tacchella et al. (2012).

5. Schlussfolgerungen

Österreich liegt in einem Vergleich von Indikatoren für die Wissensproduktion über dem Durchschnitt der EU, unter dem Durchschnitt der führenden Innovationsländer und deutlich unter dem Durchschnitt der weltweiten Top 3.

Die Ergebnisse der vorliegenden Analyse der internationalen Leistungsfähigkeit Österreichs in der Wissensproduktion und -verwertung sowie zentraler Bestimmungsfaktoren müssen mit Vorsicht betrachtet werden: Die Indikatoren eignen sich unterschiedlich gut für robuste Einschätzungen. Für die Bestimmungsfaktoren liegen zwar einige verlässliche Indikatoren vor, da die Erfassung von monetären oder Humanressourcen durch viele statistische Standards etwa der OECD gewährleistet ist. Die Herausforderung liegt allerdings in der Vielzahl der möglichen relevanten Faktoren. Nicht abgebildet sind etwa Indikatoren dazu, wie Mittel vergeben werden (z. B. über Basisfinanzierung oder im Wettbewerb). Robuste Indikatoren liegen für die kodifizierte Produktion von Wissen vor, nicht für den Aufbau von implizitem Wissen. Indikatoren für die Wissensverwertung leiden unter der Verzerrung durch die Organisation der Produktion in internationalen Wertschöpfungsketten. Aus Platzgründen wird hier auch nur auf Publikationen zu thematisch spezifischen Bereichen wie z. B. Umweltschutz oder Digitalisierung verwiesen¹⁴⁾.

Vereinfacht kann Österreichs Leistungsfähigkeit in den unterschiedlichen Bereichen über dem Durchschnitt der EU, unter dem Durchschnitt der führenden Innovationsländer laut EIS und weit unter dem Durchschnitt der weltweit Top 3 eingeordnet werden. Eine erste Schlussfolgerung ist daher die Orientierung nicht nur an der EU, sondern an

weltweit führenden Ländern, um die Leistungsfähigkeit adäquat einschätzen zu können.

Zu den Top 3 gehört Österreich nur in Bezug auf die Bestimmungsfaktoren (Unternehmensausgaben, öffentliche Finanzierung von F&E, Ausgaben je Schüler oder Schülerin im Sekundarbereich sowie Kooperation zwischen Unternehmen und Hochschulen für Innovation). In der Wissensproduktion und -verwertung selbst besteht teils noch deutliches Aufholpotential, bei allen oben genannten Einschränkungen der Aussagekraft. Vereinfacht fehlt der zweifellos vorhandenen Spitze in Österreich die Breite. Dies gilt für die Forschung an Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen – hier fehlen große und gleichzeitig forschungsstarke Einrichtungen, deren Leistung auf die für Österreich insgesamt aggregierten Indikatoren durchschlagen würde. Ebenso gilt dies für den Unternehmensbereich, in dem historisch einerseits große Hightech-Unternehmen mit einer entsprechend intensiven Wissensproduktion und -verwertung und andererseits eine breitere Masse an innovationsintensiven Start-ups fehlen, selbst wenn es erfolgreiche Neugründungen in Österreich gibt.

Vorschläge für Maßnahmen zur Leistungssteigerung etwa in den Bereichen Exzellenz in der Forschung und Verfügbarkeit von Risikokapital gibt es bereits¹⁵⁾. Eine prioritäre Umsetzung solcher Maßnahmen könnte sich

¹⁴⁾ Eine ausführliche Diskussion von Messproblemen sowie zusätzliche Indikatoren aus vielen Bereichen präsentieren Janger – Strauss-Kollin (2020).

¹⁵⁾ Siehe dazu z. B. Gassler – Sellner (2015), Janger (2019), Keuschnigg – Sardadvar (2019), Peneder (2013).

auf Österreichs Leistungsfähigkeit in der Wissensproduktion und Wissensverwendung positiv auswirken. Auch von Synergien ist auszugehen, da etwa exzellente Forschungseinrichtungen talentierte Studierende und Forschende anziehen, die dann wiederum in Unternehmen arbeiten oder diese auch selbst gründen – ein typisches Phänomen auf regionaler Ebene (Abel – Deitz, 2012, Astebro – Bazzazian, 2011, Belderbos et al., 2014).

Dass es in Österreich gelang, so hohe Mittel für F&E bereitzustellen, ist zweifellos ein großer Erfolg. Im Vereinigten Königreich etwa war die F&E-Quote im Jahr 1995 mit 1,6% des BIP höher als in Österreich (1,5%). Nach den jüngsten Zahlen für 2018 liegt sie im Vereinigten Königreich heute bei 1,7%, in Österreich bei 3,1%. Ein wesentlicher Faktor für diese Divergenz war die unterschiedliche Performance der Sachgütererzeugung. Mit höheren Fördermitteln wurden etwa Probleme wie die Ende der 1990er-Jahre diagnostizierte Kooperationsschwäche (Stampfer, 2000) adressiert, die so heute nicht mehr besteht – im Gegenteil, Österreich wurde zum

Kooperationsspitzenreiter. Wie die Analyse der Leistungsfähigkeit im internationalen Vergleich jedoch deutlich macht, kann die Steigerung der F&E-Mittel allein nicht alle Probleme lösen. Mechanismen zur Allokation von F&E-Mitteln spielen eine große Rolle; das für den Nachwuchs zentrale Bildungssystem erbringt trotz hohen Mitteleinsatzes nur durchschnittliche Leistungen. Die zu geringe Start-up-Dynamik ist ein Ergebnis unterschiedlicher Faktoren, etwa der mangelnden Verfügbarkeit von Risikokapital und hochqualifizierten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, Kapitalmarkt- und Produktmarktregulierung usw. Insgesamt sind Wissensproduktion und Wissensverwertung das Ergebnis des Zusammenspiels vieler Faktoren, die bei der Planung einer Strategie zur Leistungssteigerungen entsprechend bedacht werden sollten. Die reine Leistungssteigerung ohne Blick auf die Richtung, mit der Anstrengungen erfolgen, greift zudem angesichts der weltweiten Herausforderungen wohl zu kurz. Insbesondere Umweltschutz und Digitalisierung erfordern wohl verstärkt den Einsatz gerichteter, themenspezifischer Instrumente, um die Leistung zu verbessern.


6. Literaturhinweise

- Abel, J. R., Deitz, R., "Do colleges and universities increase their region's human capital?", *Journal of Economic Geography*, 2012, 12(3), S. 667-691.
- Aghion, P., Howitt, P., "Joseph Schumpeter Lecture Appropriate Growth Policy: A Unifying Framework", *Journal of the European Economic Association*, 2006, 4(2-3), S. 269-314.
- Andrews, D., Criscuolo, C., Gal, P. N., "The Best versus the Rest: The Global Productivity Slowdown, Divergence across Firms and the Role of Public Policy", *OECD Productivity Working Papers*, 2016, (5).
- Astebro, T., Bazzazian, N., "Universities, entrepreneurship and local economic development", in Fritsch, M. (Hrsg.), *Handbook of Research on Entrepreneurship and Regional Development. National and Regional Perspectives*, Edward Elgar, Cheltenham, 2011, S. 252-334.
- Belderbos, R., Van Roy, V., Leten, B., Thijs, B., "Academic Research Strengths and Multinational Firms' Foreign R&D Location Decisions: Evidence from Foreign R&D Projects in European Regions", *Environment and Planning A: Economy and Space*, 2014, 46(4), S. 920-942.
- Bock-Schappelwein, J., Firgo, M., Kügler, A., "Digitalisierung in Österreich: Fortschritt und Home-Office-Potential", *WIFO-Monatsberichte*, 2020, 93(7), S. 527-538, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66198>.
- Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF), Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT), Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW), *Forschungs- und Technologiebericht 2019. Lagebericht gem. § 8 (1) FOG über die aus Bundesmitteln geförderte Forschung, Technologie und Innovation in Österreich*, Wien, 2019.
- Camerani, R., Rotolo, D., Grassano, N., "Do Firms Publish? A Multi-Sectoral Analysis", *Social Science Research Network*, SSRN Scholarly Paper, 2018, <https://papers.ssrn.com/abstract=3276054>.
- Crepon, B., Duguet, E., Mairesse, J., "Research, Innovation And Productivity: An Econometric Analysis At The Firm Level", *Economics of Innovation and New Technology*, 1998, 7(2), S. 115-158.
- Ederer, St., Bachtrögler, J., Böheim, M., Falk, M., Mayerhofer, P., Piribauer, P., *Produktivität und inklusives Wachstum*, WIFO, Wien, 2020, <https://www.wifo.ac.at/wwg/pubid/66113>.
- Foray, D., Phelps, S. E., "The challenge of innovation in turbulent times", *MTEI Working Paper*, 2011, (002), http://infoscience.epfl.ch/record/170401/files/MTEI-WP-2011-002-Foray_Phelps_1.pdf.
- Friesenbichler, K. S., Bilek-Steindl, S., Glocker, Ch., *Österreichs Investitionsperformance im internationalen und sektoralen Vergleich. Erste Analysen zur COVID-19-Krise. Studie des WIFO im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich*, Wien, 2020.
- Gassler, H., Sellner, R., "Risikokapital in Österreich. Ein Flaschenhals im österreichischen Innovationssystem?", *IHS-Policy Brief*, 2015, (10).
- Hausmann, R., Hidalgo, C. A., "The network structure of economic output", *Journal of Economic Growth*, 2011, 16(4), S. 309-342.
- Hidalgo, C. A., Hausmann, R., "The building blocks of economic complexity", *PNAS*, 2009, 106(26), S. 10570-10575.

- Hözl, W., Bärenthaler-Sieber, S., Bock-Schappelwein, J., Friesenbichler, K. S., Kügler, A., Reinstaller, A., Reschenhofer, P., Dachs, B., Risak, M., Digitalisation in Austria. State of Play and Reform Needs, WIFO und AIT, Wien, 2019, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/61892>.
- Hözl, W., Janger, J., "Distance to the frontier and the perception of innovation barriers across European countries", *Research Policy*, 2014, 43(4), S. 707-725.
- Janger, J., "Strukturwandel und Wettbewerbsfähigkeit in der EU", *WIFO-Monatsberichte*, 2012, 85(8), S. 625-640, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/44960>.
- Janger, J., "Projektbasierte Grundlagenforschungsförderung im internationalen Vergleich. Implikationen für eine Exzellenzinitiative in Österreich", *WIFO-Monatsberichte*, 2019, 92(3), S. 159-172, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61701>.
- Janger, J., Firgo, M., Hofmann, K., Kügler, A., Strauss, A., Streicher, G., Pechar, H., Wirtschaftliche und gesellschaftliche Effekte von Universitäten, WIFO, Wien, 2017, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/60794>.
- Janger, J., Kügler, A., Innovationseffizienz. Österreich im internationalen Vergleich, WIFO, Wien, 2018, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/61111>.
- Janger, J., Kügler, A., Reinstaller, A., Unterlass, F., Austria 2025 – Looking Out For the Frontier(s): Towards a New Framework For Frontier Measurement in Science, Technology and Innovation, WIFO, Wien, 2017, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/59289>.
- Janger, J., Schubert, T., Andries, P., Rammer, C., Hoskens, M., "The EU 2020 innovation indicator: A step forward in measuring innovation outputs and outcomes?", *Research Policy*, 2017, 46(1), S. 30-42.
- Janger, J., Strauss-Kollin, A., Analyse der Leistungsfähigkeit des österreichischen Innovationssystems, WIFO, Wien, 2020, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66555>.
- Kettner-Marx, C., Kletzan-Slamani, D., Köppl, A., Meyer, I., Sinabell, F., Sommer, M., "Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2020. Sonderthema: COVID-19, CO2-Emissionen und Konjunkturpakete als Chance für strukturorientierten Klimaschutz", *WIFO-Monatsberichte*, 2020, 93(7), S. 539-555, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66199>.
- Keuschnigg, Ch., Sardadvar, S., Wagniskapital zur Finanzierung von Innovation und Wachstum, Studie im Auftrag des Rates für Forschung und Technologieentwicklung und der Austrian Private Equity and Venture Capital Organisation (AVCO), WPZ, Wien, 2019.
- Kügler, A., Friesenbichler, K. S., Hözl, W., Reinstaller, A., "Herausforderungen und Bestimmungsfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Industrieunternehmen. Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2019", *WIFO-Monatsberichte*, 2020, 93(3), S. 207-215, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/65835>.
- Lundvall, B.-Å., National Systems of Innovation: Toward a Theory of Innovation and Interactive Learning, Anthem Press, New York, 2010.
- McLaughlin, J. A., Jordan, G. B., "Logic models: a tool for telling your program's performance story", *Evaluation and Program Planning*, 1999, 22(1), S. 65-72.
- OECD, OECD Reviews of Innovation Policy: Austria 2018, Paris, 2018, <https://www.oecd-ilibrary.org/content/publication/9789264309470-en>.
- Österreichische Bundesregierung, Der Weg zum Innovation Leader. FTI-Strategie des Bundes, Wien, 2011.
- Peneder, M., "Eine Neubetrachtung des 'Österreich-Paradoxon'", *WIFO-Monatsberichte*, 2001, 74(12), S. 737-748, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/20964>.
- Peneder, M., "Von den 'trockenen Tälern' der Risiko- und Wachstumsfinanzierung", *WIFO-Monatsberichte*, 2013, 86(8), S. 637-648, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/46911>.
- Rat für Forschung und Technologieentwicklung, Bericht zur wissenschaftlichen und technologischen Leistungsfähigkeit Österreichs, Wien, 2020, https://www.rat-fte.at/files/rat-fte-pdf/leistungsberichte/Leistungsbericht_2020.pdf.
- Reinstaller, A., "Der Beitrag österreichischer Hochschulen zur erfinderischen Tätigkeit von Unternehmen", *WIFO-Monatsberichte*, 2020, 93(9), S. 687-697, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66421>.
- Reinstaller, A., Friesenbichler, K. S., "Better Exports" – Technologie-, Qualitätsaspekte und Innovation des österreichischen Außenhandels im Kontext der Digitalisierung, WIFO, Wien, 2020, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66391>.
- Reinstaller, A., Reschenhofer, P., "Using PageRank in the analysis of technological progress through patents: an illustration for biotechnological inventions", *Scientometrics*, 2017, 113(3), S. 1407-1438.
- Stampfer, M., "Das Kplus-Kompetenzzentrenprogramm: Zielsetzungen und aktueller Stand", *Wirtschaftspolitische Blätter*, 2000, (2), S. 214-218.
- Tacchella, A., Cristelli, M., Caldarelli, G., Gabrielli, A., Pietronero, L., "A New Metrics for Countries' Fitness and Products' Complexity", *Scientific Reports*, 2012, 2(1), S. 723.
- Unterlass, F., Hranyai, K., Reinstaller, A., Patentindikatoren zur Bewertung der erfinderischen Leistung in Österreich. Vorläufiger technischer Bericht, Studie des WIFO im Auftrag des Rates für Forschung und Technologieentwicklung, Wien, 2013.

Die Leistungsfähigkeit des österreichischen Innovationssystems

Jürgen Janger, Anna Strauss-Kollin



WIFO ■

**Die Leistungsfähigkeit
des österreichischen
Innovationssystems**

Jürgen Janger, Anna Strauss-Kollin

Wissenschaftliche Assistenz:
Fabian Gabelberger

September 2020
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Executive Summary

Methodologie und analytischer Aufbau

- Konzeptionelle Grundlagen
- Unterfassung der Innovationsleistung
- Berechnung und Darstellung der Indikatoren

Leistungsfähigkeit des Innovationssystems: Ausgewählte Bereiche

- Rahmenbedingungen für FTI-Aktivitäten
- FTI-Kernsystem – Produktion von Wissen und Innovationen
- Querschnittsthemen
- Effizienz und Effektivität von FTI-Aktivitäten

Synthese und Schlussfolgerungen

Anhang

- Berechnung der Indikatoren
- Indikatoren im Detail

In dieser möglichst umfassenden und systematischen Bewertung der Leistungsfähigkeit des österreichischen Innovationssystems im internationalen Vergleich erweisen sich von 14 grob abgegrenzten Bereichen "Finanzierung von Forschung und Entwicklung", "internationale Verflechtung", "Standortattraktivität" und "Unternehmens-FTI" als überdurchschnittlich gemessen an den führenden EU-Ländern. Die Leistungsfähigkeit der Bereiche "Forschung, Technologie und Innovation (FTI) in Klima und Umwelt", "Digitalisierung" sowie "innovationsintensive Gründungen" bleibt weit unter dem Durchschnitt. Etwas unterdurchschnittlich ist sie in den Bereichen "Effizienz", "tertiäre Bildung", "sekundäres Bildungssystem", "Geschlechtergleichstellung", "Regulierung und Steuern" sowie "Forschung an Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen". Allgemein rangiert Österreich (mit Ausnahmen) über dem EU-Durchschnitt, in vielen Fällen unter jenem der innovationsführenden Länder und fast immer unter dem Niveau der weltweiten Top-3-Länder. Ein Benchmarking-Fokus auf die EU und die führenden Innovationsländer der EU greift zu kurz – Innovationsleistung sollte zunehmend im weltweiten Kontext verglichen werden, um sie und ihre Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit umfassend abzubilden.

Im Auftrag des Rates für Forschung und Technologieentwicklung • September 2020 • 94 Seiten • 60 € • Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66555>

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung", 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

Die WIFO Working Papers beruhen nicht notwendigerweise auf einer abgestimmten Position des WIFO. Die Autorinnen und Autoren wurden über die Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis informiert, insbesondere bezüglich der Dokumentation aller Elemente, die für eine Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse notwendig sind.

- 617/2020 Pro-Globalization via FTAs in Times of COVID-19**
Fritz Breuss
- 616/2020 Return and Onward Migration and Labour Market Entry. Empirical Analysis and Microsimulation Projection for Austria**
Peter Huber, Martin Spielauer
- 615/2020 Microsimulation Projection of the Educational Integration and Labour Force Participation of First- and Second-Generation Immigrants**
Thomas Horvath, Martin Spielauer, Marian Fink
- 614/2020 Macroeconometric Forecasting Using a Cluster of Dynamic Factor Models**
Christian Glocker, Serguei Kaniovski
- 613/2020 Data Sources on Migrants' Labour Market and Education Integration in Austria**
Peter Huber, Marian Fink, Thomas Horvath
- 612/2020 microWELT: Microsimulation Projection of Indicators of the Economic Effects of Population Ageing Based on Disaggregated National Transfer Accounts**
Martin Spielauer, Thomas Horvath, Marian Fink, Gemma Abio, Guadalupe Souto Nieves, Concepció Patxot, Tanja Istenič
- 611/2020 microWELT: Socio-Demographic Parameters and Projections for Austria, Spain, Finland, and the UK**
Martin Spielauer, Thomas Horvath, Walter Hyll, Marian Fink
- 610/2020 Integration unter Ungleichen. Länder- und schichtenspezifische Einstellungen zur EU und ihren Zielen**
Gunther Tichy
- 609/2020 microWELT: A Dynamic Microsimulation Model for the Study of Welfare Transfer Flows in Ageing Societies from a Comparative Welfare State Perspective**
Martin Spielauer, Thomas Horvath, Marian Fink
- 608/2020 Measuring Monetary Policy with Residual Sign Restrictions at Known Shock Dates**
Stefan Schiman, Harald Badinger
- 607/2020 Das dynamische Mikrosimulationsmodell microDEMS zur Analyse der ökonomischen Integration von Immigrantinnen und Immigranten in Österreich**
Martin Spielauer, Thomas Horvath, Marian Fink
- 606/2020 Labor Supply Shocks and the Beveridge Curve. Empirical Evidence from EU Enlargement**
Stefan Schiman
- 605/2020 Effects of the COVID-19 Related Economic Downturn on Greenhouse Gas Emissions in Austria**
Franz Sinabell, Mark Sommer, Gerhard Streicher
- 604/2020 Fixing Long-term Price Paths for Fossil Energy. The Optimal Incentive for Limiting Global Warming**
Stephan Schulmeister

Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/working_papers

Kennzahlen zur Wirtschaftslage

1. Internationale Konjunkturindikatoren

- Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote
- Übersicht 2: Verbraucherpreise
- Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes
- Übersicht 4: Dreimonatszinssätze
- Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 2010

- Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren
- Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

2.2 Konjunkturklima

- Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex

2.3 Tourismus

- Übersicht 11: Tourismusedwicklung in der laufenden Saison

2.4 Außenhandel

- Übersicht 12: Warenexporte und Warenimporte

2.5 Landwirtschaft

- Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

2.6 Herstellung von Waren

- Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage
- Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

2.7 Bauwirtschaft

- Übersicht 16: Bauwesen

2.8 Binnenhandel

- Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

2.9 Private Haushalte

- Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

2.10 Verkehr

- Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

1.1 Wechselkurse

- Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

- Übersicht 7: HWWI-Index

2.11 Bankenstatistik

- Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

2.12 Arbeitsmarkt

- Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren
- Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen
- Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

2.13 Preise und Löhne

- Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise
- Übersicht 25: Tariflöhne
- Übersicht 26: Effektivverdienste

2.14 Soziale Sicherheit

- Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern
- Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten
- Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren
- Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

- Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen
- Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung
- Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen
- Übersicht 34: Beschäftigung
- Übersicht 35: Arbeitslosigkeit
- Übersicht 36: Arbeitslosenquote

2.16 Staatshaushalt

- Übersicht 37: Staatsquoten

Der Tabellensatz "Kennzahlen zur Wirtschaftslage" bietet monatlich einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren zur Entwicklung der österreichischen und internationalen Wirtschaft. Die Daten werden unmittelbar vor Redaktionsschluss aus der Volkswirtschaftlichen Datenbank des WIFO abgefragt. Täglich aktuelle Informationen enthalten die "WIFO-Wirtschaftsdaten" auf der WIFO-Website (<https://www.wifo.ac.at/daten/wifo-wirtschaftsdaten>).

1. Internationale Konjunkturindikatoren

Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote

	2017	2018	2019	2019		2020		2020					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
OECD insgesamt	5,9	5,5	5,4	5,4	5,3	5,4	8,6	5,5	8,8	8,7	8,3	8,0	7,4
USA	4,3	3,9	3,7	3,6	3,5	3,8	13,0	4,4	14,7	13,3	11,1	10,2	8,4
Japan	2,8	2,4	2,4	2,3	2,3	2,4	2,8	2,5	2,6	2,9	2,8	2,9	3,0
Euro-Raum	9,1	8,2	7,6	7,5	7,4	7,3	7,6	7,2	7,4	7,6	7,8	8,0	8,1
Belgien	7,1	6,0	5,4	5,2	5,2	5,0	5,0	5,0	5,1	5,0	5,0	5,0	5,1
Deutschland	3,8	3,4	3,1	3,0	3,2	3,6	4,2	3,8	4,0	4,2	4,3	4,4	4,4
Irland	6,7	5,8	5,0	5,0	4,6	4,9	4,9	5,0	4,8	4,8	5,0	5,2	5,2
Griechenland	21,5	19,3	17,3	17,0	16,6	15,5	17,1	14,3	15,8	17,3	18,3	-	-
Spanien	17,2	15,3	14,1	14,2	13,8	14,0	15,5	14,5	15,3	15,4	15,8	15,9	16,2
Frankreich	9,4	9,0	8,5	8,5	8,2	7,8	7,1	7,5	7,8	6,9	6,6	7,1	7,5
Italien	11,3	10,6	9,9	9,6	9,5	9,1	8,5	8,5	7,4	8,7	9,4	9,8	9,7
Luxemburg	5,6	5,5	5,6	5,6	5,6	6,0	7,5	6,5	7,4	7,6	7,6	7,2	6,8
Niederlande	4,9	3,8	3,4	3,5	3,4	2,9	3,8	2,9	3,4	3,6	4,3	4,5	4,6
Österreich	5,5	4,9	4,5	4,5	4,3	4,5	5,2	4,6	4,7	5,5	5,4	5,2	5,0
Portugal	9,0	7,0	6,6	6,5	6,6	6,5	6,5	6,2	6,3	5,9	7,3	7,9	8,1
Slowakei	8,1	6,5	5,8	5,8	5,6	6,0	6,7	6,0	6,7	6,8	6,7	6,7	6,8
Finnland	8,6	7,4	6,8	6,9	6,8	6,9	7,5	7,0	7,3	7,5	7,8	8,0	8,1
Tschechien	2,9	2,2	2,0	2,0	2,0	2,0	2,4	2,1	2,2	2,4	2,7	2,6	2,7
Ungarn	4,2	3,7	3,5	3,5	3,5	3,6	4,6	3,7	4,1	4,8	4,9	4,6	-
Polen	4,9	3,8	3,3	3,1	2,9	3,0	3,3	3,0	3,2	3,3	3,3	3,2	3,1
Schweiz	4,8	4,7	4,4	4,4	4,1	4,2	4,9	-	-	-	-	-	-

Q: OECD; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

2.7 Bauwirtschaft

Übersicht 16: Bauwesen

	2017	2018	2019	2019	2020				2020				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	September
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Konjunkturdaten¹⁾													
Produktion ²⁾													
Bauwesen insgesamt	+ 5,5	+ 6,3	+ 6,2	+ 4,9	+ 3,5	- 9,9	.	- 20,7	- 10,3	+ 0,5	.	.	.
Hochbau	+ 4,0	+ 9,1	+ 7,2	+ 3,2	+ 1,0	- 8,3	.	- 21,2	- 5,7	+ 0,9	.	.	.
Tiefbau	+ 7,8	- 3,7	+ 4,7	+ 6,4	+ 2,9	- 7,8	.	- 21,4	- 6,1	+ 1,5	.	.	.
Baunebengewerbe ³⁾	+ 5,7	+ 7,7	+ 6,0	+ 5,6	+ 5,2	- 11,6	.	- 20,2	- 14,6	- 0,2	.	.	.
Auftragsbestände	+ 16,2	+ 16,3	+ 6,3	- 3,8	- 3,7	- 4,1	.	- 6,7	- 3,9	- 1,5	.	.	.
Auftragseingänge	+ 15,9	+ 11,4	- 2,2	- 5,9	+ 2,4	- 5,1	.	- 22,5	+ 2,8	+ 5,1	.	.	.
Arbeitsmarkt													
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+ 1,7	+ 3,4	+ 3,8	+ 2,6	- 1,0	- 2,7	+ 1,5	- 5,4	- 2,7	+ 0,1	+ 1,1	+ 2,1	+ 1,3
Arbeitslose	- 7,7	- 9,8	- 8,6	- 4,1	+ 14,3	+ 87,2	+ 39,3	+ 111,9	+ 84,8	+ 61,2	+ 45,8	+ 38,0	+ 34,1
Offene Stellen	+ 41,3	+ 48,0	+ 10,5	+ 15,5	+ 6,0	+ 0,1	- 0,7	- 10,3	+ 3,2	+ 7,5	- 2,9	- 0,4	+ 1,5
Baupreisindex													
Hoch- und Tiefbau	+ 2,1	+ 2,8	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,6
Hochbau	+ 2,7	+ 3,8	+ 3,4	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,1
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 2,7	+ 3,7	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,2
Sonstiger Hochbau	+ 2,7	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,1
Tiefbau	+ 1,3	+ 1,5	+ 2,7	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,9

Q: Statistik Austria; Arbeitsmarktservice Österreich; Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit). 2019: vorläufig. – 2) Abgesetzte Produktion nach Aktivitätsansatz. – 3) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe. • Rückfragen: michael.weingaertner@wifo.ac.at

2.8 Binnenhandel

Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

	2017	2018	2019	2019		2020				2020			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Nettoumsätze nominell	+ 5,1	+ 3,7	+ 1,2	+ 2,6	+ 0,2	- 4,1	- 12,5	+ 2,1	- 12,8	- 23,9	- 11,2	- 1,6	- 1,9
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 7,5	+ 2,1	+ 0,6	+ 3,9	+ 3,3	- 16,4	- 24,5	- 2,3	- 41,8	- 46,2	- 23,2	- 2,7	- 1,2
Großhandel	+ 5,7	+ 4,9	+ 0,9	+ 1,8	- 1,3	- 2,6	- 14,5	- 0,1	- 5,2	- 22,2	- 16,5	- 4,1	- 6,2
Einzelhandel	+ 3,0	+ 2,4	+ 2,1	+ 3,5	+ 1,4	- 0,8	- 2,9	+ 8,1	- 11,1	- 15,7	+ 3,9	+ 3,6	+ 5,8
Nettoumsätze real ¹⁾	+ 2,1	+ 1,3	+ 0,6	+ 2,2	+ 0,4	- 4,1	- 11,2	+ 1,6	- 11,7	- 23,0	- 9,4	- 0,5	- 1,2
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 6,3	+ 0,7	- 1,2	+ 1,9	+ 1,6	- 18,2	- 26,0	- 4,7	- 42,9	- 47,5	- 24,6	- 4,6	- 3,2
Großhandel	+ 1,8	+ 2,1	+ 0,6	+ 2,0	- 0,2	- 1,4	- 11,6	+ 0,6	- 2,5	- 19,6	- 13,0	- 1,7	- 4,0
Einzelhandel	+ 0,7	+ 0,3	+ 1,2	+ 2,7	+ 1,0	- 1,9	- 2,9	+ 6,4	- 11,9	- 16,4	+ 4,8	+ 3,5	+ 4,6
Beschäftigte ²⁾	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,2	- 0,0	- 0,3	- 1,1	- 3,3	- 0,1	- 3,3	- 4,4	- 3,6	- 2,0	- 1,4
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 1,3	+ 2,2	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,2	- 1,1	- 3,4	+ 0,1	- 3,7	- 4,7	- 3,7	- 1,8	- 1,3
Großhandel	+ 0,8	+ 2,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,4	- 0,4	- 2,7	+ 0,3	- 1,8	- 3,2	- 3,1	- 1,8	- 1,6
Einzelhandel	+ 0,5	+ 0,8	- 0,4	- 0,7	- 0,8	- 1,6	- 3,6	- 0,3	- 4,2	- 5,0	- 4,0	- 2,0	- 1,2

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. ÖNACE 2008, 2015 = 100. – 1) Die Preisbereinigung der nominellen Umsatzindizes erfolgt mit den Messzahlen jener Waren des Großhandelspreisindex und des Verbraucherpreisindex, die den einzelnen Gliederungsbereichen entsprechen. – 2) Unselbständige und selbständige Beschäftigungsverhältnisse. • Rückfragen: martina.einsiedl@wifo.ac.at

2.9 Private Haushalte

Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

	2017	2018	2019	2019	2020				2020				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	September
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)													
Privater Konsum	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,6	- 5,1	- 15,7
Dauerhafte Konsumgüter	+ 2,0	+ 1,1	- 0,4	+ 0,9	- 17,0	- 17,2
In % des persönlichen verfügbaren Einkommens													
Sparquote ¹⁾	7,5	7,8	8,2	8,2	8,4	10,4
Saldo aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)													
Konsumklimaindikator	- 1,1	+ 0,9	- 2,7	- 3,6	- 4,4	- 13,6	- 9,2	- 18,4	- 14,2	- 8,3	- 10,1	- 10,3	- 7,1
Finanzielle Situation in den letzten 12 Monaten	- 1,5	- 1,2	+ 1,9	+ 3,2	+ 4,1	- 1,3	- 5,7	+ 3,3	- 3,6	- 3,6	- 9,2	- 5,0	- 3,0
Finanzielle Situation in den nächsten 12 Monaten	+ 1,8	+ 3,4	+ 6,2	+ 8,3	+ 5,9	- 3,5	+ 1,5	- 7,8	- 2,8	+ 0,1	+ 2,8	- 0,4	+ 2,1
Allgemeine Wirtschaftslage in den nächsten 12 Monaten	+ 7,9	+ 13,0	- 4,9	- 11,3	- 12,8	- 29,3	- 16,7	- 43,8	- 29,0	- 15,1	- 16,8	- 20,1	- 13,1
Größere Anschaffungen in den nächsten 12 Monaten	- 12,6	- 11,5	- 14,0	- 14,7	- 15,0	- 20,5	- 15,8	- 25,3	- 21,4	- 14,7	- 17,3	- 15,7	- 14,4

Q: Statistik Austria; Europäische Kommission; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Gleitende Summen über jeweils vier Quartale ("rolling years" bzw. "gleitende Jahre"). • Rückfragen: martina.einsiedl@wifo.ac.at

2.10 Verkehr

Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

	2017	2018	2019	2019	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	September
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Güterverkehr													
Verkehrsleistung													
Straße	+ 1,7	+ 1,1	+ 1,7	+ 4,1	- 0,8	- 5,4
Schiene	+17,9	- 1,9	- 0,4	- 5,0	+ 1,7	-21,0
Luffahrt ¹⁾	+ 2,3	+ 4,6	- 4,6	- 2,2	- 7,1	-38,3	.	-39,3	-35,5	-40,3	-35,2	-36,5	.
Binnenschifffahrt	+ 4,8	-28,4	+20,7	+63,8	-18,2	- 5,6	.	+26,8	+ 0,9	-34,9	.	.	.
Lkw-Fahrleistung ²⁾	+ 3,4	+ 5,6	+ 0,9	- 0,6	- 1,5	-15,3	- 2,5	-23,9	-17,9	- 3,3	- 5,9	- 4,0	+ 2,6
Neuzulassungen Lkw ³⁾	+16,2	+10,6	+ 1,5	- 8,6	-27,0	-37,7	+ 6,6	-45,9	-32,3	-35,4	- 0,9	- 6,4	+34,4
Personenverkehr													
Straße (Pkw-Neuzulassungen)	+ 7,2	- 3,5	- 3,4	+ 8,9	-32,4	-38,9	-17,6	-64,9	-33,9	-18,0	-21,1	-30,1	+ 5,3
Bahn (Personenkilometer)	+ 0,6	+ 4,7	+ 0,8
Luftverkehr (Passagiere ⁴⁾)	+ 4,4	+ 9,7	+14,0	+ 8,5	-18,9	-98,1	.	-99,6	-99,3	-95,8	-82,6	-75,8	.
Arbeitsmarkt Verkehr und Lagerei													
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+ 2,5	+ 3,1	+ 1,6	+ 0,7	- 2,1	- 4,9	- 2,8	- 6,3	- 4,7	- 3,8	- 3,4	- 2,4	- 2,5
Arbeitslose	- 2,4	- 6,8	- 1,0	+ 3,4	+29,7	+86,0	+53,0	+95,4	+83,6	+78,1	+61,2	+51,7	+46,1
Offene Stellen	+67,6	+34,6	+ 6,0	- 1,5	-15,0	-39,9	-38,6	-39,3	-41,2	-39,2	-38,5	-38,4	-38,8
Kraftstoffpreise													
Dieselmotorkraftstoff	+ 7,4	+10,5	- 1,4	- 6,8	- 3,3	-17,8	-14,4	-15,9	-20,6	-16,9	-14,5	-13,2	-15,6
Normalbenzin	+ 6,0	+ 7,5	- 2,0	- 4,5	+ 0,2	-19,2	-15,3	-16,1	-22,2	-19,3	-16,6	-14,7	-14,6

Q: Statistik Austria; BMVFW; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Aufkommen im Fracht- und Postverkehr. – 2) Lkw mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von 3,5 t oder mehr im hochrangigen mautpflichtigen Straßennetz. – 3) Lkw mit einer Nutzlast von 1 t oder mehr. – 4) Ankünfte und Abflüge. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.11 Bankenstatistik

Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

	2017	2018	2019	2019	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	September
	In %												
Geld- und Kapitalmarktzinssätze													
Basiszinssatz	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6
Taggeldsatz	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5
Dreimonatszinssatz	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,5
Sekundärmarkttrendite Bund													
Benchmark	0,6	0,7	0,1	- 0,3	- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,3	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,3
Umlaufgewichtete Durchschnittstrendite	0,2	0,3	- 0,1	- 0,4	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,4
Soll-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute													
An private Haushalte													
Für Konsum: 1 bis 5 Jahre	4,1	4,0	4,0	4,1	4,0	4,1	4,0	.	3,7	4,0	4,1	4,4	.
Für Wohnbau: über 10 Jahre	2,2	2,3	1,9	1,8	1,6	1,6	1,5	.	1,5	1,5	1,5	1,5	.
An nichtfinanzielle Unternehmen													
Bis 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,7	1,7	1,7	1,6	1,6	1,8	1,6	.	1,6	1,6	1,6	1,7	.
Über 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,4	1,3	1,2	1,1	1,3	1,2	1,5	.	1,2	1,5	1,4	1,3	.
An private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen													
In Yen	1,3	1,5	1,5	1,4	1,2	1,2	1,2	.	1,5	1,2	1,4	1,7	.
In Schweizer Franken	1,2	1,0	1,0	1,1	1,2	1,1	1,2	.	1,0	1,2	0,9	1,0	.
Haben-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute													
Einlagen von privaten Haushalten													
Bis 1 Jahr	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	.	0,1	0,2	0,2	0,1	.
Über 2 Jahre	0,7	0,6	0,5	0,5	0,7	0,5	0,6	.	0,4	0,6	0,4	0,4	.
Spareinlagen von privaten Haushalten													
Bis 1 Jahr	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	.	0,1	0,1	0,1	0,1	.
Über 2 Jahre	0,6	0,6	0,5	0,5	0,6	0,5	0,5	.	0,4	0,5	0,4	0,4	.
Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %													
Einlagen und Kredite													
Einlagen insgesamt	+ 3,0	+ 5,4	+ 3,7	+ 3,5	+ 3,7	+ 4,6	+ 5,6
Spareinlagen	+ 5,2	- 0,0	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,3	- 0,7	- 0,6
Einlagen ohne Bindung	.	.	+ 6,4	+ 6,1	+ 6,4	+ 7,7	+ 8,8
Einlagen mit Bindung	.	.	- 1,8	- 1,4	- 1,8	- 1,7	- 1,1
Forderungen an inländische Nichtbanken	+ 0,7	+ 4,9	+ 4,4	+ 4,9	+ 4,4	+ 4,9	+ 4,6

Q: OeNB; EZB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, nathalie.fischer@wifo.ac.at

2.13 Preise und Löhne

Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise

	2017	2018	2019	2019	2020				2020				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	September
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Harmonisierter VPI	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,3
Verbraucherpreisindex	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,5
Ohne Saisonwaren	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,4
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 2,4	+ 1,5	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,6	+ 1,3	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,9
Alkoholische Getränke, Tabak	+ 3,2	+ 3,9	+ 1,0	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,8	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,8
Bekleidung und Schuhe	+ 1,5	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,3	- 1,5	+ 0,5	± 0,0	- 2,7	- 1,7	+ 3,4	- 1,2	- 0,5
Wohnung, Wasser, Energie	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3
Hausrat und laufende Instandhaltung	+ 0,7	+ 2,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,6	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,9	- 0,3	+ 0,2	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,2
Gesundheitspflege	+ 1,3	+ 2,2	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,4	+ 1,9
Verkehr	+ 2,9	+ 2,9	+ 0,2	- 0,5	+ 1,3	- 2,6	- 2,3	- 1,7	- 3,1	- 3,1	- 2,5	- 2,2	- 2,3
Nachrichtenübermittlung	- 1,4	- 2,8	- 3,1	- 4,0	- 4,6	- 3,8	- 1,9	- 4,2	- 4,6	- 2,5	- 2,0	- 1,9	- 1,8
Freizeit und Kultur	+ 2,4	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,5
Erziehung und Unterricht	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,2	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,7
Restaurants und Hotels	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,2	+ 2,9	+ 3,3	+ 3,1	+ 2,4	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,4
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,5
Großhandelspreisindex	+ 4,6	+ 4,2	± 0,0	- 2,0	- 1,8	- 6,6	- 4,5	- 6,9	- 7,9	- 5,1	- 4,6	- 4,0	- 5,0
Ohne Saisonprodukte	+ 4,7	+ 4,3	- 0,1	- 2,0	- 1,8	- 6,8	- 4,8	- 7,1	- 8,1	- 5,3	- 4,9	- 4,2	- 5,3

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauning@wifo.ac.at

Übersicht 25: Tariflöhne

	2017	2018	2019	2019	2020				2020				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	September
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Beschäftigte	+ 1,5	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2
Ohne öffentlichen Dienst	+ 1,5	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2
Arbeiter und Arbeiterinnen	+ 1,7	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,8	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3
Angestellte	+ 1,4	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1
Bedienstete													
Öffentlicher Dienst	+ 1,4	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Die Werte in den Spalten 2017 und 2018 beruhen auf dem Tariflohnindex 2006, alle anderen auf dem Tariflohnindex 2016. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at, anna.brunner@wifo.ac.at

Übersicht 26: Effektivverdienste

	2017	2018	2019	2019	2020		2020						
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Gesamtwirtschaft¹⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 3,6	+ 5,0	+ 4,4	+ 3,5	+ 4,8	+ 2,5	- 6,2						
Lohn- und Gehaltssumme, netto	+ 3,4	+ 4,5	+ 4,5										
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten													
Brutto	+ 1,6	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,2	+ 3,7	+ 2,5	- 1,1						
Netto	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,9										
Netto, real ²⁾	- 0,7	+ 0,2	+ 1,4										
Herstellung von Waren³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	+ 3,8	+ 6,3	+ 4,1	+ 4,0	+ 3,1	+ 1,5	- 3,0	+ 2,2	+ 1,9	+ 0,6	- 4,8	- 4,7	- 0,5
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 1,6	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,2	+ 1,3	- 1,6	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,0	- 3,4	- 3,1	+ 0,8
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 1,9	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,5	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,6	+ 1,2	- 0,7	- 1,4	+ 4,9	- 0,8
Bauwesen³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 3,9	+ 7,3	+ 8,3	+ 8,3	+ 7,0	+ 8,1	- 1,1	+ 8,3	+ 9,2	+ 6,8	- 8,0	- 2,7	+ 5,3
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 0,9	+ 2,6	+ 3,1	+ 4,1	+ 2,5	+ 5,9	- 1,1	+ 2,1	+ 4,1	+ 11,6	- 6,2	- 2,8	+ 3,3
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 1,3	+ 2,4	+ 3,5	+ 3,8	+ 3,2	+ 5,1	+ 2,2	+ 3,4	+ 3,3	+ 8,5	- 0,3	+ 3,3	+ 1,2

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Laut ESVG 2010. – 2) Referenzjahr 2015. – 3) Konjunkturerhebung (Primärerhebung). – 4) Einschließlich Sonderzahlungen. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at, anna.brunner@wifo.ac.at

- 10/2019** Stefan Ederer, Abschwächung der Konjunktur, aber keine Rezession. Prognose für 2019 und 2020 • Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Michael Klien, Stefan Schiman, Wirtschaftswachstum weiterhin niedrig, aber stabil. Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2024 • Werner Hölzl, Thomas Leoni, Österreichs internationale Lohnstückkostenposition 2018 neuerlich etwas verbessert • Julia Bock-Schappelwein, Franz Sinabell, Einkommenslage und Lebenssituation in Österreich. Befunde zur bisher vernachlässigten regionalen Dimension
- 11/2019** Stefan Ederer, Uneinheitliche Konjunkturaussichten • Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler, Konjunktur schwächt sich weiter ab. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2019 • Oliver Fritz (WIFO), Karin Maier (Universität Wien), Wenn Reisende zur Belastung werden. Eine ökonomische Einordnung des Phänomens Übertourismus und der tourismuspolitischen Optionen zu seiner Bekämpfung • Ina Meyer, Mark Sommer, Zur umweltökonomischen Relevanz der Abfall- und Ressourcenwirtschaft. Beschäftigungseffekte durch Restmüllverwertung • Franz Sinabell (WIFO), Martin Schönhart, Erwin Schmid (BOKU), Mittelfristiger Ausblick zur österreichischen Landwirtschaft. Projektionen der Produktivitäts- und Preisentwicklung
- 12/2019** Stefan Ederer, Vorsichtige Anzeichen einer Konjunkturstabilisierung • Yvonne Wolfmayr, Europäischer Binnenmarkt: Wirkung und Entwicklungspotentiale. Editorial • Harald Oberhofer, Die Handelseffekte von Österreichs EU-Mitgliedschaft und des Europäischen Binnenmarktes • Yvonne Wolfmayr, Ungenutzte Handels- und Wohlfahrtspotentiale des Europäischen Binnenmarktes für Waren • Klaus S. Friesenbichler, Michael Böheim, Michael Peneder, Die Effekte der EU-Osterweiterung in den Beitrittsländern. Evidenz auf Länder- und auf Unternehmensebene
- 1/2020** Christoph Badelt, Andreas Reinstaller, Editorial: Zum neuen Layout der WIFO Monatsberichte • Christoph Badelt, Österreichs Wirtschaftspolitik an der Jahreswende. Rückblick und Herausforderungen in der Zukunft • Christian Glocker, Schwäche der Weltwirtschaft dämpft Konjunktur in Österreich. Prognose für 2020 und 2021 • Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Update der mittelfristigen Prognose der österreichischen Wirtschaft 2020 bis 2024 • Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl, Investitionen steigen 2020 in der Sachgütererzeugung leicht. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Herbst 2019 • Marian Fink, Thomas Horvath, Martin Spielauer, microDEMS – Ein dynamisches Mikrosimulationsmodell für Österreich. Illustration am Beispiel der Entwicklung der Erwerbsbeteiligung bis 2040
- 2/2020** Stefan Schiman, Abschwung fällt in Österreich mild aus • Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler, Konjunktüreinschätzung bleibt über Sektoren hinweg uneinheitlich. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO Konjunkturtests vom Jänner 2020 • Michael Klien, Michael Weingärtler, Europäisches Bauwesen in der Abschwungphase. Euroconstruct-Prognose bis 2022 • Michael Peneder, Eine neue Taxonomie zur Gliederung von Branchen nach ihrer IKT-Intensität • Angela Köppl, Simon Loretz, Ina Meyer, Margit Schratzenstaller, Kreislaufwirtschaft und Förderung des Reparaturssektors
- 3/2020** Stefan Ederer, Konjunkturindikatoren zeigen bislang kaum Auswirkungen der Coronavirus-Epidemie • Atanas Pekanov, Die Europäische Währungsunion im Wandel • Margit Schratzenstaller, Reformbedarf und Reformoptionen für das EU-Budget aus österreichischer Perspektive • Gunther Tichy, Zur Prognostizierbarkeit von Krisen • Agnes Kügler, Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl, Andreas Reinstaller, Herausforderungen und Bestimmungsfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Industrieunternehmen. Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2019
- 4/2020** Christoph Badelt, Andreas Reinstaller, Editorial: Die COVID-19-Pandemie als historische Herausforderung für die Wirtschaftsforschung • Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Jürgen Bierbaumer-Polly, Christian Glocker, Ulrike Huemer, Simon Loretz, Helmut Mahringer, Hans Pitlik, Die Wirtschaftsentwicklung in Österreich im Zeichen der COVID-19-Pandemie. Mittelfristige Prognose 2020 bis 2024 • Thomas Url, Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in Österreich und die Möglichkeiten der Stabilisierungspolitik • Atanas Pekanov, Antworten der internationalen Wirtschaftspolitik auf die COVID-19-Krise • Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer-Polly, Sandra Bilek-Steindl, Thomas Leoni, Christine Mayrhuber, Stefan Schiman, Abschwächung der Konjunktur im Jahresverlauf 2019. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2019 • Thomas Url, Finanzmärkte 2019 durch anhaltend günstige Finanzierungsbedingungen geprägt
- 5/2020** Sandra Bilek-Steindl, Internationaler Konjunktüreinbruch als Folge der COVID-19-Pandemie • Werner Hölzl, Michael Klien, Agnes Kügler, Konjunktüreinschätzung stürzt infolge der COVID-19-Pandemie ab. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO Konjunkturtests vom April 2020 • Werner Hölzl, Agnes Kügler, Reaktionen der Unternehmen auf die COVID-19-Krise. Eine Analyse auf Basis der Sonderbefragung im Rahmen des WIFO Konjunkturtests vom April 2020 • Simon Loretz, Hans Pitlik, Margit Schratzenstaller, Budgeterstellung in Österreich während des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie • Julia Bock-Schappelwein, Rainer Eppel, Ulrike Huemer, Walter Hyll, Helmut Mahringer, Abgeschwächter Arbeitsmarktaufschwung 2019 und der COVID-19-Schock im Frühjahr 2020 • Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl, Michael Peneder, Yvonne Wolfmayr, Unsicherheit durch internationale Handelskonflikte – Industriekonjunktur flaut ab. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2019 • Marian Fink, Silvia Rocha-Akis, Senkung des Eingangsteuersatzes in der Lohn- und Einkommensteuer. Wirkung auf Steuerbelastung, Steueraufkommen und verfügbare Einkommen der privaten Haushalte
- 6/2020** Christian Glocker, Heimische Konjunktur auf Talfahrt – Unternehmenserwartungen bessern sich • Richard Grieveson (wiwi), COVID 19-Pandemie in Mittel-, Ost- und Südosteuropa: Tiefste Rezession seit der Transformationskrise • Andreas Reinstaller, Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Unternehmenssektors in Österreich • Matthias Firgo, Julia Bachtrögler-Unger, Oliver Fritz, Peter Huber, Michael Klien, Philipp Piribauer, Verschiebung der regionalen Wachstumsmuster durch Abkühlung der Konjunktur. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2019 • Matthias Firgo, Ulrike Famira-Mühlberger, Öffentliche Ausgaben für Pflege nach Abschaffung des Regresses in der stationären Langzeitpflege
- 7/2020** Christian Glocker, Tiefe, jedoch kurze Rezession in Österreich. Prognose für 2020 und 2021 • Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl, Investitionen der Sachgütererzeugung brechen aufgrund der COVID-19-Krise ein. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2020 • Julia Bock-Schappelwein, Matthias Firgo, Agnes Kügler, Digitalisierung in Österreich: Fortschritt und Home-Office-Potential • Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanic, Angela Köppl, Ina Meyer, Franz Sinabell, Mark Sommer, Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2020 – Sonderthema: COVID-19, CO₂-Emissionen und Konjunkturpakete als Chance für strukturorientierten Klimaschutz
- 8/2020** Christian Glocker, Erholung der Wirtschaft zeichnet sich ab – hohe Konjunkturrisiken aufgrund steigender COVID-19-Infektionszahlen • Werner Hölzl, Julia Bachtrögler-Unger, Agnes Kügler, Konjunkturbeurteilungen bleiben unter dem Eindruck der COVID-19-Krise – Erwartungen signalisieren beginnende Entspannung. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2020 • Franz Sinabell, Mark Sommer, Gerhard Streicher, Abschätzung der Verringerung der Treibhausgasemissionen aufgrund des Konjunktüreinbruchs • Ulrike Famira-Mühlberger, Matthias Firgo, Gerhard Streicher, Ärztliche Versorgung und der demographische Wandel
- 9/2020** Stefan Schiman, Schleppende Konjunkturerholung: Arbeitslosigkeit droht sich zu verfestigen • Klaus S. Friesenbichler, Nicole Schmidt (WIFO), Arash Robubi (KMU Forschung Austria), Cash-Flow-Quote der österreichischen Sachgütererzeugung 2019 rückläufig • Thomas Url, Robustes Wachstum der Nicht-Lebensversicherung sichert Privatversicherung 2019 Steigerung der Prämieinnahmen • Franz Sinabell, 2019 neuerlich Einkommensrückgang in der Landwirtschaft. Österreichs Land- und Forstwirtschaft im Jahr 2019 im Kontext von 25 Jahren EU Mitgliedschaft • Andreas Reinstaller, Der Beitrag österreichischer Hochschulen zur erfinderischen Tätigkeit von Unternehmen

WIFO ■ ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Präsident

Dr. Harald Mahrer, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vizepräsidentin

Renate Anderl, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

Vorstand

Dr. Hannes Androsch

Kommerzialrat Peter Hanke, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales

Univ.-Prof. Dr. Robert Holzmann, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Wolfgang Katzian, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Abg.z.NR Karlheinz Kopf, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Mag.^a Maria Kubitschek, Stellvertretende Direktorin und Bereichsleiterin Wirtschaft der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Kuratorium

Wolfgang Anzengruber, Andreas Brandstetter, Renate Brauner, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Gerhard K. Humpeler, Johann Kalliauer, Christoph Klein, Robert Leitner, Ferdinand Lembacher, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Josef Plank, Günther Platter, Walter Rothensteiner, Walter Ruck, Ingrid Sauer, Heinrich Schaller, Hermann Schultes, Rainer Seele, Andreas Treichl, Franz Vranitzky, Christoph Walser, Thomas Weninger, Josef Wöhrer, Norbert Zimmermann

Leitung

Leiter: em.o.Univ.Prof. Dr. Christoph Badelt

Stellvertretende Leiterin und Leiter:

Priv.-Doz. MMag. Dr. Ulrike Famira-Mühlberger, PhD, Mag. Dr. Jürgen Janger, MSc, Mag. Alexander Loidl

Ökonominnen und Ökonomen

Julia Bachtrögler-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer-Polly, Sandra Bilek-Steindl, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Fritz Breuss, Elisabeth Christen, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Ulrike Famira-Mühlberger, Marian Fink, Matthias Firgo, Klaus S. Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Walter Hyll, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Angelina Keil, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Angela Köppl, Agnes Kügler, Andrea Kunnert, Thomas Leoni, Simon Loretz, Hedwig Lutz, Helmut Mahringer, Peter Mayerhofer, Christine Mayrhuber, Bettina Meinhart, Ina Meyer, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Andreas Reinstaller, Silvia Rocha-Akis, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman, Lukas Schmoigl, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Thomas Url, Yvonne Wolfmayr, Christine Zulehner

Konsulentinnen und Konsulenten

Harald Badinger, René Böheim, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Kurt Kratena, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Andrea Weber, Hannes Winner

Vizepräsidentin

Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin, Vorständin des Instituts für Außenwirtschaft und Entwicklung der Wirtschaftsuniversität Wien

Josef Moosbrugger, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik

Mag. Harald Waiglein, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Mag. Markus Wallner, Landeshauptmann von Vorarlberg

WIFO-Partner und Goldene Förderer

A1 Telekom Austria AG, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, Mondi AG, Österreichische Hotelierversammlung, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mbH, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Raiffeisen Bank International AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG

WIFO Associates

Jarko Fidmuc, Georg Fischer, Markus Leibrecht, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Gertrude Tumpel-Gugerell

Wissenschaftliche Assistentinnen und Assistenten

Anna Albert, Elisabeth Arnold, Anna Brunner, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer, Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauning, Andrea Grabmayer, Andrea Hartmann, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Katharina Köberl-Schmid, Irene Langer, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Birgit Schuster, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Fabian Unterlass, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Bettina Bambas, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellingner, Michaela Gaber, Lucia Glinsner, Claudia Hirnschall, Gabriela Hötzer, Markus Kiesenhofer, Annemarie Klozar, Gwendolyn Kremser, Thomas Leber, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Elisabeth Neppi-Oswald, Birgit Nowotny, Robert Nowotny, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Gabriele Schober, Ilse Schulz, Gerhard Schwarz, Kristin Smeral, Eva Sokoll, Klara Stan, Karin Syböck, Tatjana Weber, Michaela Zinner-Dobelhofer

Emeriti Consultants

Karl Aiginger, Kurt Bayer, Alois Guger, Heinz Handler, Gunther Tichy, Ewald Walterskirchen